

FUNKTION UND RECHTLICHE
AUSGESTALTUNG
DER ARBEITNEHMER-MITWIRKUNG
IM ARBEITSGESETZBUCH
MITTELDEUTSCHLANDS

Untersuchung zur Abhängigkeit
der Beteiligungsrechte
von der Wirtschaftsordnung

Werner Brandenbusch

Mainz 1966



Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41554419_0014

FUNKTION UND RECHTLICHE AUSGESTALTUNG
DER ARBEITNEHMER-MITWIRKUNG
IM ARBEITSGESETZBUCH MITTELDEUTSCHLANDS

UNTERSUCHUNG ZUR ABHÄNGIGKEIT DER BETEILIGUNGSRECHTE
VON DER WIRTSCHAFTSORDNUNG

Dissertation

vorgelegt

der Rechts- und Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät
der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz

von

Regierungsassessor

Werner Brandenbusch

Mainz 1966

- | | |
|----------------------|---------------------------------|
| 1. Berichterstatter: | Prof. Dr. Klemens Pleyer |
| 2. Berichterstatter: | Prof. Dr. Horst Bartholomeyczik |

Tag der mündlichen Prüfung: 27. Juli 1966



INHALTSÜBERSICHT

	Seite
Abkürzungsverzeichnis	XI
Schrifttumsverzeichnis	XIV
<u>Einleitung</u>	1
A. Grundlegung	1
B. Gang der Untersuchung	18
 § 1: <u>Funktion und rechtliche Stellung der Betriebsorgane als Anknüpfungstatbestand der AN-Beteiligung</u>	 20
A. Die Vertretung der AN im Betrieb	20
I. Die Repräsentation der AN bei der Mitwirkung und Mitbestimmung durch den Betriebsrat in der Bundesrepublik	20
II. Die Betriebsgewerkschaftsleitung als Vertretungsorgan der AN in den zentral geplanten Betrieben Mitteldeutschlands	21
B. Die Betriebsführung	23
I. Funktion und rechtliche Stellung des Unternehmers in den Betrieben der Marktwirtschaft	23
II. Funktion und rechtliche Stellung des Betriebsleiters in den zentral geplanten Betrieben Mitteldeutschlands	25
 § 2: <u>Die Mitwirkung der AN bei der Planaufstellung</u>	 28
A. Die Plandiskussion	28
I. Der Planvorschlag des Betriebes als Bestandteil der zentralen Erarbeitung des Volkswirtschaftsplanes	28
II. Die Aufgaben des betrieblichen Planvorschlags im System der zentralen Wirtschaftsplanung	31
III. Wirtschaftliche Funktion und Struktur der Mitwirkung der AN bei der Ausarbeitung des Planvorschlags	33
1. Die Vorbereitung der Plandiskussion	33
2. Das Planungsaktiv	33
3. Die Organisation der Plandiskussion	34
a) Aufschlüsselung der Kontrollziffern des Entwurfs zum Planvorschlag	34
b) Zielstellung der Plandiskussion der Belegschaft in den Produktionsberatungen der Abteilungen, Meisterbereiche und Brigaden	35
c) Auswertung der Plandiskussion	37

4.	Die materielle Interessierung der AN an der Ausarbeitung optimaler Pläne	38
IV.	Die Ausarbeitung des Planes Neue Technik als Schwerpunkt der Plandiskussion	39
1.	Der Plananteil II (Plan TOM)	41
2.	Der Plan der Aufgaben für die Neuerer	42
V.	Die rechtliche Tragweite der Mitwirkung der AN bei der Planaufstellung	42
1.	Die Mitwirkung bei der Plandiskussion	44
2.	Die Mitwirkung im Planungsaktiv	45
VI.	Zusammenfassung	45
B.	Die Ausarbeitung von technisch begründeten Arbeitsnormen (TAN)	47
I.	Die TAN als kleinste Planeinheiten	47
II.	Die wirtschaftliche Funktion der Mitwirkung der AN bei der Erarbeitung von TAN	48
1.	Die Mitwirkung der AN nach der Seifert-Methode zur Vorbereitung der Erarbeitung der TAN	48
2.	Die Mitwirkung der AN bei der Festlegung des produktivsten Fertigungsverfahrens zur Begründung der TAN	49
a)	Das Normenaktiv	50
III.	Die rechtliche Tragweite der Mitwirkung der AN bei der Erarbeitung von TAN	51
IV.	Zusammenfassung	53
§ 3:	<u>Die Mitwirkung der AN bei der Plandurchführung</u>	54
A.	Der Betriebskollektivvertrag	54
I.	Funktion und rechtliche Ausgestaltung der Betriebsvereinbarung nach dem Betriebsverfassungsgesetz auf der Grundlage der freiheitlichen Wirtschaftsordnung	54
II.	Begriff und Wirkungsweise des BKV	55
III.	Die Verpflichtungen des BKV als Maßnahmen zur Erfüllung des Betriebsplanes	59
1.	Zentrale Lenkung der Ausarbeitung des BKV	59
2.	Die Aufgabenbereiche des BKV	60
a)	Erfüllung der Produktionsaufgaben	
b)	Durchsetzung des Leistungsprinzips in der Entlohnung	

	c) Berufsausbildung und Qualifizierung der AN	
	d) Verbesserung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes	
	e) Entfaltung der kulturellen und sportlichen Betätigung der AN sowie ihre soziale Betreuung	
IV.	Anlagen zum BKV	67
	1. Frauenförderungsplan	67
	2. Plan zur Förderung der Initiative der Jugend	68
V.	Funktion und rechtliche Bedeutung der Mitwirkung der AN bei der Ausarbeitung des BKV	69
	1. Die Beteiligung der AN beim Abschluß von Betriebsvereinbarung und BKV in Abhängigkeit von der jeweiligen Wirtschaftsordnung	69
	2. Die Organisation der Ausarbeitung des BKV	72
	a) Verhältnis zwischen Plandiskussion und Ausarbeitung des BKV	72
	b) Ausarbeitung des Entwurfs zum BKV	72
	c) Diskussion des BKV-Entwurfs mit der Belegschaft	73
	d) Abschluß und Bestätigung des BKV	74
	3. Die plangemäße Lenkung der AN-Mitwirkung bei der Ausarbeitung des BKV durch die Betriebsgewerkschaftsleitung	74
VI.	Die Abteilungskollektivverträge	76
VII.	Zusammenfassung	77
B.	Der sozialistische Wettbewerb	78
I.	Begriff und wirtschaftliche Funktion des Wettbewerbs als Grundlage der AN-Beteiligung im sozialistischen Wettbewerb	78
	1. Die Grundzüge des Wettbewerbsbegriffs der Marktwirtschaft	78
	2. Die wirtschaftliche Funktion des Wettbewerbs und seine Begriffsmerkmale in der Planwirtschaft	80
	3. Der sozialistische Wettbewerb als Form der Mitwirkung der AN in den Betrieben Mittel-deutschlands	82
II.	Die Merkmale des planwirtschaftlich geprägten Wettbewerbs als Inhalt der AN-Beteiligung gemäß § 15 AGB	84
	1. Durchführung eines Wettkampfes um die beste Erfüllung des Wirtschaftsplanes	85

a) Die Wettbewerbskollektive als Voraussetzung für die Entstehung des gemeinsamen Wett-eifers bei der täglichen Arbeit	85
b) Die Ableitung der Ziele des Wettkampfes der AN aus dem Betriebsplan	87
aa) Die Aufschlüsselung des Betriebsplanes auf die Wettbewerbskollektive	87
bb) Die Wettbewerbsrichtlinien	88
c) Die Wettbewerbsverpflichtung als Instrument zur Realisierung des Wettkampfes der AN	89
d) Methoden zur Förderung der Beteiligung aller AN am Wettkampf	92
aa) Grundsatz der Öffentlichkeit der Wettbewerbe	92
bb) Grundsatz der Anerkennung der fortschrittlichsten Leistungen	93
e) Die Erscheinungsformen der Beteiligung der AN am Wettkampf	94
aa) Individueller Wettbewerb	94
bb) Kollektiver Wettbewerb	95
cc) Innerbetrieblicher Wettbewerb	95
dd) Zwischenbetrieblicher Wettbewerb	96
ee) Komplexwettbewerb	96
ff) Internationaler Wettbewerb	97
2. Gegenseitige Hilfeleistungen zur Heranführung der bei der Planerfüllung Zurückgebliebenen an die im Wettkampf erzielten Bestleistungen	99
a) Die Methoden der gegenseitigen Hilfe als Inhalt und Formen der AN-Beteiligung	99
aa) Die Aktivistenschulen	100
bb) Die "Roten Brigaden"	100
cc) Der Leistungsvergleich	101
dd) Die Mitwirkung nach der Franik-Methode	102
ee) Die Mitwirkung nach der Irmgard-Richter-Methode	103
ff) Die Mitwirkung nach der Methode der Brigade "Fritz Weineck"	105
III. Die rechtliche Ausgestaltung und Beteiligung der AN im sozialistischen Wettbewerb	107
1. Die rechtliche Tragweite der AN-Mitwirkung im sozialistischen Wettbewerb	107

2.	Die rechtliche Stellung der Beteiligungsform des sozialistischen Wettbewerbs im Verhältnis zum Prinzip der Einzeleleitung und persönlichen Verantwortung des Betriebsleiters	108
3.	Die Aufgabe der Betriebsgewerkschaftsleitung bei der AN-Mitwirkung im sozialistischen Wettbewerb	109
IV.	Zusammenfassung	109
C.	Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit	111
I.	Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit als Form der Beteiligung der AN im Betrieb	111
1.	Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit als Höherentwicklung des sozialistischen Wettbewerbs	111
2.	Funktion und Struktur der AN-Mitwirkung im Rahmen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit	112
II.	Die inhaltliche Ausgestaltung der Beteiligung der AN in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit entsprechend den Erfordernissen der Planwirtschaft	113
1.	Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit der "Brigaden der sozialistischen Arbeit" (§ 16 Abs. 1 AGB)	113
2.	Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit der Arbeits- und Forschungsgemeinschaften (§ 16 Abs. 2 AGB)	115
3.	Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit in den Brigaden der sozialistischen Arbeit und den Arbeits- und Forschungsgemeinschaften als Einheit im Dienste der Planerfüllung	118
4.	Die Wirkungsbreite der Beteiligung der AN in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit	119
III.	Die rechtliche Ausgestaltung der AN-Beteiligung in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit	120
1.	Die Beteiligung der AN an den Fragen der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung in den Betrieben der Bundesrepublik gemäß § 67 Abs. 2 und 3 BVG	121
2.	Die rechtliche Tragweite der Mitwirkung der AN gemäß § 16 AGB	121
IV.	Zusammenfassung	123

D.	Die Neuererbewegung	124
I.	Die Neuererbewegung als Form der Beteiligung der AN in den Betrieben der Planwirtschaft	124
	1. Abgrenzung zwischen Arbeitsrecht und Erfinderrecht im Rahmen der Neuererbewegung	124
	2. Funktion und Struktur der AN-Mitwirkung in der Neuererbewegung	125
II.	Die inhaltliche Ausgestaltung der Mitwirkung der AN in der Neuererbewegung entsprechend den Erfordernissen des planwirtschaftlichen Systems	128
	1. Anonyme Werbung für die Aufgabenstellung	129
	2. Veröffentlichung von Themenplänen	130
	3. Die Neuerervereinbarung	130
III.	Die rechtliche Regelung der AN-Beteiligung im Rahmen der betrieblichen Erfindungs- und Vorschlagstätigkeit	132
	1. Die rechtliche Ausgestaltung der AN-Mitwirkung im betrieblichen Vorschlagswesen der Bundesrepublik	132
	2. Die rechtliche Tragweite der Mitwirkung der AN in der Neuererbewegung	133
	3. Die rechtliche Stellung der AN-Beteiligung in der Neuererbewegung zum Prinzip der Einzelleitung und persönlichen Verantwortung des Betriebsleiters	134
IV.	Zusammenfassung	135
E.	Die Ständigen Produktionsberatungen	136
I.	Die Ständigen Produktionsberatungen als Form der AN-Beteiligung in den Betrieben der Planwirtschaft	136
	1. Die Entwicklungsstufen der AN-Mitwirkung in den Produktionsberatungen	137
	a) Die Produktionszellen und Produktionszirkel in der UdSSR	137
	b) Die Produktionsberatungen in den Meisterbereichen und Brigaden	137
	c) Die StPB der Abteilungen und des Gesamtbetriebes	138
	2. Funktion und Struktur der AN-Mitwirkung in den StPB im Vergleich zur Beteiligung der AN im Wirtschaftsausschuß gemäß § 67 BVG	140

II.	Die inhaltliche Ausgestaltung der AN-Beteiligung in den StPB entsprechend den Erfordernissen der Planwirtschaft	142
1.	Inhalt und Aufgabe der AN-Mitwirkung im Wirtschaftsausschuß auf der Grundlage der marktwirtschaftlichen Ordnung	142
2.	Die Aufgabenbereiche der StPB	143
a)	Planaufstellung	143
b)	Planerfüllung	144
c)	Plankontrolle	145
3.	Die Wirkungsweise der AN-Beteiligung in den StPB	146
a)	Die zeitweiligen Kommissionen der StPB	146
b)	Die Mitglieder der StPB als Mittler der Erfahrungen und Kenntnisse der Belegschaft für die Aufgaben der StPB	147
III.	Die rechtliche Ausgestaltung der Beteiligung der AN in den StPB	147
1.	Das Mitwirkungsrecht der AN im Wirtschaftsausschuß gemäß § 67 Abs. 2 BVG	147
2.	Die rechtliche Tragweite der AN-Mitwirkung in den StPB im Verhältnis zum Prinzip der Einzelleitung und persönlichen Verantwortung des Betriebsleiters	150
3.	Die rechtliche Bedeutung der Beschlüsse der StPB	151
IV.	Zusammenfassung	154
F.	Die ökonomischen Konferenzen	155
I.	Die ökonomische Konferenz als Form der Beteiligung der AN in den Betrieben Mitteldeutschlands	155
II.	Die Aufgabenbereiche der AN-Mitwirkung in den ökonomischen Konferenzen	156
1.	Die Aufgaben gemäß § 10 Abs. 2 AGB	156
2.	Die Aufgaben gemäß § 18 Abs. 1 AGB	157
III.	Die rechtliche Bedeutung der Mitwirkung der AN in den ökonomischen Konferenzen	158
1.	Die rechtliche Tragweite der AN-Beteiligung im Verhältnis zu den Leitungsbefugnissen des Betriebsleiters im Rahmen der ökonomischen Konferenz	158
2.	Die Beschlüsse der ökonomischen Konferenz als Ergänzungen des BKV	159

G.	Die Produktionskomitees	160
§ 4:	<u>Die Mitwirkung der AN bei der Plankontrolle</u>	162
A.	Die Kontrolle als Korrektiv der Planung	162
I.	Die staatliche Kontrolle "von oben" durch den Betriebsleiter und seine Hilfsorgane	163
II.	Ergänzung der staatlichen Kontrolle durch die Mitwirkung der AN bei der Kontrolle "von unten"	164
B.	Die Mitwirkung der AN bei der Kontrolle des Betriebsplanes	166
I.	Die Organisation und Durchführung der Plankontrolle durch die Betriebsparteiorganisation der SED	166
1.	Die Kommissionen der Parteikontrolle	167
2.	Der "rote Treff"	167
II.	Die Organisation und Durchführung der Plankontrolle durch die Betriebsorganisation der FDJ	168
III.	Die Organisation und Durchführung der Plankontrolle durch die Betriebsgewerkschaftsleitung	169
1.	Die wirtschaftliche Bedeutung der unmittelbaren Kontrolltätigkeit der AN am Arbeitsplatz	169
2.	Die Mitwirkung der AN bei der Auswertung der Kontrollergebnisse durch ein System kollektiv beratender Versammlungen	170
a)	Die Kontrollberatungen in den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen	171
b)	Die Kontrollberatungen in den Kommissionen der Betriebsgewerkschaftsleitung	172
c)	Die Kontrollberatungen in den StPB	173
C.	Die Mitwirkung der AN bei der Kontrolle des BKV	174
I.	Die wirtschaftliche Notwendigkeit der ständigen Kontrolle des BKV	174
II.	Die organisatorische Verbindung von Plankontrolle und Kontrolle des BKV	175
1.	Die Rechenschaftslegungen der Betriebsleiter vor der Belegschaftsversammlung	175
D.	Die betrieblichen Kommissionen der Arbeiter- und -Bauern-Inspektion	176
E.	Die rechtliche Tragweite der AN-Beteiligung bei der Plankontrolle im Verhältnis zur Einzelleitung und persönlichen Verantwortung des Betriebsleiters	177
F.	Zusammenfassung	179
§ 5:	<u>Das Ergebnis der Untersuchung</u>	180

ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS

A	= Anmerkung (bei Kommentaren)
a. A.	= anderer Ansicht
aaO	= am angeführten Ort
AGB	= Gesetzbuch der Arbeit vom 12. April 1961 (DDR; GBl. I S. 27)
AKV	= Abteilungskollektivvertrag
AN	= Arbeitnehmer
AP	= Arbeitsrechtliche Praxis; Nachschlagewerk des Bundesarbeitsgerichts
Arb	= Zeitschrift "Die Arbeit" (DDR; Jahrgang, Nummer, Seite)
ArbGG	= Arbeitsgerichtsgesetz vom 3. September 1953 (BGBI. I S. 1267)
ArbR	= Zeitschrift "Arbeitsrecht" (DDR; Jahrgang, Seite)
Arb u. ArbR	= Zeitschrift "Arbeit und Arbeitsrecht" (DDR; Jahrgang, Seite)
Arb u. SozPol.	= Zeitschrift "Arbeit und Sozialpolitik" (Bundesrepublik; Jahrgang, Seite)
Art.	= Artikel
Aufl.	= Auflage
AuS	= Zeitschrift "Arbeit und Sozialfürsorge" (DDR; Jahrgang, Seite)
BAG	= Bundesarbeitsgericht
BayVerfGHE n. F.	= Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, neue Folge (Band, Seite)
BB	= Zeitschrift "Der Betriebsberater" (Bundesrepublik; Jahrgang, Seite)
Bd.	= Band

BGB	= Bürgerliches Gesetzbuch vom 18. August 1896 (RGL. 195)
BGBI.	= Bundesgesetzblatt (Jahrgang, Teil, Seite)
BGL	= Betriebsgewerkschaftsleitung
BKV	= Betriebskollektivvertrag
BVerfGE	= Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (Band, Seite)
BVG	= Betriebsverfassungsgesetz vom 11. Oktober 1952 (BGBI. I S. 681)
BzW.	= beziehungsweise
ca.	= zirka
DDR	= Deutsche Demokratische Republik
Diss.	= Dissertation
et c.	= et cetera
Erfind.	= Zeitschrift "Erfindungs- und Vorschlagswesen" (DDR; Jahrgang, Seite)
FDGB	= Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (DDR)
FDJ	= Freie Deutsche Jugend (DDR)
f.	= folgende (Seiten)
GG	= Gesetzblatt (DDR; Jahrgang, Teil, Seite)
Grundg.	= Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949 (BGBI. S. 1)
JuS	= Zeitschrift "Juristische Schulung" (Bundesrepublik; Jahrgang, Seite)
JZ	= Zeitschrift "Juristenzeitung" (Bundesrepublik, Jahrgang, Seite)
KPdSU	= Kommunistische Partei der Sowjetunion
LPG	= Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
MinBl.	= Ministerialblatt
ND	= Tageszeitung "Neues Deutschland" (DDR)

XIII

NJW	= Zeitschrift "Neue Juristische Wochenschrift" (Bundesrepublik; Jahrgang, Seite)
Nr.	= Nummer
RdA	= Zeitschrift "Recht der Arbeit" (Bundesrepublik; Jahrgang, Seite)
Rdr	= Randnummer
RGW	= Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (Comecon)
S.	= Seite
SBZ	= Sowjetisch besetzte Zone
SED	= Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
sog.	= sogenannt
StPB	= Ständige Produktionsberatung
StuR	= Zeitschrift "Staat und Recht" (DDR; Jahrgang, Seite)
TAN	= Technisch begründete Arbeitsnorm
TOM	= Technisch organisatorische Maßnahme
UdSSR	= Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
VEB	= Volkseigener Betrieb
vgl.	= vergleiche
VO	= Verordnung
VVB	= Vereinigung Volkseigener Betriebe
WuW	= Zeitschrift "Wirtschaft und Wettbewerb" (Bundesrepublik; Jahrgang, Seite)
z.B.	= zum Beispiel
ZHR	= "Zeitschrift für das Gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht" (Bundesrepublik; Band, Seite)
ZK	= Zentralkomitee
ZPO	= Zivilprozeßordnung vom 30. Januar 1877 (RGBl. 83)
ZZP	= "Zeitschrift für Zivilprozeß" (Bundesrepublik; Band, Seite)

SCHRIFTTUMSVERZEICHNIS

- Alexejew, G.P., Iwanow, E.A.: Theoretische Grundlagen der Leninschen Lehre von den Gewerkschaften, Arb 1961 Nr. 7 S. 18 ff.
- Amonn, A.: Wirtschaftsordnung und Wirtschaftszustand, in: Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft, Zürich 1951 S. 16 ff.
- Antimonow, B.S., Fleischiz, E.A.: Erfinderrecht, Deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1962.
- Apel, E.: Neue Fragen der Planung, Berlin (Ost) 1963.
- Arnold, H., Borchert, H., Schmidt, J.: Ökonomik der sozialistischen Industrie in der DDR, 7. Aufl., Berlin (Ost) 1961.
- Autorenkollektiv: Die Leitung des Betriebes und die Mitwirkung der Werktätigen, ArbR 1961 S. 133 ff.
- Ballerstedt: Mitbestimmungsrecht, Gesellschaftsrecht und Unternehmensverfassung, BB 1950 S. 269 ff.
- Becker, G.: Das betriebliche Vorschlagswesen in den kapitalistischen Ländern als besonderer Teil der kapitalistischen Rationalisierung, Wirtschaftswissenschaft 1960 S. 692 ff.
- Berger, E.: Der sozialistische Wettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages der SED, Arb 1962 Nr. 11 S. 1 ff.
- Beyreuther, W.: Der Bitterfelder Weg - eine erfolgreiche Bilanz unserer sozialistischen Kulturentwicklung, Arb 1964 Nr. 4 S. 1 ff.
- BKV 1963 des VEB Berliner Metallhütten und Halbzeugwerke, Informationsblatt des FDGB 1962 Nr. 20 S. 5 ff.
- BKV 1958 des VEB Elektro-Apparate-Werke Berlin-Treptow, in: "Ausschnitte", Zeitschrift der Publikationsstelle des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen 1958 S. 6 ff.
- BKV 1958 des VEB Berliner-Glühlampenwerks, in: "Ausschnitte" ... S. 35 ff.
- BKV 1958 des VEB Schwermaschinenbau "Heinrich Rau", in: "Ausschnitte" ... S. 42 ff.
- Böhm, F.: Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben, in: Ordo-Jahrbuch IV 1952 S. 21 ff.
- Brief des ZK der SED an alle Grundorganisationen in den Betrieben zur Plandiskussion 1964, Arb u ArbR 1963 S. 167.

- Brückner, H., Sperling, O.: Eine breite Teilnahme an der Leitung der Produktion sichern, Arb 1960 Nr. 11 S. 44 ff.
- Buchheim, W.: Mit dem Betriebskollektivvertrag die ökonomische Hauptaufgabe lösen, Arb 1960 Nr. 10 S. 3 ff.
- Bulla, G.-A.: Die Entwicklung des Arbeitsrechts in der SBZ, in: Die Lage des Rechts in Mitteldeutschland, Karlsruhe 1965.
- Chruschtschow, N. S.: Rechenschaftsbericht an den XXII. Parteitag der KPdSU, in: Der Triumph des Kommunismus ist gewiß, Deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1961.
- Donitz, H.: Die sozialistische Kooperation und die Aufgaben der Gewerkschaften, Arb 1959 Nr. 3 S. 26 ff.
- Derselbe: Was sind Rote Brigaden, in: Sozialistische Demokratie 1958 Nr. 48, Beilage E 27 bis E 28
- Döring, W., Feldmann, G., Riede, W.: Der Plan Neue Technik, Planteil TOM und der Meister, Berlin (Ost) 1961.
- Döring, W., Kempe, G.: Die Arbeitsbrigade im volkseigenen Industriebetrieb, Berlin (Ost) 1959.
- Eichhorn, W., Griep, L.: Sozialistische Brigaden und Gemeinschaften werten neue Fragen auf, Arb 1959 Nr. 9 S. 10.
- Emmrich, Sarodnik: Gesellschaftliche Kontrolle des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, Arb 1962 Nr. 5 S. 25 ff.
- Entschließung des 5. FDGB-Kongresses, Arb 1959 Nr. 12 S. 44 ff.
- Entschließung des 6. FDGB-Kongresses, Arb 1964 Nr. 1 S. 46 ff.
- Erfahrungen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, Berlin (Ost) 1960.
(Sammelband mit Beiträgen zahlreicher Autoren).
- Erfahrungen, Methoden, Arbeitsstil, Sammelband für den Parteiarbeiter, Berlin (Ost) 1960.
- Fachberichte der Gesellschaft für soziale Betriebspraxis mit beschränkter Haftung, Düsseldorf, Juli 1956.
- Fitting-Kraegeloh: Betriebsverfassungsgesetz, Handkommentar für die Praxis, 5. Aufl., Berlin und Frankfurt (Main) 1960.
- Fleck, Rößler: Die Entwicklung der gegenseitigen sozialistischen Hilfe durch die sozialistische Gemeinschaftsarbeit und den Leistungsvergleich, Wirtschaftswissenschaft 1960 Nr. 3 S. 379 ff.

- Flume, W.: Grundfragen der Mitbestimmung, Der Betrieb 1952 S. 513 ff.
- Forgbert, E.: Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit fällt nicht vom Himmel, Arb 1960 Nr. 5 S. 25.
- Franik, F.: Die Franikbewegung und der sozialistische Wettbewerb im Bergbau, Berlin (Ost) 1953.
- Frauenförderungsplan 1963 des VEB Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke, in: Informationsblatt des FDGB 1962 Nr. 20 S. 14 ff.
- Gabler, G., Geit, H.: Wettbewerb und Leistungsvergleich Berlin (Ost) 1961.
- Gabske, F.: Rote Brigaden verwirklichen sozialistische Hilfe, Tribüne 1958 Nr. 191 S. 1.
- Galperin-Siebert: Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz, 4. Aufl., Heidelberg 1963.
- Gedanken über die Arbeit der Ständigen Produktionsberatungen, Berlin (Ost) 1963. (Sammelband mit Beiträgen zahlreicher Autoren).
- Gegenseitige sozialistische Hilfe - Kernstück des sozialistischen Wettbewerbs, Berlin (Ost) 1960 (Sammelband mit Beiträgen zahlreicher Autoren).
- Geldmacher, W.: Das betriebliche Vorschlagswesen, in: "Hüttenzeitung" der Gußstahlwerke Bochumer Verein AG. 1953 Nr. 9 S. 12 ff.
- Gerisch, R.: Grundfragen der Entwicklung und Leitung der Neuererbewegung in der Industrie der DDR, Diss. Berlin (Ost) 1962.
- Gnielka, H., Rex, R.: Wie soll die BGL mit dem Plan Neue Technik arbeiten, Berlin (Ost) 1962.
- Gniza, Liebscher, Renker, Tietze, Winter: Zu Grundsatzfragen im Gesundheits- und Arbeitsschutz Arb 1961 Nr. 9 S. 36 ff.
- Götze, M.: Neuerervereinbarung und Realisierungsvereinbarung - wann und wie?, Arb u ArbR 1963 S. 157.
- Gregor, K.: Kollektive Neuerertätigkeit beschleunigt den technischen Fortschritt, Arb 1964 Nr. 2 S. 11 ff.
- Gregor, K., Brzoska, H.: Die Kraft des Wettbewerbs voll nutzen! Arb u ArbR 1963 S. 99 ff.
- Grün, H.G.: Neue Technik und Rekonstruktion. Textsammlung, Berlin (Ost) 1961.
- Grochla, E.: Betrieb und Wirtschaftsordnung, Berlin 1954.

- Grundsätze für die Erarbeitung des Planes der Aufgaben für die Neuerer, EuV 1962 Nr. 9 S. 386 ff.
- Günther, E.: Wettbewerbspolitik in der freien Gesellschaft, WuW 1964 S. 112 ff.
- Günther, E.: Wettbewerbsfreiheit und Unternehmertum, WuW 1958 S. 379 ff.
- Günzel, H.: Fragen der Einzeleleitung der Vereinigungen volkseigener Betriebe, StuR 1962 S. 630 ff.
- Halm, G.: Die Konkurrenz, München und Leipzig 1929.
- Hamel, H.: Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsordnung Mitteldeutschlands, Berlin 1966.
- Hayek, F. A.: Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Zürich 1952.
- Heintze: Zum BKV 1964, Tribüne Nr. 255 vom 2. November 1963.
- Henneberg, H. O.: Zur Entwicklung und Organisation der Arbeitsbrigaden, Berlin (Ost) 1955.
- Herzog, H., Storch, I.: Der Meister und das Erfindungs- und Vorschlagswesen, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1963.
- Hoffmann, J.: Erste Erfahrungen der Ständigen Produktionsberatungen, Berlin (Ost) 1959.
- Hofmeister, P.: Ausarbeitung, Durchführung und Kontrolle des Planes der Neuerer, Arb u ArbR 1963 S. 221 ff.
- Hohmann, E.: Produktionssteigerung durch leistungsfördernde Lohngestaltung und betriebliches Vorschlagswesen, Hamburg 1955.
- Hueck-Nipperdey: Arbeitsrecht, Band I, 7. Aufl., Berlin und Frankfurt (Main) 1963; Band II 6. Aufl., Berlin und Frankfurt (Main) 1955.
- Jaerisch: Zu den Begriffen der Mitbestimmung und Mitwirkung, Arb u SozPol. 1957 S. 176.
- Jakobi, E.: Kollektivverträge im deutschen Arbeitsrecht AuS 1954 S. 342 ff.
- Jecht, R.: Leistungsprinzipien in der Industrie und sozialistische Gemeinschaftsarbeit, Berlin (Ost) 1961.
- Jendretzky, H.: Zur weiteren Entwicklung der Tätigkeit der Staatlichen Kontrolle StuR 1962 S. 1489 ff.
- Jewstafjew, G. N.: Der sozialistische Wettbewerb, Moskau 1952, Deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1954.

- lungblut, M.: Mitbestimmung hier und anderswo, in: "Die Zeit" Nr. 43 vom 22. Oktober 1965 S. 40 ff.
- Kallabis, H., Gützmann, E.: Durch sozialistische Gemeinschaftsarbeit zum Sieg des Sozialismus, Berlin (Ost) 1960.
- Kasicki, J.: Der Orgrechplan des Maschinenbaubetriebes, Moskau 1963 (Rohübersetzung der Lehrmittelabteilung der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig, Nr. 326, Kapitel II).
- Kejserow: Über einige Erfahrungen der Organisation und Tätigkeit der Produktionskomitees, Sowjetstaat und Sowjetrecht 1963 Nr. 95 S. 91 ff.
- Klampfl, W.: Wege zur Mitarbeit der Werktätigen am Planvorschlag des Betriebes, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1955.
- Klampfl, Brodel, Richter: Grundfragen der betrieblichen Planung und die Planung des Produktionsprogramms, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1962.
- Klampfl, W., Gerisch, R.: Wege zur Verwirklichung der sozialistischen Leistungsprinzipien im Industriebetrieb, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1960.
- Kontrolle der Durchführung - eine Hauptmethode der Leitung unseres Staates der Arbeiter und Bauern. Lehrmaterial, Berlin (Ost) 1954.
- Kontrolle der Plandurchführung. Lehrmaterial der innerbetrieblichen Schulung für die Mitarbeiter in den Verwaltungen der DDR, Berlin (Ost) 1952, Nr. 8.
- Krauß, E.: Die Rolle des LPG-Rechts bei der Entwicklung der Neuererbewegung in der LPG, StuR 1962 S. 102 ff.
- Krauss, K.: "Mit hoher Qualität, niedrigen Kosten, moderner Technik zum Nutzen für die Gesellschaft und für jeden einzelnen", Arb u ArbR 1963 S. 357 ff.
- Krauss, R.H.: Das betriebliche Vorschlagswesen als Mittel zur Rationalisierung und zur sozialen Betriebsgestaltung, Diss. München 1956.
- Kröber, E.: Sozialistische Gemeinschaftsarbeit und demokratischer Zentralismus, Berlin (Ost) 1962.
- Krüger, E.: Was heißt gesellschaftliche Kontrolle? Arb 1962 Nr. 3 S. 32 ff.
- Kuntz, H.: Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, Dokumentation, Berlin (Ost) 1960.
- Lang: Ökonomie und Technik, Berlin (Ost) 1963.

Lange, A.: Ökonomie und Neue Technik, Berlin (Ost) 1963.

Lehrbuch des FDGB für die Betriebsabendschulen, in: "Ausschnitte", Zeitschrift der Publikationsstelle des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen 1958 S. 4 bis 6.

Lehrbuch Politische Ökonomie, 2. Ausgabe Berlin (Ost) 1959; 3. Ausgabe Berlin (Ost) 1960.

Leißing, W.: Der sozialistische Leistungsvergleich, Wirtschaftswissenschaft 1961 Nr. 3 S. 347 ff.

Lenin, W. L.: Wie soll man den Wettbewerb organisieren? Werke Band 26, Berlin (Ost) 1960 S. 405 ff.

Derselbe: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, Werke Band 27, Berlin (Ost) 1960.

Leuschner, B.: Die Erfüllung der staatlichen Wirtschaftsaufgaben im Jahre 1955 und die Ausschöpfung der in unserer Volkswirtschaft vorhandenen Ressourcen, Berlin (Ost) 1955.

Liebig, W.: Die Betriebsplanung im volkseigenen Betrieb, Berlin (Ost) 1961.

Lill, Chr.: Das betriebliche Vorschlagswesen, München 1953.

Lutz, F. A.: Bemerkungen zum Monopolproblem, in: Ordo-Jahrbuch, Band 8 S. 30 ff.

Mampel, S.: Beiträge zum Arbeitsrecht in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, herausgegeben vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen, Bonn und Berlin 1963.

Mampel, S., Hauck, K.: Sozialpolitik in Mitteldeutschland, Stuttgart 1961.

Marx, K.: Das Kapital, Band I, Berlin (Ost) 1951.

Material zum Zeitgeschehen des Deutschen Industrie-Institutes Nr. 7 vom 11. Juni 1959.

Maunz, Th.: Deutsches Staatsrecht, 14. Aufl., München und Berlin 1965.

Maunz-Dürig: Grundgesetz, Kommentar, Band I, Lieferung 1 bis 3, München und Berlin 1964.

Mausolf, J.: Die Komplexbrigade im volkseigenen Baubetrieb, Berlin (Ost) 1958.

Mayer, I.: Über das "Was" und "Wie" der Tagebücher, Arb 1960 Nr. 7 S. 62 ff.

Meissinger: Begriffsklärung zum Mitbestimmungsrecht, RdA 1950 S. 41 ff.

- Metzner, M.: Wettbewerb in Ost und West, in: Schmollers-Jahrbuch 1953 S. 385 ff.
- Mobius, W.: Die gegenseitige sozialistische Hilfe - ein entscheidender Wesenszug der sozialistischen Arbeit, Berlin (Ost) 1960.
- Morgenthal, J.: Der Betriebsplan in der sozialistischen Industrie, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1960.
- Müller, H.: Über den Gruppenwettbewerb, Berlin (Ost) 1959.
- Muthesius, V.: Die Wirtschaft des Wettbewerbs, Wiesbaden 1948..
- Nell-Breuning, O. von: Sinnbestimmung der Wirtschaft aus letzten Gründen, in: Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung, Vortragszyklus, veranstaltet von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin, Sommersemester 1953, Berlin 1954, S. 240 ff.
- Nell-Breuning, O. von: Zur Wirtschaftsordnung, Wörterbuch der Politik, Heft 4, Freiburg 1950.
- Neue Prämienregelung orientiert auf Gewinn, Arb u ArbR 1964 S. 73 ff.
- Neumann-Duesberg: Betriebsverfassungsrecht, Berlin 1960.
- Nipperdey, H.C.: Soziale Marktwirtschaft und Grundgesetz, 2. Aufl., Berlin 1961.
- Noll von der Nahmer, R.: Der Wettbewerb als entscheidender Faktor der Marktwirtschaft, WuW 1961, S. 3 ff.
- Norden, A.: Bericht des Politbüros an die 4. Tagung des ZK der SED, ND vom 2. November 1963 S. 5.
- Ökonomik der Arbeit in der DDR, 1. Aufl., Berlin (Ost) 1962", 2. Aufl., Berlin (Ost) 1963.
- Ogrodowicz, G., Kuciak, G., Müller, F.: Die komplexe Kontrolle der Planerfüllung im sozialistischen Industriebetrieb, Berlin (Ost) 1962.
- Otte, Kranke, Reeck: Kennst Du das Gesetzbuch der Arbeit? Berlin (Ost) 1963.
- Pampel, M.: Arbeitsproduktivität - Wettbewerb - materielle Interessiertheit, Arb u ArbR 1963 S. 119 ff.
- Pascherstnik, A.E.: Der Kollektivvertrag, Moskau 1951.
- Pleyer, K.: Wirtschaftsordnung und Arbeitsrecht, Wirtschaftsrechtliche Betrachtungen zum neuen Arbeitsgesetzbuch der SBZ, ZHR Band 125 S. 81 ff. +)
- +) Vgl. auch Sammelband Pleyer, K.: Zentralplanwirtschaft und Zivilrecht, Stuttgart 1965.

- Pleyer, K.: Eigentum und Wirtschaftsordnung, JuS 1963 S. 8 ff. +)
- Derselbe: Vertrag und Wirtschaftsordnung, JZ 1963 S. 233 ff. +)
- Derselbe: Zivilprozeß und Wirtschaftsordnung, ZZP Band 77 (1964) S. 372 ff. +)
- Derselbe: Betrieb und Unternehmen in der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik und der Sowjetischen Besatzungszone, in: Festgabe für Heinrich Herrfahrdt, Marburg 1961 S. 147 ff.
- Poppe, Schüssler: Sozialistische Grundrechte und Grundpflichten des Bürgers, StuR 1963 S. 209 ff.
- "Presse der Sowjetunion" Nr. 79 Sonderbeilage S. 9.
- Produktionsmassenarbeit der Gewerkschaften, Berlin (Ost) 1960 (Sammelband mit Beiträgen zahlreicher Autoren).
- Punski, Galzow: Die technische Arbeitsnormung in der Industrie, Moskau 1952, 5. deutsche Aufl., Berlin (Ost) 1959.
- Radke, O.: Zum Recht der Betriebsvereinbarung, RdA 1950 S. 338 ff.
- Raiser, L.: Rechtsfragen der Mitbestimmung, in: Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 20, Köln und Opladen 1954.
- Rebling, W.: Die Planung technisch organisatorischer Maßnahmen und die Betriebsorganisation, in: Grundfragen der Betriebsorganisation, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1962.
- Referate und Dokumente aus der Gewerkschaftsbewegung, Heft 12, Berlin (Ost) 1951.
- Regul, G.: Der Plan Neue Technik eine Sache aller, Arb 1960 Nr. 11 S. 27 ff.
- Reinhardt, R.: Die für die Ordnung der Wirtschaft maßgebenden Rechtsgrundsätze und die Rechtsform der Mitbestimmung, in: Festschrift für H. C. Nipperdey, München und Berlin, 1955 S. 235 ff.
- Röpke, F.: Wettbewerb II in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften 41. Lieferung.
- Rogge, W.: Etwas Neues sind die Abteilungsvereinbarungen, Arb 1958 Nr. 2 S. 28 ff.

+) Vgl. auch Sammelband Pleyer, K.: Zentralplanwirtschaft und Zivilrecht, Stuttgart 1965.

- Rothe, B.: Keine Brigade gewinnt ohne die andere, Berlin (Ost) 1960.
- Rubbel, V. u. a.: Griechka: Lehren des sozialistischen Wettbewerbs, Arb 1960 Nr. 11 S. 160 ff.
- Sack, K., Jarzemb, H.: Die Planung der technischen Entwicklung im sozialistischen Industriebetrieb, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1962.
- Samsen, B.: Grundzüge des mitteldeutschen Wirtschaftsrechts, Frankfurt/Main und Berlin 1960.
- Schau, H.: Der Meister und die Brigaden der sozialistischen Arbeit, Berlin (Ost) 1962.
- Schlegel, R.: Grundriß des Arbeitsrechts, Berlin (Ost) 1961.
- Schmutzler, R.: Der Betriebskollektivvertrag als staatlich-rechtliches Leitungsinstrument im sozialistischen Betrieb, Diss. Leipzig, 1963.
- Derselbe: BKV und Produktionsaufgebot, Arb 1961 Nr. 11 S. 8 ff.
- Derselbe: Die Grundkonzeption des sozialistischen Kollektivvertragsrechts und ihre Regelung im Arbeitsgesetzbuch, ArbR 1959 S. 225 ff.
- Schneider, Kunz, Tippmann: Die Regelung der Leitung der Volkseigenen Betriebe durch das sozialistische Arbeitsrecht, ArbR 1959 S. 4 ff.
- Schröter, O.: Der BKV und die gewerkschaftliche Kulturarbeit, Arb 1960 Nr. 11 S. 34 ff.
- Seifert, G.: Der Arbeiter und seine Arbeitsnorm, Arb 1958 Nr. 4 S. 8; Nr. 9 S. 17.
- Seiffert, W.: Wesen, Funktion und Rechtscharakter der Jugendförderungspläne in der Deutschen Demokratischen Republik, ArbR 1959 S. 301 ff.
- Sicher, W.: Zur Planung technisch organisatorischer Maßnahmen und Berechnung ihres ökonomischen Nutzeffektes, Berlin (Ost) 1957.
- Siebert, W.: Grundgedanken der Betriebsverfassung, RdA 1958 S. 161 ff.
- Derselbe: Die Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer nach dem Betriebsverfassungsgesetz, BB 1952 S. 832 ff.
- Sindermann, H.: Diskussionsbeitrag auf der 14. Tagung des ZK der SED, in: Diskussion zum Bericht des Genossen Walter Ulbricht über den XXII. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben in der DDR, Berlin (Ost) 1962 S. 45 ff.

- Somb, Böhmer, Janike, Halbich: Die Aktivistenschule der Kollegin Annemarie Somb, Arb 1960 Nr. 8 S. 8 ff.
- Speter, Klampfl, Herrmann, Endler: Die Aufgaben des Betriebes und die Grundlagen seiner Leitung, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1963.
- Spitzner, O.: Allseitige Planerfüllung durch das Vertragssystem, Arb 1961 Nr. 2 S. 19 ff.
- Stalin, J. W.: Über Selbstkritik, Deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1951.
- Die Ständigen Produktionsberatungen in den Betrieben der UdSSR, Deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1961.
(Sammelband mit Beiträgen zahlreicher Autoren).
- Statut der SED in: Protokoll des IV. Parteitages der SED, Band II, Berlin (Ost) 1954 S. 76 ff.
- Stiller, G.: Komplexwettbewerb und innerbetrieblicher Wettbewerb, Arb 1964 Nr. 2 S. 30 ff.
- Such, H.: Zur Weiterentwicklung der staatlichen Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, StuR 1962 S. 425 ff.
- "TAN", Schulungsmaterial, herausgegeben im Auftrage des Ministeriums für Leichtindustrie, Heft 1, Berlin (Ost), ohne Jahresangabe.
- Tannert, H., Herzog, H.: Der Meister - sozialistischer Wettbewerb, Gemeinschaftsarbeit und Neuererbewegung, Berlin (Ost) 1963.
- Thalmann, H.: Kleiner Lehrgang für Arbeitsökonominnen, Teil II Berlin (Ost) 1958.
- Thamm, J.: Die sozialistische Leitung der Industrie in der DDR, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1962.
- Thiel, W., Pogoda, H.: Aufgaben und Arbeitsweise der Ständigen Produktionsberatungen in Verwirklichung des Gesetzbuches der Arbeit, ArbR 1961 S. 211 ff.
- Tietze, G.: Leistungsvergleich und Vergleichbarkeit im innerbetrieblichen Wettbewerb, Berlin (Ost) 1962.
- Tietze, G.: Gegenseitige Hilfe und Unterstützung im Wettbewerb - Ausdruck neuer menschlicher Beziehungen in der DDR, Arb u ArbR 1963 S. 105 ff.
- Tietze, M.: Die Planaufschlüsselung im sozialistischen Industriebetrieb, Berlin (Ost) 1961.

- Tippmann, W.: Die Ständigen Produktionsberatungen - wichtigste rechtliche Form der Verwirklichung der unmittelbaren Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Produktion in den sozialistischen Betrieben der DDR, Diss. Potsdam-Babelsberg 1962.
- Derselbe: Die rechtliche Ausgestaltung der sozialistischen Demokratie im Betrieb im Entwurf des AGB, ArbR 1961 S. 33 ff.
- Derselbe: Die Bildung der Produktionskomitees in Großbetrieben - ein wichtiger Bestandteil der Entwicklung der sozialistischen Demokratie, StuR 1964 S. 474 ff.
- Derselbe: Die Stellung der Gewerkschaften im System der Arbeiter- und Bauern-Macht der DDR, StuR 1961 S. 255 ff.
- Tippmann, Thiel, Pogoda: Zu dem Wesen, der rechtlichen Stellung und Arbeitsweise der Ständigen Produktionsberatungen, StuR 1961 S. 1271 ff.
- Tomuscheit, F.: Die Organisation der komplexen Plankontrolle im sozialistischen Großbetrieb der Industrie, Berlin (Ost) 1960.
- Tschangli, J.: Der sozialistische Wettbewerb - die Triebkraft in der Entwicklung der Sowjetgesellschaft, Moskau 1951, Deutsche Übersetzung, Berlin (Ost) 1953.
- Uhlemann, G.: Der Meister und die Planung, Berlin (Ost) 1963.
- Ulbricht, W.: Referat auf der II. Parteikonferenz der SED, Berlin (Ost) 1953.
- Volmer, B.: Arbeitnehmererfindungsgesetz, Kommentar, 1. Aufl., München und Berlin 1958.
- Derselbe: Das betriebliche Vorschlagswesen, Arbeitsrecht-Blattei, "Vorschlagswesen, I", Bl. 1 ff.
- Waldenburger, M.: Der Meister und die Arbeitsnormung, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1963.
- Warnke, H.: Die Bewegung der Gemeinschaften und Brigaden der sozialistischen Arbeit, Berlin (Ost) 1959.
- Warnke, H.: Referat auf der 16. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB, in: Informationsblatt des FDGB 1963 Nr. 5 S. 12 ff.
- Weddigen, W.: Zur Theorie und Praxis der Mitbestimmung, Berlin 1962.
- Wengertmeier, Pogoreutz, Berger, Prevo: Betriebsprämienfonds richtig anwenden, Berlin (Ost) 1963.

- Winklbauer, E.: Die höhere Qualität der sozialistischen Neuererbewegung auf der Grundlage der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und die Grundfragen ihrer staatlichen Neuorganisation, Diss. Berlin (Ost) 1960.
- Winklbauer, E.: Das neue Arbeitsgesetzbuch - Instrument zur Förderung und Entwicklung der sozialistischen Neuererbewegung, EuV 1961 Nr. 3 S. 40 ff.
- Winkler, J.: Der Betriebskollektivvertrag - Ausdruck der Herrschaft der Arbeiterklasse, Arb 1960 Nr. 6 S. 28 ff.
- Winter, H.: Was muß der Gewerkschaftsfunktionär von der Betriebsplanung wissen? Arb 1958 Nr. 10 S. 57 ff.
- Winter, R.: Die Hand an der Tür des Chefs, in "Die Zeit" vom 27. September 1963, Nr. 39 S. 36.
- Wintrich, J.: Zur Auslegung und Anwendung des Art. 2 Abs. 1 GG, in: "Staat und Bürger", Festschrift für Willibalt Apelt, S. 1 ff, München und Berlin 1958.
- Zecker, R., Woskobochnik, S.: Einige Hinweise zur Aufstellung der Jugendförderungspläne in den sozialistischen Betrieben 1960, ArbR 1959 S. 363 ff.
- Ziller, F.: Die Anwendung der fortgeschrittenen Technik und die Herstellung der Rentabilität der Industrie, Rede auf der 23. Tagung des ZK der SED, in: Die Wirtschaft 1955 Nr. 16 S. 5 ff.

E I N L E I T U N G

A. GRUNDLEGUNG

Die rechtliche Regelung des arbeitsteiligen Zusammenwirkens der Menschen bei ihrer Tätigkeit zur Beschaffung der wirtschaftlichen Güter kann nach zwei einander entgegengesetzten Prinzipien gestaltet werden: dem der individuellen Freiheit und dem der kollektivistischen Gebundenheit.

Das Prinzip der individuellen Freiheit bedeutet, daß es den Individuen, den einzelnen Wirtschaftssubjekten freigestellt ist, innerhalb einer allgemeinen "Verkehrsordnung" so zu wirtschaften, sich bei ihrer Güter beschaffenden Tätigkeit so zu verhalten, wie sie es für gut befinden.

Das Prinzip der kollektiven Gebundenheit besagt dagegen, daß den Produzenten ihr wirtschaftliches Verhalten von einer zentralen Instanz in Wirtschaftsplänen vorgeschrieben wird. ¹⁾

Für welches dieser Wirtschaftssysteme die Staatsführung sich aus politisch-weltanschauungsmaßigen Gründen auch immer entscheiden mag: Ist diese Grundentscheidung erst einmal getroffen, so ist damit zugleich ein großer Teil der gesetzgeberischen Maßnahmen in eine bestimmte Richtung gelenkt und determiniert. ²⁾

Zu den Rechtsgebieten, die wesentlich von der erwähnten Grundentscheidung geprägt werden, gehört auch das System der Beteiligungsrechte der Arbeitnehmer (AN) in den Betrieben. ³⁾

Die Wirtschaftsordnung, für welche sich die Staatsführung entschieden hat, weist der Mitwirkung und Mitbestimmung der AN die Funktionen im Gesamtsystem zu und entscheidet damit - wie zu zeigen sein wird - auch über ihren Inhalt und ihre rechtliche Ausgestaltung.

-
- 1) Vgl. Amonn, Wirtschaftsordnung und Wirtschaftszustand, in: Vollbeschäftigung, Inflation und Planwirtschaft, Zürich 1951, S. 16 ff (16, 17).
 - 2) Vgl. Pleyer, Wirtschaftsordnung und Arbeitsrecht, ZHR, Bd. 125, S. 81 ff (81); derselbe, Eigentum und Wirtschaftsordnung, JuS 1963 S. 8 ff (13); derselbe, Vertrag und Wirtschaftsordnung, JZ 1963 S. 233 ff (233); derselbe, Zivilprozeß und Wirtschaftsordnung, ZZP Bd. 77 (1964) S. 172 ff (374).
 - 3) Vgl. für die Bundesrepublik Deutschland Teil IV des Betriebsverfassungsgesetzes vom 11. Oktober 1952 (BGBl. I S. 681); für Mitteldeutschland Kapitel II des Gesetzbuches der Arbeit vom 12. April 1961 (GBI. I S. 27).

Die Bestimmungen des zweiten Kapitels des Gesetzbuches der Arbeit Mitteleuropas über die Leitung der Betriebe und die Mitwirkung der AN, die mit der nach 1945 durchgeführten Umgestaltung des gesamten Arbeitsrechts ihre planwirtschaftliche Prägung erfahren haben, sind ein geeignetes Demonstrationsobjekt für diese Abhängigkeit von der getroffenen Grundentscheidung. Dies wird um so deutlicher, wenn man dieser Regelung die im Verfassungsrat der Bundesrepublik unter dem Gesichtspunkt des "Individualitätsaspektes" der Marktwirtschaft neu gestalteten Beteiligungsrechte der AN gegenüberstellt.

Der Gesetzgeber der Bundesrepublik hat die in der Würde des Menschen liegende Freiheit vor den Erfordernissen des totalen Staates zum ersten Wert der Menschenwürde bekannt. Durch die Übernahme des Würdebegriffes der Menschenwürde in das positive Verfassungswort (Artikel 1 GG) ist er gleichzeitig "Rechtswert" geworden, so daß seine Anerkennung schwierig (weil noch ungewohnt), rechtlich Erfassung positiv rechtliches Gebot ist".⁵⁾

Hauptinhalt der in der Menschenwürde begründeten Rechte ist nach dem Wertsystem des Gesetzgebers das Recht zur freien Entfaltung der menschlichen Persönlichkeit (Artikel 2 Abs. 1 GG), und zwar der "menschlichen Vollenstehenden in allen Lebensbereichen".⁶⁾

Dazu gehört auch die Betätigung des Menschen mit wirtschaftlichem Genieße. Die freie Entfaltung der Person und die freien Entscheidungen des Individuums sind danach auch das entscheidende Moment für die Ordnung des Wirtschaftslebens in der Bundesrepublik.

Mit der Gewährleistung des Rechts auf freie Entfaltung der Persönlichkeit ist somit das wesentlichste Merkmal der Marktwirtschaft verfassungsrechtlich verankert.

1) Der Bayerische Verfassungsgerichtshof (BVerfGE n.F. 4d. 1 S. 32) kennzeichnet die Würde der menschlichen Persönlichkeit folgendermaßen: "Der Mensch als Person ist Träger höchster geistig-sittlicher Werte und verkörpert einen sittlichen Eigenwert, der unverlierbar und auch jedem Anspruch der Gemeinschaft, insbesondere allen politischen und rechtlichen Zugriffen des Staates und der Gesellschaft gegenüber, eigenständig und unantastbar ist. Die Würde der menschlichen Persönlichkeit ist dieser Würde und zugleich soziale Wert- und Achtungsanspruch, der dem Menschen um dessentwillen zukommt."

5) So Maunz - Dürig, Kommentar zum Grundgesetz, Rdr 1 zu Art. 1 GG.

6) So Maunz - Dürig, aaO. Rdr. 11 zu Art. 2 GG.

7) Vgl. BVerfGE 4, S. 15; Maunz - Dürig, aaO..

Damit ist freilich noch nicht entschieden, ob die Wirtschaftsordnung der Marktwirtschaft selbst bereits im Grundgesetz festgelegt ist.⁸⁾ Ob man so weit gehen kann, mag hier dahingestellt bleiben. Sicher aber ergibt sich nach einer tieferen Auffassung aus dem Bonner Grundgesetz, daß darin der Grundsatz der privaten Initiative auch für die rechtliche Ordnung des Wirtschaftsprozesses anerkannt ist.⁹⁾

Vergegenwärtigt man sich, daß neben dem Unternehmer auch der AN einen Integrationsfaktor der Wirtschaft darstellt, so wird klar, daß diese Grundentscheidung wie für den Unternehmer grundsätzlich auch für den AN Geltung haben muß. Auch der AN genießt auf dem ihm arbeitsteilig zukommenden Sektor des Wirtschaftslebens als freier Mensch ebenso wie der Unternehmer das Recht zur Entfaltung seiner Persönlichkeit.¹⁰⁾

Der AN als der im Verhältnis zum Unternehmer wirtschaftlich Schwächere verfügt jedoch nur über den Wirtschaftsfaktor seiner Arbeitskraft, die er zu ihrer wirtschaftlichen Nutzung an den Unternehmer verkauft. Sein Betätigungsfeld im Wirtschaftsleben ist daher im wesentlichen auf das Arbeitsverhältnis beschränkt. Soll die Grundentscheidung der Staatsführung für ein vom freiheitlichen Menschenbild¹¹⁾ geprägtes wirtschaftliches Ordnungsprinzip in allen Bereichen der Wirtschaft Gültigkeit besitzen, dann muß sie auch in die zwischen Unternehmer und AN bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen im Rahmen des Arbeitsverhältnisses hineinwirken.

Der deutlichste Ausdruck für die prägende Kraft dieser Entscheidung auch bei der rechtlichen Ausgestaltung der Beziehungen zwischen AN und dem Unternehmer

8) Für diese Ansicht vgl. insbesondere Nipperdey, Soziale Marktwirtschaft und Grundgesetz, S. 19 ff. Die herrschende Meinung geht jedoch davon aus, daß das Grundgesetz sich zu keiner bestimmten Wirtschaftsverfassung bekennt, sondern diese Frage offen läßt. So z. B. Maunz, Deutsches Staatsrecht, 14. Aufl. S. 137; BVerfG vom 20.7.1954, NJW 1954 S. 1235.

9) Vgl. Reinhardt, Die für die Ordnung der Wirtschaft maßgebenden Rechtsgrundsätze und die Rechtsform der Mitbestimmung, in: Festschrift für H. C. Nipperdey, S. 235 ff (236).

10) Vgl. Hueck-Nipperdey Ed. H. C. Nipperdey, Soziale Marktwirtschaft und Grundgesetz aaO. S. 36.

11) Vgl. von Neil-Brenning, Sinnbestimmung der Wirtschaft am letzten Ende, in: Grundsatzfragen der Wirtschaftsordnung, Vortragszyklus veranstaltet von der Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Freien Universität Berlin, Sommersemester 1953, Berlin 1954, S. 243.

ist - wie noch zu zeigen sein wird - das Institut der Mitwirkung und Mitbestimmung der AN im Sinne des 4. Teils des Betriebsverfassungsgesetzes vom 11. Oktober 1952.¹²⁾

Man versteht darunter die den AN kraft Gesetzes eingeräumte Möglichkeit, sich in den Betrieben und unter bestimmten Voraussetzungen auch in den Unternehmen an der unternehmerischen Willensbildung und Entscheidung zu beteiligen.¹³⁾

Die "AN-Beteiligung" ist daher der Oberbegriff, unter den die Begriffe der Mitwirkung und Mitbestimmung der AN einzuordnen sind.¹⁴⁾

Beteiligung bzw. Mitbestimmung und Mitwirkung der AN kann freilich nicht bedeuten, daß jeder einzelne AN unmittelbar an der unternehmerischen Willensbildung und Entscheidung beteiligt ist. Im Hinblick auf die in der Regel große Zahl der Betriebsangehörigen ist dies in der Praxis nicht zu verwirklichen. Im Rahmen der betriebsverfassungsrechtlichen Beteiligung werden die AN vielmehr durch ein Vertretungsorgan, den Betriebsrat, repräsentiert.

Die den AN zugestandene Einwirkungsmöglichkeit auf die Wirtschaftsführung der Unternehmen durch ihre Teilhabe an der Willensbildung und Entscheidung läßt sich im letzten nur aus der gesetzgeberischen Grundentscheidung für das freiheitliche Wirtschaftssystem erklären.

Eine von der Entfaltungsfreiheit des einzelnen ausgehende Ordnung, die der Persönlichkeit des Einzelmenschen entscheidenden Wert beimißt, wird im AN nicht nur den Produktionsfaktor Arbeit und den "Verkäufer" der "Ware" Arbeitskraft sehen können. Dies hat man freilich unter Berufung auf den wirtschaftlichen Liberalismus sehr lange getan. Angesichts des Bekenntnisses des Gesetzgebers zum sittlichen Wert der Menschenwürde und ihrer Anerkennung auch als unmittelbar verpflichtender Rechtswert dürfte diese Auffassung jedoch nicht mehr aufrechtzuerhalten sein. Sie widerspräche der Würde und Natur des Menschen, die "darauf angelegt und dazu berufen (ist), in Selbstbewußtsein und Freiheit sich selbst zu bestimmen, sich zu gestalten, sich in der Umwelt auszuwirken".¹⁵⁾

12) BGBl. I S. 681.

13) Neumann - Duesberg, Betriebsverfassungsrecht, S. 131; Hueck - Nipperdey, Bd. II S. 26; Weddigen, Zur Theorie und Praxis der Mitbestimmung S. 151, 156.

14) Neumann - Duesberg, S. 117; Galperin - Siebert, A 13 vor § 49 BVG Weddigen S. 14.

15) So Wintrich, Zur Auslegung und Anwendung des Art. 2 Abs. 1 GG, in: "Staat und Bürger", Festschrift für Willibald Apelt, S. 1.

Im Vordergrund wird vielmehr der Gedanke einer wirtschaftlichen Zweckgemeinschaft zweier durch ein gemeinsames Ziel miteinander verbundener Partner stehen müssen. Es kann folglich nicht überraschen, daß der Gesetzgeber in § 49 Abs. 1 BVG den Grundsatz der vertrauensvollen Zusammenarbeit gewissermaßen als Generalklausel für die inhaltliche Ausgestaltung der Beziehungen zwischen Unternehmer und Belegschaft normiert hat.

In diesem vom Gesetzgeber vorgezeichneten Rahmen der betrieblichen Partnerschaft zwischen Unternehmer und AN bedeutet die AN-Beteiligung in erster Linie ein Instrument zur freien und persönlichen Entfaltung der AN auf dem ihnen arbeitsteilig zukommenden Sektor des Wirtschaftslebens.

Ihre wichtigste Seite liegt darin, daß der Unternehmer den einzelnen AN 'nicht als bloßen Befehlsempfänger behandelt, sondern ihm an seinem Arbeitsplatz trotz Betriebshierarchie und Übertechnisierung eine im Rahmen des Möglichen liegende Freiheit der Gestaltung, Initiative und schöpferische Entfaltung zuerkennt'. ¹⁶⁾

Das muß zumindest im Grundsatz auch für die freilich in den Einzelheiten noch umstrittene Beteiligung der AN in den wirtschaftlichen Angelegenheiten gelten. ¹⁷⁾

Die hier maßgebende Regelung der §§ 67 ff BVG hat sich als Ergebnis der Auseinandersetzungen zwischen den Gewerkschaften und Unternehmern herausgebildet. Ob mit dieser Kompromißlösung bereits die letzte Formulierung dieser Frage gefunden wurde, mag die Zukunft erweisen. ¹⁸⁾

Über das Ziel, den AN an ihrem Arbeitsplatz eine im Rahmen des Möglichen liegende Freiheit der persönlichen Entfaltung zu gewähren hinaus, dient die betriebsverfassungsrechtliche Beteiligung auch dem sozialen Schutz der AN.

Der AN ist als einzelner, der nur seine Arbeitskraft hat, dem im Besitze aller anderen Produktionsmittel befindlichen Unternehmer bei der Festsetzung und Handhabung der Arbeitsbedingungen nur formell aber nicht tatsächlich gleichberechtigt. Neben dem Berufsverbandsrecht und dem Tarifvertragsrecht dient auch die Beteiligung der AN nach dem Betriebsverfassungsrecht dem Schutz des wirtschaftlich schwachen AN. ¹⁹⁾

16) So Neumann-Duesberg, Betriebsverfassungsrecht, S. 52; Flume, Grundfragen der Mitbestimmung, Der Betrieb 1952 S. 513.

17) Vgl. auch unten § 3 E III 1.

18) In letzter Zeit haben die Gewerkschaften auf diesem Gebiet erneut die Initiative ergriffen. Sie fordern eine stärkere, über die Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes hinausgehende Beteiligung der AN in wirtschaftlichen Angelegenheiten. (Vgl. z.B. Jungblut, Mitbestimmung hier und anderswo, in: "Die Zeit" Nr. 43 vom 22. Oktober 1965 S. 40).

19) Vgl. Hueck-Nipperdey, Bd. II S. 20.

Dies äußert sich grundsätzlich einmal darin, daß die unter Mitwirkung der AN getroffenen Entscheidungen typischerweise sozial gerechter sind als die einseitig vom Arbeitgeber getroffenen. Zum anderen zeigt sich diese Schutzfunktion der AN-Beteiligung auch bei den allgemeinen Aufgaben des Betriebsrates, etwa nach § 54 Abs. 1 Buchstabe c BVG: Beschwerden eines AN entgegennehmen und im Falle ihrer Berechtigung beim Arbeitgeber auf Abstellung hinwirken.

Besonders typisch für den sozialen Sinn und die soziale Beteiligung bei geplanten Betriebsänderungen im Rahmen des § 79 BVG. Die Mitwirkung der AN zielt hier vor allem auf die Erhaltung und Sicherung der Arbeitsplätze. Die

AN üben jedoch eine besondere Gewalt, die mit Verantwortung in dem Bereich, den man mit einer gewissen gewissen Fähigkeit und Willen zur Personlichkeit macht. 21) Daraus folgt, daß die AN neben der im Rahmen des Möglichen zu gewährenden Förderung der Gestaltung und Initiative auch an der Verantwortung für das gemeinsame Wohl des Betriebes beteiligt sind. Es kommt darauf an, dem einzelnen Arbeiter das Bewusstsein zu vermitteln, daß er "als Mensch neben dem Arbeitgeber an seinem Arbeitsplatz für den gesunden Ablauf der Produktion mitverantwortlich ist." --

Im Kern bedeutet somit die von der marktwirtschaftlichen Wirtschaftspraxis geprägte AN-Beteiligung das Verantwortliche und die Teilhabe der AN an der Verantwortung für das gemeinsame Wohl des Betriebes.

Diese Funktion des Institutes innerhalb der von Unternehmen ausgehenden Ordnung wiederum bedingt die rechtliche Ausgestaltung und Tragweite der AN-Beteiligung, und zwar nicht nur in ihren Grundlagen, sondern bis in kleinste Details.

Das wird deutlich, wenn man sich klar macht, daß die Teilhabe an der Verantwortung eine auch rechtlich irgendwie zu qualifizierende Beteiligung an der unternehmensweisen Willensbildung und Entscheidung voraussetzt. Denn die unternehmensweise Entscheidung und die aus der Entscheidung resultierende Verantwortung stehen in einem unabdingbaren Zusammenhang miteinander, 22) so daß das eine nicht möglich ist ohne das andere. Auch die Teilhabe an der Verantwortung für das gemeinsame Wohl des Betriebes ist daher nur denkbar, wenn die

20) Vgl. Neumann-Duesberg, S. 128 - Weitere Fälle sind hier der Schutz bei Versetzungen gemäß §§ 61, 63 BVG und der Schutz bei Entlassungen gemäß § 66 BVG.

21) Vgl. Reinhardt, aaO. S. 244.

22) So Hueck-Nipperdey Bd. II S. 25; Galperin-Siebert A 4 vor § 49 BVG.

23) Reinhardt aaO. S. 237 spricht hier vom "Nexus von Initiative und Verantwortung".

AN über eine rechtliche Handhabe verfügen, sich in die Willensbildung und bei der Beschlußfassung des Unternehmers einzuschalten.

Aus der Grundentscheidung der Staatsführung für die freie Entfaltung der Persönlichkeit auch im Wirtschaftsleben folgt daher mit Notwendigkeit die Mitverantwortung und aus der Mitverantwortung die Mitbestimmung der AN im Prozeß zur Beschaffung der wirtschaftlichen Güter.

Auf der Grundlage dieses Freiheitsbegriffes ist es daher nur konsequent, daß die Beteiligung der AN vom Gesetzgeber als eine rechtliche Befugnis ausgestaltet worden ist. Durch die Mitwirkungs- und Mitbestimmungs"rechte" ist die Belegschaft in der Lage, unter den gesetzlichen Voraussetzungen an der Willensbildung und Entscheidung des Unternehmers teilzunehmen.²⁴⁾ Die Wahrnehmung dieser Rechte obliegt dem Vertretungsorgan der Belegschaft, dem Betriebsrat.

Wie bereits aus dem Begriff "Beteiligungs"recht zu entnehmen ist, kann es sich andererseits auch nicht darum handeln, die grundsätzliche Berechtigung des Unternehmers zur Entscheidung in der Leitung des Unternehmens aufzuheben. Die Arbeitnehmerschaft erhält insbesondere kein Mitdirektionsrecht und schon gar nicht das Recht zur Alleinbestimmung im Betrieb.²⁵⁾ Eine derartige rechtliche Ausgestaltung der AN-Beteiligung wäre mit der geltenden Wirtschaftsordnung nicht in Einklang zu bringen. Sie würde die freie Entfaltung und Initiative des Unternehmers, also des anderen Betriebspartners, lähmen und schließlich beseitigen.

Ziel der Mitwirkung und Mitbestimmung der AN kann es daher nur sein, das ohne die Beteiligung der AN alleinige Recht des Unternehmers zur Entscheidung in der Leitung des Unternehmens "insoweit an die Mitwirkung (der AN) zu binden, als wichtige soziale und wirtschaftliche Interessen der Belegschaft berührt werden".²⁶⁾

24) Das bedeutet freilich nicht, daß den AN aus der Beteiligung nicht auch Pflichten erwachsen.

Eine den Beteiligungsrechten korrespondierende Beteiligungspflicht ist etwa die Pflicht zur Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber und alles zu unterlassen, was die Arbeit und den Frieden im Betrieb stört. (§ 49 Abs. 1 und 2 BVG).

25) Vgl. Galperin-Siebert A 10 vor § 49 BVG a. A. Ballerstedt, Mitbestimmungsrecht, BB 1950 S. 270, der von einer beschränkten Geschäftsführungsbefugnis spricht. Radke, Zum Recht der Betriebsvereinbarung, RdA 1950 S. 340, nimmt die Übertragung von Teilen des Direktionsrechtes an.

26) So Hueck-Nipperdey Bd. II S. 27; Raiser, Rechtsfragen der Mitbestimmung S. 8; Reinhardt aaO. S. 235 ff; Flume aaO. S. 516; Siebert, Grundgedanken der Betriebsverfassung RdA 1958 S. 161 ff (168).

Die Leitungsbefugnisse des Unternehmers werden also in dem Maße durch die Beteiligungsrechte eingeschränkt, als dies dem Gesetzgeber im Interesse der persönlichen Entfaltung der AN in ihrem wirtschaftlichen Wirkungsbereich geboten erscheint.

Das Ergebnis der vom Gesetzgeber hier im Rahmen der einzelnen betrieblichen Angelegenheiten von Fall zu Fall vorgenommenen Bewertung der Interessen der AN äußert sich darin, daß die den Unternehmer in seiner Willensbildung und Entscheidungsfreiheit bindende Wirkung der Beteiligungsrechte nach ihrer rechtlichen Intensität verschieden abgestuft ist.

Der Gesetzgeber unterscheidet zwei Gruppen von Rechten, nämlich Mitwirkungsrechte und Mitbestimmungsrechte.

Mitwirkungsrechte sind nach der in der Rechtsprechung und Lehre herrschenden Auffassung diejenige Form der Beteiligung, die für die Caltigkeit und Rechtswirksamkeit der vom Unternehmer allein getroffenen Maßnahme nicht unmittelbar erheblich ist. Der Unternehmer bleibt hier allein zur Entscheidung berechtigt, während den AN nur die Möglichkeit eingeräumt ist, Einfluß auf die Willensbildung des Unternehmers zu nehmen.

Die Mitwirkungsrechte lassen sich nach der fortschreitenden Intensität ihrer Einflußnahme auf die Willensbildung des Unternehmers in Informationsrechte, Anhörungsrechte und Beratungsrechte einteilen.

Die schwachste Form der Mitwirkung ist in diesem Sinne das Informationsrecht der AN.²⁷⁾ Es erschöpft sich entweder in der bloßen Unterrichtung, wie z.B. im Falle des § 65 BVG, oder es ist nur die Vorstufe zu weitergehenden Beteiligungsrechten wie in § 61 Abs. 1 BVG. Aber auch in diesem Detailbereich ist die prägende Wirkung der Grundentscheidung für die freie Entfaltung des einzelnen nicht zu übersehen. Denn mit Hilfe der Informationsrechte sind die AN z.B. in der Lage, sich Aufschluß darüber zu verschaffen, wofür sie arbeiten und welche Bedeutung der Produktionsabschnitt besitzt, dem sie eingegliedert sind. Der AN, der nicht als Maschine geist- und leblos an seinem Arbeitsplatz stehen will, findet auf diese Weise die Möglichkeit, auch als Mensch und Persönlichkeit an dem ihm übertragenen Wirkungsbereich beteiligt zu sein.²⁸⁾ Dies gilt auch über den engeren Bereich der eigenen Arbeit hinaus für die wirtschaftlichen Betriebsvorgänge wie Aufnahme neuer Fertigung, Fabrikerweiterung etc. Die

27) Die wichtigsten im BVG ausdrücklich genannten Fälle des Informationsrechtes sind §§ 54 Abs. 2, 61 Abs. 1, 65, § 66 Abs. 2, 67 Abs. 2, 69 Abs. 3 BVG.

28) Vgl. Meissinger, Begriffsklärung zum Mitbestimmungsrecht, RdA 1950 S. 41 ff (41,42).

den AN über den Betriebsrat gegebene Information appelliert an die Erkenntnis des Arbeiters. "Fragestellung und Fragebeantwortung geben ihm das Bewußtsein, mehr als nur ein Stück "Ware Arbeit" zu sein." 29)

Das Anhörungsrecht bedeutet mehr als die reine Information. Es macht die letzte Entschlußfassung des Unternehmers davon abhängig, daß er von sich aus den Betriebsrat gehört hat, ohne erst die Fragen und Informationswünsche der Belegschaft abzuwarten. Daß eine so genandhabte Anhörung sich auf die AN dahin auswirkt, sich als Mitarbeiter respektiert zu sehen, ist leicht ersichtlich. 30)

Im übrigen wird die 'meinungsbildende' Kraft dieser Beteiligungstform bei der endgültigen Entschließung des anhörenden Unternehmers um so stärker wirksam sein, je größer die Durchschlagskraft der Argumente des stellungnehmenden Vertretungsorganes ist. 31)

Die wichtigsten Mitwirkungsrechte sind die Rechte auf Beratung. 32)

Der Information und Anhörung gegenüber ist die Mitberatung rechtlich inhaltsvoller. Denn das Mitberatungs- bzw. Erörterungsrecht der AN schließt den "Anspruch in sich, vor jeder zu treffenden Entscheidung nicht nur informiert oder angehört zu werden, sondern auch ein Wort mitreden zu dürfen". 33) Es geht also nicht nur um eine formale Beratung oder leere Verhandlung sondern um eine "Verständigungsherbeiführung". 34) Freilich kann die beratende Stellungnahme der AN die Wirksamkeit der vom Unternehmer getroffenen Entscheidungen nicht hindern. Ein Rat - auch ein widersprechender - ist keine Wirksamkeitsvoraussetzung für die vom Unternehmer getroffene Maßnahme. 35) Das ändert jedoch nichts daran, daß in den gesetzlich vorgesehenen Fällen das Streitgespräch mit allem Für und Wider vorher stattfinden muß. Der Ansatzpunkt zur rechtlichen Einflußnahme auf die Willensbildung und Entscheidung des Unternehmers und damit die Voraussetzung für eine persönlichkeitsbezogene Betätigung und Entfaltung der AN ist damit gegeben. Die prägende Kraft der Grundentscheidung für das Individualprinzip ist auch in diesem Detailbereich nicht zu übersehen.

29) So Meissinger aaO.

30) Vgl. Meissinger aaO. S. 42.

31) So Neumann-Duesberg, S. 138.

32) Die wichtigsten im Betriebsverfassungsgesetz genannten Fälle sind: §§ 54 Abs. 1 Buchstabe c, 58 Abs. 2, 66 Abs. 2, 49 Abs. 3 Satz 2 BVG.

33) So Meissinger aaO, S. 42.

34) So Neumann-Duesberg S. 137.

35) Vgl. Siebert, Die Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer nach dem Betriebsverfassungsgesetz, BB 1952 S. 835.

Ihren sichtbarsten Ausdruck findet diese Grundentscheidung naturgemäß bei den Mitbestimmungsrechten. Die Bindung des Unternehmerwillens und der unternehmerischen Entscheidung durch die Beteiligungsrechte geht hier so weit, daß die Unternehmung grundsätzlich ohne die Mitwirkung der AN funktionieren nicht weiter zum Betrieben werden kann.³⁶⁾ Jeder Unternehmensakt ist so geregelt, daß der Betriebsrat und das Verwaltende Gremium die Durchsetzung in sich schließen.³⁷⁾ Das wird besonders deutlich bei den in § 1 Abs. 20 genannten Fällen. Der Betriebsrat trägt hier gleichberechtigt mit dem Verwaltenden Gremium die Entscheidung über die Aufnahme von Kapital in das Unternehmen. Die Entscheidung wird gemeinsam von beiden getroffen, obwohl sie einen Vertrag, die sog. Betriebsvereinbarung, abschließen.³⁸⁾ Dabei kann gemäß § 19 Abs. 1 BVG eine Betriebsvereinbarung respektiven Inhalts auch gegen den Willen des Unternehmers erzwungen werden.

Im Bereich des Unternehmens bzw. des Konzerns hat der Gesetzgeber die Mitbestimmung der AN entsprechend den hier maßgebenden Bedingungen geregelt. Die Mitentscheidung erfolgt durch die überhöhere Stimmorgane in einem Organ des Unternehmens. So werden in die Aufsichtsräte von Kapitalgesellschaften nach §§ 76, 77 BVG nach dem Mitbestimmungsgesetz³⁹⁾ und dem Mitbestimmungsergänzungsgesetz⁴⁰⁾ auch AN-Vertreter gewählt, die bei Aufsichtsratsbeschlüssen das gleiche Stimmrecht wie die übrigen Aufsichtsratsmitglieder besitzen.

Die Verhältnisse liegen hier, insofern anders, als die Stimmen der AN-Vertreter im Aufsichtsrat und Vorstand, also den Organen der Kapitalgesellschaften, unmittelbar den Willen der juristischen Person widerspiegeln. Hierbei besteht jedoch die Möglichkeit, daß die AN-Vertreter bei der Beschlussfassung von den Antells-

36) Vgl. BAG vom 7. Dezember 1956 - 1 AZR 327/54 -; zitiert nach Jaensch, *Zu den Begriffen der Mitbestimmung und Mitwirkung*, ArbZ 1957 S. 176; BAG vom 1. Februar 1957, AP Nr. 4 zu § 56 BVG.

37) Vgl. Siebert aaO. S. 836.

38) Vgl. Neumann-Dürsberg S. 100. - Die gemeinsame Entscheidung kann im übrigen auch im Wege einer Regeldisposition oder betrieblichen Übung erfolgen.

39) Vgl. Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie vom 21. Mai 1951 (BGBl. I S. 347).

40) Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer aaO. vom 7. August 1956 (BGBl. I S. 707).

eignern überstimmt werden. 41)

Die Mitbestimmung durch den Betriebsrat ist demgegenüber dadurch gekennzeichnet, daß sowohl der Unternehmer als auch das Vertretungsorgan der AN sich zunächst getrennt voneinander eine Meinung zu den anstehenden Problemen bilden und erst im Anschluß daran ihre unterschiedlichen Auffassungen und Interessen durch eine entsprechende Einigung ausgleichen.

Es erhebt sich jedoch die Frage, ob diese letztlich auf der Grundentscheidung für die freie Entfaltung des einzelnen in allen Lebensbereichen beruhende rechtliche Ausgestaltung der wirtschaftlichen AN-Beteiligung sich noch mit der Eigentums-garantie des Art. 14 GG in Einklang befindet. Diese Frage ist mit der herrschenden Meinung zu bejahen. Für den Bereich der Mitwirkungsrechte bedarf dies keiner weiteren Begründung. Zweifelhaft könnte sie sein im Hinblick auf die Mitbestimmung der AN nach den Mitbestimmungsgesetzen.

Wie aus Art. 14 Abs. 1 Satz 2 GG zu entnehmen ist, hat der Gesetzgeber sich vorbehalten, Inhalt und Schranken des Eigentums durch Gesetze näher zu bestimmen. Damit hat er die Möglichkeit eröffnet, das aus der Art. 20 Abs. 1 und 2 Abs. 1 GG folgende Prinzip der Sozialstaatlichkeit anwendbar für die inhaltliche Ausgestaltung des Eigentumsrechts wirksam werden zu lassen.

Die Sozialstaatsforderung als Teil der verfassungsmaßige Ordnung der Bundesrepublik hält den Staat an, im Sinne ausgleichender Gerechtigkeit und im Hinblick auf die Sicherung eines menschenwürdigen Daseins das rechte Verhältnis zwischen den verschiedenen Bevölkerungsschichten herzustellen und den einzelnen vor den besonderen wirtschaftlichen und sozialen Gefahren der abhängigen Arbeit in der modernen industriellen Gesellschaft zu schützen. 42)

Dieser Aufgabe dient im besonderen Maße die Mitwirkung und Mitbestimmung der AN in den Betrieben. Sie ist daher Inhalt des Sozialstaatsprinzips, das auch das Mitbestimmungsrecht der AN in den Montangesellschaften umfaßt. 43)

41) Eine Abstufung der rechtlichen Tragweite der Mitbestimmung bedeutet es auch hier, daß im Aufsichtsrat der vom Mitbestimmungsgesetz und Mitbestimmungsergänzungsgesetz erfaßten Unternehmen die AN-Vertreter paritätisch neben den Anteilseignern berechtigt sind, während nach dem Betriebsverfassungsgesetz der Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft nur zu einem Drittel aus Vertretern der AN besteht. (Vgl. § 76 Abs. 1 BVG).

42) Vgl. Hueck-Nipperdey, Bd. II S. 33.

43) Vgl. Hueck-Nipperdey, Bd. II S. 910, 911.

Als konkrete Erscheinungsformen des Sozialstaatsprinzips sind die gesetzlichen Beteiligungsrechte der AN Teil der verfassungsmaigen Ordnung der Bundesrepublik. Sie bestimmen damit erst den Inhalt und die Schranken des Eigentums am Unternehmen. Die Grenze der sozialen Bindung des Eigentums liegt dort, wo die Substanz des Eigentums, d. h. die für den Eigentumsbegriff unerlbliche Verfügungsbefugnis beeinträchtigt wird. ⁴⁴⁾

Dieser Tatbestand liegt jedoch nach heute herrschender Meinung weder bei der paritatischen Einschaltung der AN-Vertreter in den Aufsichtsrat noch bei der Einrichtung des Arbeitsdirektorspostens vor. ⁴⁵⁾

Der entscheidende übergeordnete Gesichtspunkt für die rechtliche Ausformung der AN-Beteiligung in den Betrieben und Unternehmen in all ihren verschiedenen Abstufungen ist somit, daß den AN in den Beteiligungsrechten echte Mitgestaltungsrechte zur Seite stehen. Sie verfügen damit über ein rechtliches Instrument das ihnen nicht nur ermöglicht, die eigene Initiative zu entfalten, ihre persönlichen Fähigkeiten und Kenntnisse auch im Bereich der täglichen Arbeit zu entwickeln und zu bertigen. Es gestattet ihnen darüber hinaus, ihre eigenen wirtschaftlichen Vorstellungen und Interessen unter den gesetzlichen Voraussetzungen gegen eine abweichende Auffassung des Unternehmers bei der unternehmerischen Entscheidung durchzusetzen.

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß sowohl der Unternehmer als auch die AN letztlich der Förderung eines gemeinsamen Zieles dienen. Beide Partner wollen erreichen, daß der Nutzeffekt, der wirtschaftliche Erfolg des Unternehmens, ermöglicht bzw. erhöht wird. Zu diesem Zweck leisten sie ihre Beiträge, stellt der Unternehmer das Kapital und stellen die AN ihre Arbeitskraft zur Verfügung. In diesem Sinne stehen sich die Beteiligungsrechte als ein gesellschafts-ähnliches Moment dar. ⁴⁶⁾

Dem gemeinsamen Unternehmen Zweck wird auch die Ausübung der Beteiligungsrechte unterzuordnen sein. Denn die AN können ebenso wenig wie der Unternehmer daran interessiert sein, durch die Wahrnehmung ihrer Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte eine Willensbildung und Beschlafassung im Unternehmen zu verzögern oder überhaupt zu vereiteln. Auf die Erfüllung des gemeinsamen Wirtschaftszweckes müßte sich das nur nachteilig auswirken. ⁴⁷⁾

44) Vgl. Hueck-Nipperdey, aaO. S. 912 mit weiteren Nachweisen.

45) So Neumann-Duesberg, S. 79. Hueck-Nipperdey, aaO. S. 911. Ablehnend dagegen: Bohm, Das wirtschaftliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben, Ordo-Jahrbuch IV 1952 S. 21 ff.

46) Vgl. Calpern-Siebert, A 11 vor § 49 BVG Reinhardt, Die für die Ordnung der Wirtschaft maßgebenden Rechtsgrundsätze und die Rechtsform der Mitbestimmung, aaO. S. 246.

47) Vgl. Reinhardt aaO, S. 246.

Es ist daher kein Widerspruch, wenn die AN-Beteiligung einerseits durch die rechtliche Bindung und Einschränkung der Befugnisse des Unternehmers, andererseits zugleich aber auch durch die enge Zusammenarbeit und Integration beider Partner im Interesse des gemeinsamen Förderungszwecks gekennzeichnet ist. ⁴⁸⁾ (§ 49 Abs. 1 BVG).

Auch dieses Bemühen um Einigung und Zusammenarbeit erklärt sich aus der Grundentscheidung des Gesetzgebers für das freiheitliche Wirtschaftssystem. Anerkennt man, daß neben dem Unternehmer auch die AN im Rahmen der Möglichkeiten des Arbeitsverhältnisses zur freien und persönlichen Entfaltung berufen ist, so ist denkbar, daß beide Teile die ihnen eingeräumte Freiheit unabhängig voneinander verwirklichen und auseinander streben. Dies könnte bedeuten, daß der Betrieb funktionsunfähig würde und nicht mehr in der Lage wäre, sich auf dem Markte zu behaupten. Damit wäre zugleich das Funktionieren der marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung überhaupt in Frage gestellt, da sie den Bestand leistungsfähiger Einzelbetriebe voraussetzt. Die Beteiligung der AN mit dem Ziel der Zusammenarbeit und Ausraumung widerstreitender Interessen dürfte daher einem wesentlichen Erfordernis der Marktwirtschaft dienen.

Scheint danach die Mitwirkung und Mitbestimmung der AN in den Betrieben schon vom Begriff her allein auf das freiheitliche Wirtschaftsprinzip der Marktwirtschaft zugeschnitten zu sein, so überrascht es zunächst, diesem Institut auch in der Wirtschaftsordnung Mitteldeutschlands zu begegnen, wo ein anderes Wirtschaftssystem, nämlich die Planwirtschaft, von Verfassungswegen festgelegt ist. ⁴⁹⁾

Nach der Grundentscheidung der Staatsführung ist hier nicht die freie Initiative und Entfaltung des einzelnen der oberste Maßstab bei der rechtlichen Ordnung des Wirtschaftsprozesses, sondern ein im Interesse der Allgemeinheit ausgearbeiteter Volkswirtschaftsplan. Die Ordnungsfunktion des selbstverantwortlich wirtschaftenden Unternehmers in der Marktwirtschaft übernimmt hier ein zentraler Plan, der von der Staatlichen Plankommission beschlossen und mit hoheitlichen Mitteln als sog. Plangesetz "von oben nach unten" in Kraft gesetzt wird. Der Zentralplan wird so zum "Grundgesetz" für die Wirtschaft des gesamten Staatsgebietes. Alles wirtschaftliche Handeln ist an ihm orientiert, von ihm abhängig und auf seine Erfüllung ausgerichtet.

Auf der Grundlage dieser Wirtschaftsordnung scheint für eine Beteiligung der AN in dem von uns verstandenen Sinn kein Raum mehr zu sein. ⁵⁰⁾ Einmal deshalb,

48) Der Integrationsfunktion der Beteiligungsrechte ist in besonderem Maße der Wirtschaftsausschuß gewidmet (§ 67 BVG).

49) Vgl. Art. 21 der Verfassung der DDR vom 7. Oktober 1949 (GBl. S. 4).

50) Vgl. Pleyer, Wirtschaftsordnung und Arbeitsrecht, ZHR 1962 S. 81 ff (117).

weil die grundlegenden und richtungweisenden wirtschaftlichen Entscheidungen nicht in den Betrieben, sondern im Wirtschaftsplan getroffen werden und es den Betrieben im wesentlichen lediglich überlassen bleibt, die im Plangesetz vorgegebenen Entscheidungen zu konkretisieren und auszuführen. Zum anderen scheint eine Beteiligung der AN an wirtschaftlichen Entscheidungen im Betrieb auch deshalb systemwidrig zu sein, weil diese Entscheidungen auf der untersten Stufe des Plangesetzes nicht mehr "von oben", also in der staatlichen Planzentrale bestimmt und kontrolliert werden können.⁵¹⁾ Dies wiederum müßte zu Disproportionalitäten im Plangesetz führen und sich als Hemmnis bei der Verwirklichung des Zentralplanes auswirken.⁵²⁾

Über diesen Voraussetzungen fragt es sich daher um so mehr, was gemeint ist, wenn den AN gemäß Art. 17 der Verfassung Mitteldeutschlands ein Grundrecht auf Beteiligung an der Leitung der Produktion eingeräumt wird.

Merke! handelte es sich zunächst um einen bloßen Programmsatz, der in seiner praktischen Verwirklichung der Konkretisierung und natürlichen rechtlichen Ausgestaltung bedurfte. Diese erfolgte bereits durch das Gesetz der Arbeit vom 18. April 1961.⁵³⁾ Weitere Konkretisierungen des Beteiligungssatzes brachten das Gesetz über die Vervollkommnung und Vereinfachung des Staatsapparates vom 11. Februar 1958⁵⁴⁾ und § 14 der Verordnung über das Statut der Vereinigung Volkseigener Betriebe vom 13. Februar 1958.⁵⁵⁾

Die längste Formulierung des Grundsatzes der Beteiligung der AN an der Leitung der Betriebe erhält § 2 Abs. 1 des Gesetzbuches der Arbeit (ABO) vom 12. April 1961⁵⁶⁾. Danach haben alle Bürger "das Recht auf schöpferische Mitwirkung an der Ausarbeitung und Erfüllung der Pläne und an der Leitung der Betriebe und der Wirtschaft".

Wie bereits die eingangs angestellten Erwägungen zeigen, wird man die hier getroffene Regelung der AN-Beteiligung nicht mit dem durch die Grundentscheidung für das freimärkliche Wirtschaftssystem der Marktwirtschaft geprägten Maßstab messen dürfen. Man wird vielmehr das Wesen und die Bedeutung der Mitwirkung der AN in den Betrieben Mitteldeutschlands nur dann erfassen können, wenn man sie mit dem Maßstab der hier zugunsten der Planwirtschaft getroffenen Grundentscheidung mißt. Es wird daher zu untersuchen sein, welche wirtschaft-

51) Vgl. Weddigen, Zur Theorie und Praxis der Mitbestimmung aaO. S. 28.

52) Vgl. Pleyer aaO.

53) GBl. I S. 349; vgl. insbesondere § 4 Abs. 2.

54) GBl. I S. 117.

55) GBl. I S. 149.

56) GBl. I S. 27.

liche Funktion, und daraus resultierend, welche rechtliche Ausgestaltung und Tragweite der AN-Beteiligung im System der Zentralverwaltungswirtschaft zukommt. Die planwirtschaftlichen Ordnungen sehen den Menschen, besonders im Bereich der Wirtschaft, nicht primär als einzelnen, sondern als ein Glied des Ganzen, der Gesellschaft.⁵⁷⁾ Die persönliche Entfaltung des Individuums tritt zurück hinter die Bedürfnisse der Allgemeinheit.

Das bedeutet nicht, daß für den Bereich der marktwirtschaftlich determinierten Beteiligung das Wohl der Allgemeinheit ohne Bedeutung wäre. In § 49 Abs. 1 BVG betont der Gesetzgeber ausdrücklich, daß die Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat unter Berücksichtigung des Gemeinwohls erfolgen muß, entscheidend ist jedoch die Akzentuierung. Nach dem Willen des Gesetzgebers der Bundesrepublik liegt der Schwerpunkt bei der Entfaltung des einzelnen, erst "über" ihn, d. h. durch seine persönliche Entfaltung soll das Gemeinwohl gefördert werden.⁵⁸⁾

Die planwirtschaftlich orientierte Wirtschaftsordnung schlägt den umgekehrten Weg ein. Ausgangspunkt ist das Gemeinwohl. Durch die Vorsorge für die Bedürfnisse der Allgemeinheit sollen auch die Bedürfnisse des einzelnen als deren Teil und Glied Berücksichtigung finden.

Ausdruck und Niederschlag der Bedürfnisse der Allgemeinheit ist der Plan. Unter diesem Aspekt wird er ausgearbeitet und auf hoheitliche Weise als Gesetz in Kraft gesetzt. Im Interesse des Ganzen wie auch seiner Glieder gilt es daher ihn zu verwirklichen.⁵⁹⁾

Bereits hier wird sichtbar, daß Beteiligung der AN in den planwirtschaftlich gelenkten Betrieben nicht heißen kann, die AN im größeren Umfang eigenverantwortlich an der wirtschaftlichen Willensbildung und Entscheidung mitwirken oder gar mitbestimmen zu lassen. Die wirtschaftsleitende Willensbildung vollzieht sich - wie noch zu zeigen sein wird - vorwiegend außerhalb des Betriebes in der Staatlichen Plankommission: die wirtschaftslenkenden Entscheidungen sind dem einzelnen Betrieb im Plangesetz vorgegeben. Im Betrieb selbst kann es auf der Grundlage dieser Ordnung nur darum gehen, die zentral erteilten Befehle zu konkretisieren und möglichst umfassend und planmäßig auszuführen.

Damit ist aber auch schon festgelegt, daß die AN-Beteiligung dem Plan als der globalen Gestaltung sämtlicher wirtschaftlichen Fragen und Entscheidungen untergeordnet sein muß.

57) Vgl. Pleyer, Vertrag und Wirtschaftsordnung, IZ 1962 S. 234.

58) Vgl. Pleyer, Wirtschaftsordnung und Arbeitsrecht, ZHR 1962 S. 81.

59) Vgl. Pleyer, Vertrag und Wirtschaftsordnung aaO. S. 234.

Die Notwendigkeit, den im Interesse der Allgemeinheit aufgestellten Plan auch zu erfüllen, verbietet es, die AN-Beteiligung als Ausdruck einer vom Plan unabhängigen freien persönlichen Entfaltung von Individuen zu werten. Eine solche Ausgestaltung der Mitwirkung der AN bei der Leitung der Betriebe würde keine Gewähr dafür bieten, daß ihre Initiative und persönliche Entfaltung auch die Erfüllung des Zentralplanes fördert. Von der Wirtschaftsordnung her ist daher eine Beteiligung der AN in den Betrieben nur dann sinnvoll, wenn dafür gesorgt ist, daß sich Initiative und Entfaltung der AN im Rahmen und innerhalb der Grenzen des Plangesetzes bewegen.

Wird dieser vom Wirtschaftssystem erhobenen Forderung aber Rechnung getragen, so kann die AN-Beteiligung eine entscheidende Aufgabe für das Funktionieren der planwirtschaftlichen Ordnung übernehmen: Sie lenkt das natürliche Streben der AN nach persönlicher Entfaltung auf die Aufgaben des Planes und mobilisiert damit die Initiative, die Erfahrungen und Fähigkeiten der AN für die Planerfüllung.⁶⁰⁾

Es ist daher dem Wirtschaftssystem Mitteldeutschlands angemessen, wenn in § 2 Abs. 1 AGB die AN-Beteiligung als schöpferische Mitwirkung an der Ausarbeitung und Erfüllung der Pläne qualifiziert wird.

Die Beteiligung der AN bedeutet danach in erster Linie Mitwirkung bei der Ausführung und Realisierung der im Plan vorgegebenen Entscheidungen. Sie findet daher in einem Bereich statt, von dem die Beteiligung der AN nach dem Betriebsverfassungsgesetz schon aufgrund der Begriffsbestimmung ausgeschlossen ist.⁶¹⁾ Denn die bloße Ausführung der unter Mitwirkung der AN beschlossenen Maßnahmen und Entscheidungen ist allein Sache des Unternehmers (§ 52 Abs. 1 BVG). Die Beteiligung der AN an dem Betriebsverfassungsgesetz vollzieht sich gemäß der Grundentscheidung für das freiheitliche System vielmehr im wesentlichen dort, wo für die freie Entfaltung der AN noch Raum ist, nämlich bei der Willensbildung und Beschlußfassung des Unternehmers. Sie findet daher vorwiegend in einem Bereich statt, der dem Stadium der Ausführung der Entscheidungen notwendig vorangeht. Die Einschaltung der AN bei der Durchführung und Verwirklichung eines von ihrem Willen unabhängigen Plangesetzes ist aber - wie § 2 Abs. 1 AGB zeigt - für die Beteiligung der AN in den Betrieben Mitteldeutschlands charakteristisch.

60) Vgl. im Ergebnis Winternitz, Probleme der Planwirtschaft, S. 34.

61) Vgl. Weddigen aaO. S. 17.

Vgl. für die dem planwirtschaftlichen System immanenten Beschränkung der AN-Beteiligung auf die Plandurchführung und das Wie der Planerfüllung auch Hamel, Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus in der Wirtschaftsordnung Mitteldeutschlands, S. 163, 164.

Diese der AN-Beteiligung von der Wirtschaftsordnung zugewiesene Funktion kann nicht ohne Auswirkung auf ihre rechtliche Ausgestaltung bleiben.

Soll nämlich die Beteiligung der AN der Aufgabe als Institut der schöpferischen Mitwirkung an der Ausarbeitung und Erfüllung der Pläne gerecht werden, so ist dies nur dann gesichert, wenn die Beteiligung in ihrem Schwerpunkt nicht als Recht sondern als Pflicht ausgestaltet wird. Denn das Funktionieren der Planwirtschaft wird nicht dadurch gewährleistet, daß den AN das Recht eingeräumt wird, bei der Ausarbeitung und Erfüllung der Pläne mitwirken "zu dürfen". Worauf es vielmehr im Interesse der umfassenden und planmäßigen Erfüllung der Wirtschaftspläne ankommt ist, daß die AN bei der Ausarbeitung und Erfüllung der Pläne mitwirken "sollen".

Diesem Bedürfnis der Planwirtschaft entspricht es daher, wenn die Mitwirkungsrechte der AN gemäß § 2 Abs. 2 AGB als "moralische Pflichten jedes arbeitsfähigen Bürgers" qualifiziert werden. Das Grundrecht der AN auf Beteiligung an der Leitung der Produktion gemäß Art. 17 der Verfassung der DDR erweist sich daher in erster Linie als eine Grundpflicht der AN. ⁽⁶²⁾

Eine Erzwingbarkeit dieser Pflicht mit rechtlichen Mitteln ist nicht vorgesehen. Das bedeutet jedoch nicht, daß auf ihre Durchsetzung verzichtet würde.

An die Stelle der rechtlichen Sanktion tritt der psychologisch wirkende Druck der öffentlichen Meinung. In der Presse, im Funk und Fernsehen werden die AN ständig mit den Forderungen der sozialistischen Moral und insbesondere der sozialistischen Arbeitsdisziplin ⁽⁶³⁾ konfrontiert. Die durch diese Medien systematisch gelenkte öffentliche Meinung wird so zum "unmittelbaren Garanten einer strikten Beachtung der sozialistischen Grundrechte und Grundpflichten". ⁽⁶⁴⁾ In der Praxis ist daher die Verpflichtung der AN zur Mitwirkung in den Betrieben unter dem Druck der öffentlichen Meinung weitgehend verwirklicht. Denn wer nimmt es schon auf sich, in der öffentlichen Meinung als unehrenhaft zu gelten.

Im Rahmen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft ⁽⁶⁵⁾ wird darüber hinaus auf die Erfüllung der Beteiligungspflichten in verstärktem Maße auch mit Hilfe materieller Anreize eingewirkt. Durch die Schaffung eines aufeinander abgestimmten Systems sog. "ökonomischer Hebel"

62) Vgl. Poppe, Schüssler, Sozialistische Grundrechte und Grundpflichten des Bürgers, StUR 1963 S. 209 ff (221).

63) Vgl. zum Inhalt des Begriffs der sozialistischen Arbeitsdisziplin § 106 ACB.

64) So Poppe, Schüssler, S. 227.

65) Vgl. Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (GBI. 1963 II S. 453 ff).

sollen die AN insbesondere durch eine gezielte Prämienzahlung dazu angehalten werden, sich schöpferisch an der Ausarbeitung und Erfüllung der Pläne zu beteiligen.⁶⁶⁾

Die Wahrnehmung der Beteiligungs"rechte", besser: die Erfüllung der allgemeinen Beteiligungspflichten, vollzieht sich in den Betrieben im Rahmen konkreter sog. Beteiligungs- bzw. Teilnahmeformen der AN⁶⁷⁾, wie z.B. der Plandiskussion, dem sozialistischen Wettbewerb, der Neuerungsbewegung, den Ständigen Produktionsberatungen etc.

Hierbei handelt es sich um besondere Organisationformen für die Beteiligung der AN bei der Leitung der Betriebe, die der Gesetzgeber insbesondere im zweiten Kapitel des Arbeitsgesetzbuches in den §§ 11, 12 bis 19, aber auch verstreut in den übrigen Teilen des Gesetzes zur Verfügung gestellt hat.

B. GANG DER UNTERSUCHUNG

Wie aus § 2 Abs. 1 AGB zu entnehmen ist, wird die Beteiligung der AN sowohl bei der Ausarbeitung als auch bei der Erfüllung der Pläne wirksam.

Die Mitwirkung bei der Ausarbeitung und Erfüllung der Pläne wiederum schließt notwendig die Beteiligung der AN bei der Plankontrolle ein.⁶⁸⁾

Damit erstreckt sich die Beteiligung der AN in den Betrieben Mitteldeutschlands auf den gesamten Bereich der zentral geplanten Gütererzeugung, von der Ausarbeitung des Planes über die Plandurchführung bis zur Plankontrolle.

Der äußere Gang der Untersuchung paßt sich diesen vom Gesetzgeber unterschiedenen Mitwirkungsbereichen an.

Es ist daher zunächst die Mitwirkung der AN bei der Planausarbeitung, anschließend ihre Mitwirkung bei der Plandurchführung und schließlich die Beteiligung der AN im Rahmen der Plankontrolle darzustellen. Bei dieser Untersuchung wird der Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Funktion, die den einzelnen Beteiligungsformen von der planwirtschaftlichen Ordnung zugewiesen ist, in den Vordergrund zu rücken sein. Erst aus den hier gefundenen Ergebnissen kann die Abhängigkeit

66) Vgl. Abschnitt IV der Richtlinie aaO.

67) Vgl. Tippmann, Die rechtliche Ausgestaltung der Sozialistischen Demokratie im Betrieb im Entwurf des Arbeitsgesetzbuches, ArbR 1961 S. 33 ff; Schmutzler, Der Betriebskollektivvertrag als staatlich-rechtliches Leiharbeitsinstrument in den sozialistischen Betrieben, Diss. Leipzig 1963 S. 70.

68) Vgl. unten § 4 A II.

auch der rechtlichen Ausgestaltung der AN-Beteiligung von der zugrunde liegenden Wirtschaftsordnung abgeleitet werden.

Die vom Gesetzgeber normierten Beteiligungsformen werden im übrigen bei der Untersuchung jeweils in den Beteiligungsbereich eingeordnet, zu dem sie nach der vom Gesetzgeber angestrebten Systematik gehören.

Aus Gründen der besseren Übersicht empfiehlt es sich - gewissermaßen vor der Klammer - das Vertretungsorgan der AN, die Betriebsgewerkschaftsleitung, die auf allen Gebieten der Mitwirkung eine Rolle spielt⁶⁰⁾, auf ihre innere Struktur zu untersuchen und sie dem vergleichbaren Institut in der Bundesrepublik, dem Betriebsrat, gegenüberzustellen.

Das gleiche gilt für die Funktion und die rechtliche Stellung des Betriebsleiters nach dem Arbeitsgesetzbuch Mitteldeutschlands.

Die rechtliche Tragweite der AN-Beteiligung ist letztlich vor allem dadurch zu bestimmen, ob und inwieweit die Mitwirkung der AN die Maßnahmen und Entscheidungen des Betriebsleiters zu beeinflussen vermag. Es erscheint daher zweckmäßig, vor der Klammer auch die Funktion des Betriebsleiters in den zentral geplanten Betrieben Mitteldeutschlands zu untersuchen und sie der Stellung des Unternehmers in der Marktwirtschaft gegenüberzustellen.

60) Vgl. §§ 10 Abs. 1 Satz 2, 13 Abs. 1; 15 Abs. 2; 16 Abs. 3; 17 Abs. 1, 18 Abs. 1; § 53 Abs. 2 AGB.

§ 1

FUNKTION UND RECHTLICHE STELLUNG DER BETRIEBSORGANE ALS ANKNÜPFUNGSTATBESTAND DER AN-BETEILIGUNG

A. DIE VERTRETUNG DER AN IM BETRIEB

I. Die Repräsentation der AN bei der Mitwirkung und Mitbestimmung durch den Betriebsrat in der Bundesrepublik

Dem von den einzelnen technischen und wirtschaftlichen Einheiten (Betrieben und Unternehmen) ausgehenden Aufbau der Wirtschaft in der Bundesrepublik entspricht es am ehesten, die Interessenvertretung der AN in den Betrieben einem Organ anzuvertrauen, das die Arbeitnehmerschaft selbst aus ihrer Mitte wählt. Dieses Organ ist nach dem Betriebsverfassungsrecht der Bundesrepublik der Betriebsrat. Er ist "gesetzlicher Vertreter der AN eines Betriebes, durch den die eigentlichen Rechtsinhaber der Beteiligungsrechte, der einzelne AN, von der Ausübung dieser Befugnisse ausgeschaltet werden." 70)

Diese Funktion des Betriebsrates scheint auf den ersten Blick mit der Aufgabe der AN-Beteiligung als Instrument zur persönlichen Entfaltung des einzelnen AN nicht in Einklang zu stehen. Bei näherem Zusehen zeigt sich jedoch, daß diese rechtliche Ausgestaltung dem System nicht widerspricht. Sie trägt vielmehr als technische Regelung entscheidend dazu bei, daß die Grundentscheidung für die freie persönliche Entfaltung des einzelnen in diesem Detailbereich verwirklicht werden kann.

Die Beteiligung der AN als Ausdruck der persönlichen Entfaltung und Willensbetätigung jedes einzelnen AN führt angesichts der großen Zahl der normalerweise in einem Betrieb beschäftigten AN zu einer Vielfalt der Meinungen und einer Differenzierung im Willen der einzelnen. Dabei besteht die Gefahr⁷¹⁾, daß eine einheitliche Willensbildung der AN im Betrieb unmöglich würde, wenn sich die Vielfalt der Meinungen unmittelbar auf jede beteiligungsfähige Entscheidung

70) Vgl. Pleyer, Wirtschaftsordnung und Arbeitsrecht, ZHR 1962 S. 114.

71) So Hueck-Nipperdey, Bd. II S. 687.

72) Nach der Wertung des Gesetzgebers ist diese Gefahr bereits zu bezahen, wenn in einem Betrieb fünf AN beschäftigt werden, denn bei dieser Anzahl von AN ist in den Betrieben ein Betriebsrat zu wählen (vgl. § 8 Abs. 1 BVG).

auswirken konnte. Vor jeder Entscheidung ist deshalb eine Integration der Meinungen im Wege einer entsprechenden Aussprache notwendig. Diese ist aber - soll sie ihren Zweck erreichen - nur sinnvoll, wenn sie in einem wesentlich kleineren Gremium stattfindet, als es eine Voll- oder Betriebsversammlung darstellt. Im Interesse einer sachgemäßen Lösung dieses Problems bedurfte es daher eines Organes, das in der Lage ist, die Meinung und den Willen der gesamten Belegschaft bei der Ausübung der Beteiligungsbefugnisse zu repräsentieren.

Wenn danach auch dem einzelnen AN verwehrt ist, bei jedem Beteiligungsakt selbst tätig zu werden, so verschafft ihm doch das Recht auf Wahl des Repräsentationsorgans einen Einfluß, der sich nicht im Wahlakt erschöpft. Auch während der Wahlperiode des Betriebsrates ist der Wille der repräsentierten AN nicht bedeutungslos. "Die Notwendigkeit, sich nach einer gewissen Zeit der Wiederwahl zu stellen und der Druck einer "öffentlichen Meinung", die es auch im Betrieb gibt, schaffen Beziehungen tatsächlicher Art, die die Repräsentanten zwingen, auch die Repräsentierten zu hören." ⁷⁴⁾ Die Parallele zur politischen Repräsentation des Volkes im Parlament durch gewählte Vertreter ist unverkennbar.

Die Rolle der Betriebsratwahlorgane ist nicht auf die Wahl der Betriebsräte beschränkt. Sie beschränkt sich im wesentlichen auf die Organisation und Durchführung der Betriebsratswahl. Sie stellen zwar auch Kandidaten auf und versuchen, die Belegschaft für ihre Kandidaten zu gewinnen. Die Wahl selbst ist aber eine Angelegenheit der Betriebsbelegschaft. Die Gewerkschaftszugeworbenen sind weder nur das aktive noch das passive Wahlrecht der AN von Bedeutung. ⁷⁵⁾

II. Die Betriebsgewerkschaftsleitung als Vertretungsorgan der AN in den zentral geplanten Betrieben Mitteldeutschlands

Orientiert man die Tätigkeit der Gewerkschaften Mitteldeutschlands - das gesamtwirtschaftliche Handeln auf einen allgemeinen, zentral vorgegebenen Plan, so werden andere Gesichtspunkte für die Ausgestaltung des Vertretungsorgans der Belegschaft maßgebend sein müssen. Hier kann es sich nicht mehr darum handeln, ein Repräsentationsorgan der Belegschaft zu wählen, in dem die verschiedensten Meinungen und Bestrebungen innerhalb der Arbeitnehmerenschaft freigelegt werden können.

⁷³⁾ Vgl. Mampel, Beiträge zum Arbeitsrecht in der sozialistischen Planwirtschaft der DDR, S. 38.

⁷⁴⁾ So Mampel aaO. S. 39.

⁷⁵⁾ Vgl. §§ 6 ff BVG; Pleyer, Wirtschaftsordnung und Arbeitsrecht aaO. S. 114.

integriert werden, der dann bei der Ausübung des Rechtes zur Teilhabe an der Entscheidung des Unternehmens zugrunde zu legen ist. Nach der Ordnung des Wirtschaftsprozesses vollzieht sich die wirtschaftliche Willensbildung in Mitteleuropa nicht in den technischen Produktionseinheiten, den Betrieben. Sie und die aus ihr resultierenden betriebsleitenden Entscheidungen sind in den Grundzügen den Betrieben im Wirtschaftsplan als Rahmen von vornherein vorgegeben. Diesen wirtschaftlichen Gegebenheiten wird sich auch das Vertretungsorgan der AN unterzuordnen haben. Es wird daher die Mitbeteiligung der AN eher als ein Leitungs- und Steuerungsmittel auszugestalten sein, mit dessen Hilfe die große Zahl der AN in den Betrieben koordiniert und auf die Erfüllung der Aufgaben des zentralen Wirtschaftsplanes gelenkt werden kann. Statt des Gesichtspunktes der Repräsentation der Arbeitnehmerinteressen, der im Betriebsrat charakteristisch ist, wird das Erfordernis der planorientierten Lenkung und Beeinflussung der AN in den Vordergrund treten müssen.

Im Interesse der Erfüllung eines zentralen Planes liegt es daher, auch das Vertretungsorgan der AN in den Betrieben so zu gestalten, daß es von einer Zentralstelle aus beeinflußt werden kann.⁷⁶⁾ Auf diese Weise wird gewährleistet, daß die Vertretung der Belegschaft in allen Betrieben den Zielen des Wirtschaftsplanes untergeordnet werden kann. Darüber hinaus wird gleichzeitig ermöglicht, die Vertretungsorgane auf bestimmte Ziele, wie etwa die Durchsetzung aktueller Planschwerpunkte festzulegen.

Reibungen zwischen dem für die Planausführung verantwortlichen Betriebsleiter und örtlichen Arbeitnehmergruppen, die unter Umständen auf Kosten der Erfüllung des Zentralplanes ihre "betriebsegoistischen" Sonderwünsche und Vorteile suchen, sollen auf diesem Wege unterbunden werden.⁷⁷⁾

Es kann folglich nicht überraschen, daß die Vertretung der AN nicht durch ein von der Belegschaft gewähltes und ihr verantwortliches Vertretungsorgan - vergleichbar dem Betriebsrat nach dem Betriebsverfassungsgesetz - wahrgenommen wird, sondern von einer sog. betriebs- bzw. Abteilungsgewerkschaftsleitung.⁷⁸⁾

Die betrieblichen Gewerkschaftsleitungen werden von der zuständigen Gewerkschaftsorganisation bestellt und sind von den Weisungen der übergeordneten Gewerkschaftsvorstände abhängig.⁷⁹⁾ Damit ist die rechtliche Handhabe dafür geschaffen, die betrieblichen Vertretungsorgane der AN mit dem Zentralvorstand des FDGB gleichzuschalten.

76) Vgl. Pleyer aaO.

77) Vgl. Pleyer aaO.

78) So § 11 Abs. 2 AGB. - Abteilungsgewerkschaftsleitungen werden nur in Betrieben mit mehr als 500 Gewerkschaftsmitgliedern eingerichtet.

79) Vgl. § 13 b der Satzung des FDGB.

Die Gewerkschaften als "Schulen" ⁸⁰⁾ des vom Staat vertretenen Sozialismus und als "Transmissionen" ⁸¹⁾ zwischen der den Staat beherrschenden Partei und den AN aber identifizieren sich mit der in den Volkswirtschaftsplanen manifestierten Wirtschaftspolitik der SED ⁸²⁾ und "mobilisieren die ganze Arbeiterklasse zur allseitigen Erfüllung der Wirtschaftspläne". ⁸³⁾

Aus diesem Grunde erhalten die Betriebsgewerkschaftsleitungen durch die übergeordneten Zentralvorstände des FDGB nur solche Weisungen, die der Erfüllung der Wirtschaftspläne dienen. Sie gewinnen auf diese Weise die Bedeutung als letzte Glieder einer Befehlskette, die in der Führung der SED ihren Ausgangspunkt hat. Der Kreis ist somit geschlossen. Konflikte und Reibungen sollen auf diese Weise weitestgehend vermieden werden. ⁸⁴⁾

Zusammenfassend ist somit festzustellen, daß mit der Ausrichtung der Wirtschaftsordnung in der einen oder anderen Richtung auch die Frage der rechtlichen Ausgestaltung des Vertretungsorgans der Belegschaft mitentschieden ist.

B. DIE BETRIEBSFÜHRUNG

I. Funktion und rechtliche Stellung des Unternehmers in den Betrieben der Marktwirtschaft

Ausgangspunkt bei der Untersuchung dieser Frage ist das bekannte Grundprinzip der Marktwirtschaft, nämlich daß die einzelnen Unternehmer ihre Produkte und Leistungen auf dem Markt anbieten, um sie zu ihrem eigenen Nutzen gegen eine entsprechende Gegenleistung auszutauschen. Die erstrebte Gegenleistung ist aber nur zu erlangen, wenn die eigene Leistung auf dem Markte abgesetzt werden kann. Dies ist dann der Fall, wenn sie der am Markt herrschenden Nachfrage entspricht. Die angebotene Leistung muß daher vom Unternehmer nach ihrer Art und ihrem Preis der jeweiligen Nachfrage angepaßt werden. Das kann er aber nur, wenn er frei und selbständig, d.h. in eigener Verantwortung da überleben

80) So Tippmann, Die Stellung der Gewerkschaften im System der Arbeiter- und Bauernmacht der DDR, StUR 1961 S. 225 ff (271).

81) Zur leninschen Lehre von den Gewerkschaften vgl. Alexejew-Iwanow, Arb 1961, Nr. 7 S. 19.

82) Vgl. unten § 2 A I.

83) So § 4 Abs. 2 Satz 3 AGB.

84) Vgl. Pleyer aaO. S. 115; Hamel, Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus, S. 139.

wann, was, wann, wie, wieviel und zu welchen Bedingungen er produzieren will. Die marktwirtschaftliche Wirtschaftsordnung erfordert daher Wirtschaftssubjekte, die in freier Initiative und in eigener Verantwortung über die Art und den Umfang der Produktion entscheiden. Mit der Grundentscheidung der Staatsführung für das marktwirtschaftliche System ist daher die Stellung des Unternehmers in dieser Richtung festgelegt. ⁸⁵⁾

Maßstab und Richtschnur für die Entscheidungen des Unternehmers ist die jeweilige Situation auf dem von ihm belieferten Markt unter Berücksichtigung der Möglichkeiten seines Zuliefermarktes. Von diesen Daten ist er in aller Regel abhängig, ⁸⁶⁾ auf sie hat er sich daher einzustellen.

Dem Staat gegenüber besteht eine Verantwortlichkeit des Unternehmers nur in den Grenzbereichen, wo die Wahrnehmung der eigenen Interessen mit übergeordneten Rechtsgütern der Allgemeinheit kollidiert. Sie ergibt sich insbesondere dann, wenn er - wie es in der Regel der Fall sein wird - zur Verwirklichung seiner wirtschaftlichen Ziele andere als AN beschäftigt. Aus dieser Arbeitgeberfunktion des Unternehmers ⁸⁷⁾ folgt die ihm dem Staat gegenüber obliegende Pflicht, bei seinen Maßnahmen das Arbeitsschutzrecht und die Mindestarbeitsbedingungen ⁸⁸⁾ einzuhalten. Unter dem gleichen Gesichtspunkt sind auch die staatlichen Eingriffe im Wege der Allgemeinen Erklärung von Tarifverträgen ⁸⁹⁾ der Gewerbeaufsicht und der Sozialversicherung zu werten. ⁹⁰⁾

85) Vgl. Pleyer, Betrieb und Unternehmen in der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik und der Sowjetischen Besatzungszone, in: Festgabe für H. Herrfahrdt S. 148, 151, 152.

86) Etwas anderes gilt für den Monopolisten. Er beherrscht den Markt und ist in der Lage, die Marktbedingungen zu diktieren.

87) Arbeitgeber und Unternehmer sind zwar dieselbe Person. Dennoch handelt es sich um zwei Funktionen, die keineswegs notwendig miteinander verbunden sein brauchen. Wie es Arbeitgeber gibt, die nicht Unternehmer sind (z. B. ein Haushaltsvorstand beschäftigt eine Hausangestellte), so gibt es umgekehrt auch Unternehmer, die keine AN beschäftigen (z. B. Alleinunternehmer). Vgl. Hueck-Nipperdey Bd. I S. 77.

88) Vgl. Gesetz vom 11. Januar 1952 (BGBl. I S. 17).

89) Aber nur unter den strengen Voraussetzungen des § 5 Abs. 1 des Tarifvertragsgesetzes.

90) Vgl. Pleyer, Wirtschaftsordnung und Arbeitsrecht aaO. S. 85.

II. Funktion und rechtliche Stellung des Betriebsleiters in den zentral geplanten Betrieben Mitteldeutschlands

In einer durch ein Plangesetz zentral gelenkten Wirtschaft wird sich die Stellung des Betriebsleiters grundlegend von der des Unternehmers in der Marktwirtschaft unterscheiden müssen. Für freie unternehmerische Entfaltung und eigenverantwortliche Entscheidungen ist hier vom System her kein Raum. Worauf es ankommt ist vielmehr, daß der dem Wirtschaftshandeln im Staat vorgegebene Plan im Betrieb verwirklicht, daß die zentralen Planbefehle in den staatlichen Betrieben respektiert und ausgeführt werden. ⁹¹⁾

Im Gegensatz zur Stellung des Unternehmers in der Marktwirtschaft wird daher der Gesichtspunkt der Verantwortlichkeit gegenüber dem Staat im Vordergrund stehen müssen. Denn die Staatsgewalt selbst stellt sich hinter den Wirtschaftsplan, wenn sie ihn mit Gesetzeskraft ausstattet.

Der Betriebsleiter im zentral geplanten Betrieb wird demzufolge in erster Linie die wirtschaftliche Aufgabe eines dem Staat gegenüber verantwortlichen "Planvollstreckers" zu erfüllen haben.

An diesen Grundsätzen hat auch die Einführung des sog. neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft zumindest in den entscheidenden Punkten nichts geändert.

In der vom Ministerrat beschlossenen Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft ist zwar verschiedentlich davon die Rede, daß dem Betriebsleiter ein größeres Maß an Selbständigkeit zukommen solle. ⁹²⁾

Gleichzeitig wird aber ausdrücklich am Prinzip der zentralen Planung und Leitung der Volkswirtschaft festgehalten, ⁹³⁾ so daß nach wie vor alle wesentlichen Entscheidungen dem Betriebsleiter im Plangesetz vorgegeben sind. Auch die Betriebe sind und bleiben Staatseigentum. Von einer Veränderung der Eigen-

91) Vgl. Pleyer, Betrieb und Unternehmen in der Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik und der Sowjetischen Besatzungszone aaO. S. 151. Im Ergebnis auch Bulla, Die Entwicklung des Arbeitsrechts in der SBZ, in: Die Lage des Rechts in Mitteldeutschland S. 153, 154.

92) Vgl. Abschnitt II, 1: II 3 e der Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (GBl. 1963 II S. 453 ff).

93) Vgl. Abschnitt I der Richtlinie aaO.
Apel, Neue Fragen der Planung, S. 15.

tumsstruktur ist nirgendwo die Rede. Damit wird sichtbar, daß das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft keinen Systemwandel bewirkt hat.

Die in der Richtlinie angesprochene Eigeninitiative ist danach nur denkbar innerhalb des engen, vom Plan bestimmten Spielraums. Sie kann sich nach allem nur auf die Feingliederung einer in den Hauptplanpositionen zentral festgelegten Produktion beziehen.

Eigeninitiative des Betriebsleiters in diesem Rahmen mag zwar eine gewisse Elastizität und Anpassungsfähigkeit in der Wirtschaftsführung bewirken, ändert jedoch nichts daran, daß der Betriebsleiter strikt an die Aufgabenstellung des Planes gebunden bleibt.

Die eigentliche Neuerung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft liegt auf dem Gebiet der Wirtschaftslenkung. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß der erzielte Gewinn zum Maßstab für die Beurteilung der wirtschaftlichen Leistung eines Betriebes bestimmt wurde. ⁹⁴⁾

Das bedeutet jedoch nicht, daß dem Betriebsleiter - wie dem Unternehmer in der Marktwirtschaft - bei der Erwirtschaftung des Betriebsgewinnes freie Hand gelassen wäre. Dies ist schon deshalb ausgeschlossen, weil die Preise der Produkte und Rohstoffe dem Betriebsleiter auch weiterhin vorgeschrieben sind. Die Kennziffer für den geplanten Gewinn bedeutet vielmehr eine zusätzliche staatliche Aufgabenstellung, die bei der Erfüllung der übrigen Staatsplanpositionen zu verwirklichen ist. ⁹⁵⁾

Eine Gewinnbeeinflussung von seiten des Betriebes ist daher nur denkbar durch den rationellen und sparsamen Einsatz der zur Verfügung stehenden Produktionsmittel und Arbeitskräfte.

Diese recht beschränkten Möglichkeiten des Betriebsleiters zur wirtschaftlichen Einflußnahme können freilich nicht darüber hinwegtauschen, daß er nach wie vor in erster Linie ausführendes Organ bleibt, das dem Staatsplan und den Weisungen des Generaldirektors der zuständigen Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) unterworfen ist. ⁹⁶⁾

Die dem Betriebsleiter von der Wirtschaftsordnung zugewiesene Funktion wird im § 8 Abs. 2 AGB ausdrücklich bestätigt. Dort heißt es, daß der Betriebsleiter die Arbeit so zu organisieren hat, daß der Betriebsplan in voller Übereinstimmung mit den im Volkswirtschaftsplan beschlossenen gesamtstaatlichen Aufgaben erfüllt wird.

94) Vgl. Abschnitt IV, 1 der Richtlinie aaO.

95) Vgl. Abschnitt II, 3 e der Richtlinie aaO.

96) Vgl. Richtlinie aaO.

Dieser Aufgabenstellung ist auch die rechtliche Position des Betriebsleiters weitgehend angepaßt. Nach § 8 Abs. 1 Satz 1 AGB ist er Beauftragter der Arbeiter- und Bauernmacht, also der Staatsführung, der er gemäß Satz 1 dieser Vorschrift für die Erfüllung aller Aufgaben des Betriebes persönlich verantwortlich ist. Um die Durchführung der Planaufgaben auch nach unten, d. h. innerhalb des Betriebes durchsetzen zu können, ist ihm in § 8 Abs. 1 Satz 2 AGB gegenüber allen AN des Betriebes ein Weisungsrecht eingeräumt worden. Durch diese rechtliche Ausgestaltung seiner Stellung wird der Betriebsleiter gewissermaßen zum "verlängerten Arm" der Staatsführung und damit der zentralen Planungsstelle im Einzelbetrieb. Über dieses Organ wird es der Planzentrale möglich, jeden einzelnen Betrieb auf den Plan auszurichten und zu regieren.

Auch die Methode, wie der staatliche Leiter seine Funktionen zu erfüllen hat, ist vom Wirtschaftssystem determiniert und wird ihm in § 8 Abs. 1 Satz 2 AGB verbindlich vorgeschrieben. Danach hat der Betriebsleiter den Betrieb nach dem sog. Prinzip der Einzelleitung zu führen. Diese Vorschrift wird durch § 4 des Statuts der zentral geleiteten Betriebe der Volkseigenen Industrie⁹⁷⁾ ergänzt, wonach dem Betriebsleiter auch die alleinige Entscheidungsbefugnis in allen Angelegenheiten des Betriebes zusteht. Nimmt man beides zusammen, so wird die Absicht des Gesetzgebers offenbar, den Betriebsleiter als Einzelperson mit allen Vollmachten und Befugnissen auszustatten, die zur Verwirklichung des vorgegebenen Planes erforderlich sind. Wäre an die Spitze des Betriebes etwa ein Lenkungs-kollektiv gestellt worden, hätte sich das für die prompte Ausführung der Planbefehle im Betrieb nur hinderlich auswirken können. Es entspricht der Erfahrung, daß die Übertragung von Leitungskompetenzen auf ein Kollektiv oder gar ihre Aufteilung auf mehrere Träger zu Schwerfälligkeiten und Verzögerungen bei der Ausübung der Leitungsbefugnisse führt. Hinzu kommt ferner die Gefahr einer Zersplitterung und damit der Lockerung in der Verantwortlichkeit gegenüber dem Staat. Jedes Mitglied des Kollektivs bzw. jeder Träger von Leitungsbefugnissen könnte in der Praxis die Verantwortung für die Plandurchführung auf das andere Mitglied, bzw. den anderen Träger abwälzen mit der Folge, daß der Staat schließlich niemanden für Benachlässigungen bei der Planerfüllung verantwortlich machen könnte. Das alles soll durch das in § 8 Abs. 1 AGB normierte Prinzip der Einzelleitung und persönlichen Verantwortung vermieden werden. Diese Leitungsmethoden entsprechen daher in besonderem Maße den von der planwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung gestellten Anforderungen.

97) Vgl. MinBl. 1952 Nr. 38 S. 137.

DIE MITWIRKUNG DER ARBEITNEHMER BEI DER PLANAUFSTELLUNG

A. DIE PLANDISKUSSION

I. Der Planvorschlag des Betriebes als Bestandteil der zentralen Erarbeitung des Volkswirtschaftsplanes

Die planmäßige proportionale Entwicklung und Lenkung der Volkswirtschaft Mitedeutschlands erfolgt auf der Basis von langfristigen Rahmenplänen. Diese Perspektivpläne werden nach den wirtschaftspolitischen Richtlinien der SED von zentralen Planungsorganen, insbesondere der staatlichen Plankommission, ausgearbeitet und legen die Hauptrichtung für die allseitige Entwicklung der Volkswirtschaft im Verlaufe mehrerer Jahre fest. ⁹⁸⁾

Durch die Ausrichtung auf einen größeren Zeitraum kommt der Perspektivplanung notwendig die Bedeutung eines Schwerpunktprogramms zu, ⁹⁹⁾ das die wichtigsten Ziele der zukünftigen Entwicklung der Volkswirtschaft enthält. ¹⁰⁰⁾

Zur Realisierung der Perspektivpläne werden Jahresvolkswirtschaftsplane, sog. "laufende Pläne" ausgearbeitet, die die allgemeinen langfristigen Ziele der Perspektivplanung auf das jeweilige Planjahr konkretisieren.

Wie die Entwicklung der Planungspraxis seit 1961 zeigt, erfolgt die Erarbeitung der endgültigen Jahrespläne dabei in mehreren Etappen. Um die Stellung der betrieblichen Planung im Rahmen der Volkswirtschaftsplanung beurteilen zu können,

98) Vgl. Lehrbuch Politische Ökonomie, 3. Ausgabe, S. 545; Apel, Neue Fragen der Planung, S. 16, 37.

99) Ein solcher Schwerpunkt war z. B. für den Siebenjahresplan von 1959 bis 1965 das Chemieprogramm.

100) Vgl. Thamm, Die sozialistische Lenkung der Industrie in der DDR, 2. Aufl., S. 147.

101) Die Konzentration der zentralen Planungstätigkeit der Staats- und Wirtschaftsorgane auf die Perspektivplanung der entscheidenden Proportionen und volkswirtschaftlichen Prozesse ist eines der Hauptanliegen des sog. neuen ökonomischen Systems der Planung und Lenkung der Volkswirtschaft. (Vgl. Abschnitt I der Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Lenkung der Volkswirtschaft - GBl. 1963 S. 453 ff. -.).

nen, ist es erforderlich, den wichtigsten Planungsetappen bei der Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes nachzugehen.

Ausgangspunkt bei der Aufstellung der Jahresvolkswirtschaftspläne ist die Festlegung der Aufgaben, die zur Verwirklichung des Perspektivplanes anteilmäßig auf das jeweilige Planjahr entfallen. Sie erfolgt auf der Grundlage einer Analyse der inneren und äußeren Entwicklungsbedingungen der Volkswirtschaft durch die SED. Die Ergebnisse dieser Analysen, die Gegenstand der Beratungen im Politbüro, im Zentralkomitee der SED und auf den Parteitag sind, werden in Beschlüssen und Direktiven verallgemeinert.¹⁰²⁾ Aus diesem Material wiederum erarbeitet die staatliche Plankommission - das höchste Planungsorgan Mitteldeutschlands - im Einvernehmen und unter Abstimmung mit den verschiedensten Fachministerien die wirtschaftlichen Kennziffern und Proportionen für den projektierten neuen Jahresplan.

Die Zielstellungen und vorschläge der Staatlichen Plankommission werden nun dem Ministerrat zur Beschlussfassung vorgetragen. Die von ihm gebilligten richtungsgebenden Plankennziffern, die sog. Kontroll- bzw. Orientierungsziffern,¹⁰³⁾ werden sodann von der zuständigen Abteilung der Staatlichen Plankommission auf die verschiedenen Fachministerien¹⁰⁴⁾ übertragen, und von hier aus auf die Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) aufgeteilt.¹⁰⁵⁾

Die VVB wiederum leitet die Kontrollziffern an die ihr unterstellten Betriebe weiter. Auf der Grundlage der zugewiesenen Orientierungsziffern arbeitet nun jeder Betrieb einen Planvorschlag zum Volkswirtschaftsplan, den sog. Betriebsprojektplan,¹⁰⁶⁾ aus.

102) Vgl. Thamm, aaO. S. 150.

103) Vgl. Klampfl, Wege zur Mitarbeit der Werktätigen am Planvorschlag des Betriebes, 2. Aufl., S. 11.

104) Die Aufgaben der Fachministerien bei der Planaufstellung wurden bisher vom sog. Volkswirtschaftsrat wahrgenommen. Die im Rahmen der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung bewirkten Umgruppierungen haben jedoch zur Auflösung des Volkswirtschaftsrates geführt. Seine Abteilungen wurden in Fachministerien umgewandelt (vgl. Abschnitt III, 3 des Erlasses des Staatsrates über die Weiterentwicklung und Vereinfachung der staatlichen Führungstätigkeit in der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung vom 14. Januar 1966 - GBl. I S. 53 ff -).

105) Vgl. Klampfl, Brödel, Richter, Grundfragen der betrieblichen Planung und die Planung des Produktionsprogramms, 2. Aufl., S. 41; Klampfl, S. 11.

106) Vgl. Klampfl, aaO. S. 12.

Die an die VVB weitergeleiteten Planvorschläge der einzelnen Betriebe werden immer zu einem Planvorschlag der VVB zum Volkswirtschaftsplan zusammengefaßt. 107) Die Planvorschläge der verschiedenen VVB werden in den zuständigen Fachministerien bilanziert und "verdichtet". Die Staatliche Plankommission erarbeitet auf dieser Grundlage sodann den Entwurf des neuen Volkswirtschaftsplanes. Dieser Entwurf wird dem Ministerrat und dem Staatsrat zur Beratung und Beschlußfassung vorgelegt. 108) Mit seiner Bestätigung durch die Volkshammer erlangt der Volkswirtschaftsplan schriftlichen Gesetzeskraft und wird zur allgemeinverbindlichen Rechtsgrundlage des wirtschaftlichen Handelns.

Alle unmittelbar am Volkswirtschaftsplan verbindlich festgelegten staatlichen Aufgaben werden über die zuständigen Fachministerien den VVB und von diesen den einzelnen Betrieben zugewiesen, die auf dieser Grundlage den endgültigen Betriebsplan ausarbeiten. 109)

Aus dieser Übersicht ist zu entnehmen, daß einerseits der zentrale Volkswirtschaftsplan aus den einzelnen Planvorschlägen der Betriebe aufgebaut wird, daß aber die endgültigen Betriebspläne als Grundlage für die gesamte wirtschaftliche Tätigkeit des Betriebes lediglich abgeleitete und selbstständige Bestandteile dieses zentralen Volkswirtschaftsplanes darstellen.

Erfolgt somit die Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes gewissermaßen "von unten nach oben", so wird er jedoch "von oben nach unten" mit rechtlichem Zwang in Kraft gesetzt. 110)

Auch im Bereiche der marktwirtschaftlichen Ordnung arbeiten die Betriebe auf der Grundlage von Plänen, z. B. für das Produktionsprogramm, für den Finanzbedarf, Investitionen etc. Im Gegensatz zu den Verhältnissen in der Planwirtschaft werden dem einzelnen Betrieb die richtunggebenden Pläne für den Aufbau der Pläne jedoch nicht von staatlichen Stellen diktiert. Die Plangestaltung beruht vielmehr auf der freien Initiative des Unternehmens. Er allein bestimmt in freier Entscheidung darüber, was, mit welchen Mitteln, zu welchen Terminen und zu welchen Bedingungen er produzieren und liefern will. Dabei wird er sich allein von den objektiven Voraussetzungen des von ihm belieferten Marktes und den Möglichkeiten seines Zuliefer-Marktes leiten lassen.

107) Vgl. Klampfl, Brödel, Richter, S. 41 Nr. 9.

108) Vgl. Klampfl, Brödel, Richter, S. 42 Nr. 11, 12; Samson, Grundzüge des mitteldeutschen Wirtschaftsrechts, S. 35.

109) Vgl. Klampfl, Brödel, Richter, ebenda, Nr. 13, 16.

110) Vgl. Pleyer, Wirtschaftsordnung und Arbeitsrecht, ZHR Bd. 125 S. 81; Winter, Was muß der Gewerkschaftsfunktionär von der Betriebsplanung wissen?, Arb 1958 Nr. 10 S. 57.

II. Die Aufgaben des betrieblichen Planvorschlags im System der zentralen Wirtschaftsplanung

Die wichtigste Etappe und wesentlichste Arbeit am Plan ist die Ausarbeitung des Planvorschlags zum Volkswirtschaftsplan in den einzelnen Betrieben. ¹¹¹⁾

Dies wird deutlich, wenn man sich folgende Situation des planwirtschaftlichen Systems vor Augen führt:

Die zentrale Staatliche Plankommission steht vor der schwierigen Aufgabe, die große Zahl der im gesamten Staatsgebiet vorhandenen Betriebe mit ihren unterschiedlichen Produktionsprogrammen aufeinander abzustimmen und im Einklang zu halten. Um dieses Ziel sicherzustellen, bedarf es der genauen Kenntnis der Produktionsbedingungen in den einzelnen Betrieben. Die Gefahr, daß die internen Betriebsverhältnisse von außen "schief" gesehen und insbesondere die real vorhandenen Produktionsmöglichkeiten durch die Kontrollziffern nicht voll ausgeschöpft werden, ist dabei sehr groß. ¹¹²⁾ Statistiken und Berichte können nicht das persönliche Erleben und den unmittelbaren Eindruck der jeweils anders gelagerten besonderen Produktionsverhältnisse in den Betrieben ersetzen. Die zentrale Planstelle bedarf daher eines Instrumentes, das ihr die besonderen Erfahrungen und Verhältnisse der Einzelbetriebe vermittelt.

Bei dieser Situation liegt es nahe, den Einzelbetrieben zu diesem Zweck bei der Planaufstellung selbst mitwirken zu lassen. Dies geschieht durch den in den Betrieben auszuarbeitenden Planvorschlag zum Volkswirtschaftsplan.

Wie aus der skizzierten Übersicht des Ablaufs der Planaufstellung zu entnehmen ist, bilden den Ausgangspunkt der betrieblichen Planungsarbeit die von der VVB zugewiesenen staatlichen Kontrollziffern. ¹¹³⁾

Die von der Staatlichen Plankommission über die VVB an die Betriebe übermittelten Daten können natürlich nicht so detailliert und umfassend sein, daß die Aufgaben jedes einzelnen Betriebes direkt aus ihnen zu entnehmen sind. Sie enthalten nur die grundlegenden Aufgaben und Ziele, die wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Proportionen, besagen aber noch nicht im einzelnen, welche Produkte der Einzelbetrieb erzeugen muß. Durch die Angabe z.B. einer bestimmten Menge volkswirtschaftlich wichtiger Erzeugnisse oder die Vorgabe eines bestimmten Zifferles der Produktivität bezeichnen sie lediglich den Rahmen, in dem sich die be-

111) So Klampfl, Brödel, Richter, S. 38. Liebig, Die Betriebsplanung im volkswirtschaftlichen Betrieb, S. 12.

112) Vgl. auch Grochla, Betrieb und Wirtschaftsordnung, S. 55.

113) Vgl. Klampfl, Wege zur Mitarbeit der Werktätigen am Planvorschlag des Betriebes, 2. Aufl. S. 12.

triebliche Planung bewegen soll. ¹¹⁴⁾ Den auf die einzelnen Betriebe verteilten Kontrollziffern kommt daher die Bedeutung eines Mindestlimits - bzw. für die vorgegebenen Kontrollziffern des Betriebsaufwandes eines Höchstlimits - zu, das unbedingt eingehalten werden muß, soll eine Störung im Gesamtgefüge der Volkswirtschaft vermieden werden. ¹¹⁵⁾

Im Planvorschlag der Betriebe geht es daher vor allem darum, die in den Kontrollziffern enthaltenen Aufgaben entsprechend den besonderen Erfordernissen des Einzelbetriebes und unter Berücksichtigung der vorliegenden Wirtschaftsverträge näher zu spezifizieren. Damit liegt der Schwerpunkt der betrieblichen Planung bei der Planung des Sortiments, der Mengen und der Anstoßtermine der Produktion entsprechend dem Bedarf. ¹¹⁶⁾ Hauptaufgabe des betrieblichen Planvorschlags ist es dabei, "die Erfahrungen und die Initiative der Betriebsgemeinschaft in den Dienst der zentralen Planung" zu stellen, damit der Plan "möglichst realitätsnah" gestaltet werden kann. ¹¹⁷⁾

Diese Forderung nach Wirklichkeitsnähe des der staatlichen Planzentrale übermittelten Planungsmaterials ist jedoch optimal nur zu erfüllen, wenn die im Produktionsprozeß stehenden AN an der Ausarbeitung des Betriebsprojektplans beteiligt werden, da sie der Produktionswirklichkeit am nächsten sind.

Aus dieser Anforderung des planwirtschaftlichen Systems erklärt sich die Vorschrift des § 10 Abs. 1 Satz 1 AGB, wonach die AN in der sog. Plandiskussion an der Ausarbeitung des betrieblichen Planvorschlags zum Volkswirtschaftsplan zu beteiligen sind.

Ein vergleichbarer Beteiligungsbereich ist dem Betriebsverfassungsrecht der Bundesrepublik notwendig fremd. Die von der Marktwirtschaft geprägte Wirtschaftsordnung läßt zentrale staatliche Volkswirtschaftspläne als Voraussetzung einer so gestalteten Mitwirkung nicht zu.

114) Vgl. Winter, aaO. S. 55; Autorenkollektiv, Die Leitung des Betriebes und die Mitwirkung der Werkstätigen, ArbR 1961, S. 133 ff (135).

115) Vgl. Klampfl, S. 12; Klampfl, Brödel, Richter, S. 38; Grochla, aaO. S. 90.

116) Vgl. Winter, aaO. S. 55.

117) So Grochla, ebenda.

III. Wirtschaftliche Funktion und Struktur der Mitwirkung der AN bei der Ausarbeitung des Planvorschlags

1. Die Vorbereitung der Plandiskussion

Im Mittelpunkt der Diskussion über den Projektplan mit der Belegschaft stehen die Probleme, deren Lösung für die Erfüllung und Übererfüllung der in den Kontrollziffern enthaltenen Aufgaben bedeutsam ist. Im wesentlichen sind das Aufgaben zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, Senkung der Selbstkosten und der Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse. ¹¹⁸⁾

Um die Diskussion dieser Probleme vorzubereiten ist erforderlich, schon vor dem Eintreffen der staatlichen Kontrollziffern die Faktoren zu untersuchen, die zur Verbesserung dieser qualitativen Kennziffern führen. Das geschieht am zweckmäßigsten durch eine gründliche Analyse der gesamten Arbeit des Betriebes. ¹¹⁹⁾ Sie muß dazu beitragen, daß die gesamte Belegschaft in die Plandiskussion einbezogen wird. Zu diesem Zweck werden den AN vor allem solche Fragen zur Diskussion unterbreitet, auf deren Lösung sie den stärksten Einfluß ausüben können.

Bei der die Plandiskussion vorbereitenden Analyse der betrieblichen Arbeit wird die Planungsabteilung des Betriebes durch das sog. Planungsaktiv beraten.

2. Das Planungsaktiv

Das Planungsaktiv - in manchen Betrieben auch Planungskommission genannt - ist eine wichtige Form der AN-Beteiligung bei der betrieblichen Planung. ¹²⁰⁾ Im Gegensatz zu den Plandiskussionsversammlungen der Belegschaft, die "kampagnemäßig" jeweils vor Beginn des Planjahres stattfinden, ¹²¹⁾ handelt es sich beim Planungsaktiv um ein ständig arbeitendes Organ der AN-Mitwirkung. Es dient dazu, während des ganzen Jahres die Planungsarbeit zu fördern und die Planungsabteilung des Betriebes in allen Angelegenheiten zu beraten. ¹²²⁾

118) Vgl. § 10 Abs. 1 Satz 2, 2. Halbsatz AGB.

119) Vgl. Klampfl, Wege zur Mitarbeit der Werktätigen am Planvorschlag des Betriebes, 2. Aufl. S. 27.

120) Vgl. Klampfl, aaO. S. 20.

121) Die Plandiskussion erfolgt meist in den Monaten Juli und August für das darauf folgende Planjahr (vgl. Klampfl, Brödel, Richter, S. 38).

122) Vgl. Klampfl, ebenda.

Der ehemalige Vorsitzende der Staatlichen Plankommission hat folgende zwei Hauptaufgaben des Planungsaktivs besonders hervorgehoben: "Es soll Vorschläge der Belegschaft zur Erhöhung der Planaufgaben, zur Verbesserung der Rentabilität, zur Ersparnis von Zeit und Material überprüfen, konkretisieren und in die Planvorschläge aufnehmen. Zum anderen soll die Mitglieder des Planungsaktivs in ihrem Arbeitsbereich 'induziert' werden, d.h. die AN für die Mitwirkung bei der Planung gewinnen und 'von unten' der Belegschaft um die Planerfüllung fördern". (123)

Die Planungsaktivs werden auf der Ebene der Betriebsabteilungen gebildet. Sie setzen sich aus dem Abteilungsleiter, dem ersten und - falls die Größe der Abteilungen - aus etwa drei Brigadiern und fünf bis sieben Produktionsarbeitern zusammen. (124) Die Bedeutung des Planungsaktivs - die Planungsarbeit im Betrieb verlangt, daß sich jedes Mitglied gute Kenntnisse über alle Planungsfragen erarbeitet. Zu diesem Zweck werden von der Betriebsleitung - in den Betriebsversammlungen besondere Sitzungen für die im Planungsaktiv mitarbeitenden AN durchgeführt.

3. Die Organisation der Plandiskussion

Gegenstand und Grundlage der Plandiskussion in der Belegschaft ist der von der Planungsabteilung des Betriebes aus den staatlich vorgegebenen Kontrollziffern erarbeitete Entwurf des Projektplanes.

a) Aufschlüsselung der Kontrollziffern des Entwurfs zum Planvorschlag

Der erste Schritt zur Durchführung der Plandiskussion ist die Aufschlüsselung der Kontrollziffern des Projektplane Entwurfs auf die Betriebsabteilungen, die Meisterbereiche und Brigaden. (125) Je exakter diese Aufschlüsselung erfolgt, desto fruchtbarer wird die Diskussion sein, und desto eher kann die aktive Mitarbeit jedes einzelnen Werktätigen erreicht werden. (126) Die Aufschlüsselung muß zum Ergebnis führen, daß jedes Betriebskollektiv mindestens die Kontrollziffern erhält, die es unmittelbar beeinflussen kann. Dies sind vor allem die Kon-

123) So Lenschner, Die Erfüllung der staatlichen Wirtschaftsaufgaben im Jahre 1955 und die Ausschöpfung der in unserer Volkswirtschaft vorhandenen Ressourcen, S. 46.

124) Vgl. Klampfl, aaO. S. 23, 24.

125) Vgl. § 10 Abs. 1 Satz 3 AGB sowie unten § 3 B, III 1. (Arbeitsbrigade), III 2. (Meisterbereich).

126) So Liebig, Die Betriebsplanung im volkseigenen Betrieb, aaO. S. 50.

trolldaten für den Arbeitsausschuß, die Ausfallzeiten sowie für die Entwicklung der Arbeitsproduktivität im Verhältnis zum Durchschnittslohn etc. ¹²⁷⁾ Dabei sind diese Daten unter Berücksichtigung der Erkenntnisse, die sich aus der durchgeführten Analyse ergeben haben, so detailliert wie möglich an die AN heranzutragen.

- b) Zielstellung der Plandiskussion der Belegschaft in den Produktionsberatungen der Abteilungen, Meisterbereiche und Brigaden

Die eigentliche Diskussion der Kontrollziffern des Entwurfs zum Projektbetriebsplan findet in den Produktionsberatungen ¹²⁸⁾ der Abteilungen, Meisterbereiche und Brigaden statt.

In diesen Beratungen über den Planvorschlag erläutert zunächst der Abteilungsleiter bzw. Meister oder ein Beauftragter der Betriebsleitung die auf den betreffenden Bereich aufgeschlüsselten Kontrollziffern. ¹²⁹⁾ Dabei stehen vor allem die vorgegebenen Daten der Produktivitätssteigerung und der Selbstkostensenkung im Vordergrund. ¹³⁰⁾

Anhand der Ergebnisse der vorbereitenden Analyse wird im Anschluß daran von den Mitgliedern des Planungsaktivs aufgezeigt, welche Möglichkeiten vorhanden sind, um die Kontrollziffern zu erreichen oder noch höhere Planziele zu stellen. ¹³¹⁾

Das Ziel der darauf folgenden allgemeinen Beratung ist es, die Engpässe und Schwierigkeiten, die der Erreichung der Kontrollziffern entgegenstehen, zu überwinden und nach Möglichkeit einen höheren Planvorschlag abzugeben. ¹³²⁾ Dies wird dann möglich, wenn die AN die ihnen durch ihre Tätigkeit im Produktionsprozeß bekannt gewordenen noch ungenutzten Produktionsreserven, die vorhandenen Unzulänglichkeiten in der Technologie und Arbeitsorganisation aufdecken und so die Möglichkeiten für eine Verwirklichung bzw. Erhöhung der

127) Autorenkollektiv, Die Leitung des Betriebes und die Mitwirkung der Werktätigen, aaO. S. 135.

128) Vgl. unten § 3 E.

129) Vgl. Liebig, S. 15.

130) Vgl. § 10 Abs. 1 Satz 2 AGB sowie Anordnung über die methodischen Grundsätze für die Ausarbeitung der Volkswirtschaftspläne 1962 vom 14. Juni 1961 (GBI. vom 5. Juli 1961, Sonderdruck Nr. 336, S. 12-15).

131) Vgl. Klampfl, aaO. S. 45, 46.

132) So Brief des ZK der SED an alle Grundorganisationen ... zur Plandiskussion 1964, Arb u. ArbR 1963, S. 167; Uhlemann, Der Meister und die Planung, S. 28; Klampfl, S. 46.

Kontrollziffern aufzeigen. Auf diese Weise soll die Aufstellung "weicher Pläne", ¹³³⁾ die nicht von den realen Möglichkeiten in der Produktion ausgehen, vermieden werden.

Diese Reserven sind naturgemäß den zentralen Planungsorganen nicht von vornherein bekannt, da sie nicht "vom Schreibtisch aus" entdeckt werden können, sondern erst in der Produktion am einzelnen Arbeitsplatz sichtbar werden. ¹³⁴⁾ Um die unausgenutzten Produktionsreserven in möglichst breitem Umfang auszuschöpfen, müssen die Pläne daher "zur Sache von Millionen von Herzen und Hirnen" ¹³⁵⁾ werden.

Es sind also die sachlichen Schwierigkeiten bei der Aufstellung eines den tatsächlichen Gegebenheiten Rechnung tragenden zentralen Wirtschaftsplanes, die eine Beteiligung der AN erfordern.

Die Mitwirkung der AN ist daher nicht Ausdruck der persönlichen Entfaltung und Gestaltung im eigenen Bereich - wie etwa nach dem Betriebsverfassungsgesetz der Bundesrepublik - sondern eine Notwendigkeit für die Funktionsfähigkeit der Planwirtschaft.

In diesem Sinne ist auch die Vorschrift des § 10 Abs. 2 AGB zu verstehen. Durch die hier gesetzlich geregelte Pflicht der Betriebe, den Planvorschlag nur dann an die übergeordneten Organe weiterzuleiten, wenn die Stellungnahme einer Gewerkschaftsmitgliederversammlung, einer Vertrauensleute-Vollversammlung oder einer ökonomischen Konferenz vorliegt, wird gesichert, daß die Planvorschläge der Betriebe als Resultat des kollektiven Handelns und Denkens und damit unter Ausschöpfung der Produktionserfahrungen der gesamten Belegschaft entstehen. ¹³⁶⁾

Neben der so gesicherten Breitenwirkung der Plandiskussion wird auch der erforderlichen Gründlichkeit und Vertiefung bei der Ausschöpfung der Produktionsreserven Rechnung getragen. Dies äußert sich vor allem darin, daß die Plandiskussion nicht etwa auf einer Belegschaftsvollversammlung etc. durchgeführt wird, sondern in den Produktionsabteilungen der Abteilungen, Meisterbereiche und in den kleinsten Produktionseinheiten, den Brigaden. Der einzelne Arbeiter kann hier in der kleinen Gruppe und in einem überschaubaren, vertrauten Bereich wesentlich konzentrierter den Ansatzpunkten für mögliche Produktionssteigerungen nachgehen und ihre Realisierung zum größten Teil selbst durchführen oder doch kontrollieren.

133) Vgl. Liebig, S. 14.

134) Vgl. Klampfl, S. 20.

135) So Klampfl, S. 8; vgl. Apel, Neue Fragen der Planung, S. 24.

136) Vgl. Klampfl, Brödel, Richter aaO. S. 39.

Schließlich ruht die Plandiskussion auch dazu, den Plan der Belegschaft näher zu bringen. Es ist der unter ihrer Mitwirkung ausgearbeitete Planvorschlag, der im Falle seiner Bestätigung erfüllt werden soll.

c) Auswertung der Plandiskussion

Um die in der Plandiskussion zutage getretenen Erkenntnisse nutzbar zu machen, bedarf es einer Auswertung der Beratungen. Zu diesem Zweck wird über jede Beratung ein Protokoll aufgenommen, in dem die einzelnen Vorschläge festgehalten werden.¹³⁸⁾ Daneben werden in das Protokoll auch Bestimmungen aufgenommen, wer für die weitere Auswertung des Vorschlages verantwortlich ist und bis zu welchem Termin der Verantwortliche über die Verwirklichung Bericht erstatten muß.

Die Protokolle werden nach der Diskussion vom Planungsaktiv der Abteilung ausgewertet. Die aus den Meisterbereichen und Brigaden hervorgegangenen Vorschläge werden dabei in den Planvorschlag der Abteilung eingearbeitet. Das Planungsaktiv leitet sodann den Vorschlag der Abteilung an die Planungsabteilung weiter, die aus den Planvorschlägen aller Abteilungen den Projektplan für den gesamten Betrieb zusammenstellt.¹³⁹⁾

Die Projektbetriebspläne der Einzelbetriebe werden - wie erwähnt - von der übergeordneten VVB zum Planvorschlag der VVB zusammengefaßt und nach der Bilanzierung durch das zuständige Fachministerium an die Staatliche Plankommission weitergeleitet. Hier schließlich wird aus diesem Material der Entwurf des Volkswirtschaftsplanes erarbeitet.¹⁴⁰⁾

Dieser Ablauf der Arbeiten bei der Aufstellung des Volkswirtschaftsplans läßt erkennen, daß die Mitarbeit der AN an der Ausarbeitung des Betriebsprojektplanes nicht nur für den betreffenden Betrieb bedeutungsvoll ist, sondern für die gesamte Volkswirtschaft. So, wie der Planvorschlag des Betriebes in den Entwurf des Volkswirtschaftsplanes eingeht, so gehen - zumindest in der Theorie - auch die Erfahrungen, Vorschläge und Hinweise der AN, die in ihm aufgenommen wurden, in ihrem Ergebnis mit in den Volkswirtschaftsplan ein.

137) Pleyer, Wirtschaftsordnung und Arbeitsrecht S. 120; Krauß, E., Die Rolle des LPG-Rechts bei der Entwicklung der Neuererbewegung in der LPG, StUR 1962 S. 111.

138) Vgl. Klampfl, S. 47.

139) Vgl. Klampfl, ebenda.

140) Vgl. oben I.

141) Vgl. Klampfl, S. 14.

1. Die materielle Interessierung der AN an der Ausarbeitung optimaler Pläne

Wie dargelegt, sind die wirtschaftlichen Ziele der Plandiskussion nur zu erreichen, wenn die AN dazu bereit sind, vorübergehende Mängel in der Arbeitsorganisation und noch ungenutzte Produktionsreserven auszuheben. Dazu werden sie in aller Regel eher geneigt sein, wenn die Befriedigung dieser Produktionsverhältnisse auch ihren persönlichen Interessen entspricht.

Aus diesem Grunde wird nunmehr in verstärktem Maße auch einer der sog. "ökonomischen Hebel", die materielle Interessierung, in den Dienst der Ausarbeitung optimaler Pläne gestellt. ¹⁴²⁾ Durch die Anknüpfung der Arbeitsprämien wird, zum anderen Produktionsfaktor, die Arbeitsleistung, die Leistung der staatlichen Unternehmung, die die Produktion befördert, die Leistung dadurch, daß die Leistung des Planes, der die Produktion befördert, ¹⁴³⁾ unter anderem auch von hohen Zielsetzungen bei der Plandiskussion abhängig gemacht wird. ¹⁴⁴⁾ Der Anteil der Leistung an der Produktion, der im sozialistischen Wettbewerb, der im Falle der Übererfüllung der Planvorgabe oder der Leistungsgewinnung ¹⁴⁵⁾ einfließen kann, den der Betrieb nunmehr weit gezahlt werden, als der Prämienfonds Mittel enthält.

Während bisher die Höhe der Zahlungen zum Betriebsprämienfonds von der Erfüllung und Insoweit der Übererfüllung der zugeordneten Planvorgaben bestimmt wurde, ¹⁴⁶⁾ ist nunmehr die Zuführungsquote unter anderem von

142) Vgl. Abschnitt III der Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (GBI. 1963 II S. 453 ff).

143) Während da die normalerweise zu leistende Arbeitsleistung der Arbeitskraft gemessen wird, werden die über die gesetzlich festgesetzte hinausgehenden Leistungen bei der Planerfüllung durch eine Prämienzahlung anerkannt. Sie erfolgt aus den Mitteln des Betriebsprämienfonds.

144) Der Hauptmaßstab für die Zuführungen zum Betriebsprämienfonds ist nämlich der Erfüllungsstand der Kennziffer des geplanten Betriebsgewinns. (Vgl. Abschnitt II, 4 a des Beschlusses des Ministerrates über die Bildung und Verwendung des einheitlichen Prämienfonds in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben der Industrie und des Bauwesens und in den VVB vom 30. Januar 1964 - GBI. II S. 80 ff -).

145) Vgl. unten § 3 B, C, D.

146) Vgl. §§ 3 bis 6, 10, 13, 14, 20, 21 der Vierten VO über den Betriebsprämienfonds ... vom 11. Februar 1960 (GBI. I S. 114).

der Überbietung der Orientierungsziffern für die Ausarbeitung des Planvorschlags abhängig. 147)

So können bei Überbietung der staatlichen Orientierungsziffern für das Betriebsergebnis im Planvorschlag der VVB bis zu 75 % des überbotenen Betrages dem Prämienfonds der VVB zugeführt werden. Die VVB als wirtschaftliches Führungsorgan teilt den sich aus der Überbietung der Orientierungsziffern ergebenden Prämienbetrag je nach deren Leistungen auf die ihr unterstellten Betriebe auf. 148)

Unter dem Gesichtspunkt des planwirtschaftlichen Systems bedeutet diese Handhabung der finanziellen Interessierung der AN eine Verbesserung und Fortentwicklung des bisherigen Systems. Wird das materielle Interesse der AN allein auf die Übererfüllung der gesetzlich festgelegten Planziele gelenkt, bleibt es wegen der damit verbundenen Zufälligkeiten immer ungewiß, ob die im einzelnen erzielten Überplanbestände wirtschaftlich genutzt werden können. Denn der volkswirtschaftliche Nutzen einer Übererfüllung z.B. des Produktionsplanes in einzelnen Betrieben wird dann fraglich, wenn die Überplanbestände nicht mit den Plänen der anderen Betriebe oder anderer Zweige der Volkswirtschaft abgestimmt sind. Der optimale volkswirtschaftliche Nutzen der "Planübererfüllung" ist dagegen dann sichergestellt, wenn von vornherein die höchsten Leistungen eingeplant und damit aufeinander abgestimmt werden. 149)

IV. Die Ausarbeitung des Planes Neue Technik als Schwerpunkt der Plandiskussion

Ein Schwerpunkt der Plandiskussion ist die Ausarbeitung des Planes Neue Technik als besonderer Bestandteil des Volkswirtschaftsplanes und damit auch der betrieblichen Pläne. 150)

147) In der Kohlenindustrie werden beide Methoden auch nebeneinander praktiziert, indem Betriebe, die sich von vornherein hohe Planziele stellen und diese hoch übererfüllen, hohe, Betriebe dagegen, die niedrigere Planziele sehr hoch übererfüllten, relativ niedrigere Zuführungsquoten erhalten. (Vgl. Die Wirtschaft, Ausgabe A 1963 Nr. 14 S. 4.).

148) Vgl. Abschnitt II, 6 a des Beschlusses über die Bildung und Verwendung des einheitlichen Prämienfonds aaO.

149) Vgl. "Neue Prämienregelung orientiert auf Gewinn", Arb und ArbR 1964 S. 73 ff (75).

150) Vgl. Gnielka, Rex, Wie soll die BGL mit dem Plan Neue Technik arbeiten?, S. 27.

Bei diesem Plan handelt es sich um "die Zusammenfassung aller Aufgaben und Maßnahmen der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, deren Verwirklichung die schnelle Erreichung des Höchststandes für die Erzeugnisse und Fertigungstechnik zur Erfüllung der wirtschaftlichen Ziele gewährleisten muß". ¹⁵¹⁾ Mit dem Plan Neue Technik wird die produktive Tätigkeit und die Erfindungsgabe der AN daher über die bloße Produktion bestimmter Mengen von Erzeugnissen guter Qualität hinaus auf die planmäßige Verbesserung der Technik, der Technologie und der Arbeitsorganisation orientiert. ¹⁵²⁾

Seit 1963 besteht der Plan Neue Technik aus zwei voneinander scharf zu trennenden Teilen. Planteil I enthält unter dem Titel "Vorbereitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts" die verbindliche Festlegung der Themen für die Forschung und Entwicklung im laufenden Planjahr. ¹⁵³⁾ Hier sind insbesondere die Zielstellungen z.B. zur Qualitätsentwicklung und die Aufgaben bei der beabsichtigten Neueinführung von Erzeugnissen in die Produktion für das jeweilige Planjahr niedergelegt. ¹⁵⁴⁾

Planteil II hat die Verwirklichung des technischen Fortschritts zum Ziel. ¹⁵⁵⁾ Er enthält alle die Maßnahmen und Methoden, durch deren Verwirklichung die im Planteil I festgelegten Zielstellungen und Aufgaben für die Forschung und technische Entwicklung im laufenden Planjahr erfüllt werden können. ¹⁵⁶⁾ Der Planteil II des Planes Neue Technik zeigt somit vor Beginn des Planzeitraumes die konkreten Wege auf, wie die dem Betrieb gestellten Aufgaben der technischen Entwicklung zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten im Planjahr erfüllt werden können. ¹⁵⁷⁾ Er wird damit gewissermaßen zum "Garantieschein" ¹⁵⁸⁾ für die Erfüllung des gesamten Betriebsplanes.

151) So Methodische Bestimmungen für die Planung der Volkswirtschaft auf dem Gebiete der wissenschaftlich-technischen Entwicklung - Plan Neue Technik - für das Jahr 1962 in: Grimm, Neue Technik und Rekonstruktion, S. 53.

152) Vgl. Such, Zur Weiterentwicklung der staatlichen Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, StuR 1962, S. 426.

153) Vgl. Gnielka, Rex, S. 31; Uhlemann, aaO. S. 44.

154) Vgl. Lange, Ökonomie und Neue Technik, S. 102.

155) Vgl. Gnielka, Rex, ebenda.

156) Vgl. Lange, S. 102; Uhlemann, S. 44; Rebling, Die Planung technisch-organisatorischer Maßnahmen und die Betriebsorganisation in: Grundfragen der Betriebsorganisation, 2. Aufl. S. 46 ff (48).

157) Vgl. Such, aaO. S. 430.

158) So Liebig, S. 36.

1. Der Planteil II (Plan TOM)

Planteil II des Planes Neue Technik wird - seinem Inhalt entsprechend - auch der Plan der technisch-organisatorischen Maßnahmen, kurz Plan TOM genannt. ¹⁵⁹⁾ Unter der Bezeichnung "technisch-organisatorische Maßnahmen" werden dabei alle "betrieblichen Rationalisierungsmaßnahmen zusammengefaßt, die durch Vervollkommen der Produktionstechnik oder Verbesserung der Produktionsorganisation der Steigerung der Arbeitsproduktivität vorhandener Kapazitäten dienen oder eine Senkung der Selbstkostensumme je hergestellter Erzeugniseinheit bewirken". ¹⁶⁰⁾ Damit wird sichtbar, daß der Planteil II des Planes Neue Technik den Enderfolg der Planung solcher Rationalisierungsmaßnahmen dient, die auf eine Steigerung der Arbeitsproduktivität ohne Kapazitätsausweitung, d.h. Investitionen, abzielen. ¹⁶¹⁾

Die Rationalisierung der Betriebe ohne Investitionen - in der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur wird diese Methode allgemein als "Hauptweg der sozialistischen Rekonstruktion" bezeichnet - ist jedoch nur möglich, wenn die vorhandenen Produktionsmittel, Arbeitskräfte und Arbeitsgegenstände so günstig eingesetzt werden, daß die Erzeugnisse mit dem geringsten Aufwand an Zeit und Kosten hergestellt werden können. ¹⁶²⁾

Die damit erforderliche umfassende Ausschöpfung aller Produktionsreserven ist aber nur durch die weitestgehende Nutzbarmachung der Produktionserfahrungen und Erfindungsgabe aller AN zu realisieren.

Es ist daher konsequent, wenn die Ausarbeitung des Planes TOM den Kern der Plandiskussion mit der Belegschaft bildet. ¹⁶³⁾

159) Vgl. Lange, S. 87; Gmelka, Rex, S. 31.

160) So Kasizki, Der OrgtechPlan des Maschinenbaubetriebes, Moskau 1953 (Rohübersetzung der Lehrmittelabteilung der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig, Nr. 326 Kap. II S. 11).

161) Vgl. Sieber, Zur Planung technisch-organisatorischer Maßnahmen und Berechnung ihres ökonomischen Nutzeffektes, S. 41; Sack, Pätzold, Die Planung der technischen Entwicklung im sozialistischen Industriebetrieb, 2. Aufl. S. 104.

162) Vgl. Döring, Feldmann, Riede, Der Plan Neue Technik, Planteil TOM und der Meister, Berlin 1961 S. 9.

163) Vgl. Methodische Bestimmungen für die Planung der Volkswirtschaft auf dem Gebiete der wissenschaftlich-technischen Entwicklung, aaO. S. 58; Beschluß der 9. Tagung des ZK der SED in: ND vom 12. August 1960.

2. Der Plan der Aufgaben für die Neuerer

Ein weiterer Bestandteil des Planes Neue Technik ist schließlich der "Plan der Aufgaben für die Neuerer".

Er stellt insofern eine Besonderheit dar, als er im Gegensatz zum Plan TQM nicht bereits fertige Maßnahmen zur Planerfüllung enthält, sondern lediglich Vorstufen solcher Maßnahmen, die zu ihrer Verwirklichung noch weiter bearbeitet werden müssen. Im Plan der Aufgaben für die Neuerer werden nämlich diejenigen Ansatzpunkte für Verbesserungen der Technik, Technologie und Arbeitsorganisation im Betrieb zusammengefaßt, die von dem Wirtschaftsprüfer erkannt und aufgegriffen worden sind, für die aber in der Praxis bisher noch keine besonderen technischen Schwierigkeiten, noch keine konkreten Lösungswege gefunden werden konnten. (164)

Dieser Themenplan für die technische und wirtschaftliche Verbesserung des Betriebes organisiert somit die "Maßnahmen zur Verbesserung der Qualität, geplanter Verbesserungsvorschläge und Rationalisierungsmaßnahmen". (165)

V. Die rechtliche Tragweite der Mitwirkung der AN bei der Planaufstellung

Im Betriebsverfassungsrecht der Bundesrepublik ist - wie obengangs dargelegt - auf der Grundlage des freiheitlichen Wirtschaftsprinzips die Beteiligung der AN in den Betrieben als eine dem Unternehmer gegenüber als selbständige Rechtsposition ausgestaltet.

Für die Mitbestimmungsrechte bedarf dies keiner weiteren Erläuterung. Die rechtliche Wirksamkeit der Arbeitgeber-Maßnahme ist hier an die Zustimmung des Betriebsrates gebunden (§ 182 Abs. 1 BGB).

Aber auch die Mitwirkungsrechte (Informations-, Anordnungs-, Beratungsrechte) beinhalten echte Rechtsansprüche der Belegschaft (§ 184 BGB). Macht nämlich der Unternehmer entgegen der gesetzlichen Pflicht keine Mitteilungen, erteilt er keine Auskünfte, legt er keine Unterlagen vor und hört er den Betriebsrat in den gesetzlich normierten Fällen nicht an, so kann der Betriebsrat die Erfüllung dieser Mitwirkungsrechte erzwingen.

164) Vgl. § 8 der Neuererverordnung vom 31. Juli 1963 (GBl. II S. 525), Döring, Feldmann, Riede S. 51; Sack, Pätzold aaO. S. 102.

165) So Such, aaO. S. 430.

Dies geschieht zunächst dadurch, daß die Ansprüche auf Erteilung von Auskünften Vorlage bestimmter Unterlagen etc. vom Betriebsrat gegen den Unternehmer vor den Arbeitsgerichten durch Klage auf Erfüllung geltend gemacht werden. Denn in § 82 Abs. 1 Buchstabe i BVG hat der Gesetzgeber die bereits im Betriebsratengesetz von 1920 enthaltene Generalklausel beibehalten, wonach im Wege des Beschlussverfahrens alle Streitigkeiten zu entscheiden sind, die sich aus der Rechtsstellung oder Tätigkeit des Betriebsrates ergeben können.¹⁶⁶⁾ Zu den Streitigkeiten über die Aufgaben und die Tätigkeit des Betriebsrates gehören aber auch solche über Einsichtnahme in Urkunden, Vorlage von Schriftstücken, Auskunfterteilung und Berichterstattung über die wirtschaftliche Lage des Unternehmens.¹⁶⁷⁾ Aus den in diesen Verfahren vor den Arbeitsgerichten ergehenden rechtskräftigen Verpflichtungsbeschlüssen findet gemäß § 85 ArbGG in Verbindung mit §§ 88a ff ZPO die Zwangsvollstreckung durch Beugestrafen statt.

Unabhängig davon kann die Erfüllung einzelner Mitwirkungsrechte mittelbar durch die Strafnorm des § 78 Abs. 1 Buchstabe d BVG erzwungen werden. Nach dieser Vorschrift wird die vorsätzliche Verletzung bestimmter Auskunfts- oder Auskunftspflichten durch den Unternehmer auf Antrag des Betriebsrates strafrechtlich verfolgt.

Durch die Mitwirkungsrechte wie durch die Mitbestimmungsrechte der AN werden daher die Befugnisse des Unternehmers bei der Leitung des Unternehmens nach Maßgabe der arbeitgeberfreundlichen Befähigungsmöglichkeiten eingeschränkt.

Eine solche Ausgestaltung der Mitbestimmung bei der Ausarbeitung des betrieblichen Planwirtschaftsplan zum Volkswirtschaftsplan wäre mit den Grundsätzen des planwirtschaftlichen Systems nicht in Einklang zu bringen. Die wirtschaftliche Funktion der Beteiligung der AN bei der Plananfertigung ist vielmehr nur dann gesichert, wenn diese Beteiligung der AN bei der Betriebsrat in seinen Kompetenzen bei der Plananfertigung nicht erschranzt, sondern erweitert wird.

Aus dieser Sicht vorzuziehen ist die Ausgestaltung der Beteiligung als eine notfalls mit gerichtlichen Zwangsmaßnahmen durchsetzbare Verpflichtung mit der Befugnis, dem Arbeitgeber gegenüber von Betriebsrat und AN in die vorläufige Ausarbeitung des Betriebsratsplans Einsicht zu nehmen und damit über die auch die termingerechte Aufstellung des Zentralplanes in Frage

166) Vgl. Galperin-Siebert, A 16 zu § 82 BVG; Siebert, Die Mitwirkung und Mitbestimmung der Arbeitnehmer nach dem Betriebsverfassungsgesetz, BB 1952 S. 834, 835.

167) Vgl. Galperin-Siebert, A 16 b zu § 82 BVG, Neumann-Duesberg, Betriebsverfassungsrecht, S. 450.

stellen. ¹⁶⁸⁾ Die Frage nach der rechtlichen Form dieser Mitwirkung stellt sich hier vielmehr folgendermaßen:

Wie ist sicherzustellen, daß der zentralen Planstelle die exakten Daten der realen und speziellen Produktionsmöglichkeiten in den einzelnen Betrieben zugänglich werden, die es ihr ermöglichen, zentrale Wirtschaftsplane unter Berücksichtigung der im Produktionsprozeß vorhandenen Reserven und Möglichkeiten zur Leistungssteigerung auszuarbeiten.

Sie wird dahin zu beantworten sein, daß den einzelnen AN weniger ein Recht einzuräumen, als vielmehr eine Pflicht zur Mitwirkung bei der Aufstellung des Planvorschlags aufzuerlegen ist. Nur wenn alle AN auch verpflichtet werden, ihre Produktionserfahrungen, technischen Kenntnisse und Fähigkeiten in den Dienst der Planung zu stellen, ist dieses Ziel zu erreichen.

1. Die Mitwirkung bei der Plandiskussion

In diesem Sinne wird daher die vom Gesetzgeber in § 10 Abs. 1 AGB getroffene Regelung der Plandiskussion folgendermaßen zu interpretieren sein:

Gemäß § 10 Abs. 1 Satz 2 AGB hat der Betriebsleiter gemeinsam mit der Betriebsgewerkschaftsleitung die Plandiskussion zu organisieren und auf die Grundlagen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und der Senkung der Selbstkosten zu lenken. Nach Satz 3 des gleichen Absatzes ist aber nur der Betriebsleiter für die Ausarbeitung des Betriebsplans verantwortlich. Diese Vorschrift bedeutet daher die Konkretisierung des aus § 8 Abs. 1 Satz 2 und 3 AGB folgenden Prinzips der Einzelbeurteilung und persönlichen Verantwortung für den speziellen Bereich der Ausarbeitung des Betriebsplanes.

Aus den §§ 8 Abs. 1, 10 Abs. 1 Satz 1 AGB in Verbindung mit § 4 des Statuts der zentral geleiteten Betriebe der volkseigenen Industrie in der DDR vom 7. August 1952 ¹⁶⁹⁾ ergibt sich somit das alleinige Entscheidungsrecht des Betriebsleiters im Bereich der Aufstellung des Betriebsplans.

Damit wird deutlich, daß die Beteiligung der AN in der Plandiskussion gemäß § 10 Abs. 1 Satz 2 AGB nicht als eine rechtliche Befugnis mit dem Ziel der Einschränkung bzw. Einschränkung des Entscheidungsrechts des Betriebsleiters angesehen

¹⁶⁸⁾ Freilich wirkt sich Uneinigkeit zwischen Unternehmer und Belegschaft auch auf die Leistungsfähigkeit des Betriebes auf dem Markt nachteilig aus. In der Marktwirtschaft bleiben diese Störungen jedoch auf den Einzelbetrieb als das Bauelement dieser Wirtschaftsordnung beschränkt.

¹⁶⁹⁾ MinBl. 1952 Nr. 38 S. 137.

hen werden kann. 170)

Aus dieser Vorschrift in Verbindung mit § 2 Abs. 2 AGB ergibt sich vielmehr eine Pflicht der AN, bei der Planaufstellung mitzuwirken. Da diese Mitwirkung in Übereinstimmung mit dem allein zu Entscheidungen befugten Betriebsleiter erfolgen muß, enthält § 10 Abs. 1 Satz 2 somit die Pflicht der AN, den Betriebsleiter bei der Ausübung seiner Leitungs- und Entscheidungsrechte zu beraten und zu unterstützen. Die Beteiligung im Rahmen der Plandiskussion stellt sich rechtlich im Ergebnis also vorwiegend als eine Beratungspflicht der AN dar.

2. Die Mitwirkung im Planungsaktiv

Das gilt auch für die Mitwirkung der AN im sog. Planungsaktiv.

Die im Planungsaktiv beteiligten AN beraten und fördern die Planungsabteilung des Betriebes bei der Aufstellung des Projektplanentwurfs und helfen die Belegschaft für die Plandiskussion zu gewinnen. Es kann aber in diesen Angelegenheiten niemals selbständig Beschlüsse fassen und der Planungsabteilung die Verantwortung für die Ausarbeitung des Entwurfs zum Planvorschlag abnehmen.

Durch die Mitarbeit der AN im Planungsaktiv soll der Betriebsleiter bzw. die in seinem Auftrag handelnde Planungsabteilung erst in die Lage versetzt werden, in allen Angelegenheiten der betrieblichen Planung zweckmäßige Entscheidungen zu treffen. 171)

VI. Zusammenfassung

Die Mitwirkung der AN bei der Ausarbeitung des betrieblichen Planvorschlags zum Volkswirtschaftsplan in der Plandiskussion und dem Planungsaktiv dient dazu, der zentralen Plankommission brauchbares und den besonderen technischen und wirtschaftlichen Verhältnissen des einzelnen Betriebes angepaßtes Planungsmaterial zu liefern.

Durch dieses Ausgangsmaterial werden die staatlichen Planungsorgane in die Lage versetzt, reale und wirklichkeitsnahe Zentralpläne aufzustellen.

Darüber hinaus soll durch die Beteiligung der AN bei der betrieblichen Planung gleichzeitig ermöglicht werden, daß die im Produktionsprozeß noch vorhandenen

170) Vgl. Schneider, Kunz, Tippmann, Die Regelung der Leitung der Volkseigenen Betriebe durch das sozialistische Arbeitsrecht, ArbR 1959, S. 4 ff (8).

171) Vgl. Klampfl, Wege zur Mitarbeit der Werktätigen am Planvorschlag des Betriebes, 2. Aufl. S. 24, 25.

Reserven und Möglichkeiten zur Leistungssteigerung bereits in die laufenden Pläne eingeplant und damit möglichst frühzeitig der volkswirtschaftlichen Nutzung zugeführt werden können.

Der Schwerpunkt der Mitwirkung der AN konzentriert sich dabei auf die Festlegung sog. technisch-organisatorischer Maßnahmen im Planteil II des Planes: Neue Technik, die eine Rationalisierung der Betriebe durch verbesserte Ausnutzung der vorhandenen Kapazitäten ohne weitere Investitionen ermöglichen sollen.

Die Beteiligung der AN bei der Erarbeitung des betrieblichen Planvorschlages zum Volkswirtschaftsplan erfüllt somit eine wichtige Aufgabe in der zentral geplanten Wirtschaft. Sie ist - im Gegensatz zur Mitwirkung der AN nach dem Betriebsverfassungsgesetz - daher nicht Ausdruck der persönlichen Entfaltung und Gestaltung des eigenen Arbeitsbereichs, sondern notwendige Voraussetzung für das Funktionieren des planwirtschaftlichen Systems.

Dieser wirtschaftlichen Funktion der AN-Beteiligung entspricht auch ihre rechtliche Ausgestaltung.

Die Einräumung eines Mitwirkungsrechtes im Sinne der Beteiligungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz der Bundesrepublik wäre kein geeignetes Mittel zur Förderung der wirtschaftlichen Einrichtung der AN-Beteiligung in einer Planwirtschaft. Eine solche mit rechtlichen Mitteln durchsetzbare Befugnis der AN im Bereich der Planaufstellung müßte zu einer Einschränkung und Bindung der Befugnisse des Betriebsleiters auf diesem Gebiete führen. Die damit verbundene Gefahr einander widerstreitender Entscheidungen des Betriebsleiters und der AN in der Plandiskussion ist von der Wirtschaftsordnung her nicht tragbar. Denn Verzögerungen bei der Ausarbeitung des Betriebsplanes müßten auch die termingemäße Aufstellung des zentralen Volkswirtschaftsplanes gefährden.

Den Anforderungen des planwirtschaftlichen Systems entspricht es besser, die Beteiligung der AN bei der Planaufstellung als eine Pflicht zur Mitwirkung auszugestalten, mit dem Inhalt, den Betriebsleiter bei der Ausübung seiner Leitungsbefugnisse umfassend zu beraten und zu unterstützen.

Durch diese rechtliche Ausgestaltung der AN-Beteiligung soll daher das Wissen und die Produktionserfahrung der AN für die Planung nutzbar gemacht werden, ohne daß ihnen gleichzeitig auch ein durchsetzbarer Einfluß auf die Gestaltung der Planziele gewährt wird.

Die Rechtsform der AN-Beteiligung ist naturgemäß mit dem System der Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte einer von der Freiheit und persönlichen Entfaltung des einzelnen ausgehenden Wirtschaftsordnung nicht in Einklang zu bringen. Sie erklärt sich aber aus der Grundentscheidung der Staatsführung für das kollektivistisch gebundene System der Planwirtschaft.

B. DIE AUSARBEITUNG VON TECHNISCH BEGRÜNDETEN ARBEITSNORMEN (TAN)

I. Die TAN als kleinste Planeinheiten

Eine systematische Fortsetzung der Plandiskussion bis in die letzten Plandetailbedeutet die Beteiligung der AN bei der Ausarbeitung von Arbeitsnormen.

Den Arbeitsnormen als den Maßeinheiten des Zeitaufwandes für die Herstellung eines bestimmten Erzeugnisses oder für die Ausführung einer Arbeitsverrichtung¹⁷²⁾ kommt für den Verbrauch an Material, Energie etc. in einer durch zentrale Pläne gelenkten Wirtschaft zugleich die Bedeutung von kleinsten Planeinheiten zu. Sie sind gewissermaßen die Bausteine, aus denen die Planung stellen den Zentralplan errichtet.¹⁷³⁾

Ohne derartige Maßeinheiten wäre eine zentrale Wirtschaftsplanung undenkbar. Sie unterrichten die Planzentrale über jene Grundtatsachen, die zur Aufstellung und Koordinierung von Wirtschaftsplänen erforderlich sind. So wäre eine zentrale Planung z.B. des Arbeitskräftebedarfs und der Verteilung der Arbeitskräfte unmöglich, wenn nicht die Arbeitsnormen konkrete und objektive Angaben darüber mitteilten, welche Zeit eine Arbeitskraft für die Ausführung einer bestimmten Arbeitsverrichtung benötigt.

Um eine möglichst wirklichkeitgetreue Planung zu ermöglichen, kommt es aber darauf an, daß die Arbeitsnormen richtig und zuverlässig sind. Sie müssen der Staatlichen Plankommission solche Daten vermitteln, die den tatsächlichen Verhältnissen und Möglichkeiten des Produktionsprozesses entsprechen. Dies ist dann der Fall, wenn die Arbeitsnormen am produktivsten und wirtschaftlichsten Fertigungsverfahren orientiert sind. Das aber ist nur zu gewährleisten, wenn die Kenntnisse und Fähigkeiten der unmittelbar in der Produktion tätigen Arbeiter in die Arbeitsnormung nutzbar gemacht werden.

172) Als Maßeinheiten des Zeitaufwandes für die Ausführung einer Arbeitsverrichtung sind die Arbeitsnormen auch ein geeigneter Maßstab für die quantitative Bewertung der Arbeitsleistung und damit der Entlohnung. Im Akkordrecht der Bundesrepublik spricht man in diesem Zusammenhang von den sog. Akkordvorgaben.

173) Vgl. Direktive des Ministerrates zur Verwirklichung der Grundsätze "Neue Technik - neue Normen" und Anwendung ökonomisch zweckmäßiger Lohnformen in der volkseigenen Wirtschaft im Jahre 1964 vom 30. Jan. 1964 (GBI, II S. 75), Präambel; Thalmann, Kleiner Lehrgang für Arbeitsökonomie, Teil II, S. 69; Waldenburger, Der Meister und die Arbeitsnormung, 2. Aufl. S. 9, 12; Punzki, Galzow, Die technische Arbeitsnormung in der Industrie, Moskau 1952, 5. deutsche Aufl. S. 16.

II. Die wirtschaftliche Funktion der Mitwirkung der AN bei der Erarbeitung von TAN

Es entspricht daher den Voraussetzungen des planwirtschaftlichen Systems, wenn gemäß § 44 Abs. 2 AGB in Übereinstimmung mit Abschnitt I der Direktive des Ministerrates zur Verwirklichung der Grundsätze "Neue Technik - neue Normen" etc.¹⁷⁴⁾ die AN an der Ausarbeitung der Arbeitsnormen zu beteiligen sind.

1. Die Mitwirkung der AN nach der Seifert-Methode zur Vorbereitung der Erarbeitung von TAN

Die Beteiligung der AN bei der Arbeitsnormung vollzieht sich in der Praxis zunächst in Form der Mitwirkung nach der sog. Seifert-Methode.¹⁷⁵⁾ Hierbei handelt es sich um eine Vorstufe zur eigentlichen Arbeitsnormung mit dem Ziel, Zeitverluste, die durch Warten auf Material, Halbfertigprodukte oder durch eine unwirtschaftliche Organisation des Produktionsprozesses entstehen, die sog. "Poren des Arbeitstages"¹⁷⁶⁾ sichtbar zu machen und zu beseitigen.

Dies soll dadurch geschehen, daß die Produktionsarbeiter unmittelbar am Arbeitsplatz die eigene Arbeit auf derartige Zeitverluste überprüfen. Das Ergebnis dieser Überprüfung wird in der Produktionsoperation¹⁷⁷⁾ zur Diskussion gestellt. Hier kommen die Mängel der Arbeitsorganisation zur Sprache und die Betriebsleitung kann erkennen, wodurch die Verlustzeiten bedingt sind.

Der nächste Schritt im Rahmen dieser Mitwirkungsform ist eine gründliche Untersuchung des Arbeitsablaufs. Sie ist gemeinsam von den Arbeitern, den Meistern, Technologen und dem Normensachbearbeiter durchzuführen. Dabei sollen zugleich Maßnahmen erarbeitet werden mit dem Ziel, den Arbeitsablauf und die Fertigungstechnik so zu verändern, daß künftige Zeitverluste vermieden werden.¹⁷⁸⁾

Insgesamt ist somit die Mitwirkung der AN bei der Arbeitsnormung nach der Seifert-Methode darauf gerichtet, durch Aufdeckung und Beseitigung von Stillstands- und Wartezeiten, "weiche Normen", die den tatsächlichen Produktionsverhältnissen nicht entsprechen und daher noch Zeitreserven enthalten, sichtbar zu machen.

174) Vgl. Direktive aaO.

175) Benannt nach dem Eisenbahner Erich Seifert, der diese Methode propagierte.

176) So Ökonomik der Arbeit in der DDR, 2. Aufl. S. 301.

177) Vgl. unten § 3 E.

178) Vgl. Ökonomik der Arbeit in der DDR aaO.

Welche Bedeutung dieser Methode für die gesamte Volkswirtschaft Mitteld Deutschlands zuzumessen ist, läßt sich daran ablesen, daß der Ministerrat eigene Maßnahmen zur Förderung dieser Initiative ergriffen hat. 179)

Da die Beseitigung von Zeitreserven aus der vorgegebenen Arbeitsnorm die Normerfüllung naturgemäß erschwert, konnte dies auch nicht ohne Einfluß auf die von den AN effektiv erzielten Löhne bleiben. Um die damit verbundenen Lohneinbußen auszugleichen und den AN darüber hinaus einen materiellen Anreiz zu geben, sich an der Normenarbeit nach der Seifert-Methode zu beteiligen, werden Arbeiter, die Anteil an der Aufdeckung und Beseitigung von Verlustquellen haben, durch Prämien aus dem Betriebsprämienfonds besonders ausgezeichnet. 180)

Die Arbeit nach der Seifert-Methode darf jedoch nicht mit der Arbeitsnormung gleichgesetzt werden, sie kennzeichnet nur einen Ansatzpunkt. Durch die "Herausnahme" der Zeitverluste aus den Arbeitsnormen allein entstehen noch keine technisch begründeten Arbeitsnormen (TAN). Dazu ist vielmehr die Anwendung besonderer Normungsmethoden erforderlich. 181) Indem jedoch die Zeitverluste aufgedeckt und beseitigt werden, entstehen allerdings wichtige Voraussetzungen dafür, TAN zu ermitteln.

... Die Mitwirkung der AN bei der Festlegung des produktivsten Fertigungsverfahren zur Begründung der TAN.

Um den Zeitaufwand für eine bestimmte Arbeit normen zu können, muß zunächst Klarheit über das anzuwendende Fertigungsverfahren geschaffen werden. Die Produktionsmöglichkeiten der vorhandenen Einrichtungen und die Gestaltung des Arbeitsplatzes müssen überprüft werden, damit im Einfluß auf die vom AN auszuführenden Bewegungen und deren Dauer ermittelt werden kann. 182)

Aus diesem Grunde untersuchen die für die Arbeitsnormung zuständigen Ingenieure gemeinsam mit den AN alle Faktoren, die auf die fragliche Arbeitsverrichtung

179) vgl. Beschluß über die Förderung der Masseninitiative zur Aufdeckung und Beseitigung von Zeitverlusten mit Hilfe der Seifert-Methode vom 22. Januar 1959 (GBl. I S. 56).

Vgl. ferner Seifert, Der Arbeiter und seine Arbeitsnorm, Arb 1958 Nr. 4 S. 8, Nr. 9 S. 1.

180) Vgl. Abschnitt II b des Beschlusses über die Förderung der Masseninitiative zur Aufdeckung und Beseitigung von Zeitverlusten mit Hilfe der Seifert-Methode aaO.

181) Vgl. Thalmann, Kleiner Lehrgang für Arbeitsökonomien, Teil II, S. 82.

182) Vgl. Punski, Galzow, Die technischen Arbeitsnormen in der Industrie, aaO, S. 8.

hier aufgedeckten Mängeln und Schwächen im Produktionsablauf auseinandersetzt. In Auswertung dieser Diskussion werden sodann vom Normenaktiv gemeinsam mit den beteiligten AN die zur Einführung des produktivsten Fertigungsverfahrens notwendigen technischen und organisatorischen Veränderungen festgelegt und dem Betriebsleiter zur Verwirklichung empfohlen. ¹⁸⁹⁾

Die Mitwirkung der AN unmittelbar am Arbeitsplatz dient somit der Analyse und gründlichen Durchleuchtung des Arbeitsvorganges zur Lieferung von Ausgangsmaterial, aus dem das Planungsaktiv das der Arbeitsnorm zugrunde zu legende und den realen Produktionsverhältnissen Rechnung tragende produktivste Fertigungsverfahren erarbeitet. ¹⁹⁰⁾

Zur Durchführung der vorgeschlagenen Veränderungen und Anwendung des erarbeiteten Fertigungsverfahrens werden die festgelegten Maßnahmen in der Plan Neue Technik, Planteil II (TOM) aufgenommen. Damit soll gewährleistet werden, daß die Vorschläge der AN und des Normenaktivs planmäßig verwirklicht werden.

Ist das produktivste Fertigungsverfahren festgelegt, dann erfolgt die eigentliche Zeitermittlung. Sie dient dazu, den auf der Grundlage dieses Verfahrens erforderlichen tatsächlichen Zeitaufwand für die Durchführung der Arbeit exakt zu bestimmen. ¹⁹¹⁾

III. Die rechtliche Tragweite der Mitwirkung der AN bei der Ausarbeitung von TAN

Wie aus § 44 Abs. 2 AGB hervorgeht, sind die AN zwar an der Ausarbeitung der Arbeitsnormen zu beteiligen. Dies kann im Hinblick auf die Bestimmungen der §§ 44 Abs. 1 und 45 Abs. 1 AGB aber nicht bedeuten, daß der Gesetzgeber den AN in diesem Bereich ein Mitspracherecht eingeräumt hat, das den Beteiligungsrechten des Betriebsverfassungsgesetzes in der Bundesrepublik gleichzusetzen ist. Dazu wäre erforderlich, daß die Ausübung der Befugnisse des Betriebsleiters auf

189) Punske, Galzow, aaO. S. 8.

190) Vgl. § 44 Abs. 3 AGB.

191) Vgl. Waldenburger aaO. S. 49; - Das Interesse an einer Produktivitätssteigerung um der Planerfüllung willen läßt nicht zu, bei der Zeitermittlung von der Durchschnittsleistung auszugehen. Als für die TAN maßgebendes Zeitmaß wird vielmehr der Mittelwert zwischen den durchschnittlichen Leistungen und den Leistungen der Bestarbeiter bei den Zeitmessungen festgelegt. (Vgl. "TAN", Schulungsmaterial, herausgegeben im Auftrage des Ministeriums für Leichtindustrie, o.J., Heft 1).

diesem Gebiet rechtlich an die Mitwirkung der AN gebunden ist, und daß dieses Recht auf Beteiligung auf irgendeine Weise mit rechtlichen Mitteln, notfalls mit gerichtlichem Zwang, gegen den Betriebsleiter durchgesetzt werden könnte. Davon kann jedoch keine Rede sein.

Wie § 45 Abs. 1 AGB zeigt, kann die Mitwirkung der AN gemäß § 44 Abs. 2 AGB nur bedeuten, daß die AN gehalten sind, den Betriebsleiter bei der Ausübung seiner Funktionen auf dem Gebiete der Arbeitsnormung zu unterstützen. Denn gemäß § 45 Abs. 1 AGB werden die Normen allein durch den Betriebsleiter in Kraft gesetzt. Die maßgebenden Entscheidungen werden daher auch hier vom Betriebsleiter allein getroffen. § 45 Abs. 1 AGB konkretisiert somit das allgemeine Prinzip der Einzelleitung und persönlichen Verantwortung des § 5 Abs. 1 Satz 1 AGS für die besonderen Betriebsaufgaben auf dem Gebiete der Arbeitsnormung.

Damit wird deutlich, daß die Beteiligung der AN im Rahmen des § 44 Abs. 2 AGB keinesfalls eine rechtliche Befugnis mit dem Ziel der Bindung bzw. Einschränkung der Rechte des Betriebsleiters sein kann. Eine solche rechtliche Ausgestaltung würde den Anforderungen einer planwirtschaftlichen Ordnung nicht gerecht werden können. Die Aufstellung der rechtlichen Befugnisse bei der Ausarbeitung der Arbeitsnormen auf den Betriebsleiter und die Gewerkschaft birgt die Gefahr, daß bei Meinungsverschiedenheiten die Ausarbeitung von TAN überhaupt ansteht. Dies müßte im gleichen auch die Aufstellung eines realitätsnahen Zentralplanes in Frage stellen, da den staatlichen Planungsorganen in diesem Fall die zur Ausarbeitung des Volkswirtschaftsplanes erforderlichen realen Planungsgrundlagen fehlten.

Aus § 44 Abs. 2 AGB ist in Verbindung mit § 2 Abs. 2 AGB vielmehr eine Pflicht der AN zu entnehmen. Ihre besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten auch in die Aufgabe der Arbeitsnormung einzubringen und den Betriebsleiter durch Rat und Tat bei der Wahrnehmung seiner Befugnisse auf diesem Gebiet zu unterstützen.

Das gilt auch für die Mitwirkung der AN im sog. Normenaktiv. Die hier beteiligten AN beraten und fördern den Betriebsleiter bzw. dessen Beauftragten für die Normenarbeit bei der Ausarbeitung und Festlegung des produktivsten, alle Reserven ausschöpfenden Fertigungsverfahren, an dem die Arbeitsnorm orientiert ist.

Das Normenaktiv kann in diesen Angelegenheiten niemals selbständig entscheiden und dem Betriebsleiter die Verantwortung für die Ausarbeitung von TAN abnehmen. Es unterbreitet dem Betriebsleiter lediglich konkrete Vorschläge und Verbesserungsmaßnahmen, die dieser seinen Entscheidungen zugrunde legt, soweit ihm dies im Interesse der Leistungsfähigkeit des Betriebes geboten erscheint.

IV. Zusammenfassung

Die Arbeitsnormen als Maßeinheiten des Zeitaufwandes für die Herstellung eines bestimmten Erzeugnisses oder für die Ausführung einer Arbeitsverrichtung besitzen in einer zentral gelenkten Wirtschaft die Bedeutung von kleinsten Plandetails. Sie sind die Bausteine, aus denen die staatliche Planungsstelle den Zentralplan errichtet.

Sollen diese Planungsgrundlagen zu einem wirklichkeitsnahen Zentralplan führen, müssen sie den tatsächlichen Verhältnissen und vorhandenen Möglichkeiten des Produktionsprozesses entsprechen. Dazu ist erforderlich, daß die Arbeitsnormen am produktivsten Fertigungsverfahren orientiert sind. Dem Ziel, unwirtschaftliche Produktionsprozesse sichtbar zu machen und zu beseitigen und das produktivste Fertigungsverfahren als Grundlage der TAN zu erheben, dient die Mitwirkung der AN bei der Arbeitsnormung nach der sog. Seifert-Methode und im Normenaktiv.

Auch hier soll somit die Beteiligung der AN dazu führen, die zentrale staatliche Planung in Gestalt der Arbeitsnormen mit Wirtschaftsdaten zu versorgen, die am jeweils produktivsten Fertigungsverfahren gemessen sind und daher der Produktionswirklichkeit entsprechen. In diesem Sinne bedeutet daher die Beteiligung der AN bei der Normenarbeit die systematische Fortsetzung der Plandiskussion bis in die letzten Plandetails.

Dieser wirtschaftlichen Zielrichtung entspricht auch die rechtliche Ausgestaltung der Beteiligung der AN bei der Arbeitsnormung im Sinne des § 44 Abs. 2 AGB.

Die Mitwirkung der AN beinhaltet keine rechtliche Bindung der aus §§ 16 Abs. 1, 3 Abs. 1 Satz 2 AGB folgenden Befugnisse des Betriebsleiters zur Allenentscheidung. Sie bezweckt lediglich die Unterstützung des Betriebsleiters bei der Wahrnehmung dieser Befugnisse.

Auch die Beteiligung der AN gemäß § 44 Abs. 2 AGB ist daher im Hinblick auf § 2 Abs. 2 AGB zunächst als Mitwirkungspflicht zu kennzeichnen, bei deren Erfüllung auch mit Hilfe des materiellen Anreizes eingewirkt wird.

§ 3

DIE MITWIRKUNG DER ARBEITNEHMER
BEI DER PLANDURCHFÜHRUNG

A. DER BETRIEBSKOLLEKTIVVERTRAG

I. Funktion und rechtliche Ausgestaltung
der Betriebsvereinbarung

nach dem Betriebsverfassungsgesetz
auf der Grundlage der freiheitlichen Wirtschaftsordnung

Wie allgemein bekannt, gehen die Staaten mit freiheitlicher Wirtschaftsordnung, wie z.B. die Bundesrepublik, auch auf dem Gebiet der Wirtschaft von dem einzelnen aus. Seine freien Erklärungen sind es, die über den Bereich des Privaten auch das Wirtschaftsleben beherrschen. Für dieses System ist der Vertrag das geeignete Ordnungsprinzip. "Er ist das Mittel, mit dessen Hilfe die Einzelpersonlichkeit nach eigener freier Entscheidung ihr Dasein gestalten soll".¹⁹²⁾

Soll die Grundentscheidung für ein vom freiheitlichen Menschenbild geprägtes wirtschaftliches Ordnungsprinzip in allen Bereichen der Wirtschaft Gültigkeit besitzen, dann muß sie auch in die zwischen dem Unternehmer und seinen AN bestehenden kollektiven wirtschaftlichen Beziehungen hineinwirken.

Für diesen Wirtschaftsbereich ist die Betriebsvereinbarung das angemessene Ordnungsmittel, da sie auf dem freien Consens der Beteiligten beruht. Denn nach der in der Lehre und Rechtsprechung herrschenden Meinung handelt es sich bei der Betriebsvereinbarung um einen Vertrag, der für den Betrieb zwischen dem Unternehmer und dem Betriebsrat für die von ihm vertretene Belegschaft zur Festsetzung von Rechtsnormen über den Inhalt, den Abschluß und die Beendigung von Arbeitsverhältnissen und über gegenseitige Verpflichtungen geschlossen wird.¹⁹³⁾

Die Betriebsvereinbarung enthält daher vor allem Normen über die betriebliche Ordnung, wie z.B. über die tägliche Arbeitszeit, die Pausen, über Bestimmungen zur Verhütung von Betriebsunfällen, über die Errichtung von Wohlfahrtseinrichtungen etc. (§§ 56, 57 BVG).

192) So Pleyer, Vertrag und Wirtschaftsordnung, JZ 1963 S. 233 ff (234).

193) Vgl. Hueck-Nipperdey, Bd. II S. 775.

Daneben entfaltet die Betriebsvereinbarung aber auch verpflichtende, d.h. schuldrechtliche Wirkungen zwischen den Vertragspartnern. Diese ergeben sich teils aus besonderen Verpflichtungsabmachungen, teils aber auch aus den Normenvereinbarungen. Regelt nämlich eine Betriebsvereinbarung z.B. die Zahlung von Weihnachtsgratifikationen, so ist der Unternehmer den AN nicht nur aus dem normativ gestalteten Arbeitsverhältnis zur Zahlung verpflichtet. Auch der Betriebsrat als der Verwalter der Beteiligungsrechte ist in der Lage, aus der verpflichtenden Wirkung dieser Normen ihre Durchführung gerichtlich zu erzwingen.¹⁹⁴⁾ Denn gemäß § 82 Abs. 1 Buchstabe k BVG, § 2 Abs. 1 Nr. 4 Buchstabe k ArbGG entscheiden die Arbeitszeit und im Beschluß ergreifen auch über die Durchführung von Betriebsvereinbarungen. Aus den rechtskräftigen Beschlüssen kann nach der ausdrücklichen Bestimmung des § 56 Abs. 1 auch die Zwangsvollstreckung betrieben werden.

Insgesamt handelt es sich bei der Betriebsvereinbarung somit um die Rechtsform, in der Unternehmer und Betriebsrat die betriebliche Ordnung und die Arbeitsverhältnisse des Unternehmers zu den AN gemeinsam gestalten.¹⁹⁵⁾

Sie dient den Vertragspartnern im Rahmen der betrieblichen Bestimmungen zur gegenseitigen Zusammenarbeit, der Verbesserung der Arbeitsbedingungen und wird durch die betrieblichen Instrumente mit denen der Unternehmer und Betriebsrat die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen gestalten.

II. Begriff und Wirkungsweise des Betriebskollektivvertrages

Der Kollektivvertrag ist der Betriebsvereinbarung nach dem Gesetz über Kollektivverträge (BKV) 1950¹⁹⁶⁾ ist, soweit er die gleiche Gemeinschaft, gleichfalls eine

194) Vgl. Neumann-Duesberg S. 377; Hueck-Nipperdey, Bd. II S. 802.

195) So Entscheidung des großen Senates des BAG in AP Nr. 1 zu § 57 BVG.

196) Der BKV hat seinen Ursprung im z. Betriebsrat der Gewerkschaften, die damals derartige Verträge zwischen Industrie und Gewerkschaften schlossen. Sie gingen aber übergehend in Vergessenheit, werden aber seit 1947 in den Betrieben der Sowjetunion alljährlich abgeschlossen (vgl. "Ausschnitte", Zeitschrift der Publikationsstelle des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen 1958 S. 1). Im Arbeitsrecht Mitteldeutschlands entwickelte sich der BKV aus dem sog. Betriebsvertrag, der durch das Gesetz der Arbeit vom 19. April 1950 (GBl. S. 349) eingeführt und durch die Verordnung über Kollektivverträge vom 8. Juni 1950 (GBl. I S. 493) näher ausgestaltet worden ist. Im weiteren Verlauf entstand aus diesem Vorläufer der BKV in seiner derzeitigen Form, in der er am 21. Mai 1951 im Stahl- und Walzwerk Riesa zum ersten Mal abgeschlossen wurde. (Vgl. Referate und Dokumente aus der Gewerkschaftsbewegung, Heft 12, Berlin 1951).

Einbarung des Betriebsleiters mit dem Vortragsorgane der Betriebschaft, der Betriebsgewerkschaftsleitung (§ 13 Abs. 1 AGB).

Im Gegensatz zur Betriebsvereinbarung wird er aber nicht im Interesse der Betriebschaft und des Betriebsleiters, sondern, wie § 13 Abs. 2 AGB ausdrücklich feststellt, "zur einseitigen Erfüllung der Betriebspläne" abgeschlossen. Trotz abnehmender äußerer Form weisen beide Kollektivvereinbarungen somit deutliche Unterschiede in ihrer Funktion auf. (197)

Ist damit die Aufgabe des BKV betriebsplanmäßig festgelegt, so stellt die weitere Frage offen, mit welchen Mitteln und auf welche Weise diese Aufgabe erfüllt.

Von der Beantwortung dieser Frage wird es jedoch abhängen, wie die wirtschaftliche Funktion und die rechtliche Tragsweite einer Beteiligung der AN an der Ausarbeitung des BKV einzuschätzen ist, die vom Gesetzgeber Mitteldeutschlands in § 14 Abs. 1 AGB gefordert wird.

Wie aus § 13 Abs. 2 AGB zu entnehmen ist, enthält die zwischen Betriebsleiter und Betriebsgewerkschaftsleitung getroffene Vereinbarung Verpflichtungen zur maximalen Steigerung der Arbeitsproduktivität, Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes, Senkung der Selbstkosten etc. Sonach haben also diese Verpflichtungen die Verwirklichung der im Betriebsplan festgesetzten wirtschaftlichen Ziele, also auch in der Praxis eine Verpflichtung zum Beispiel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität um 11 % oder zur Senkung der Selbstkosten um DM 1.000, -- übernehmen zu können, ist zunächst erforderlich. Erwägungen darüber anstellen, welche Maßnahmen ergreifen und welche Methoden angewendet werden müssen, damit der bestmögliche Erfolg erzielt werden kann, mit anderen Worten: die Verpflichtung zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist nicht abstrakt, sondern nur in Gestalt von konkreten Maßnahmen, die verwirklicht werden müssen und zu erfüllen, die im Falle ihrer Verwirklichung zu dem gewünschten Ziel führen. So ist etwa die Verpflichtung zur Steigerung der Arbeitsproduktivität um 11 % nur dadurch zu erfüllen, daß z. B. bei der Bearbeitung einer Kurbelwelle statt bisher 35 Minuten nurmehr 31 oder eine verbesserte Einspannvorrichtung an der Drehbank nur noch 30 Minuten benötigt werden. Es kommt daher darauf an, in den Verpflichtungen möglichst konkret die Methoden zu bestimmen, durch die die Kennziffern des Betriebsplans erfüllt werden können.

197) Vgl. Pleyer, Wirtschaftsordnung und Arbeitsrecht, IHR Bd. 128 S. 81 ff. (88); Pascherstnik, Der Kollektivvertrag, Moskau 1951 S. 13.

mitwirkenden Personen stehen einander nicht - wie etwa der Vertragsantrag und die Annahmeerklärung - kongruent gegenüber ²⁰³⁾, sondern sind von vornherein "gleichgerichtet", d. h. auf die gemeinsame Verwirklichung eines für sämtliche Vertragschließenden bereits im Plan verbindlich vorgeschriebenen Zieles ausgerichtet.

Die für den Kollektivvertrag in der Marktwirtschaft typischen Merkmale, wie etwa die Willensfreiheit der Vertragspartner beim Vertragsabschluß und die Möglichkeit zur freien Gestaltung der Vertragsinhalte müssen daher dem BKV grundsätzlich fehlen. ²⁰⁴⁾

Eine unmittelbar praktische Auswirkung für die Wirksamkeit der Verpflichtungen des BKV kommt auch dem rechtlichen Charakter dieser Pflichten zu. Nach der bislang in der Lehre vorherrschenden Rechtsauffassung ²⁰⁵⁾ werden die Verpflichtungen im BKV in zwei unterschiedliche Gruppen eingeteilt. Rechtspflichten im eigentlichen Sinne, die bei ihrer Nichterfüllung rechtliche Sanktionen auslösen, sind danach nur die Verpflichtungen des Betriebsleiters. Die Verpflichtungen der Betriebsgewerkschaftsleitung sind dagegen politisch-moralischer Natur und daher mit rechtlichen Mitteln nicht erzwingbar.

In der Praxis wirkte sich das so aus, daß die Orientierung auf die Rechtspflichten in den Betrieben im Vordergrund stand, und es ansonsten "nicht so schlimm" war, wenn eine "nur" politisch-moralische Verpflichtung nicht erfüllt wurde, Ausgangspunkt für ihre Erfüllung bildete somit die schematische Einteilung der zwei Pflichtengruppen, wobei den Rechtspflichten der Vorrang eingeräumt wurde. ²⁰⁶⁾ Da jedoch die Verpflichtungen von Betriebsleiter und Betriebsgewerkschaftsleitung in ihrer Wirksamkeit für die Erfüllung des Betriebsplanes von einander abhängen und sich gegenseitig ergänzen, mußte eine solche Handhabung zu Disproportionen in der Planerfüllung führen. ²⁰⁷⁾

²⁰³⁾ Vgl. §§ 145 ff. BGB, die auch für den Abschluß der Betriebsvereinbarung maßgebend sind. (So Hueck-Nipperdey, Bd. II S. 775; Neumann-Duesberg S. 357).

²⁰⁴⁾ Vgl. Pleyer, Wirtschaftsordnung und Arbeitsrecht, aaO. S. 86; "Ausschnitte" aaO. S. 4. Im Ergebnis auch Hamel, aaO. S. 149, 150.

²⁰⁵⁾ Z. B. Schlegel, Grundriß des Arbeitsrechts, S. 125; Jakobi, Kollektivverträge im deutschen Arbeitsrecht, Aus 1954 S. 342; Schmutzler, Die Grundkonzeption des sozialistischen Kollektivvertragsrechts, ArbR 1959 S. 225 ff. (226).

²⁰⁶⁾ Vgl. Schmutzler, Diss. S. 136.

²⁰⁷⁾ Darauf weisen auch die letzten Veröffentlichungen zu dieser Frage hin. Aus § 14 Abs. 1 Satz 3 AGB, wonach der BKV für das Planjahr verbindlich ist, wird nunmehr gefolgert, daß sämtliche Verpflichtungen des BKV

III. Die Verpflichtungen des BKV als Maßnahmen zur Erfüllung des Betriebsplanes

Die inhaltliche Ausgestaltung der Verpflichtungen des BKV im einzelnen richtet sich nach den für das jeweilige Planjahr auf der Grundlage der Beschlüsse der SED in den zentralen Volkswirtschaftsplanen und damit auch den Betriebsplänen festgelegten Aufgaben.

1. Zentrale Lenkung der Ausarbeitung des BKV

Durch Vereinbarungen zwischen dem Ministerrat und dem Bundesvorstand des FDGB wird die Ausarbeitung der jährlichen BKV koordiniert und auf einheitliche Schwerpunkte ausgerichtet.²⁰⁸ Die Fachminister und die Zentralvorstände der Industriegewerkschaften werden darüber hinaus beauftragt, auf der Grundlage der zwischen dem Ministerrat und dem Bundesvorstand des FDGB getroffenen Vereinbarungen jeweils für ihre Bereiche gemeinsame Direktiven zum Abschluß der BKV herauszugeben.²⁰⁹

Auf diese Weise will man eine zentrale Ausrichtung der BKV auf die entscheidenden Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes gewährleisten, ohne die besonderen Anforderungen in den einzelnen Wirtschaftszweigen zu vernachlässigen.

Fortsetzung der Fußnote 207) von Seite 58:

"kraft des durch den im Gesetz formulierten gesamtstaatlichen Willen" (so Schmutzler Diss. S. 138) als verbindliche Rechtspflichten ausgestaltet sind. Offen bleibt dabei freilich die Frage, auf welchem Wege die Verpflichtungen der Betriebsgewerkschaftsleitungen mit rechtlichen Mitteln durchgesetzt werden können.

- 208) Solche Schwerpunkte für die Ausarbeitung der BKV 1966 sind z.B.: Verwirklichung der Beschlüsse des 11. Plenums des ZK der SED und Durchführung der 2. Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung, Einführung der 7-Tage-Arbeitswoche bei voller Planerfüllung ohne zusätzliche Arbeitskräfte und Mittel (vgl. Vereinbarung des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB für den Abschluß der Betriebskollektivverträge ... für das Jahr 1966, in: Tribüne Nr. 6 vom 8. Januar 1966 S. 2).

- 209) Vgl. Vereinbarung des Ministerrates der DDR und des Bundesvorstandes des FDGB für den Abschluß des BKV 1966 aaO.

Im Mittelpunkt der in den Betrieben vom Betriebsleiter und der Betriebsgewerkschaftsleitung im Planjahr 1966 festzulegenden Verpflichtungen stehen Maßnahmen zur Erfüllung des Planes Neue Technik und zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der AN. Ferner sollen nach wie vor die qualitativen Plankennziffern, wie die Steigerung der Arbeitsproduktivität, Senkung der Selbstkosten, Erhöhung der Qualität der Erzeugnisse, Herstellung weltmarktfähiger Erzeugnisse für den Export sowie die Erzielung eines hohen Gewinns, in den Vordergrund gerückt werden. ²¹⁰⁾

2. Die Aufgabenbereiche des BKV

Im Rahmen der Systematik des § 19 Abs. 2 AGB lassen sich folgende fünf Aufgabenbereiche des BKV, denen eine Präambel ²¹¹⁾ vorausgestellt ist, unterscheiden:

- a) Erfüllung der Gesamtheit der Produktionsaufgaben,
- b) Durchsetzung des Leistungsprinzips in der Entlohnung,
- c) Verwirklichung der Aufgaben zur Berufsausbildung und Qualifizierung der AN,
- d) Sicherung und ständige Verbesserung des Gesundheits- und Arbeitsschutzes,
- e) Entfaltung und Unterstützung der kulturellen und sportlichen Betätigung der AN sowie ihre soziale Betreuung. ²¹²⁾

Zu a.

Den Schwerpunkt bei der Ausarbeitung des BKV bilden die Maßnahmen zur planmäßigen Durchführung der Produktionsaufgaben im laufenden Planjahr.

Hierher gehören insbesondere die Verpflichtungen zur termins-, sortiments- und qualitätsgerechten Erfüllung der Warenproduktion, der Senkung der Selbstkosten,

²¹⁰⁾ Vgl. Direktive zum Abschluß der BKV 1966 für die volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betriebe im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie (unveröffentlicht) S. 2 bis 6.

²¹¹⁾ Die dem BKV vorangestellte Präambel soll die politisch-ökonomische Zielsetzung beim Aufbau des Sozialismus enthalten. Sie bringt ferner die einheitliche Ausrichtung der Verpflichtungen und die gemeinsame Verantwortung des Betriebsleiters, der Betriebsgewerkschaftsleitung und der gesamten Belegschaft für die allseitige Planerfüllung zum Ausdruck (so Direktive zum Abschluß des BKV 1966 aaO. S. 10.

²¹²⁾ So Schmutzler, Diss. aaO. S. 234.

Verbesserung der Qualität, Sicherung der Rentabilität der Betriebe etc. Das setzt voraus, daß gleichzeitig auch konkrete Maßnahmen für die Gestaltung des sozialistischen Wettbewerbs, der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, der Neuererbewertung und der Arbeit der Ständigen Produktionsberatungen ²¹³⁾ ausgearbeitet werden. ²¹⁴⁾

Die Struktur der Volkswirtschaft Mitteldeutschlands, in der die Einzelpläne der Betriebe lediglich unselbständige und voneinander abhängige Teile des zentralen Volkswirtschaftsplanes darstellen, erfordern, daß die zur Erfüllung der Einzelpläne mit den Lieferbetrieben oder Endherstellern abgeschlossenen Wirtschaftsverträge eingehalten werden. Diese Wirtschaftsverträge spezifizieren die Mengenangaben des Planes nach Sortimenten und Qualität und bilden somit erst die Grundlage für eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung. ²¹⁵⁾

Damit die Produktionspläne umfassend erfüllt werden können, kommt es somit auch darauf an, durch die Aufnahme entsprechender Verpflichtungen in der BKV, eine termingemäße Abwicklung der Wirtschaftsverträge zu gewährleisten. ²¹⁶⁾ ²¹⁷⁾

213) Vgl. unten § 3 B, C, D, E.

214) Vgl. Schmutzler Diss. S. 236 bis 239; Direktive zum Abschluß des BKV 1966 im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie S. 7 bis 9.

215) Vgl. Spitzner, Allseitige Planerfüllung durch das Vertragssystem, Arb 1961 Nr. 2 S. 19.

216) Vgl. Spitzner aaO.

217) Um einen Eindruck von der praktischen Ausgestaltung dieses Abschnittes des BKV zu vermitteln, seien zur Erläuterung einige Beispiele aus der Praxis herausgegriffen:

So verpflichtete sich der Betriebsleiter des VEB Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke, zur Steigerung der Warenproduktion neue Arbeitsverfahren einzuführen, wie etwa die Anwendung des induktiven Schmelzens für Kupfer und die Erweiterung der automatischen Fertigung durch Aufstellen neuer Automaten. Zur besseren Ausnutzung der vorhandenen Produktionskapazität verpflichtete sich der Betriebsleiter, im Werkzeugbau zur Mehrschichtarbeit überzugehen etc.

Zur Erfüllung der Planziffern der Selbstkostensenkung sollten in diesem Werk die Materialverbrauchsnormen bis zum 31. Dezember 1963 verfeinert und die Normung des Elektroenergieverbrauchs durch Erweiterung der Meßmöglichkeiten verbessert werden. Daneben sollte durch die Gewährung von Prämien für den sparsamen Verbrauch von Grundmaterial ein Anreiz zur Reduzierung des Ausschusses geschaffen werden mit dem Ziel, bis zum 31. März 1963 50.000, -- DM einzusparen (BKV 1963 des VEB Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke, Informationsblatt des FDGB 1962 Nr. 20 S. 5).

Zu b.

Den zweiten Hauptkomplex des BKV bilden die Maßnahmen zur Durchsetzung des Leistungsprinzips in der Entlohnung. Von großer Bedeutung ist hier die Herstellung einer planmäßigen Relation zwischen der Steigerung der Arbeitsproduktivität und dem Wachstum des Durchschnittslohnes. (219) Das BKV soll daher in diesem Abschnitt Maßnahmen und Methoden für eine planmäßige Erarbeitung und Einhaltung technisch begründeter Arbeitsnormen (TAN) enthalten, weil sich die Durchsetzung einer an der Arbeitsleistung gemessenen Entlohnung nicht von den Fragen einer exakten Arbeitsnormung trennen läßt. (219) (220)

Zu c.

Der dritte Teil des BKV betrifft die Berufsausbildung und Qualifizierung der AN. Auch die hier niedergelegten Maßnahmen müssen, entsprechend den Bedingungen einer durch zentrale Pläne gelenkten Wirtschaft, den Erfordernissen des Planes angepaßt sein. Es kann daher nicht überraschen, daß die Maßnahmen in diesem

Fortsetzung der Fußnote 217) von Seite 61:

Zur Förderung des Wettbewerbs verpflichtete sich z. B. der Betriebsleiter des VEB Elektro-Apparate-Werke Treptow, mindestens einmal im Quartal ein Wettbewerbskollektiv zur Durchführung des Maßnahmeaustausches in einen anderen Betrieb zu entsenden. Die Betriebsgewerkschaftsleitung dieses Betriebes verpflichtete sich, auf dem Gebiete der Neuererbewegung die Einhaltung der gesetzlichen Bearbeitungszeiten der Verbesserungsvorschläge von vier Wochen zu kontrollieren und die saumigen Kollegen öffentlich in der Betriebszeitung "Kontakt" zu kritisieren. Daneben soll in jeder Produktionsabteilung monatlich der "Tag des Neuerers" mit praktischen Vorführungen technischer Neuerungen durchgeführt werden. (so BKV 1958 des VEB Elektro-Apparate-Werke Treptow, in: "Ausschnitte" Zeitschrift der Publikationsstelle des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen, 1958 S. 6).

218) Vgl. Schmutzler Diss. aaO. S. 246.

219) Vgl. Schmutzler Diss. S. 225.

220) In der Praxis sind in diesem Abschnitt des BKV etwa folgende Verpflichtungen anzutreffen:

Rechte Einbeziehung der AN in die Ausarbeitung TAN zur Erschließung und Nutzung aller Produktivitätsreserven; Einführung der Einzel-Seriell-Methode als Grundlage der kontinuierlichen Ausarbeitung eines Planes für die Erarbeitung von TAN in den Meisterbereichen auf der Grundlage der Vorschläge des Normenaktivs (so Direktive des FDGB zum Abschluß des BKV 1964, Tribüne Nr. 255 vom 2. November 1963, Beilage S. 3; BKV 1958 des VEB Schwermaschinenbau "Heinrich Rau", in: "Ausschnitte" aaO. S. 10).

Abschnitt des BKV keine allgemeine Weiterbildung der AN, etwa im Sinne der Förderung ihrer individuellen Neigungen auf den verschiedensten Wissensgebieten, bezwecken. Sie sind vor allem darauf gerichtet, diejenigen Kräfte heranzubilden, die erforderlich sind, um die in den Zentralplänen Neue Technik enthaltenen Aufgaben zur Rationalisierung der Produktionsprozesse maximal zu erfüllen. 221)

Zur Erreichung dieses Zieles erstrecken sich die Förderungsmaßnahmen auch auf die Schaffung der erforderlichen Voraussetzungen für die berufliche Qualifizierung der AN, wie die Einrichtung von Produktionsgrundschulen und die Organisation technischer Betriebsschulen, die sog. Betriebsakademien. 222)

Um den zur Erfüllung der Pläne erforderlichen künftigen Bedarf an Arbeitskräften sicherzustellen, sind in diesem Abschnitt des BKV auch Verpflichtungen zur Gestaltung des polytechnischen Unterrichts bzw. für eine "berufliche Grundausbildung in Betrieb und Schule" anzutreffen. 223)

Im übrigen bedeuten die Festlegungen in diesem Abschnitt des BKV zugleich auch eine konkrete Umsetzung der in den §§ 41 bis 60 AGB formulierten allgemeinen Grundsätze zur Berufsausbildung und Qualifizierung der AN in die Betriebspraxis. 224)

221) Vgl. Preamble der VO über die Bildungseinrichtungen zur Erwachsenenqualifizierung vom 27. September 1962 (GBl. II Nr. 77).

222) Rechtsgrundlage für die Errichtung der Betriebsakademien ist § 5 der VO über die Bildungseinrichtungen zur Erwachsenenqualifizierung aaO.

223) Vgl. Entschließung des 6. FDGB-Kongresses in: Arb 1964 Nr. 1 S. 46 ff (53). - Man versteht darunter die gegenwärtig propagierte Methode, daß die Schüler der Oberschulen mit dem Abitur möglichst gleichzeitig den Facharbeiterbrief erwerben bzw. daß Lehrlinge während ihrer Lehrzeit das Abitur ablegen; vgl. auch § 63 Abs. 2 AGB.

224) Charakteristische Maßnahmen für diesen Abschnitt des BKV sind etwa folgende Verpflichtungen:
Die AN, die an Lehrgängen oder am Fernstudium teilnehmen, so im Betrieb einzusetzen, daß ihre Teilnahme am Unterricht nicht behindert wird (so BKV 1956 des VEB Stickstoffwerke Priesteritz - unveröffentlicht -);
Zahlung eines nach der Abschlusnote gestaffelten Buchergeldes an die vom Betrieb delegierten Direktstudenten (so BKV 1958 des VEB Elektro-Apparate-Werke Treptow in: "Ausschnitte" Zeitschrift der Publikationsstelle des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen, 1958 S. 34);
Befreiung von Studiengebühren durch den Betrieb (so BKV 1958 des VEB Schwermaschinenbau "Heinrich Rau" in: "Ausschnitte" aaO. S. 44);

Zu d.

Die im vierten Abschnitt des BKV festgelegten Maßnahmen beziehen sich sowohl auf den Schutz vor arbeitsbedingten Schäden einschließlich der Arbeitserleichterungen als auch auf die im Betrieb durchzuführenden Maßnahmen zur Gesundheitsförderung, der Verhütung von Gesundheitsschaden, ihrer Erkennung und Heilung. ²²⁵⁾

Bei der inhaltlichen Ausgestaltung dieses Verpflichtungskomplexes kommt es insbesondere darauf an, die Bestimmungen über den gesundheitlichen Arbeitsschutz der §§ 87 bis 105 AGB in der Praxis zu verwirklichen.

Wirksame Festlegungen auf diesem Gebiet sind sowohl wichtige Voraussetzungen als auch fördernde Faktoren für eine allseitige Erfüllung der Betriebspflichten. ²²⁶⁾

Zu e.

Der fünfte und abschließende Teil des BKV enthält die Maßnahmen zur Erhaltung und Unterstützung der kulturellen und sportlichen Betätigung der AN sowie ihrer sozialen Betreuung. ²²⁷⁾

Auch in diesem Bereich wird eine enge Verbindung zu den Pflichten des Betriebes in der materiellen Produktion sichtbar.

Fortsetzung der Fußnote 224) von Seite 63:

Schaffung der Voraussetzung für die Durchführung des polytechnischen Unterrichts im Betrieb durch Bereitstellung entsprechender Lehrwerkstätten und die pädagogische Schulung der an diesem Unterricht beteiligten Facharbeiter (BKV 1956 des VEB Stickstoffwerke Priesteritz).

225) Vgl. Gniza, Liebscher, Renker, Tietze, Winter, Zu Grundsatzfragen im Gesundheits- und Arbeitsschutz, Arb 1961 Nr. 9 S. 38; Direktive zum Abschluß des BKV 1966 im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie (unveröffentlicht) S. 11, 15.

226) Im einzelnen sind in diesem Abschnitt folgende typische Verpflichtungen anzutreffen:

Einbau von Belüftungsanlagen; Entwicklung eines Ohrenschutzes gegen Lärm; Durchführung von Reihenuntersuchungen in vierteljährlichem Turnus; Durchführung der Dispensaire-Betreuung für alle AN; Einsatz nicht voll arbeitsfähiger AN auf Schonplätze; Bildung eines arbeitshygienischen Aktivs zur Beratung und Beseitigung der Krankheits- und Unfallursachen. (Vgl. BKV 1963 des VEB Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke, Informationsblatt des FDGB 1962 Nr. 20 S. 12).

227) Vgl. §§ 117 bis 122 AGB.

Wenn sich in der Betriebspraxis auch "bisweilen noch ein gewisses Unverständnis des unmittelbaren Zusammenhanges zwischen den zu entfaltenden geistigen und körperlichen Tendenzen und den zu losenden Produktionsaufgaben im Betrieb einstellt", ²²⁸⁾ ist das angestrebte Ziel dennoch klar umrissen.

Maßgebend für die Förderung der kulturellen Betätigung der AN sind die folgenden Gesichtspunkte:

"Durch die Entwicklung des geistig-kulturellen Lebens" soll "der Kampf der Werktätigen um die Steigerung der Arbeitsproduktivität ... unterstützt werden". ²²⁹⁾ "Das Kulturelnerlebnis bereichert das Lebensgefühl, weitet den Blick und vermittelt so dem Werktätigen immer neue Einsichten und Erkenntnisse für seine Arbeit". ²³⁰⁾

Die Verpflichtungen des Betriebsleiters und der Betriebsgewerkschaftsleitung zur Förderung der kulturellen Betätigung der AN sind demnach nicht Selbstzweck dieser Maßnahmen. Im letzten geht es darum, die kulturellen Neigungen der AN als Mittel zu benutzen, um "ihre produktive Tätigkeit zu bereichern". ²³¹⁾

Unter diesem Aspekt kommt es daher darauf an, durch entsprechende Maßnahmen in diesem Abschnitt des BKV "alle Arbeiter, Angestellten und Angehörige der Intelligenz in das geistig-kulturelle Leben einzubeziehen. Das hilft, die ökonomischen Aufgaben zu lösen und den Volkswirtschaftsplan exakt zu erfüllen". ²³²⁾ ²³³⁾

²²⁸⁾ So Schmutzler, Diss. aaO. S. 267.

²²⁹⁾ Vgl. Direktive des FDGB zum Abschluß des BKV 1964, Tribüne Nr. 255 vom 2. November 1963, Beilage S. 4.

²³⁰⁾ Vgl. Entschließung des 6. FDGB-Kongresses, Arb 1964 Nr. 1 S. 46 ff (53).

²³¹⁾ So Schröter, Der BKV und die gewerkschaftliche Kulturarbeit, Arb 1960 Nr. 11 S. 34; Entschließung des 6. FDGB-Kongresses aaO.

²³²⁾ So Beyreuther, Der Bitterfelder Weg - eine erfolgreiche Bilanz unserer sozialistischen Kulturentwicklung, Arb 1964 Nr. 4 S. 1 ff (3).

²³³⁾ Die Einbeziehung aller Belegschaftsangehörigen in das geistig-kulturelle Leben soll z.B. durch folgende, für diesen Bereich des BKV typische Verpflichtungen erreicht werden: Studium wichtiger Werke des Marxismus-Leninismus in den Gewerkschaftsgruppen; Unterstützung der Bewegung "Schreibender Arbeiter" durch konkrete Aufgabenstellung aus dem soz. Wettbewerb; Veranstaltung von ökonomischen Leistungsschauen, Festen der Neuerer, Literatur- und Kunstpreisdiskussion, Zirkeln zur künstlerischen Selbstbetätigung, von Frauen-Nachmittagen, Jugendforen und Tanzvergünstigungen (vgl. BKV 1963 des VEB Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke, Informationsblatt des FDGB 1962 Nr. 20 S. 11; Direktive zum Abschluß des BKV 1966 im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie aaO. S. 11, 14.

Auch die Verpflichtungen für sozialen Betreuer und besseren Versorgung der AN die den gleichen haben dem Zweck, ihre gesamte Schaffenskraft auf die Erfüllung der betrieblichen Produktionsaufgaben zu konzentrieren. Ablenkungen, insbesondere der weiblichen AN, z.B. durch langes Schlangestehen beim Einkauf, durch Näh- und Flötkarbeit im Haushalt, Sorgen um die Zubereitung der Mahlzeiten etc., sollen dadurch vermieden werden. (234)

Die Festlegung konkreter Maßnahmen zur Unterstützung des betrieblichen Sportlebens, aber auch des Massen- und Leistungssports sowie des Kindersports, erfolgt vor allem im Interesse der Gesunderhaltung und Förderung der Arbeitskraft der AN als notwendige Voraussetzung zur Erfüllung der Planaufgaben. (235)

Zusammenfassend ist festzustellen, daß sämtliche im Vertragstext des BKV enthaltenen Verpflichtungen, sei es des Betriebes oder der Betriebsgewerkschaftsleitung, die Lösung und Erfüllung der dem Betrieb anfallenden staatlichen Planaufgaben zum Ziele haben.

Dabei ist es unerheblich, daß sie nach außen etwa als Maßnahmen zur Weiterbildung der AN, zur Verbesserung des Gesundheits- und Arbeitslebens, zur Erfüllung der kulturellen und sportlichen Befriedigung oder gar als Maßnahmen zur sozialen Betreuung der AN in Erscheinung treten, bzw. als solche bezeichnet werden. (236)

Die Maßnahmen zur sozialen Betreuung, die regelmäßig in den BKV wiederkehren, sind z.B. folgende Verpflichtungen:
Unterstützung der Arbeiterwohngesellschaften durch Gewährung nicht rückzahlbarer Zuschüsse; Errichtung betrieblicher Kinderkrippen; Vergroßerung der Betriebsstellen der Betriebskassen; Abschluß von Verträgen mit Dienstleistungsbetrieben, etwa über das Waschen und Bügeln von Oberhemden, das Ausbessern von Wäsche, Stopfen von Strümpfen etc.; Entwicklung der Werksküchen zu Betriebsgaststätten, Verbesserung des Arbeiterberufsverkehrs (vgl. BKV 1963 aaO. Direktive zum Abschluß des BKV 1966 aaO. S. 15).

Typische Leistungsmaßnahmen sind ferner, die Verpflichtungen der Betriebsgewerkschaftsleitung, regelmäßig Betriebssportfeste durchzuführen und durch Ausscheidungskämpfe von Abteilung zu Abteilung und Brigade zu Brigade vorzubereiten (vgl. BKV 1958 des VEB Berliner Glühlampenwerk in: "Auschnitte" Zeitschrift der Publikationsstelle des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen 1958 S. 36.).

Vgl. Maximalplan Zeitgeschehen des Deutschen Industrieinstitutes Nr. 1 vom 11. Juni 1959, S. 6; Fachberichte der Gesellschaft für soziale Betriebspraxis mbH, Düsseldorf, Juli 1956 S. 6; Regul, Der Plan Neue Tech-

Im BKV besitzt daher die Planwirtschaft ein reichhaltiges Instrument, das in besonderem Maße auf die Bedingungen dieser Wirtschaftsordnung zugeschnitten ist.

IV. Die Anlagen zum BKV

Gemäß §§ 127 Abs. 2, 135 Abs. 1 AGB sowie der Direktive des FDGB zum Abschluß des BKV 1966²³⁷ sind der Frauenförderungsplan und der Plan zur Förderung der Initiative der Jugend wichtige Bestandteile des BKV.

Sie erfüllen die Aufgabe, auf besonderen Schwerpunktbereichen, wie z. B. der Einbeziehung der Frauen und Jugendlichen in den Arbeitsprozeß, detaillierte Verpflichtungen der Betriebsleitung und der Betriebsgewerkschaftsleitung zur Förderung der weiblichen AN und der Jugendlichen im Betrieb festzulegen.

Die erörterten Funktionen entsprechen den Frauenförderungsplan und Plan zur Förderung der Initiative der Jugend als besondere Anlagen zum BKV anzugehalten.²³⁸

1. Frauenförderungsplan

Rechtsgrundlage für die Ausarbeitung des Frauenförderungsplans ist § 127 AGB.

Im Mittelpunkt der Verpflichtungen steht die der volkswirtschaftlichen Perspektivplänen entsprechende systematische Aus- und Weiterbildung der Frauen zu Facharbeiterinnen, Meistern, Technikern, Ingenieuren und in andere leitende oder leitende Funktionen.²³⁹

Fortsetzung der Fußnote 236) von Seite 66:

nik, eine Sache aller, Arb 1960 Nr. 11 S. 29; Entschließung des 6. FDGB-Kongresses, Arb 1964 Nr. 1 S. 46 ff; Buchheim, Mit dem BKV die ökonomische Hauptaufgabe lösen, Arb 1960 Nr. 10 S. 3 ff.

237) Vgl. Tribüne Nr. 176 vom 1. August 1964 S. 3.

238) So Schmutzler Diss. aaO. S. 273.

239) Vgl. Direktive zum Abschluß des BKV 1966 im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie S. 16. - So beteiligten sich im VEB Berliner Metallhütten- und Halbzeugwerke im Planjahr 1963 etwa 60 % aller Arbeitnehmerinnen an der Qualifizierung. Im Frauenförderungsplan wird dies dadurch kenntlich gemacht, daß sämtliche Arbeiterinnen, die von zum Facharbeiter, Meister bzw. Ingenieur ausbilden wollen, mit Namen und unter Angabe des Termins, wann das gestellte Berufswahlgespräch stattfinden soll, genannt aufgeführt werden. (Vgl. Frauenförderungsplan des VEB Metallhütten- und Halbzeugwerke, Informationsblatt des FDGB 1962 Nr. 20 S. 14).

Die Verpflichtungen zur Einbeziehung der Frauen in die Produktion sind jedoch nur dann zu realisieren, wenn sie durch wirksame Maßnahmen zur Entlastung der Frauen von der häuslichen Arbeit ergänzt werden. (240)

Durch die Gewinnung von Angehörigen der Intelligenz als Paten für die in der Weiterbildung stehenden Frauen soll gesichert werden, daß die in Angriff genommene Qualifizierung erfolgreich abgeschlossen wird. (241)

2. Plan zur Förderung der Initiative der Jugend

Rechtsgrundlage für die Ausarbeitung der Pläne zur Förderung der Initiative der Jugend ist § 135 Abs. 1 AGB.

Eine Sonderstellung nehmen diese Pläne insoweit ein, als an ihrer Ausarbeitung außer dem Betriebsleiter und der Betriebsgewerkschaftsleitung auch die FDJ-Leitung des Betriebes beteiligt ist.

Zweck des Jugendförderungsplanes ist es, der materiellen Produktion aus dem noch unterschlossenen Reservoir der Jugendlichen neue Arbeitskräfte zuzuführen und die jungen Arbeiter zu hochqualifizierten Facharbeitern heranzubilden, die an maßgebender Stelle bei der Erfüllung der Pläne mitwirken. (242)

Diesem Ziel dienen z.B. Verpflichtungen, wie die Bildung von Jugendbrigaden zur Eingliederung der Jugendlichen in den Wettbewerb (243), oder die Ausrich-

(240) Diese Entlastung der berufstätigen Frauen erwartet man insbesondere von folgenden Maßnahmen, die in allen Frauenförderungsplänen regelmäßig wiederkehren:

Einräumung des Rechts zur bevorzugten Inanspruchnahme der betrieblichen und kommunalen Dienstleistungseinrichtungen;

Regelung der Öffnungszeiten dieser Einrichtungen entsprechend den Unterrichtszeiten der lernenden Frauen; bevorzugte Zuteilung von betrieblichen Kinderkrippenplätzen; Abschluß von Verträgen mit Dienstleistungsbetrieben zur besonderen Betreuung der in der Qualifizierung befindlichen Frauen.

(241) Vgl. Direktive des FDGB zum Abschluß des BKV 1961, Tribune Nr. 176 vom 1. August 1964, Beilage S. 4.

(242) Vgl. Direktive zum Abschluß des BKV 1966 im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie S. 16; Zecker, Woskobochnik, Hinweise zur Aufstellung des Jugendförderungsplanes 1960, ArbR 1959 S. 363 ff.

(243) Vgl. Direktive zum Abschluß des BKV 1966 im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie S. 17.

tung sog. "Messen der Meister von Morgen" zur Nutzbarmachung der Erfindungsgabe der Jugend für die Erfüllung des Planes Neue Technik, 244)

V. Funktion und rechtliche Bedeutung der Mitwirkung der AN bei der Ausarbeitung des BKV

Wie bei der Planaufstellung sieht das Arbeitsgesetzbuch Mitteldeutschlands auch eine Beteiligung der AN bei der Ausarbeitung des BKV vor.

Rechtsgrundlage für die Mitwirkung der AN auf diesem Gebiet ist § 14 Abs. 1 AGB. Diese Vorschrift gebietet, daß der BKV unter aktiver Teilnahme der Werktätigen auszuarbeiten ist. Im folgenden ist daher zu untersuchen, welche Funktion und rechtliche Bedeutung dieser Beteiligung der AN zuzumessen ist.

1. Die Beteiligung der AN beim Abschluß von Betriebsvereinbarung und BKV in Abhängigkeit von der jeweiligen Wirtschaftsordnung

Nach dem betriebsverfassungsrecht der Bundesrepublik sind die betriebsangehörigen AN bei der Ausarbeitung und beim Abschluß der Betriebsvereinbarung unmittelbar selbst nicht beteiligt. Wie sind die Vertragspartner des Unternehmens, "erschaffen" aber bei den Vertragsverhandlungen und beim Abschluß der Betriebsvereinbarung durch den Betriebsrat vertreten. 245) Auch diese Regelung fügt sich bei näherem Zusehen in ein Wirtschaftssystem, das durch die Grundentscheidung für die freie Entfaltung des einzelnen geprägt ist. Steht man in der Vertragsverhandlung der rechtliche Ordnungsmittel, mit dessen Hilfe AN und Unternehmer nach eigener freier Entscheidung die betriebsinterne Ordnung und ihre gemeinsamen Angelegenheiten regeln, zueinander gestellt, so ist das Zustandekommen einer freien vertraglichen Vereinbarung in der Regel nur denkbar, wenn die in der Betriebsvereinbarung festgelegte Zahl der AN eines Betriebes durch den Unternehmer als Vertragspartner berücksichtigt wird. Bei Abschluß des Rechtsvertrages durch die funktionell freie Organisation wird.

Die Arbeitnehmerschaft bedarf daher zur Ausarbeitung und zum Abschluß der Betriebsvereinbarungen der Repräsentation durch den Betriebsrat, der die Vielfalt der Meinungen und unterschiedlicher Willensbildungen der einzelnen AN in einer gemeinsamen Entscheidung integriert, die dann der Willensbildung der Unternehmung gegenübersteht.

244) Vgl. Direktive zum Abschluß des BKV 1966 aaO.; Seiffert, Wesen, Funktion und Rechtscharakter der Jugendförderungspläne in der DDR, ArbR 1959 S. 301 ff (302).

245) Vgl. § 52 Abs. 2 BVG; Hueck-Nipperdey Bd. 2 S. 775; Neumann-Duesberg S. 358.

In einem Wirtschaftssystem, das nicht die freie Entfaltung des einzelnen, sondern ein im Interesse der Gesellschaft aufgestelltes Planesetz in den Vordergrund rückt, werden andere Maximen für die Funktion und rechtliche Ausgestaltung der Mitwirkung der AN beim Anschluß der betrieblichen Kollektivvereinbarung maßgebend sein müssen.

Hier beruht - wie bereits angedeutet - die Wirkungsweise des Kollektivvertrages im wesentlichen darauf, daß durch die Erfüllung der konkreten Maßnahmen und Methoden dafür angezeigt werden, wie die im Betriebsplan festgelegten Ausgaben erfüllt werden können. Für die Ausarbeitung des BKV kommt es danach vor allem darauf an, die abstrakten und globalen Kennziffern des Betriebsplans so mit konkreten Maßnahmen und Möglichkeiten zu ihrer Realisierung zu belegen, daß im Ergebnis die abstrakten Kennziffern in vollem Umfang erfüllt werden.

Dieser Erfolg kann jedoch nur dann eintreten, wenn für alle Teilbereiche des BKV solche Lösungswege in ausreichender Zahl ausgearbeitet werden. (240)

Geeignete Realisierungsmöglichkeiten sind aber nur bei Kenntnis der grundsätzlichen Kenntnisse der Produktionsverhältnisse und Bedingungen am einzelnen Arbeitsplatz zu erkennen. Die hier noch vorhandenen Reserven und Wege zur Lösung

(240) Im angestrebten Idealfall muß daher die Gesamtheit der zur Senkung der Selbstkosten bzw. zur Steigerung der Arbeitsproduktivität im BKV festgelegten Maßnahmen die Erfüllung der in der Formel niedergelegten globalen Kennziffer für diesen Bereich sichern.

Soll z. B. im Planjahr eine Selbstkostensenkung gegenüber dem Vorjahr um 10 % erreicht werden, so läßt sich diese Prozentzahl ohne Schwierigkeit in eine bestimmte Geldsumme umrechnen. Ziel bei der Ausarbeitung des BKV ist es nun, so viele konkrete Maßnahmen und Methoden zur Selbstkostensenkung aufzudecken, daß die Summe der bei den einzelnen Maßnahmen zu erzielenden Einsparbeträge die im Plan vorgegebene Gesamtsumme erreicht. An Hand der Gegenüberstellung der Sollzahlen mit den bereits durch entsprechende Maßnahmen belegten Sparbeträgen läßt sich überprüfen, ob die im BKV aufgenommenen Verpflichtungen zur Senkung der Selbstkosten bereits real sind. Reicht ihre Zahl zur Sicherstellung der vorgegebenen Gesamtsparsumme noch nicht aus, müssen zusätzlich weitere Maßnahmen für die Selbstkostensenkung aufgedeckt und in den BKV aufgenommen werden. (Vgl. für die Parallele bei der Ausarbeitung des Planes Neue Technik, Planteil II (TOM) Liebig, Die Betriebsplanung im volkseigenen Betrieb S. 38, 39).

der Planaufgaben sind daher letztlich nur den unmittelbar am Produktionsprozeß beteiligten AN bekannt. Sie allein sind in der Lage, die an ihrem Arbeitsplatz noch vorhandenen Realisierungsmöglichkeiten zu erkennen, aufzudecken und für die Planerfüllung nutzbar zu machen.

Es kann daher nicht überraschen, wenn bei der rechtlichen Regelung der Ausarbeitung des BKV die Mitwirkung der AN die entscheidende Rolle spielt. 247)

Im Gegensatz zur Regelung des § 52 Abs. 2 BVG in der Bundesrepublik, wonach die einzelnen AN als Vertragspartner der Betriebsvereinbarung nicht selbst in Erscheinung treten, sondern bei den Verhandlungen und bei Abschluß des Vertrages durch den Betriebsrat repräsentiert werden, steht bei der Ausarbeitung des BKV in den Betrieben Mitteldeutschlands die unmittelbare Beteiligung möglichst jedes einzelnen AN im Vordergrund. Sieht man die in § 14 Abs. 1 AGB normierte Beteiligung der AN aus dem Blickwinkel der Grundentscheidung für das planwirtschaftliche System, so erscheint allein diese rechtliche Ausgestaltung der AN-Beteiligung bei der Ausarbeitung des BKV sinnvoll. Denn nur durch die aktive Beteiligung möglichst aller AN kann die hier maßgebende wirtschaftliche Aufgabe gelöst werden, die erforderliche große Anzahl konkreter Maßnahmen und Methoden aufzudecken, deren Durchführung zur Verwirklichung der Wirtschaftspläne führt. 248)

Für den Gedanken der Repräsentation einer Vielzahl von AN als Vertragspartner einer zur Wahrnehmung eigener Interessen in freier Entscheidung geschlossenen Kollektivvereinbarung ist hier kein Raum.

Liegt somit der Akzent der Beteiligung der AN bei der Ausarbeitung des BKV gemäß § 14 Abs. 1 AGB auf der Nutzarmachung ihrer Initiative für die Planerfüllung, so kann weniger eine rechtliche Befugnis zur Mitwirkung als eine Verpflichtung der AN zur Beteiligung an der Ausarbeitung des BKV im Mittelpunkt stehen. Die Einräumung eines Mitwirkungs"rechtes" im Sinne eines rechtlichen Dürfens könnte der hier zu bewältigenden wirtschaftlichen Aufgabe nicht gerecht werden. Die Aufdeckung der erforderlichen Zahl planverwirklichender Maßnahmen und Methoden ist vielmehr nur dann sicherzustellen, wenn die AN zur Mitwirkung bei der Ausarbeitung des BKV verpflichtet sind.

247) Vgl. § 14 Abs. 1 AGB.

248) Pascherstnik, Der Kollektivvertrag S. 110; Schmutzler, Diss. S. 329; Produktionsmassenarbeit der Gewerkschaften S. 268; Heintze, Zum BKV 1964, Tribüne Nr. 255 vom 2. November 1963, Sonderbeilage S. 7, 8; Buchheim, Mit dem Betriebskollektivvertrag die ökonomische Hauptaufgabe lösen, Arb 1960, Nr. 10, S. 3 ff (7); Entschließung des 5. FDGB-Kongresses, Abschnitt IX, Arb 1959, Nr. 12, S. 55.

Wie § 2 Abs. 2 AGB beweist, ist eine solche Verpflichtung der AN vom Gesetzgeber Mitteldeutschlands auch normiert worden.

Besonders sichtbar wird die wirtschaftliche Funktion und rechtliche Tragweite dieser Beteiligung der AN im Verlaufe des bei der Ausarbeitung des BKV beobachteten Verfahrens.

2. Die Organisation der Ausarbeitung des BKV

a) Verhältnis zwischen Plandiskussion und Ausarbeitung des BKV

Entsprechend dem engen wirtschaftlichen Zusammenhang und wechselseitigen Verhältnis von Betriebsplan und BKV "als zwei Seiten einer Sache" (249) wird auch die Diskussion des Betriebsprojektplans mit der Ausarbeitung des BKV verbunden.

Die Erarbeitung der konkreten Maßnahmen und Methoden zur Plandurchführung muß deshalb mit der Plandiskussion beginnen. (250) Dies führt auch zu besseren Ergebnissen in der Plandiskussion, da sie ihre größte Wirksamkeit erst dann entfaltet, wenn gleichzeitig auch die Wege zur Verwirklichung der Planaufgaben erörtert werden.

Auf der anderen Seite ist wiederum die erfolgreich durchgeführte Plandiskussion zugleich eine Garantie für ein ausreichendes Ergebnis bei der Ausarbeitung des BKV. (251)

Auch die Ausarbeitung des BKV verläuft in ähnlichen Stappen wie die Erarbeitung des Betriebsprojektplans.

b) Ausarbeitung des Entwurfs zum BKV

Der erste Schritt zur Ausarbeitung eines neuen BKV ist die Überprüfung der Erfüllung des Kollektivvertrags für das vergangene Planjahr in den Ständigen Produktionsberatungen, gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen und Kommissionen der Betriebsgewerkschaftsleitung. (252) Anhand der Ergebnisse dieser

249) Vgl. Lehrbuch des FDGB für die Betriebsabendschulen, in: "Ausschnitte", Zeitschrift der Publikationsstelle des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen 1958 S. 4.

250) Schmutterer, Diss. S. 316, Klampfl, Wege zur Mitarbeit der Werktätigen am Planvorschlag des Betriebes, S. 58.

251) Vgl. Omelka, Rex, Wie soll die Betriebsgewerkschaftsleitung mit dem Plan Neue Technik arbeiten, S. 50.

252) Vgl. insbesondere unten § 4 C zur Massenkontrolle des BKV.

Massenkontrolle und der zentralen Direktive des zuständigen Fachministeriums zum Abschluß des BKV für das neue Planjahr erarbeiten der Betriebsleiter und die Betriebsgewerkschaftsleitung zunächst gemeinsam einen Entwurf des BKV. ²⁵³⁾

c) Diskussion des BKV-Entwurfs mit der Belegschaft

Der Entwurf zum BKV wird anschließend der Belegschaft in den Ständigen Produktionsberatungen und gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen zur Stellungnahme vorgelegt. ²⁵⁴⁾

In diesen Gremien erfolgt nun die Diskussion des Entwurfs in der Absicht, durch Anregungen, Vorschläge und kritische Anmerkungen der AN Ansatzpunkte und Möglichkeiten für die Ausarbeitung weiterer Maßnahmen und Methoden zur Planverwirklichung zu gewinnen. Die Diskussion mit den AN soll so zu einer wesentlichen Verbesserung und inhaltlichen Bereicherung des Entwurfs führen und daher den eigentlichen Schwerpunkt bei der Ausarbeitung des BKV bilden. ²⁵⁵⁾

Die Gewerkschaftsleitungen haben dafür Sorge zu tragen, daß bei den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen möglichst alle AN anwesend sind und daß ihre Vorschläge für den BKV in den Versammlungsprotokollen festgehalten und vom Betriebsleiter und der Betriebsgewerkschaftsleitung geprüft werden. ²⁵⁶⁾

Nach Auswertung dieser Protokolle werden die angenommenen neuen Vorschläge der AN in Form von Verpflichtungen des Betriebsleiters oder der Betriebsgewerkschaftsleitung unmittelbar in den Entwurf des BKV aufgenommen und führen so zu Ergänzungen und Korrekturen seiner inhaltlichen Ausgestaltung. ²⁵⁷⁾

Neben den aus den Ständigen Produktionsberatungen und gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen hervorgegangenen Vorschlägen müssen auch die im sozialistischen Wettbewerb sowie die in den sozialistischen Arbeits- und Forschungsgemeinschaften zutage getretenen Erfahrungen der AN für die Verpflichtungen des

253) Vgl. Produktionsmassenarbeit der Gewerkschaften, S. 268.

254) Heintze, Zum BKV 1964, Tribüne Nr. 255 vom 2. November 1963, Sonderbeilage S. 8, und unten § 3 E.

255) Vgl. Produktionsmassenarbeit der Gewerkschaften S. 268, 274. Direktive zum Abschluß des BKV 1966 im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie (unveröffentlicht) S. 17. - Diese Bedeutung der AN-Beteiligung bei der Ausarbeitung des BKV wird von Bulla (vgl. Bulla, Die Entwicklung des Arbeitsrechts in der SBZ S. 170) übersehen.

256) Produktionsmassenarbeit der Gewerkschaften S. 274.

257) Vgl. Produktionsmassenarbeit der Gewerkschaften aaO.

BKV nutzbar gemacht werden. ²⁵⁸⁾ Auch diese Zusammenfassung ist eine wesentliche Aufgabe der Betriebsgewerkschaftsleitung.

d) Abschluß und Bestätigung des BKV

Nach grundlegender Diskussion mit der gesamten Belegschaft erfolgt der Abschluß des BKV. Er wird durch die Bestätigung der Belegschaft – bzw. Vertrauensleute – vollversammlung sowie durch die Unterzeichnung des Betriebsleiters und des Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitung vollzogen. ²⁵⁹⁾

Im Mittelpunkt dieser Vollversammlung steht die abschließende Beratung der inzwischen in den ständigen Produktionsbetriebsstellen und gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen bereits praktizierten und erweiterten Arbeits- durch diese letzte Diskussion mit der gesamten Belegschaft will man offensichtlich erreichen, daß wirklich jedem einzelnen AN Gelegenheit gegeben wird, sich zum Entwurf zu äußern und die abschließende Entscheidung Anregungen und Vorschläge in den Entwurf einbringen können. Diese Auffassung wird dadurch bestätigt, daß die Unterzeichnung des endgültigen Entwurfs des BKV erst dann erfolgen darf, wenn auch die in der Vollversammlung erstmalig in Erscheinung getretenen Vorschläge in den Entwurf eingearbeitet sind. ²⁶⁰⁾

Die planmäßige Lenkung der AN-Mitwirkung bei der Ausarbeitung des BKV durch die Betriebsgewerkschaftsleitung

Die Bedeutung der Betriebsgewerkschaftsleitung für den Erfolg der AN bei der Ausarbeitung des BKV liegt einerseits darin, daß sie die organisatorischen und technischen Voraussetzungen für die schrittweise Durchführung der Beratungen und Belegschaftsversammlungen sichert und damit den Boden für eine fruchtbare Diskussion planverwirklichender Maßnahmen vorbereitet.

Andererseits ist sie zugleich als „Vortragspartei“ des Betriebsleiters unmittelbar am Abschluß des BKV beteiligt. ²⁶¹⁾ Durch diese Stellung gewinnt die Betriebsgewerkschaftsleitung entscheidenden Einfluß darauf, welche Vorschläge der AN letztlich in die endgültige Fassung des Entwurfs aufgenommen werden, in der der BKV schließlich abgeschlossen wird.

Zwar sind die AN gemäß §§ 14 Abs. 1, 2 Abs. 2 AGB verpflichtet, sich an der Ausarbeitung des BKV zu beteiligen. Diese Mitwirkungspflicht bedeutet aber nur

258) Vgl. Schmutzler, Diss. S. 322.

259) Vgl. § 14 Abs. 1 Satz 2 u. 3 AGB; Schmutzler, Diss. S. 317.

260) So Produktionsmassenarbeit der Gewerkschaften S. 268.

261) Vgl. §§ 12 Abs. 2 Nr. 3, 13 Abs. 1 AGB.

daß sie sich in den Diskussionen äußern und die ihnen bekannten Realisierungsmöglichkeiten und Produktionsreserven aufdecken. Ob und inwieweit ihre Vorschläge auch in den BKV aufgenommen werden, entzieht sich ihrem Einflußbereich. Sie liefern auch hier wiederum lediglich das Material, dessen Sichtung und verantwortliche Auswertung anderen Stellen überlassen bleibt.

Der Betriebsgewerkschaftsleitung kommt hier die Aufgabe eines Lenkungsorganes zu. Sie ist der "Filter", der die durch die AN empfohlenen Maßnahmen auf ihre Tauglichkeit überprüft und nur die Vorschläge passieren läßt, die der Planerfüllung dienen. Äußerungen und Vorschläge der AN, die vorwiegend ihren eigenen Interessen oder den Interessen des Einzelbetriebes dienen, haben wenig Aussicht, der Kontrolle durch die Betriebsgewerkschaftsleitung zu entgehen und als verbindliche Verpflichtungen in den BKV aufgenommen und verwirklicht zu werden.

Die Betriebsgewerkschaftsleitungen sind zwar das Vertretungsorgan der AN im Betrieb. Zugleich sind sie jedoch weisungsgebundene Glieder innerhalb der Organisation des FDGB. Als solche fühlen sie sich in erster Linie als betriebliche "Schulen" des vom Staat vertretenen Sozialismus und betonen die Interessengleichheit mit dem Staat. Sie identifizieren sich daher mit der Wirtschaftspolitik der Regierung, insbesondere mit dem obersten Gebot, die Pläne zu erfüllen.²⁶²⁾ Demgemäß weist auch das Arbeitsgesetzbuch den Betriebsgewerkschaftsleitungen die Aufgabe zu, die Arbeitermassen zur allseitigen Erfüllung der Wirtschaftsplane zu mobilisieren.²⁶³⁾

Die Betriebsgewerkschaftsleitung hat danach bei der planwirtschaftlich geprägten AN-Mitwirkung in erster Linie die "Interessen des Planes" zu vertreten. Die besonderen Belange der Betriebsbelegschaft müssen demgegenüber in den Hintergrund treten. Im Gegensatz dazu ist es die Hauptaufgabe des Betriebsrates in den Betrieben der Marktwirtschaft, die Interessen der einzelnen Belegschaftsangehörigen wahrzunehmen. Ihm obliegt es bei der Ausübung der Beteiligungsrechte, die unterschiedlichen Meinungen und persönlichen Interessen einer Vielzahl von AN zu repräsentieren.²⁶⁴⁾

262) Vgl. Pleyer, Wirtschaftsordnung und Arbeitsrecht, ZHR Bd. 125, S. 81 ff (111, 114).

263) So §§ 4 Abs. 2, 12 Abs. 1 AGB; § 33 a der Satzung des FDGB; Mampel, Beiträge zum Arbeitsrecht in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands S. 79.

264) Vgl. Galperin-Siebert, 4. Aufl. A 33 vor § 49 BVG; Neumann-Duesberg S. 247.

VI. Die Abteilungskollektivverträge

Der Forderung des planwirtschaftlichen Systems nach einem dichten Netz von Verpflichtungen mit einer möglichst großen Zahl von konkreten Maßnahmen, Methoden und Wegen zur Erfüllung des Betriebsplanes tragen die Abteilungskollektivverträge (AKV) in besonderem Maße Rechnung. Rechtsgrundlage für die Ausarbeitung dieser Kollektivverträge ist § 13 Abs. 3 AGB.

Wie der BKV die Erfüllung der staatlichen Planaufgaben des gesamten Betriebes zum Ziele hat, so dient der AKV der Realisierung derjenigen Aufgaben, die im Rahmen des Gesamtplanes auf eine Produktionsabteilung entfallen. Grundlage der in den Abteilungen zwischen den Abteilungsleitern und den Abteilungswerkschäftsleitungen abzuschließenden Kollektivverträge ist daher der auf die betreffende Abteilung aufgeschlüsselte Betriebsplan.

Bereits damit wird deutlich, daß der BKV und der AKV sich weder in ihrem Wesen, ihrer generellen Aufgabenstellung noch in ihrer Wirkungsweise grundsätzlich voneinander unterscheiden. Die besondere Rolle und Funktion des AKV ergibt sich lediglich aus der Struktur des Betriebes, d. h. aus der produktionstechnischen Untergliederung des Betriebsmechanismus in Abteilungen, Produktionsbereiche etc. und aus der konkreten Bedeutung des einzelnen Produktionsbereichs für die Erfüllung der gesamtbetrieblichen Aufgaben. Es wird daher auch nicht in jeder Betriebsabteilung ein besonderer AKV abgeschlossen sondern nur in solchen, die für die Erfüllung der Gesamtaufgaben von besonderer Bedeutung sind. 265)

Dadurch, daß die auf wichtige Betriebsbereiche entfallenden Einzelmaßnahmen in besonderen Abteilungskollektivverträgen festgelegt werden, kann der BKV seine Wirksamkeit insbesondere auf die Schwerpunktaufgaben des Gesamtbetriebes konzentrieren. 266)

265) Vgl. Schmutzler, Diss. S. 307; Direktive zum Abschluß des BKV 1966 im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie (unveröffentlicht) S. 17.

266) Diese "Arbeitsteilung" zwischen BKV und AKV wird an folgendem Beispiel deutlich: In den einzelnen Abteilungen des VEB Schuhfabrik "Banner des Friedens" Weißenfels, gab es unterschiedliche Schwerpunkte in der Aufgabenstellung. Während in den Steppereien und Bodenabteilungen mit Hilfe des sozialistischen Wettbewerbs vor allem die Qualität der Erzeugnisse verbessert werden mußte, lag der Schwerpunkt im sozialistischen Wettbewerb für die Zwickerei und Stanzerei darin, Material einzusparen. Die hier erforderlichen Einzelmaßnahmen wurden jeweils in den betreffenden AKV niedergelegt, so daß sich die Verpflichtungen des BKV darauf konzentrieren konnten, die Zahl der überhaupt am Wettbewerb teilnehmenden Kollektive im Gesamtbetrieb zu erhöhen. (Vgl. Rogge, Etwas Neues sind die Abteilungsvereinbarungen, Arb 1958 Nr. 2 S. 28).

Die entscheidende Bedeutung des AKV liegt jedoch darin, daß die Arbeiter innerhalb des eigenen Produktionsbereiches viel enger mit den besonderen ihren unmittelbaren Wirkungsbereich betreffenden Problemen vertraut sind. Die Produktionsverhältnisse und damit auch die Möglichkeiten zur Realisierung der vorgegebenen Planaufgaben sowie die Ansatzpunkte für Verbesserungen in der Technik und Produktionsorganisation sind hier bis in die Details zu übersehen. Der einzelne AN ist daher weitaus besser in der Lage, seine unmittelbaren Produktionserfahrungen zur Aufdeckung weiterer Maßnahmen und Methoden zur Realisierung der Wirtschaftspläne zu nutzen. Dies wiederum schlägt sich in einer zusätzlichen Zahl konkreter Verpflichtungen zur Erfüllung des Betriebsplans in den Abteilkollektivverträgen nieder. ²⁶⁷⁾

VII. Zusammenfassung

Die in den Betrieben der Bundesrepublik abgeschlossene Betriebsvereinbarung ist nur im Hinblick auf die ähnliche äußere Form mit dem BKV zu vergleichen. Von der hier maßgebenden Grundentscheidung der Staatsführung für das freiheitliche, vom einzelnen ausgehende Wirtschaftsprinzip geprägt, ist die Betriebsvereinbarung Ausdruck der freien Entfaltung der Betriebspartner bei der kollektiven Gestaltung ihrer gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen. Unternehmer und AN treffen ihre Entscheidungen bei Abschluß der Betriebsvereinbarung in eigener Verantwortung. Richtschnur ihres Handelns ist die Wahrnehmung und Auseinandersetzung der eigenen Interessen.

Der BKV dient demgegenüber der Realisierung eines dem Betriebsleiter und der Betriebsgewerkschaftsleitung von Staats wegen gemeinsam vorgegebenen Wirtschaftsplanes.

Liefert die Plandiskussion der zentralen Plankommission ein aufbereitetes, d. h. den realen Produktionsmöglichkeiten unter Einbeziehung der vorhandenen Reserven angepaßtes Ausgangsmaterial, so bedeutet die Mitwirkung der AN bei der Ausarbeitung des BKV eine weitere Stufe zur Erschließung ihrer Produktionsmöglichkeiten.

Aufbauend auf die Ergebnisse der Plandiskussion, die in den zentralen Volkswirtschaftsplan Eingang gefunden haben, bedeutet die Ausarbeitung des BKV bereits

267) Vgl. im Ergebnis: Schmutzler, Diss. S. 309; Winkler, Der Betriebskollektivvertrag - Ausdruck der Herrschaft der Arbeiterklasse, Arb 1960 Nr. 6 S. 28; Schmutzler, Die Grundkonzeption des sozialistischen Kollektivvertragsrechts und ihre Regelung im AGB, ArbR 1959 S. 225 (227).

einen ersten Schritt zur Erfüllung der staatlichen Kennziffern des Plangesetzes.

Die Wirkungsweise dieses Rechtsinstitutes beruht darauf, daß mit Hilfe der unmittelbar im Produktionsprozeß stehenden AN in Form von Verpflichtungen für alle Aufgabenbereiche des BKV konkrete Maßnahmen und Methoden, d. h. Lösungswege erarbeitet werden, die geeignet sind, die abstrakten Planpositionen in die Wirklichkeit umzusetzen.

Dieser wirtschaftlichen Funktion der Mitwirkung der AN entspricht auch ihre rechtliche Ausgestaltung, die gemäß §§ 14 Abs. 1, 15 Abs. 1 AGB als Mitwirkungspflicht zu bestimmen ist.

Um die Erfahrungen möglichst aller AN des Betriebes für die Ausarbeitung von konkreten Lösungsweisen zu nutzen, werden in den wichtigsten Betriebsabteilungen Abteilkollektivverträge abgeschlossen.

B. DER SOZIALISTISCHE WETTBEWERB

1. Begriff und wirtschaftliche Funktion des Wettbewerbs als Grundlage der AN-Beteiligung im sozialistischen Wettbewerb

Die aus der Sicht der zugrunde liegenden Wirtschaftsordnung wohl wichtigste Form der AN-Mitwirkung in den zentral geplanten Betrieben Mitteldeutschlands ist der sozialistische Wettbewerb. ²⁶⁸⁾

1. Die Grundzüge des Wettbewerbsbegriffes der Marktwirtschaft

Es muß befremden, dem Begriff des Wettbewerbs als Institut und Instrument im Bereiche des Arbeitsrechts zu begegnen, da er in der Rechtsordnung der Bundesrepublik in erster Linie ein wesentliches Ordnungsprinzip auf dem Gebiete des Wirtschaftsrechts darstellt. ²⁶⁹⁾ Darüber hinaus lost die Tatsache, daß in einer

268) Vgl. § 9 Abs. 1 Satz 2, letzter Halbsatz AGB "insbesondere im sozialistischen Wettbewerb und in anderen Formen der Mitwirkung an der Leitung"; § 15 Abs. 1 AGB; Otte, Kranke, Reeck, Kennst Du das Gesetzbuch der Arbeit? S. 33.

269) Z.B. Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb vom 7. Juni 1909 (RGBl. S. 499); Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 27. Juli 1957 (BGBl. I S. 1081).

durch zentrale staatliche Pläne gelenkten Wirtschaft überhaupt Raum für den Wettbewerbsgedanken vorhanden ist, Überraschung aus. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß diese Widersprüche nur dann in Erscheinung treten, wenn man den in der Rechtsordnung der Bundesrepublik unter dem Einfluß der Marktwirtschaft geprägten Wettbewerbsbegriff zugrunde legt.

Anknüpfungspunkt dieses Wettbewerbsbegriffs ist das Grundprinzip der Marktwirtschaft, daß die einzelnen Produzenten als freie und selbständige Wirtschaftssubjekte ihre Produkte und Leistungen am Markte anbieten, um sie zu ihrem eigenen Nutzen und in ihrem eigenen Interesse gegen eine entsprechende Gegenleistung auszutauschen. Das Wesen des Wettbewerbs als Grundlage der Marktwirtschaft besteht sonach in dem 'Unter-Druck-gesetzt-werden', das sich daraus ergibt, daß auch andere nach dem gleichen Ziel und der gleichen Gegenleistung streben, die eigene Leistung unterbieten wollen und dadurch den Erfolg des eigenen Handels gefährden können.²⁷⁰ Auch die führenden Vertreter des sog. Neoliberalismus wie Lutz²⁷¹, Hayek²⁷² und Röpke²⁷³ stellen für den Wettbewerbsbegriff im Einklang mit der herrschenden nationalökonomischen Lehre²⁷⁴ darauf ab, daß die Anbieter immer neue Anstrengungen im Zeitablauf unternehmen müssen, um durch Preissenkungen, Qualitätsverbesserungen, Werbemaßnahmen neue Kunden zu gewinnen bzw. die alten zu behalten. Wesentliches Kennzeichen dieses Wettbewerbsbegriffs ist daher die Konkurrenz der Produzenten, den eigenen Gewinn zu Lasten der Mitkonkurrenten zu erhöhen²⁷⁵, also das Kampfverhältnis der Konkurrenten um das 'Zun-Zuge-Kommen', das gegenseitige Sichüberbieten in der eigenen Leistung zur Erringung des Vorteils.^{276) 277)}

270. Vgl. von Nell-Breuning, Zur Wirtschaftsordnung, Wörterbuch der Politik, Heft 4, Freiburg 1950, Spalte 70.

271) So Lutz, Bemerkungen zum Monopolproblem, Ordo-Jahrbuch, Bd. 8 S. 30, 31.

272) Hayek, Individualismus und wirtschaftliche Ordnung, Zürich 1962 S. 118.

273) Röpke, Wettbewerb II, im Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 11. Lieferung, S. 33.

274) Vgl. Günther, Wettbewerbspolitik in der freien Gesellschaft, WuW 1964, S. 112 ff (113).

275) So Nöll von der Nahmer, Der Wettbewerb als entscheidender Faktor der Marktwirtschaft, WuW 1961, S. 3 ff (5, 6, 9); Halm, Die Konkurrenz, München, Leipzig 1929, S. 3, 7.

276, Von Nell-Breuning aaO. Sp. 71 Eneklaj, Grundzüge der Wirtschaftspolitik, Bern, Tübingen 1952, S. 247; Metzner, Wettbewerb in Ost und West, Schmollers Jahrbuch Bd. 73, S. 37.

277) Welche Bedeutung der 'Peitsche der Konkurrenz'?, Muthesius, Die Wirtschaft des Wettbewerbs, S. 15; daneben für die Steuerung des gesamten Wirtschafts-

Dieses Wettbewerbsprinzip als "Form des Ausscheidungskampfes" ²⁷⁸⁾ selbständiger Wirtschaftssubjekte kann in einer Zentralverwaltungswirtschaft nicht einge-
 raft werden. Die Erfüllung zentraler Wirtschaftspläne läßt nicht zu, daß Produk-
 tivkräfte und Kapazitäten auf diese Weise ausgeschaltet und dem Produktionspro-
 zess entzogen werden. Darüber hinaus müßte das Streben der einzelnen staatli-
 chen Betriebe, eine einmal erlangene Wettbewerbsposition gegenüber den ande-
 ren Betrieben zu verteidigen, der zentral ausgerichteten Kooperation aller Staats-
 betriebe jede Grundlage entziehen.

Die Beteiligung der AN im sozialistischen Wettbewerb gemäß § 13 Abs. 1 ACB
 wird daher anders, den Bedingungen der Planwirtschaft angepasster Wettbe-
 werbsbegriff zugrunde liegen müssen.

2. Die wirtschaftliche Funktion des Wettbewerbs und seine Begriffsmerkmale in der Planwirtschaft

Wie die Beteiligung der AN in der Planwirtschaft und bei der Ausarbeitung des
 öKV kann auch die Mitwirkungsform des sozialistischen Wettbewerbs nicht losge-
 löst von den Erfordernissen des planwirtschaftlichen Systems betrachtet werden.

Durch die Grundentscheidung für das Prinzip der Zentralverwaltungswirtschaft
 östlicher Prägung ist der die Interessen der Allgemeinheit repräsentierende Wirt-
 schaftsplan in den Mittelpunkt gerückt worden. Ihm wird sich - wie die übrigen
 Beteiligungsformen der AN in den Betrieben Mitteleuropas - auch der sozial-
 listische Wettbewerb unterordnen haben. Dies wird schon durch die gesetzliche
 Bestimmung des § 13 Abs. 3 Buchstabe a ACB bestätigt, wonach die AN den
 sozialistischen Wettbewerb "mit dem Ziel der taglichen Planerfüllung in allen
 Positionen führen". In Verbindung mit § 13 Abs. 1 Satz 1 ACB ist daher der
 Zweck dieser Beteiligungsform darauf gerichtet, bei der Planerfüllung möglichst
 hohe Leistungs- und Produktivitätssteigerungen zu erzielen.

Die Leistungssteigerung ist aber auch "die vorzüglichste Wirkung" ²⁷⁹⁾ des
 Wettbewerbs in der Marktwirtschaft. Das Kampfelement der Konkurrenten um
 das "Zun-Ünge-Kommen", das gegenseitige Sichüberbieten zur Erlangung per-
 sonlicher Vorteile zwingt die Unternehmer dazu, immer besser und billiger zu

Fortsetzung der Fußnote 277) von Seite 79:

prozesses zukommt, bedarf in diesem Zusammenhang keiner weiteren Er-
 örterung (vgl. dazu insbesondere Röpke, Wettbewerb II aaO. S. 32, Eucken
 aaO. S. 249).

278) So von Nell-Breuning aaO. Sp. 75.

279) So von Nell-Breuning, Zur Wirtschaftsordnung, aaO. Sp. 70.

produzieren und damit ihre Leistungen dauernd zu steigern. 281) Man spricht in diesem Zusammenhang daher auch vom "Leistungswettbewerb". 281)

Während jedoch das fortgesetzte Sich-Behaupten-Müssen im Kampf um den Marktanteil den Unternehmer in der Marktwirtschaft dazu zwingt, einen im Wettbewerb errangenen Vorteil vor den Mitkonkurrenten zu sichern und möglichst auszunutzen, nante ein solches Verhalten der am Wettbewerb beteiligten Ast in der Planwirtschaft zu einem allgemeinen Wirtschaftswachstum. Die auf zentrale Volkswirtschaftsplanung aufbauende Wirtschaftsordnung fördert die entgegengesetzte Motivationsweise der "Wettbewerber".

Die Erfüllung zentraler Wirtschaftsaufträge ist also allgemein und gleichmäßig der Leistungssteigerung zu bedingten allen Leistungen der Planerfüllung zu sein. Die Leistungssteigerung lediglich in einzelnen Planabschnitten durch einzelne Wettbewerbskämpfe schließt das gesamte Planziel der Leistungssteigerung aus. Es wäre also die für die Verhältnisse der Marktwirtschaft kennzeichnende Bestreben, daß der Wettbewerber im eigenen Fortschritt aufzuhaben und auf den Leistungssteigerung abzielt für eine lange Dauer - abzuheben, unter den Bedingungen der Planwirtschaft untypisch. Hier erfordert die betriebsökologische Organisation der Wirtschaft, daß die sich zum zentralplan ergänzender Teilpläne der Betriebe, der Gewerkschaften und Wirtschaftszweige miteinander gliedern. Die Betriebe müssen ausfinden, wenn ein Betrieb Leistungssteigerung sucht, daß Wirtschaftszweig gegenüber dem anderen auf das bedacht wird, einen wirtschaftlichen Vorsprung zu erlangen und zu erhalten. Der Leistungssteigerung Teilpläne notwendig die Koordinierung und Harmonie der Gesamtwirtschaft vereiteln.

Der Wettbewerb beruht in der planwirtschaftlichen Wirtschaftswirtschaft, sich daher nicht in der Leistungssteigerung einzelner Ast und Wettbewerbskollektive zu ihrem eigenen Nutzen erschöpfen.

Es bedarf vielmehr zu zusätzlicher Merkmale, die sicherstellen, daß die Leistungssteigerung einzelner Ast bzw. Kollektive im Interesse einer generellen Leistungssteigerung - wie sie die Erfüllung zentraler Pläne erfordert - weitergeleitet wird und so zu dem erforderlichen allgemeinen Leistungsanhebungen führt.

Einmalige Spitzenleistungen einzelner Ast und Kollektive im wirtschaftlichen Wettbewerb zeigen zwar, welche Reserven zur Steigerung der Arbeit produktivität vorhanden sind. Die Sonderleistungen können aber auch die Bedeutung von Leistungs-

281) Vgl. Röpke, Wettbewerb II, aaO. S. 122; Mezzner, Wirtschaftspolitik und Wettbewerb, aaO. S. 386; Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik S. 249; Halm, Die Konkurrenz S. 83; Muthesius, Die Wirtschaft des Wettbewerbs, S. 16.

281) So z.B. Eucken, aaO. S. 247.

lichen Rekorden haben, d.h. sie sind vor allem Beispiel und sollen zum Nach-eifern anspornen. Sie dürfen nicht das letzte Ziel des Wettbewerbs sein, denn einmalige Sonderleistungen allein sind nicht geeignet, den Betriebsplan in allen seinen Teilen zu erfüllen. (282)

Worauf es in einer Planwirtschaft vielmehr ankommt, ist, die Leistung der breiten Masse der AN an die Bestleistungen heranzuführen, so daß die Bestleistungen im Massenumfang wiederholt werden. (283)

An die Stelle der Konkurrenz, d.h. der Vorangstellung des wirtschaftlich überlegenen Wettbewerbsteilnehmers, muß die Hilfe der "Fortgeschrittenen" gegenüber den in der Planerfüllung "Zurückgebliebenen" treten. (284)

Es entspricht daher dem zugrunde liegenden Wirtschaftssystem in besonderem Maße, wenn § 15 AGB den Begriff des sozialistischen Wettbewerbs durch folgende Merkmale näher umschreibt: "Allgemeine Anwendung von sozialer Normenbildung", "Vermittlung der Erfahrungen aller Betriebe", "Gegenseitige Hilfe", "Organisierung des Erfahrungsaustausches", "Organisierung der gegenseitigen Hilfe".

7. Der sozialistische Wettbewerb als formale Voraussetzung der AN in den betriebl. Mitteldeutschlands

Der planwirtschaftlich determinierte Wettbewerb ist ein Wettstreit um die bestmögliche Erfüllung der Planvorgabe, aus dem Ziel in den Wettbewerbern kraft Gesetzes vorgegeben.

Unter diesen Wirtschaftsbedingungen wird es nicht ausreichen, die gegebenen Kenntnisse und Erfahrungsmittel der Planerfüllung zu offenbaren, auszurei-

(282) Vgl. Tannert, Herrzog, Der sozialistische Wettbewerb, Gemeinschaftsarbeit und Neuererbewegung, S. 9.

(283) Vgl. Ökonomik der Arbeit in der DDR, 2. Aufl. S. 264; Tannert, Herrzog aaO. S. 9; Berger, Der sozialistische Wettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages der SED, Arb 1962 Nr. 11 S. 1 ff (5); Gregor, Brzoska, Die Kraft des Wettbewerbs voll nutzen, Arb u. ArbR 1963, S. 99 ff (100); Gabler, Geit, Wettbewerb und Leistungsvergleich, S. 62; Möbius, Die gegenseitige sozialistische Hilfe - ein entscheidender Wesenszug der sozialistischen Arbeit, S. 22; Thalmann, Kleiner Lehrgang für Arbeitsökonomien, Teil II, S. 29; Tschangli, Der sozialistische Wettbewerb - die Triebkraft in der Entwicklung der Sowjetgesellschaft, deutsche Übersetzung, S. 60.

(284) So G. Tietze, Leistungsvergleich und Vergleichbarkeit im innerbetrieblichen Wettbewerb, S. 19, 20; derselbe in Arb u. ArbR 1963 S. 105.

schen und sich gegenseitig zu helfen. Denn dadurch wird die Voraussetzung dafür geschaffen, daß die im Wettkampf um die Planerfüllung "Zurückgebliebenen" im Interesse der Erreichung des gemeinsamen Zieles an das Leistungsniveau der "Fortgeschrittenen" herangeführt werden. 285)

Nach der ausdrücklichen Vorschrift des § 9 Abs. 1 Satz 2, letzter Halbsatz AGB, ist der sozialistische Wettbewerb eine Form der Mitwirkung der AN in den Betrieben. Das bedeutet, daß das Wesen dieser AN-beteiligung unmittelbar durch die-
sen Wettbewerbsbegriff bestimmt ist.

Die Mitwirkung der AN vollzieht sich also in der Ausübung des in § 15 AGB definierten Wettbewerbs. Sie ist die Durchführung des Wettkampfes um die beste Erfüllung und Übererfüllung der Wirtschaftspläne unter Beachtung der genannten Bedingungen.

Die Verhältnisse sind hier anders gelagert als bei der Mitwirkung der AN in der Plandiskussion und bei der Ausarbeitung des PKV. Dort findet die Beteiligung ihren Ausdruck darin, daß die AN in besonderen Gremien, wie etwa im Planungsaktiv, in der Gewerkschaftsgruppe oder Produktionsberatung bei der Ausarbeitung des Planvorschlages oder des PKV mitwirken, indem sie durch ihre Vorschläge den Betriebsleiter bei seinen Entscheidungen beraten und unterstützen. Es handelt sich also um Beteiligungspflichten, die neben der eigentlichen täglichen Arbeit und in der Regel auch außerhalb der regulären Arbeitszeit zu erfüllen sind.

Beim sozialistischen Wettbewerb tritt die Beteiligung der AN dagegen unmittelbar als besondere Produktionsinitiative bei der täglichen Arbeit in Erscheinung. Sie ist "Masseninitiative der AN zur Steigerung der Arbeitsproduktivität" 286) und bezweckt eine qualitative und quantitative Steigerung der Ergebnisse bei der täglichen Arbeit.

Die AN-beteiligung betrifft nicht sonach lediglich die Frage des "Wie" der täglichen Produktionsarbeit. Ihr Inhalt erschöpft sich darin, die gegenseitige Hilfe und Erfahrungsaustausch, also im Prinzip des Wettkampfes zur raschen und umfassenden Erfüllung der Pläne, in der betrieblichen Produktionsarbeit umzusetzen.

Als unmittelbare Produktionsinitiative ist der sozialistische Wettbewerb eine Beteiligungsform der AN, die im Arbeitsrecht der Bundesrepublik keine Parallele findet.

285) Vgl. Pleyer, Arbeitsrecht und Wirtschaftsordnung, ZfAR, Bd. 12, S. 100.

Vgl. im Ergebnis auch Bulla, Die Entwicklung des Arbeitsrechts in der DDR, S. 170, 171.

286) So § 15 Abs. 1 AGB.

Eine Mitwirkungsbefugnis der AN unmittelbar bei der Durchführung der ihnen zugewiesenen Arbeit und bei der Ausführung der betriebsleitenden Entscheidungen ist hier dem System der Beteiligungsrechte schon vom Begriffe her fremd.²⁸⁷⁾ Denn Beteiligung der AN nach dem Betriebsverfassungsgesetz und den Mitbestimmungsgesetzen ist Mitwirkung und Mitbestimmung bei der Willensbildung und den betriebsleitenden Entscheidungen im Unternehmen. Sie ist daher in ihrem Wesen Beteiligung an der Verantwortung für das Wohl des Betriebes und kann sich nicht als Ausführung von Anordnungen äußern, die von anderer Seite zuvor allein beschlossen wurden und auch allein verantwortet werden. Die Beteiligung der AN in den Betrieben und Unternehmen der Bundesrepublik findet daher in einem Bereich statt, der dem Stadium der Durchführung von Anordnungen und Beschlüssen notwendig vorgelagert ist.

Der Grundentscheidung für die Freiheit des einzelnen auch im wirtschaftlichen Bereich entspricht es, die AN dort einzuschalten, wo für eine freie Entfaltung des einzelnen noch Raum ist, nämlich bei der Willensbildung und beim Zustandekommen der maßgebenden Entscheidungen des Unternehmers.

Die Beteiligung der AN bei der Durchführung und Vervollziehung eines von ihnen willens und ihrer Einflußnahme unabhängigen Planes ist dagegen für die AN-Beteiligung in den Betrieben betriebsfremd und charakteristisch. Da es die Wirtschaftsführung hier gemeint, den aller von der Staatseführung beschlossenen Plan zu realisieren, ist die Beteiligung der AN von vornherein aus dem Bereich der Willensbildung und Entscheidung ausgeschlossen und auf den Bereich der Planvorbereitung beschränkt. Im sozialistischen Wettbewerb findet diese Funktion der AN-Beteiligung ihren sichtbarsten Ausdruck, da sie sich unmittelbar mit der täglichen Produktionsarbeit zur Planerfüllung vollzieht.

II. Die Merkmale des planwirtschaftlich geprägten Wettbewerbs als Inhalt der AN-Beteiligung gemäß § 15 AGB

Bedeutet die in § 15 AGB normierte Beteiligung der AN die Durchführung des sozialistischen Wettbewerbs, so wird auch der Inhalt dieser Mitwirkungsform durch die für den planwirtschaftlich geprägten Wettbewerbsbegriff charakteristischen Merkmale bestimmt.

Verschiedener Inhalt der Beteiligung der AN im sozialistischen Wettbewerb ist daher:

287) Vgl. Weddigen, Zur Theorie und Praxis der Mitbestimmung, S. 17.

- 1) Durchführung eines Wettkampfes um die beste Erfüllung und Übererfüllung des Wirtschaftsplanes,
- 2) Gegenseitige Hilfeleistungen zur Heranführung der bei der Planerfüllung Zurückgebliebenen an die im Wettkampf erzielten Bestleistungen.

1. Durchführung eines Wettkampfes um die beste Erfüllung des Wirtschaftsplanes

Grundlage für die Durchführung eines Wettkampfes zur Leistungssteigerung bei der Planerfüllung ist nach Ansicht der Staatsführung Mitteldeutschlands der durch die gemeinsame Arbeit bewirkte Kontakt der AN untereinander. "Der bloße gesellschaftliche Kontakt erzeugt bei gemeinsamer Arbeit der Menschen im Produktionsprozeß einen natürlichen Wettstreit und eine eigene Erregung der Lebenslust (animal spirits), welche die individuelle Leistungsfähigkeit der einzelnen erhöhen, so daß eine Produktivkraft entsteht, die mehr ist, als die Summe der Einzelkräfte." (288)

- a) Die Wettbewerbskollektive als Voraussetzung für die Entstehung des gemeinsamen Wettstreits bei der täglichen Arbeit

Der zur Durchführung des Wettkampfes erforderliche Kontakt der AN untereinander wird besonders durch die Wettbewerbskollektive vermittelt.

Im Vordergrund stehen hier die sog. Arbeitsbrigaden. Sie sind die organisatorische Organisation der Produktionsprozesse angepaßt unter den Strukturverhältnissen. (289) In den volkseigenen Betrieben. Ihre größte Wirkung entfalten sie

288) So Marx, Das Kapital, Bd. I, S. 341. Die Produktivkraft des durch die Gemeinsamkeit der Arbeit erzeugten Wettstreits wurde erstmalig in den sog. Subbotniks verwirklicht. Hierbei handelte es sich um die gemeinsame Übernahme von unbezahlten Überstunden mit dem Ziel, die kommunalen Versorgungsnetze nach Produktionslücken nach der Zerstörung im russischen Bürgerkrieg wieder instandzusetzen. Die Arbeitsproduktivität der Subbotniks betrug dabei das zwei- bis dreifache der normalen Produktivität. Die Subbotniks in der UdSSR sind zugleich der Ursprung, der über verschiedene Zwischenstufen zur Ausbildung des sozialistischen Wettbewerbs als eine Form der AN-Mitwirkung geführt hat (vgl. Jewstafjew, Der sozialistische Wettbewerb, Deutsche Übersetzung, S. 67; Die Produktionsmassenarbeit der Gewerkschaften, S. 34).

289) Den Brigaden als untersten Produktionseinheiten entsprechen in der Bundesrepublik etwa die Arbeitskolonnen.

bei einer Mitgliederzahl von mindestens sechs bis höchstens 20 Arbeitskräften erreicht, da bei dieser Größenordnung die Vorbereitung, Ausführung und Güte der Arbeit noch von einer Leitungsperson überwacht werden kann. 290) Die Organe der Arbeitsbrigade sind der Brigadier und die Brigadeberatungen. 291)

Der Brigadier als Leiter der Arbeitsbrigade ist zugleich unterstes Glied des betrieblichen Leitungsapparates. Als solches besitzt er im Rahmen seiner Brigade volle Weisungsberufung. Er wird auf Vorschlag der Meister bzw. Abteilungsleiter von Betriebsleiter eingesetzt. 292)

Zu den wichtigsten Aufgaben des Brigadiers gehört der richtige Einsatz der Brigademitglieder entsprechend dem technologischen Prozeß und ihrer Qualifikation, die Aktivierung der Diskussion während der Planaufstellung und bei der Ausarbeitung des BKV, die laufende Kontrolle der Planerfüllung, die Durchführung der Produktionsoperationen in der Brigade und die Führung des Brigadetagebuchs. 293)

Auch die zuletzt genannte Aufgabe des Brigadiers darf nicht unterschätzt werden. Das Brigadetagebuch als Ausdruck und Instrument der Gemeinsamkeit bei der Arbeit enthält die Chronik der Entwicklung der Brigade, ihre besonderen Leistungen, errungenen Auszeichnungen etc. Es ist damit ein wichtiger Faktor für die weitere Entwicklung des Wettstreits in der Brigade. Die ihr gestellten Aufgaben in größtmöglichem Umfang zu erfüllen. 294) 295)

290) Vgl. Döring, Kempe, Die Arbeitsbrigade im volkseigenen Industriebetrieb, S. 11.

291) Vgl. Henneberg, Zur Entwicklung und Organisation der Arbeitsbrigaden, S. 156, 242.

292) Henneberg aaO. S. 241, 102.

293) Henneberg aaO. S. 858; Döring, Kempe aaO. S. 35, 37.

294) Vgl. "Brigadetagebücher", in: Arb 1960 Nr. 7 S. 62.

295) Spezielle Ausschleifungsformen der Arbeitsbrigade sind die Komplexbrigade und die Jugendbrigaden.

Die Komplexbrigade setzt sich aus Arbeitern verschiedener Berufe zusammen, die zur Durchführung aller Arbeitsprozesse an einem Objekt notwendig sind. Das angestrebte Ziel ist, in diese Kollektive nur solche AN aufzunehmen, die sich für zwei Berufe qualifiziert haben und sich daher gegenseitig ersetzen können (vgl. Mausolf, Die Komplexbrigade im volkseigenen Baubetrieb, S. 33; Ökonomik der Arbeit in der DDR 2. Aufl. S. 111, 331). In den Jugendbrigaden sind unter der Anleitung erfahrener älterer Arbeiter vorwiegend Jungfacharbeiter tätig (vgl. Döring, Kempe S. 32; § 3 des Jugendgesetzes der DDR vom 4. Mai 1964 - GBl. I S. 75 -).

Neben den Arbeitsbrigaden sind in der Betriebspraxis auch auf der Grundlage des Meisterbereiches organisierte Wettbewerbskollektive anzutreffen. Ein Meisterbereich umfaßt einen abgegrenzten selbständigen Produktionsabschnitt, für den ein von unmittelbarer produktiver Mitarbeit freigestellter Leiter - der Meister - erforderlich ist. (296)

Der Meisterbereich stellt im Verhältnis zur Arbeitsbrigade die nächst höhere Struktureinheit des sozialistischen Betriebes dar. In der Regel schließt daher auch der Meisterbereich als das übergeordnete Wettbewerbskollektiv mehrere Arbeitsbrigaden in sich ein. Die wirtschaftlich vertretbare Höchstgrenze dieser Wettbewerbs-einheit liegt bei ca. 60 Arbeitern.

bi Die Ableitung der Ziele des Wettkampfes der AN aus dem Betriebsplan

Wie erwähnt, ist der Wettstreit der im sozialistischen Wettbewerbs beteiligten AN darauf gerichtet, die Betriebspläne alleseitig zu erfüllen. Diese Zielsetzung ist jedoch nur dann zu verwirklichen, wenn der sozialistische Wettbewerb auch auf der Grundlage der betrieblichen Pläne aufgebaut und organisiert wird.

ba Die Aufschlüsselung des Betriebsplanes auf die Wettbewerbskollektive

Die erste Voraussetzung für die plangemäße Organisation des sozialistischen Wettbewerbs ist die Aufgliederung, d.h. Aufschlüsselung (297) des Betriebsplanes auf die am Wettbewerb teilnehmenden Kollektive. Sie ist die entscheidende Grundlage für die Festlegung des am Betriebsplan gemessenen Wettbewerbszolls in den einzelnen Gruppen. (298)

Ein Höchstmaß an Aktivität bei der Erfüllung der Pläne im sozialistischen Wettbewerb wird dann geschaffen, wenn die staatlichen Kennziffern des Plangesetzes sowohl in räumlicher, als auch in zeitlicher Sicht bis auf die kleinste Einheit aufgeschlüsselt werden. Es ist daher für die Wirksamkeit des Wettbewerbsprinzips sehr förderlich, wenn in § 15 Abs. 2 Buchstabe a AGB die Forderung erhoben wird, den Betriebsplan täglich bis auf die Meisterbereiche, Brigaden und die einzelnen AN aufzuschlüsseln. (299)

296) Vgl. Döring, Kempe aaO. S. 16.

297) Für die Bedeutung der Planaufschlüsselung im Rahmen der Plankontrolle durch die AN vgl. unten § 4 B.

298) Vgl. G. Tietze, Leistungsvergleich und Vergleichbarkeit im innerbetrieblichen Wettbewerb, S. 127; M. Tietze, Die Planaufschlüsselung im sozialistischen Industriebetrieb, S. 51.

299) Die Planaufschlüsselung wirkt sich auch positiv auf den Wettstreit der AN im sozialistischen Wettbewerb aus. Er ist nämlich dort am größten, wo jeder einzelne weiß, was er täglich an seinem Arbeitsplatz zu tun hat, um

Die tägliche Vorgabe des Plananteils in Mengenkennziffern, wie Stück, Meter, Tonne etc., ist auch die Grundlage der Organisation des Wettbewerbs nach der sog. Christoph-Wehner-Methode.³⁰⁰⁾ Ihr Inhalt besteht darin, im gegenseitigen Wettstreiten den aufgeschlüsselten Plan an jedem Arbeitsplatz und an jedem Tage zu erfüllen bzw. überzuerfüllen. Die damit verbundene leicht überschaubare tägliche Abrechnung der geleisteten Arbeit ist besonders geeignet, Reserven zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Senkung der Selbstkosten aufzudecken. Dadurch wird es möglich, gute Erfahrungen bei der Planerfüllung schnell zu verallgemeinern und Mängel rasch zu beseitigen.³⁰¹⁾

bb) Die Wettbewerbsrichtlinien

Während die Planaufschlüsselung die elementare Voraussetzung für den sozialistischen Wettbewerb bedeutet,³⁰²⁾ legen die Wettbewerbsrichtlinien - zum Teil auch Wettbewerbsbedingungen genannt - zur Durchführung der Aufgaben des Betriebes diejenigen Kennziffern fest, auf die die Initiative der AN mit Vorrang zu konzentrieren ist.³⁰³⁾

Fortsetzung der Fußnote 299) von Seite 87:

den Plan zu erfüllen, und wenn er in der Lage ist, seine Arbeitsergebnisse mit denen des Nachbarn zu vergleichen; vgl. Gregor, Brzoska, Die Kraft des Wettbewerbs voll nutzen, Arb u. ArbR 1963 S. 100; Autorenkollektiv ArbR 1961 S. 138).

300) Benannt nach den Arbeitern Gunter Christoph, VEB Federnwerk Zittau, und Willi Wehner, Braunkohlenwerk Pirana, die diese Art des sozialistischen Wettbewerbs erstmalig propagierten.

301) Ökonomik der Arbeit in der DDR, 2. Aufl., S. 261.

302) So M. Hietze, Die Planaufschlüsselung im sozialistischen Industriebetrieb, S. 52.

303) Im VEB Automobilwerk Eisenach waren das z. B. im Planjahr 1963: (Vgl. Ökonomik der Arbeit in der DDR aaO. S. 264)

1. Führung des Kampfes um den wissenschaftlich technischen Fortschritt auf der Grundlage der im Plan Neue Technik enthaltenen Aufgaben mit der Zielstellung, die vorgeschriebene Aufgabenstellung in der Steigerung der Arbeitsproduktivität zu überbieten.
2. Einhaltung der Kennziffer der Qualität: termingemäße Erfüllung des Planes der Qualitätssteigerung, Einhaltung bzw. Unterbietung der Planvorgabe für Ausschuß, Nacharbeit und Garantie.
3. Erfüllung bzw. Übererfüllung der Kennziffern des Planes der Brutto- und Warenproduktion.

Durch die von der zuständigen VVB, der Betriebsleitung und der Betriebsgewerkschaftsleitung ausgearbeiteten Wettbewerbsrichtlinien werden somit aus der Fülle der in den betrieblichen Plänen niedergelegten Aufgaben diejenigen ausgewählt, deren Verwirklichung besondere Schwerpunkte in der gesamten Planerfüllung des Betriebes darstellen, und die einer Lösung mit den Mitteln des sozialistischen Wettbewerbs besonders zugänglich sind. Auf diese Weise ermöglichen die Richtlinien, daß der sozialistische Wettbewerb "nach Maß" geführt werden kann. ³⁰⁴⁾

Die Konzentration auf das Wichtigste und Wesentliche vermeidet außerdem, daß die Zielstellung des sozialistischen Wettbewerbs unübersichtlich wird und damit zu einer Verzettlung der wetteifernden Kräfte führt. ³⁰⁵⁾ Schließlich ist es Aufgabe der Wettbewerbsrichtlinien, bestimmte Mindestanforderungen festzulegen, die erreicht werden müssen, um bei der Auszeichnung als Wettbewerbssieger berücksichtigt werden zu können. Da eine Prämierung im sozialistischen Wettbewerb aus der Sicht der planwirtschaftlichen Ordnung nur dann vertretbar ist, wenn die erbrachte Leistung mindestens das Plansoll erreicht, überrascht es nicht, daß durch die Festlegung entsprechender Mindestbedingungen eine Auszeichnung der "Besten unter Schlechten" verhindert wird. ³⁰⁶⁾

c) Die Wettbewerbsverpflichtung als Instrument zur Realisierung des Wettkampfes der AN

Erfüllen die durch Wettbewerbsrichtlinien und Planaufschlüsselung festgelegten Wettbewerbsziele die Aufgabe, dem Wetteifer die plangemäße wirtschaftliche Orientierung zu geben, so bringen die auf ihrer Grundlage abgeschlossenen Wettbewerbsverpflichtungen die persönliche Verpflichtung der einzelnen AN bzw. Arbeiterkollektive zum Ausdruck, die vorgegebenen Wettbewerbsziele auch zu erfüllen. ³⁰⁷⁾

304) So G. Tietze aaO. S. 48.

305) Vgl. Tannert, Herzog, Der Meister - sozialistischer Wettbewerb, Gemeinschaftsarbeit und Neuererbewegung, S. 22, 24.

306) Vgl. G. Tietze, aaO. S. 95; Ökonomik der Arbeit in der DDR aaO. S. 264.

Diese Mindestanforderungen können sich in der Praxis auch als eine Bestrafung des Betriebes auswirken. So bestimmt z.B. die Wettbewerbsrichtlinie über den Massenwettbewerb der Gaswerke und Kokereien der DDR im Planjahr 1963, daß ein Betrieb nicht als Wettbewerbssieger ausgezeichnet werden kann, in dem im Wettbewerbszeitraum ein tödlicher Betriebsunfall eingetreten ist.

307) Ökonomik der Arbeit in der DDR, 2. Aufl., S. 260; G. Tietze, S. 84, 85.

Erst durch die Übernahme konkreter Wettbewerbsverpflichtungen zur Erfüllung der Wettbewerbsziele wird der Wettstreit unter den AN geweckt und der sozialistische Wettbewerb im Interesse der Planerfüllung verwirklicht. ³⁰⁸⁾

Eine entscheidende Aufgabe der Wettbewerbsverpflichtung ist ferner, die AN möglichst für die Übererfüllung der Pläne zu mobilisieren. ³⁰⁹⁾ Durch die Aufschlüsselung der Wettbewerbsaufgaben bis auf die Brigaden und einzelnen AN wird zunächst die unterste Grenze, das Wettbewerbssoll, ermittelt. In der Praxis wird jedoch nur in den seltensten Fällen das dem Plansoll entsprechende Minimum zum Gegenstand der persönlichen Wettbewerbsverpflichtung gemacht. Sei es, um nicht hinter anderen Kollektivverpflichtungen, die besonders hohe Verpflichtungen übernommen haben, selbigen und intensiver Produktionspropaganda der Gewerkschaftsleitungen, jedenfalls übernimmt die Mehrzahl der Wettbewerbsteilnehmer solche Wettbewerbsverpflichtungen, die zum Teil beträchtlich über dem ermittelten Soll liegen.

Ihrer rechtlichen Ausgestaltung nach handelt es sich bei der Wettbewerbsverpflichtung im Gegensatz zu den zweiseitigen Verpflichtungen der Kollektivverträge um einseitige Kollektivverpflichtungen des am sozialistischen Wettbewerb beteiligten Kollektivs gegenüber dem Betroffenen. ³¹⁰⁾ Sie werden gleichfalls schriftlich fixiert und tragen zum Zeichen der Rechtsverbindlichkeit die Unterschriften der Vertrauensleute des Kollektivs. ³¹¹⁾

308) Produktionsmassenarbeit der Gewerkschaften, S. 83.

309) Vgl. G. Tietze aaO. S. 90; Wengermeier, Pogoreutz, Berger, Drevo, Betriebsprämienfonds richtig anwenden, S. 12; Müller, Über den Gruppenwettbewerb, S. 77.

310) Schaus, Der Meister und die Brigade der sozialistischen Arbeit, S. 13.

311) Um eine lebensnahe Vorstellung von dem Inhalt der Wettbewerbsverpflichtungen zu vermitteln, seien im folgenden einige Beispiele aus der Kollektivverpflichtung 1962 der am sozialistischen Wettbewerb teilnehmenden Arbeitbrigade der Revolverdrullei des VEB "Victoria" Heidenau angeführt (vgl. Schaus aaO., Anhang S. 57).

Die Mitglieder dieser Produktionseinheit verpflichten sich hier, die Arbeitsproduktivität zu steigern, die Selbstkosten zu senken und die Qualität ihrer Arbeit zu erhöhen. Zur Erreichung dieser Ziele wollen die AN folgende Anstrengungen unternehmen: Wöchentlich den auf die einzelnen Maschinen aufgestellten Produktionsplan nach Vorgabenminuten und im entsprechenden Sortiment erfüllen; die Kosten für Werkzeuge und Hilfsmaterialien um 10 % je Monat senken. Weiter soll der Ausschuß um 10 % gesenkt werden, indem jedes erste, dritte und fünfundzwanzigste Arbeitsstück kontrolliert wird. Zur Verbesserung der Produktionsorganisa-

Bei näherer Betrachtung der in den Wettbewerbsverpflichtungen enthaltenen Maßnahmen zur Erfüllung der Wettbewerbsziele zeigt sich, daß es hier um die gleichen Maßnahmen und Methoden geht, auf die bereits die zweiseitigen Verpflichtungen im BKV ausgerichtet waren. Ging es dort darum, die abstrakten Kennziffern des Betriebsplanes durch Festlegung und Bestimmung von konkreten zu ihrer Erfüllung geeigneten Maßnahmen "in den Griff zu bekommen", so hat die kollektive Wettbewerbsverpflichtung, anknüpfend an die Verpflichtung im BKV, deren tatsächliche Erfüllung zum Inhalt. ³¹²⁾ BKV und Wettbewerbsverpflichtung bilden daher im Interesse der Planerfüllung eine Einheit. ³¹³⁾ 314)

Hat die Wettbewerbsverpflichtung somit die Durchführung der Verpflichtungen des BKV und damit die endgültige Erfüllung der entsprechenden Kennziffern des Betriebsplans zum Inhalt, so gehen andererseits auch Impulse vom sozialistischen Wettbewerb auf die Ausgestaltung des BKV aus. Seine Verpflichtungen können wirksame Maßnahmen zur Förderung und Entwicklung der Wettbewerbskollektive und zur Popularisierung des Wettbewerbsgedankens in den Betrieben aufnehmen. ³¹⁵⁾

Fortsetzung der Fußnote 311) von Seite 90:

tion will die Brigade monatlich eine Produktionsberatung durchführen. Die Mitglieder Herrmann und Krüger verpflichten sich, sich an der Betriebsakademie zu Drehern zu qualifizieren.

- 312) Schmutzler, BKV und Produktionsaufgebot, Arb 1961, Nr. 11 S. 8 (12); Wengermeier, Pogoreutz, Berger, Drevo aaO. S. 22; Berger, Der sozialistische Wettbewerb zu Ehren des VI. Parteitages der SED, Arb 1962, Nr. 11 S. 2; Schmutzler, Diss. aaO. S. 367, 368.
- 313) Vgl. Direktive zum Abschluß des BKV 1966 im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie (unveröffentlicht) S. 13.
- 314) Dieses Zusammenspiel von BKV und Wettbewerbsverpflichtung wird an folgendem Beispiel klar ersichtlich:
Der BKV 1962 des VEB Bodenbearbeitungsgeräte Leipzig enthielt die Verpflichtung der Betriebsgewerkschaftsleitung, die Qualität des Sprüh- und Stäubgerätes S 293 durch verschiedene Maßnahmen zu verbessern. Ein an der Fertigung dieses Gerätes beteiligtes Wettbewerbskollektiv nahm daraufhin in seine Verpflichtung den Passus auf, durch bestimmte, einzeln aufgezählte Verbesserungen an der Sprühdüse die Leistungsfähigkeit des Gerätes zu verbessern (vgl. Schmutzler, BKV und Produktionsaufgebot, aaO. S. 12).
- 315) Vgl. G. Tietze S. 48; Direktive zum Abschluß des BKV 1966 im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie S. 3, 10.

Die Wettbewerbsverpflichtung entspricht daher sowohl nach ihrem Anknüpfungspunkt als auch ihrer rechtlichen Ausgestaltung den Erfordernissen der Zentralverwaltungswirtschaft in besonderem Maße. Durch das - zumindest erstrebte - nahtlose Ineinandergreifen von Betriebsplan, BKV und kollektiver Wettbewerbsverpflichtung hat sich die Planwirtschaft Mitteldeutschlands in der arbeitsrechtlichen Beteiligung der AN ein eigenes System von Rechtsinstituten geschaffen, die, aufeinander abgestimmt, in ihrem Sinne funktionieren.

d) Methoden zur Förderung der Beteiligung aller AN am Wettkampf

Die Beteiligungsform des sozialistischen Wettbewerbs kann ihrer wirtschaftlichen Funktion um so besser gerecht werden, je mehr AN in den Wettkampf um die beste Erfüllung der Wirtschaftsplane einbezogen werden. Diesem Ziel dienen folgende, bereits von Lenin propagierte Wettbewerbsgrundsätze: 316)

aa) Grundsatz der Öffentlichkeit der Wettbewerbe

Der Grundsatz der Öffentlichkeit des Wettbewerbs erfordert, daß die Wettbewerbsteilnehmer vor der Öffentlichkeit über die Ergebnisse bei der Erfüllung ihrer Plankennziffern und Wettbewerbsverpflichtungen durch Wand- und Betriebszeitungen, Betriebsfunk und andere Publikationsmittel berichten.

Der damit verfolgte Zweck liegt letztlich darin, die gesamte Belegschaft ständig aufzufordern, dem Beispiel, das die am Wettbewerb beteiligten Kollektive geben, zu folgen. Allen AN soll durch die Öffentlichkeit der Wettbewerbe und eine entsprechende Produktionspropaganda ein stetiger Anreiz gegeben werden, sich dem Wettbewerb anzuschließen, und mit den besten Ergebnissen in der Planerfüllung zu wetteifern. 317)

316) Vgl. Lenin, Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, Werke Bd. 27, S. 198; vgl. auch § 15 Abs. 2 Satz 2 sowie Abs. 3 Buchstabe b AGB und Bulla, Die Entwicklung des Arbeitsrechts in der SBZ S. 171.

317) Tannert, Herrzog, Der Meister - sozialistischer Wettbewerb, Gemeinschaftsarbeit und Neuererbewegung S. 26. - Als besonders wirksam für die Propagierung des guten Beispiels hat sich der "Rote Kalender" erwiesen. Hierbei wird auf einer an jedem Arbeitsplatz angebrachten Tafel der in Tage umgerechnete Planvorsprung zum jeweiligen Kalendertag addiert bzw. der Rückstand in der Planerfüllung abgezogen (vgl. Thalmann, Kleiner Lehrgang für Arbeitsökonomien, Teil II S. 30). Auf diese Weise kann jeder AN den eigenen Leistungsstand mit einem Blick kontrollieren und mit den Leistungen anderer Teilnehmer am Wettbewerb vergleichen.

bb) Grundsatz der Anerkennung der fortschrittlichsten Leistungen

Der Grundsatz der Anerkennung der fortschrittlichsten Leistungen steht mit dem Prinzip der Öffentlichkeit des Wettbewerbs in enger Verbindung. Die öffentliche Anerkennung und Ehrung der Wettbewerbssieger vor der gesamten Betriebsbelegschaft wirkt als besonderer Ansporn für die weitere Verbreitung des Wettbewerbsgedankens. ³¹⁸⁾

Bester im sozialistischen Wettbewerb ist, wer die durch Wettbewerbsrichtlinien und Planaufschlüsselung festgelegten Ziele erfüllt und übererfüllt, die übernommenen Verpflichtungen verwirklicht und auch die übrigen Wettbewerbsbedingungen eingehalten hat.

Die Anerkennung der Bestleistungen im sozialistischen Wettbewerb erfolgt gegenwärtig auf der Grundlage des sog. neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft vorwiegend durch die Zahlung von Geldprämien aus dem Betriebsprämienfonds. ³¹⁹⁾

Die ursprünglich stärker in Erscheinung getretene ideelle Ehrung der Besten im Wettbewerb durch die Verleihung von Urkunden, Wimpeln, Wanderfahnen sowie Orden und anderen staatlichen Auszeichnungen ³²⁰⁾ tritt demgegenüber mehr und mehr zurück. Im Vordergrund des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung steht der Gesichtspunkt des finanziellen Anreizes zur Leistungssteigerung. So werden gegenwärtig gleichzeitig mit der Ausarbeitung der Wettbewerbsverpflichtung sog. Prämienverträge zwischen den Wettbewerbskollektiven und der Betriebsleitung abgeschlossen.

Durch die Festlegung exakter Prämienbedingungen in diesen Verträgen erhalten die einzelnen AN schon zu Beginn des Wettbewerbs darüber Aufschluß, welche Leistungen sie im Verlauf des Wettbewerbs im einzelnen erbringen müssen, um einen Prämienanspruch in bestimmter Höhe zu erhalten. Der Umstand, daß somit jeder AN in der Lage ist, seine Prämienchancen selbst ausrechnen zu können, bedeutet naturgemäß einen großen Anreiz zur weiteren Leistungssteigerung im

318) Vgl. Ökonomik der Arbeit in der DDR, 2. Aufl., S. 274; G. Tietze, Leistungsvergleich und Vergleichbarkeit im innerbetrieblichen Wettbewerb, S. 57.

319) Vgl. Abschnitt IV, 2, b der Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (GBI. 1963 II S. 453 ff).

320) Vgl. VO über staatliche Auszeichnungen vom 2. Oktober 1958 (GBI. 1 S. 771).

Wettbewerb. 321) 322)

Insgesamt nehmen die Mittel für die Prämierung der Besten im sozialistischen Wettbewerb regelmäßig 75 % des Gesamtvolumens des Betriebsprämienfonds ein. 323)

e) Die Erscheinungsformen der Beteiligung der AN am Wettkampf

Die Mitwirkung der AN im sozialistischen Wettbewerb tritt in den verschiedensten Organisationsformen in Erscheinung. Man unterscheidet z. B. unter dem Gesichtspunkt der Art und Weise der Beteiligung der AN individuelle und kollektive Wettbewerbe, bezogen auf den räumlichen Wirkungsbereich innerbetriebliche, zwischenbetriebliche und internationale Wettbewerbe. 324)

aa) Individueller Wettbewerb

Die Grundform des sozialistischen Wettbewerbs, von der alle anderen abgeleitet sind und auf die sie größtenteils aufbauen, ist der individuelle Wettbewerb. Hier wird das Wettstreiten von Mann zu Mann, z. B. von Dreher zu Dreher, Ver-

321) Vgl. Krauss, "Mit hoher Qualität, niedrigen Kosten, moderner Technik zum Nutzen für die Gesellschaft und für jeden einzelnen" Arb u. ArbR 1963, S. 357 ff (360); Tannert, Herzog aaO. S. 36.

322) Damit durch den Ausschub der Prämienzahlung als zum Ende eines Abrechnungszeitraumes im sozialistischen Wettbewerb, also zum Monats- bzw. Quartalsende, die Wirkung des materiellen Anreizes nicht wieder aufgehoben wird, ist in einigen Betrieben folgendes Verfahren bei der Prämienauszahlung zu beobachten:

Die Meister und Abteilungsleiter verfügen durch sog. Prämienchecks unmittelbar nach Erfüllung einzelner Wettbewerbsziele über 75 % der an diese Aufgaben gebundenen Gesamtprämie. Durch die kurzfristige Auszahlung der Wettbewerbsprämie wird erreicht, daß die AN beim Empfang des Geldes noch unmittelbar unter dem Eindruck ihrer Leistungen stehen. Dies bedeutet einen zusätzlichen Ansporn für das weitere Wettstreiten um noch höhere Leistungen bei der Planerfüllung (vgl. Krauss aaO. S. 360, 361).

323) Vgl. Tannert, Herzog S. 17; Wengermeier, Pogoreutz, Berger, Drevo: Prämienfonds richtig verwenden, S. 99.

324) Vgl. Ökonomik der Arbeit in der DDR, 1. Aufl. S. 267.

käuferin zu Verkäuferin etc. entwickelt. Diese Wettbewerbsform wird dort angewandt, wo auf Grund der Technologie und Arbeitsaufgaben keine Kollektive bestehen, sondern wo die AN einzeln arbeiten und ihre Leistung daher auch einzeln meßbar ist. ³²⁵⁾ Triebfeder im individuellen Wettbewerb ist neben der an die Verwirklichung einzelner Wettbewerbsziele gebundenen Prämienzahlung die Verleihung ehrenvoller Titel, wie z.B. "Bester Schlosser", "Bester Meister" etc.

bb) Kollektiver Wettbewerb

Der kollektive Wettbewerb ist infolge der Produktionsbedingungen am weitesten verbreitet und besitzt für die Erfüllung der Wirtschaftspläne daher die größte Bedeutung.

Das Wetteifern entfaltet sich hier zwischen den einzelnen Brigaden, Meisterbereichen und Arbeitsgruppen. Die kollektiven Wettbewerbe, in denen mehrere Wettbewerbsteilnehmer gemeinsam um ein bestimmtes Ziel kämpfen, schließen den individuellen Wettbewerb nicht aus, sondern haben ihn zur Voraussetzung. Das gemeinsame Ziel ist nur zu erreichen, wenn jeder Teilnehmer den davon auf ihn entfallenden persönlichen Anteil erfüllt.

Daß der Gruppenwettbewerb auf dem individuellen Wetteifern aufbaut, zeigt sich besonders deutlich darin, daß die auf eine Brigade entfallende Kollektivprämie je nach dem Anteil der persönlichen Leistung an der Gesamtleistung unter den Mitgliedern der Brigade aufgeteilt wird. ³²⁶⁾

cc) Innerbetrieblicher Wettbewerb

Im innerbetrieblichen Wettbewerb ist die individuelle und die kollektive Form anzutreffen. Im Mittelpunkt stehen hier sowohl Wettbewerbe von Mann zu Mann, als auch von Brigade zu Brigade etc.

Der Vorzug des innerbetrieblichen Wettbewerbs besteht vor allem in seinem konkreten Ausgangspunkt, nämlich der Erfüllung eines allen Wettbewerbsteilnehmern als Angehörigen eines Betriebes gemeinsam vorgegebenen Betriebsplanes. Innerhalb eines Betriebes ist es den AN leichter möglich, die Ergebnisse im Wettbewerb zu überschauen und auch die Bedeutung des eigenen Beitrags für die Erfüllung des Betriebsplans zu ermessen.

³²⁵⁾ Vgl. Ökonomik in der DDR aaO.

³²⁶⁾ Vgl. Tannert, Herzog, Der Meister - sozialistischer Wettbewerb, Gemeinschaftsarbeit und Neuererbewegung, aaO. S. 14, 38.

dd) Zwischenbetrieblicher Wettbewerb

Auch der zwischenbetriebliche Wettbewerb findet als individueller und kollektiver Wettbewerb statt. Weitaus im Vordergrund steht jedoch das Wettstreiten zwischen Brigaden verschiedener Betriebe, die gleiche oder vergleichbare Produkte erzeugen.

Besonders kennzeichnend für diese Wettbewerbe ist der sog. Wettbewerbsaufruf. Er bedeutet, daß die beteiligten Brigaden sich gegenseitig zum Wettbewerb auffordern, um gemeinsam für die Verbesserung ihrer Leistungen bei der Erfüllung der Pläne zu kämpfen. 327) 328)

ee) Komplexwettbewerb

Eine besondere Organisationsform des zwischenbetrieblichen Wettbewerbs ist der Komplexwettbewerb. 329)

Durch ihn werden insbesondere die aufgrund entsprechender Wirtschaftsverträge zu Zulieferungen verpflichteten Betriebe mit in die Wettbewerbsbewegung einbezogen. Dabei ist es mit Hilfe der Dachorganisation, der VWB, möglich, auch solche Zulieferbetriebe miteinzubeziehen, die nicht dem gleichen Wirtschaftszweig angehören. Es ist daher denkbar, daß die durch ihr Produktionsprogramm wirtschaftlich aufeinander angewiesenen Betriebe miteinander in den Wettbewerb treten. 330)

Für das lückenlose ineinandergreifen sämtlicher Teile des allen Wirtschaftsbeziehungen zugrunde liegenden zentralen Wirtschaftsplans ist diese Ausgestaltung

327) Vgl. Ökonomik der Arbeit in der DDR, 2. Aufl. S. 268.

328) Ein typisches Beispiel dieser Hauptform des zwischenbetrieblichen Wettbewerbs war der Wettbewerb zwischen den Kurbelwellendreherbrigaden des VEB "Heinrich Rau" Wildau und dem VEB "Karl Liebknecht" Magdeburg (vgl. Müller, Über den Gruppenwettbewerb, S. 30 ff.). - Im Verlaufe des ständigen Wettbewerbs mit dem vergleichbaren Kollektiv aus Magdeburg ist es den Wildauer Drehern innerhalb von fünf Jahren gelungen, die Produktion auf das Vierfache und die Arbeitsproduktivität auf 250 % zu steigern. Die Selbstkosten und der Lohnaufwand für die im Wettbewerb als Vergleichsobjekt dienende Kurbelwellentype wurden um 50 % gesenkt. (Ökonomik der Arbeit in der DDR 2. Aufl. S. 270; Müller aaO. S. 34).

329) Vgl. Ökonomik der Arbeit in der DDR aaO.

330) Vgl. Tannert, Herzog aaO. S. 11.

der AN-Beteiligung von besonderer Wichtigkeit. 331)

Was nützt z. B. der Automobilindustrie die überplanmäßige Lieferung von Kurbelwellen, die zwar mit Hilfe des sozialistischen Wettbewerbs besonders billig produziert werden können, wenn gleichzeitig die Zulieferung von Reifen und elektrischen Ausrüstungen ins Stocken gerät. Entscheidend für die Erfüllung des Zentralplans ist vor allem, daß der Wetteifer der AN über die Schranken der Planerfüllung im eigenen Betrieb hinaus auch für das reibungslose Zusammenwirken der vielfältigen Teilpläne nutzbar gemacht wird. In jüngster Zeit wird daher gerade diese Erscheinungsform des sozialistischen Wettbewerbs wegen ihrer gesamtwirtschaftlichen Bedeutung in den Vordergrund gerückt. 332)

Freilich wirkt sich in diesem Bereich der in der Praxis noch vorhandene Betriebsegoismus besonders hemmend aus. Ihm versucht man mit Hilfe des materiellen Anreizes dadurch entgegenzutreten, daß - wie z. B. in einigen Betrieben der stahlerzeugenden Industrie - nicht mehr nur einzelne Wettbewerbskollektive für ihre Leistungen ausgezeichnet werden. Die Prämierung erfolgt vielmehr geschlossen für die gesamte vertikal nach Stufen gegliederte Wettbewerbseinheit in Abhängigkeit vom Endprodukt. 333)

ff) Internationaler Wettbewerb

Die - zumindest angestrebte - enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder des Ostblocks und die Abstimmung ihrer Volkswirtschaftspläne im Interesse einer übernationalen Arbeitsteilung im Rahmen des Rates für gegenseitige Wirtschafts-

331) Das nahtlose Ineinandergreifen von Teilverrichtungen ist besonders wichtig bei der Realisierung großer Projekte. Komplexwettbewerbe sind daher vor allem beim Bau kompletter Industrieausrüstungen, Kraftwerken etc. anzutreffen. So konnten z. B. durch einen Komplexwettbewerb zwischen dem VEB Warnow-Werft, dem Dieselmotorenwerk Rostock und dem Starkstromanlagebau Rostock elf 200 - Tonnenfrachter fünf Tage vorfristig der Reederei übergeben werden. (Ökonomik der Arbeit in der DDR 2. Aufl. S. 271).

332) Vgl. Stiller, Komplexwettbewerb und innerbetrieblicher Wettbewerb, Arb 1964, Nr. 2, S. 32.

333) Vgl. Pampel, Arbeitsproduktivität - Wettbewerb - materielle Interessiertheit, Arb u. ArbR 1963 S. 119 ff (121); vgl. auch Entschließung des 6. FDGB Kongresses, Arb 1964 Nr. 1 S. 46 (ff) 49.

hilfe (RGW) ³³⁴⁾ sind die Basis für die sog. internationalen Wettbewerbe. Es handelt sich hierbei um Wettbewerbe zwischen den AN vergleichbarer Betriebe verschiedener sozialistischer Länder zur Verbesserung der internationalen Kooperationsbeziehungen sowie zum Erfahrungsaustausch und zur gegenseitigen Hilfe im übernationalen Rahmen. ³³⁵⁾ 336)

Besondere Bedeutung besitzen die internationalen Wettbewerbe im Transportwesen und im grenzüberschreitenden Verkehr. ³³⁷⁾

-
- 334) Vgl. Artikel I Abs. 1, Artikel III Abs. 1 des Statuts des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe vom 14. Dezember 1959 (GBI. I 1960 Nr. 29); Kunz, Der Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe, Dokumentation, S. 7, 8; Apel, Neue Fragen der Planung, S. 27.
- 335) Artikel III Abs. 1 des Statuts des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe; Ökonomik der Arbeit in der DDR, 2. Aufl. S. 271.
- 336) In der Praxis werden solche Wettbewerbe z.B. zwischen dem VEB Sachsenring Automobilwerke Zwickau und dem Ikarus-Verk. Budapest durchgeführt. Aber auch einzelne Brigaden, wie z.B. die Kurbelwellenbrigade des VEB "Heinrich Rau" Wildau und die Kurbelwellendreher der Lenin-Werke in Pilsen, stehen seit 1959 im Wettbewerb um die Herstellung der besten und billigsten Kurbelwellen.
- 337) So z.B. die internationale Wettbewerb zwischen den Eisenbahnen der Tschechoslowakei und der Reichsbahn wesentlich dazu bei, die Verspätungen der Import- und Exportzüge zwischen beiden Ländern auf ein Minimum zu reduzieren. Durch die Bereitstellung von Spezialwagen für die Kohlengebiete in der Tschechoslowakei durch die Reichsbahn und Übernahme von Rangierfahrten für die Reichsbahn durch tschechische Lokomotivführer konnten Engpässe auf beiden Seiten beseitigt werden.

2. Gegenseitige Hilfeleistungen zur Heranführung der bei der Planerfüllung Zurückgebliebenen an die im Wettkampf erzielten Bestleistungen

a) Die Methoden der gegenseitigen Hilfe als Inhalt und Formen der AN-Beteiligung

Wesentliches Merkmal des planwirtschaftlich orientierten Wettbewerbsbegriffs ist - wie dargelegt - die gegenseitige Hilfeleistung im Wettkampf um die Planerfüllung zur Gewährleistung eines reibungslosen Ineinandergreifens der verschiedenen Teilpläne.

Da der sozialistische Wettbewerb eine Form der Beteiligung der AN in den Betrieben Mitteldeutschlands darstellt (§ 9 Abs. 1, Satz 2, letzter Halbsatz AGB), ist auch dieses Begriffsmerkmal des Wettbewerbs zugleich Teil und Inhalt der AN-Mitwirkung.

Die Beteiligung der AN vollzieht sich daher auch bei der Leistung gegenseitiger Hilfe und bei der Durchführung von Errahrungsaustauschen zur Übertragung der Erfahrungen der Besten bei der Planerfüllung. Die unmittelbare Ausübung dieser Tätigkeit, also die Realisierung der Methoden und Formen der gegenseitigen Hilfe ist nach der Wertung des Gesetzgebers zugleich Ausdruck und Form der Mitwirkung der AN in den Betrieben Mitteldeutschlands.

Die tägliche Praxis hat im Laufe der Zeit vielfältige Formen und Methoden der gegenseitigen Hilfe hervorgebracht. Bei näherer Betrachtung ist trotz der auf den ersten Blick verwirrenden Fülle der einzelnen Methoden eine deutliche Entwicklungslinie festzustellen.

Ordnet man nämlich die in den Betrieben in Erscheinung getretenen Mitwirkungsformen der gegenseitigen Hilfe nach dem Grade ihrer Wirksamkeit für die umfassende und reibungslose Erfüllung zentraler Wirtschaftsplane, so können höhere und niedrigere Formen unterschieden werden.

Dieser Systematik der AN-Beteiligung im Rahmen der gegenseitigen Hilfeleistung soll im folgenden nachgegangen werden.

Zunächst ist klarzustellen, daß die gegenseitige Hilfe nicht durch bloße administrative Delegation von Arbeitskräften aus leistungsstarken Brigaden in weniger gut arbeitende Kollektive erfolgen kann. Eine solche Maßnahme müßte lediglich zu einer Verschiebung im Rahmen des unterschiedlichen Standes der Planerfüllung führen. An die Stelle der bisher bei der Planerfüllung führenden Brigade würde nunmehr die andere, inzwischen durch zusätzliche Arbeitskräfte verstärkte Gruppe treten, während das ursprünglich starke Kollektiv durch den angeordneten Abzug von Arbeitskräften in der Planerfüllung zurückfiel und durch erneute Umgruppierung wieder verstärkt werden müßte etc.

In der Betriebspraxis spielt daher auch die verwaltungsmäßige Delegation von Arbeitskräften durch die Betriebsleitung nur eine untergeordnete Rolle.

Auch folgende, in der ersten Zeit der Wettbewerbsbewegung in Mitteldeutschland praktizierte Methode der gegenseitigen Hilfe hat sich als wenig zweckmäßig erwiesen: Die in der Planerfüllung führenden Arbeitsbrigaden ließen einen Teil der von ihnen erarbeiteten überplanmäßigen Produktion zugunsten solcher Kollektive verrechnen, die ihren Plan nicht erfüllen konnten. 338)

Eine solche "Umbuchung" kann zwar rein rechnerisch bei gleicher Produktion einen Planfehlbestand ausgleichen und somit zur Planerfüllung führen. Dies bedeutet aber gleichzeitig, daß die vorbildliche Leistung des einen Kollektivs durch die schlechtere des anderen Kollektivs "neutralisiert" würde, ohne daß dadurch ein allgemeiner Aufschwung erreicht wäre. Diese Methode ist nicht in der Lage - wie es den planwirtschaftlichen Anforderungen entspräche - das leistungsschwache Kollektiv im Interesse einer allgemeinen Leistungssteigerung an die Bestleistung heranzuführen, sondern bedeutet eine Nivellierung der besseren Leistung zugunsten der schwächeren. Es kann daher nicht weiter erstaunen, daß diese Praxis im Schrifttum sehr bekämpft wurde und inzwischen auch überwunden ist.

aa) Die Aktivistenschulen

Eine echte Mitwirkungsform der gegenseitigen Hilfe stellen dagegen bereits die sog. Aktivistenschulen dar. Diese betrieblichen Einrichtungen dienen der Übertragung der besten Arbeitsmethoden (das sind die Arbeitsmethoden der Aktivisten) auf möglichst alle AN mit dem Ziel, das allgemeine Leistungsniveau zu steigern. Dies geschieht dadurch, daß die besten AN ihre praktischen Erfahrungen bei den einzelnen Arbeitsgängen und Handgriffen an andere AN vermitteln. Der Austausch der Arbeitsmethoden und Erfahrungen, der zur höheren Qualifikation der AN und zu besseren Arbeitsleistungen führen soll, erfolgt dabei von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz. 339)

bb) Die "Roten Brigaden"

Eine weitere Beteiligungsform im Rahmen der gegenseitigen Hilfe stellen die sog. "Roten Brigaden" dar. Es handelt sich dabei um besondere Arbeitskollektive, die aufgrund ihrer umfassenden Qualifikation bei Bedarf gewissermaßen als Stoßtruppe

338) Vgl. Ökonomik der Arbeit in der DDR, 2. Aufl. S. 68.

339) Vgl. Ökonomik der Arbeit in der DDR, 2. Aufl. S. 267; Somb, Böhmer, Jänike, Halbich, Die Aktivistenschule der Kollegin Annemarie Somb, Arb 1960 Nr. 8 S. 8.

an Brennpunkten eingesetzt werden können, an denen die Planerfüllung nachhinkt. 340)

Ihre Zusammensetzung aus Facharbeitern der verschiedensten Bereiche ermöglicht, daß die Roten Brigaden nicht nur in verschiedenen Abteilungen des gleichen Betriebes, sondern auch überbetrieblich und unabhängig von der jeweiligen Industriezweigszugehörigkeit der Betriebe eingesetzt werden können. Auf diese Weise kann durch ihr gezieltes Eingreifen das Zurückbleiben einzelner Abteilungen, Betriebe und ganzer Industriezweige in der Planerfüllung überwunden werden. 341) In der Praxis bereitet der Egoismus einzelner Betriebe dieser Methode noch besondere Schwierigkeiten. Die Betriebsleiter sind nicht in jedem Fall ohne weiteres bereit, ihre besten Facharbeiter auf vier Wochen und länger aus dem Betrieb zu schicken. 342)

Wirken sich somit die Einsätze der Roten Brigaden für die Gesamterfüllung des zentralen Volkswirtschaftsplanes vorteilhaft aus, so kann diese Methode zur Überwindung von Störungen im Plangefüge jedoch nur einen Anfang bedeuten. Die Nachteile dieser Form der Beteiligung liegen vor allem darin, daß sie nur geeignet ist, momentan aufgetretene Planrückstände aufzuholen, indem die Rote Brigade kurzfristig für die anderen Arbeitskollektive produziert. Damit sind aber noch keineswegs die Ursachen für das Zurückbleiben der betreffenden Kollektive erfaßt. Diese bestehen vielmehr auch für die Zukunft fort und werden sich nach dem Abzug der Roten Brigade erneut bemerkbar machen.

cc) Der Leistungsvergleich

Der Bekämpfung dieser Ursachen dient im besonderen Maße die Methode des Leistungsvergleichs.

Der Leistungsvergleich ist zunächst weniger eine Mitwirkungsform der AN im Rahmen der sozialistischen Hilfe. Er ist vielmehr in erster Linie eine Methode, mit deren Hilfe einerseits die Ursachen für das Zurückbleiben und andererseits die Erfahrungen und Arbeitsmethoden der Besten in der Planerfüllung erkannt und sichtbar gemacht werden können. 343)

340) Vgl. Dönitz, Die sozialistische Kooperation und die Aufgaben der Gewerkschaften, Arb 1959, Nr. 3 S. 26 (28).

341) Vgl. Gabske, Rote Brigaden verwirklichen sozialistische Hilfe, Tribüne 1958, Nr. 191, S. 1.

342) Vgl. Dönitz, Was sind Rote Brigaden, Sozialistische Demokratie 1958, Nr. 48, Beilage S. E 27 - E 28.

343) Vgl. Tannert, Herzog, Der Meister - sozialistischer Wettbewerb, Gemeinschaftsarbeit und Neuererbewegung S. 34; Gabler, Geit, Wettbewerb und Leistungsvergleich S. 17; Möbius aaO. S. 45; Leibing, Der sozialistische Leistungsvergleich, Wirtschaftswissenschaft 1961 Nr. 3, S. 349.

Er ist damit vor allem Voraussetzung und Ausgangspunkt für die plangemäße Orientierung der sozialistischen Hilfeleistung durch die AN. ³⁴⁴⁾

Soll der Leistungsvergleich diese Aufgabe erfüllen, dann reicht es nicht aus, wenn nur die im Wettbewerb von den einzelnen Kollektiven erreichten Ergebnisse, also die erfüllten Kennziffern des Betriebsplans miteinander verglichen werden. Denn die Feststellung allein, daß es Unterschiede in der Planerfüllung gibt, nützt niemandem. Im Mittelpunkt des Leistungsvergleichs stehen vielmehr die Fragen: Wie machen es die Besten, wie und mit welchen Methoden wurde eine höhere Produktion pro Kopf erzielt, wie wurden die Selbstkosten gesenkt und eine hohe Qualität der Erzeugnisse erreicht? Erst hierdurch erhält der Vergleich der Ergebnisse seinen Sinn. ³⁴⁵⁾

Der Leistungsvergleich soll daher in erster Linie Aufschluß über die Methoden geben, mit denen jene Leistungen erzielt wurden, die sich im Kennziffernvergleich widerspiegeln.

Die im Leistungsvergleich ermittelten besten Erfahrungen und Methoden der Produktionstätigkeit sollen anschließend durch die jeweils richtigen Beteiligungsformen der sozialistischen Hilfe zum Gemeingut aller AN werden. ³⁴⁶⁾ Aufgabe und Ziel des Leistungsvergleichs ist somit, durch die Sichtbarmachung der Bestleistungen die Ausgangsbasis dafür zu schaffen, daß diese Leistungen mit Hilfe der jeweils geeigneten Methoden der gegenseitigen Hilfe im Massenumfang wiederholt werden können. ³⁴⁷⁾

dd) Die Mitwirkung nach der Frank-Methode

Die ursprünglichste Mitwirkungsform der gegenseitigen Hilfe im sozialistischen Wettbewerb, die auf das Prinzip des Leistungsvergleichs ausgerichtet ist und daher auch die Ursachen des Zurückbleibens bekämpft, ist die sog. Frank-Methode. ³⁴⁸⁾

344) Vgl. Thalmann, Kleiner Lehrgang für Arbeitsökonomien, Teil II, S. 29.

345) Vgl. Fleck, Roßier, Die Entwicklung der gegenseitigen sozialistischen Hilfe durch die sozialistische Gemeinschaftsarbeit und den Leistungsvergleich, Wirtschaftswissenschaft 1960, Nr. 3 S. 379, 380; "Presse der Sowjetunion" Nr. 79, Sonderbeilage S. 9; G. Tietze, Leistungsvergleich und Vergleichbarkeit im innerbetrieblichen Wettbewerb, S. 58, 59.

346) Vgl. Gabler, Geit aaO. S. 62; Thalmann aaO. S. 29.

347) Vgl. G. Tietze S. 61, 63; Möbius, Die gegenseitige sozialistische Hilfe - ein entscheidender Wesenszug der sozialistischen Arbeit, S. 48.

348) Benannt nach dem Häuer Franz Frank.

Das Wesen dieser seit 1952 in Erscheinung tretenden Form der gegenseitigen Unterstützung besteht darin, daß sich die Mitglieder einer Brigade untereinander bei ihrer Arbeit helfen, damit das Wettbewerbsziel erreicht wird, zu dem das Kollektiv sich verpflichtet hat. 349)

Obwohl das Leistungsniveau der Brigademitglieder zu Beginn des Wettbewerbs uneinheitlich war (so schafften die meisten Arbeiter 90 %, manche nur 80 % des taglichen Plansolls), ist es der Brigade Franik als erster gelungen, die durch einen Leistungsvergleich ermittelten Erfahrungen der besten Mitglieder auf alle Arbeiter der Brigade zu übertragen und so einen allgemeinen Leistungsaufschwung der Brigade zu erreichen. 350)

Auf diese Weise konnte ein Gefälle bei der Planerfüllung innerhalb der Brigade vermieden werden. Die gleichmäßige Erfüllung der Pläne in den untersten Struktureinheiten der Betriebe ist aber eine wichtige Voraussetzung und der erste Schritt für die ordnungsgemäße Erfüllung des Gesamtbetriebsplans. Dem Beispiel der Brigade Franik folgten andere Arbeitskollektive nach, so daß die Franik-Methode vor allem im Bergbau und der eisenverarbeitenden Industrie in den Jahren 1952 bis 1955 einen großen Aufschwung nahm.

ee) Die Mitwirkung nach der Irmgard-Richter-Methode

Ist die Franik-Bewegung dadurch gekennzeichnet, daß die gegenseitige Hilfe noch auf den engen Bereich der eigenen Brigade beschränkt bleibt, so liegt das Schwergewicht der sog. Irmgard-Richter-Methode 351) bereits auf der gegenseitigen Hilfeleistung gegenüber anderen zurückbleibenden Kollektiven. 352)

Diese Methode baut systematisch auf der Franik-Bewegung auf, da sie voraussetzt, daß alle Mitglieder einer Brigade zunächst das gleiche Leistungsniveau erreicht haben müssen. Erst dann kann erwogen werden, die besseren Erfahrungen auch in andere Brigaden hineinzutragen. 353)

Das Wesen dieser Form der gegenseitigen Hilfe besteht darin, daß einzelne oder mehrere Mitglieder fortgeschrittener Brigaden für eine bestimmte Zeit in zurück-

349) Vgl. Franik, Die Franikbewegung und der sozialistische Wettbewerb im Bergbau, S. 8.

350) Vgl. Franik aaO. S. 12.

351) Benannt nach der Weberin Irmgard Richter aus dem VEB Textilkombinat Zittau, die diese Methode erstmalig praktizierte.

352) Vgl. G. Tietze aaO. S. 32.

353) Vgl. Richter, in: Gegenseitige sozialistische Hilfe - Kernstück des sozialistischen Wettbewerbs, Berlin 1960 S. 33.

bleibende Brigaden gehen, dort ihre praktischen Erfahrungen übermitteln, die Arbeitsorganisation verbessern etc. und die Mitglieder dieser Brigaden an das hohe Niveau und an die großen Produktionsleistungen der Besten heranführen. 354)

Der besondere Vorteil der Irmgard-Richter-Methode ist, daß bei auftretenden Mängeln sofort lenkend eingegriffen werden kann. Je nach den erzielten Ergebnissen ist es möglich, diese Hilfe auch sofort zu verändern bzw. zu verstärken. Sie kann somit spezialisiert, differenziert und angepaßt an die fachlichen Voraussetzungen geleistet werden. Darüber hinaus soll auch die Kraft des persönlichen Beispiels die anderen AN zu großen Leistungen mitreißen. 355)

Von einer administrativen Delegation einzelner Arbeitskräfte in leistungsschwache Kollektive unterscheidet sich diese Methode der gegenseitigen Hilfe insbesondere dadurch, daß die restlichen in der Brigade verbleibenden Arbeiter sich verpflichten, die Arbeit derjenigen Mitglieder, die vorübergehend in anderen Kollektiven arbeiten, mitzuübernehmen. 356)

Gegenüber der Mitwirkungsform der "Roten Brigaden" besteht der Vorteil der Irmgard-Richter-Methode darin, daß die entsandten AN nicht - wie die "Roten Brigaden" - für die anderen produzieren, sondern daß sie "den anderen beibringen, wie sie produzieren". 357)

Die Hilfeleistung nach der Irmgard-Richter-Methode ist für die betreffenden AN zeitweilig mit finanziellen Nachteilen verbunden, da nicht der bisherige, aufgrund des Leistungsstandes der alten Brigade gezahlte Durchschnittslohn gewährt wird. Die Bezahlung richtet sich vielmehr allein danach, was die AN in der Brigade leisten, in die sie gegangen sind. 358)

354) Vgl. Möbius aaO. S. 26.

355) Vgl. Möbius aaO. S. 27. - Die Mitwirkung nach der Irmgard-Richter-Methode wird wegen ihrer Anpassungsfähigkeit an den jeweiligen Stand der Planerfüllung besonders empfohlen (vgl. Entschließung des 5. FDGB-Kongresses, Arb 1959 Nr. 12, S. 44 ff (51).

356) Vgl. Meub, in: Gegenseitige sozialistische Hilfe - Kernstück des sozialistischen Wettbewerbs, aaO. S. 18.

357) So Grabner, in: Gegenseitige sozialistische Hilfe - Kernstück des sozialistischen Wettbewerbs aaO. S. 41.

358) Vgl. Scharrer, in: Gegenseitige sozialistische Hilfe - Kernstück des sozialistischen Wettbewerbs aaO. S. 31. - Diese Lohnseinbußen erklären sich folgendermaßen: Angenommen, der betreffende AN hat bisher in der Woche durchschnittlich DM 150, -- verdient. Dieser Verdienst soll sich errechnen aus Stundenlohn in Höhe von DM 110, --, der Rest in Höhe von DM 40, -- aus Leistungszuschlag. Da die Höhe des Leistungszuschlages

Um diese AN dennoch auch materiell zu interessieren, werden sie in der Praxis als Aktivisten ausgezeichnet und erhalten die damit verbundene Prämie aus dem Betriebsprämienfonds. Dies jedoch erst, wenn sie eine bestimmte Zeit bewiesen haben, daß sie wirksame sozialistische Hilfe leisten und die Planerfüllung in der neuen Brigade nach Qualität und Menge der Produktion Fortschritte erkennen läßt. 359) 360)

ff) Die Mitwirkung nach der Methode der Brigade "Fritz Weineck"

Einen weiteren Schritt in der Anpassung der Methoden der Hilfeleistung im sozialistischen Wettbewerb an die Bedingungen des planwirtschaftlichen Systems bedeutet die von der Jugendbrigade "Fritz Weineck" in den Leuna-Werken entwickelte Beteiligungsform der AN.

Diese Brigade trat mit einer anderen Jugendbrigade in den Wettbewerb, obwohl von vornherein aufgrund eines Leistungsvergleichs feststand, daß der Leistungsstand in dieser Brigade wesentlich geringer war. In die Wettbewerbsverpflichtung der Brigade "Fritz Weineck" wurde daher die persönliche Verpflichtung jedes ihrer Mitglieder aufgenommen, dem Wettbewerbspartner Hilfe zu leisten, damit nicht nur eine, sondern beide Brigaden ihren Plan erfüllen. Erst unter dieser Voraussetzung sollte das Wettbewerbsziel erreicht sein. 361)

Das bedeutet, daß die Auszeichnung einer Brigade als Wettbewerbssieger trotz beträchtlicher Übererfüllung ihrer Plankennziffern nur dann erfolgen kann, wenn

Fortsetzung der Fußnote 358) von Seite 104:

nach dem Erfüllungsstand des der Brigade gemeinsam vorgegebenen Plansolls berechnet wird, muß sich dieser Zuschlag vermindern, wenn in der neuen Brigade nicht der Planerfüllungsstand der alten erreicht wird.

359) Vgl. Prussig, in: Gegenseitige sozialistische Hilfe - Kernstück des sozialistischen Wettbewerbs aaO. S. 51.

360) Einen Eindruck von der inzwischen erreichten Größenordnung dieser Methode der Hilfeleistung im sozialistischen Wettbewerb vermitteln folgende Daten:

Seit dem 1. September 1959 bis Mitte 1960 leistete die Baumwollspinnerei Riesa der Baumwollspinnerei Leipzig durch Entsendung einzelner AN aus fortschrittlichen Brigaden 2 293 Arbeitstage sozialistische Hilfe. Für das Planjahr 1961 waren 3 000 Arbeitstage geplant (vgl. Meub aaO. S. 19).

361) Vgl. Rothe, Keine Brigade gewinnt ohne die andere, S. 40, G. Tietze, Leistungsvergleich und Vergleichbarkeit im innerbetrieblichen Wettbewerb, S. 33.

der andere Wettbewerbspartner gleichzeitig seinen Plan mindestens erfüllt hat. Die in der Praxis noch anzutreffenden egoistischen Bestrebungen sollen auf diese Weise weitgehend überwunden werden.

Die praktische Handhabung wird dabei so organisiert, daß die Mitglieder beider Brigaden fortlaufend nacheinander jeweils für acht Tage austauscht werden, um so die Schwachen und Vorträge des anderen Kollektivs kennenzulernen. (362)

Die Veranlassung der Schwachen an die Leistungen der Bettern vollzieht sich auf diese Weise in einem ununterbrochenen, kontinuierlichen Prozeß des Prüfungs- und Lernens. Damit hat diese Art der Milleleistung einen weiteren Nachteil, der auch noch der Irmgard-Richter-Methode anhaftete, überwunden.

Während die Hilfestellung unter dieser Betriebsform nur in der schwachen Hilfe in ihrer Wirksamkeit immer erst dann einsetzt, wenn an irgendeiner Stelle im Langfristigen Rückstand in der Planerfüllung festgestellt wurde, wird versucht, die Entwicklung der AN die "Hilfe als ständige Praxis" (363) zu erreichen, daß die wechselseitigen Hilfeleistungen von vornherein erfolgen und nicht erst im Bedarfsfall einsetzen. Hierdurch soll man Disparitäten in der Planerfüllung vorbeugen. Planrückstände sollen erst gar nicht entstehen können.

Grundsätzlich ist somit festzustellen, daß die in der Praxis zu beobachtende Hilfestellungsform der AN für die gegenseitige Hilfe das Ergebnis einer fortwährenden Entwicklung darstellen. Begleitet mit der sich daraus entwickelnden Form wie der Aktivistenschulen der "Ecke Hilfer" (364) werden gegenwärtig am weitesten entwickelten die Ideen der gegenseitigen Hilfe nach dem Vorbild Irmgard Richters und insbesondere der Brigade "Mit weineck" (365) eine zunehmende Ausrichtung der Hilfestellungsformen der sozialistischen Hilfe auf eine allgemeine und umfassende Erhöhung des Leistungsniveaus aller am sozialistischen Wettbewerb teilnehmenden AN feststellen. Damit wird zugleich eine Entwicklungsphase sichtbar, die den Anforderungen der planwirtschaftlichen Wirtschafts-

362) Rothe, aaO. S. 10. Wettbewerbsvertrag zwischen den Brigaden "Trübsal" und "Weineck" und "Hirsch" Nr. 2 (unveröffentlicht).

363) Vgl. Rothe aaO. S. 45.

III. Die rechtliche Ausgestaltung der Beteiligung der AN im sozialistischen Wettbewerb

1. Die rechtliche Tragweite der AN-Mitwirkung im sozialistischen Wettbewerb

Entscheidet man sich, wie der Gesetzgeber Mitteldeutschlands, für einen im Interesse der Allgemeinheit ausgearbeiteten zentralen Wirtschaftsplan, so kann auch die Beteiligung der AN im sozialistischen Wettbewerb nicht als bloße Befugnis zur Mitwirkung im Sinne eines Beteiligungsrechtes der AN nach dem Betriebsverfassungsrecht in der Bundesrepublik ausgestaltet werden. Die von der Staatsführung vorgeschriebene Ordnung zur Beschaffung der wirtschaftlichen Güter, kann nur funktionieren, wenn der vorgegebene Zentralplan in allen seinen Teilen erfüllt wird. Dieses Ziel wird aber nicht mit der erwerbsrechtlichen Sicherheit gefördert, wenn den AN lediglich die Berechtigung zuerkannt wird, um die beste Erfüllung der Pläne und die Steigerung der Arbeitsproduktivität einen Wettkampf durchführen zu können. Dieses Recht wird ihnen ohnehin niemand streitig machen.

Worauf es vielmehr entscheidend ankommt, ist, daß dieser Wettkampf in allen Bereichen der Wirtschaft tagtäglich auch tatsächlich stattfindet und daß die Mitwirkungsformen der gegenseitigen Hilfe bei der täglichen Arbeit praktisch verwirklicht werden. Denn nur auf diese Weise sind die vom Plan vorgeschriebenen Wirtschaftsziele zu erreichen.

Diesen Anforderungen entspricht es daher, wenn die Beteiligung der AN im sozialistischen Wettbewerb gemäß §§ 1 Abs. 2, 15 Abs. 1 Satz 2 AGB als eine Verpflichtung ausgestaltet ist.

Eine Erzwingbarkeit dieser Wettbewerbspflicht mit rechtlichen Mitteln ist nicht vorgesehen. Die Teilnahme am sozialistischen Wettbewerb ist jedoch, wie sich aus § 15 Abs. 1 Satz 2 AGB ergibt, "für jeden Werktätigen eine Ehrensache". Das bedeutet, daß die Beteiligungspflicht durch den Druck der öffentlichen Meinung realisiert werden soll. Wer nimmt es schon auf sich, nicht am Wettbewerb und an den Mitwirkungsformen der sozialistischen Hilfe teilzunehmen, wenn er dadurch in der Öffentlichkeit als unehrenhaft erscheinen muß.

Obwohl daher die Mitwirkung der AN am Wettbewerb und den Formen der sozialistischen Hilfe nicht von Rechts wegen erzwungen werden kann, wirkt sich in der Praxis der durch die öffentliche Meinung ausgeübte Druck dann aus, daß die große Mehrheit der AN am sozialistischen Wettbewerb teilnimmt.

2. Die rechtliche Stellung der Beteiligungsform des sozialistischen Wettbewerbs im Verhältnis zum Prinzip der Einzelleitung und persönlichen Verantwortung des Betriebsleiters

Wie die Beteiligung der AN in der Plandiskussion und bei der Ausarbeitung des BKV kann auch ihre Mitwirkung im sozialistischen Wettbewerb keinen Eingriff in das für die Wirtschaftsbedingungen der Zentralverwaltungswirtschaft typische Prinzip der Einzelleitung und persönlichen Verantwortung des Betriebsleiters bedeuten.

Alle Entscheidungen bezüglich der anzuwendenden Wettbewerbsform, bei der Auswahl der im Wege des Wettbewerbs zu realisierenden Plankennziffern trifft allein der Betriebsleiter. ⁽⁶⁴⁾

Gemäß §§ 15 Abs. 3, 9 Abs. 1 Satz 2 AGB ist der Betriebsleiter jedoch verpflichtet, "den sozialistischen Wettbewerb allseitig zu fördern und alle Voraussetzungen für die Teilnahme der Werktätigen am Wettbewerb mit größtem volkswirtschaftlichen Nutzen zu schaffen".

Wie aus § 9 Abs. 1 Satz 2 AGB ausdrücklich hervorgeht, verfolgen diese Förderungsmaßnahmen den Zweck, dem Betriebsleiter die Erfahrungen und Kenntnisse der AN nutzbar zu machen, die insbesondere im sozialistischen Wettbewerb entwickelt werden.

Die Förderung der Masseninitiative der AN im sozialistischen Wettbewerb durch den Betriebsleiter geschieht also in der Absicht, sich in dieser Beteiligungsform durch die Mitwirkung der AN ein Instrument zu schaffen, das ihm befähigt, der eigenen Entscheidung die Erfahrungen und Kenntnisse der breiten Masse der AN zugrunde zu legen, ohne sie selbst an der Ausübung der Leitungsbefugnisse zu beteiligen.

Die Mitwirkung der AN im sozialistischen Wettbewerb ist nach der Absicht des Gesetzgebers also ein Mittel, das den Betriebsleiter in die Lage versetzen soll, von seinen Befugnissen einen besseren Gebrauch zu machen. Unter diesem Aspekt wird die Beteiligung der AN im sozialistischen Wettbewerb zu einer zusätzlichen Aufgabe des Betriebsleiters selbst.

Ein Interessengegensatz zwischen dem für die Erfüllung des Betriebsplans allein verantwortlichen Betriebsleiter und der Beteiligung der AN soll durch diese Rechtskonstruktion von vornherein ausgeschlossen werden.

⁽⁶⁴⁾ Vgl. § 4 des Statuts der zentralgeleiteten Betriebe in der volkseigenen Industrie (MinBl 1952 S. 137).

Der Ausgleich widerstreitender persönlicher Interessen des Unternehmers und der AN ist demgegenüber eines der erklärten Ziele der AN-Beteiligung in der Bundesrepublik.

3. Die Aufgabe der Betriebsgewerkschaftsleitung bei der AN-Mitwirkung im sozialistischen Wettbewerb

Die Aufgaben der Betriebsgewerkschaftsleitung im Rahmen des sozialistischen Wettbewerbs ergeben sich aus §§ 15 Abs. 2, 12 Abs. 2 Nr. 1 AGB.

Danach obliegt es ihnen insbesondere, den Wettbewerb und die Mitwirkungsformen der gegenseitigen Hilfe zu organisieren und die AN zur Teilnahme zu mobilisieren. Gemäß § 12 Abs. 2 Nr. 1 AGB hat die Betriebsgewerkschaftsleitung zwar das "Recht", den sozialistischen Wettbewerb zu organisieren. In der Satzung des FDGB erscheint dieses Recht typischerweise aber als Aufgabe, d.h. als Pflicht der Betriebsgewerkschaftsleitung.³⁶⁵⁾

Auch hier erweist sich die Betriebsgewerkschaftsleitung als Organ zur planmäßigen Lenkung und Beeinflussung der Belegschaft. Für den Gedanken der Repräsentation einer großen Zahl einzelner AN bei der Ausübung des ihnen zustehenden Beteiligungsrechtes ist hier - im Gegensatz zu Stellung des Betriebsrates im Betriebsverfassungsrecht der Bundesrepublik - kein Raum. Die Zielrichtung der Beteiligung der AN im sozialistischen Wettbewerb und der daraus resultierende Verpflichtungscharakter dieser Mitwirkung gebietet, jeden AN unmittelbar am sozialistischen Wettbewerb teilnehmen zu lassen.

IV. Zusammenfassung

Gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 AGB ist der sozialistische Wettbewerb eine Form der Mitwirkung der AN in den Betrieben Mitteldeutschlands. Inhalt und Funktion dieser AN-Beteiligung werden durch den auf die Planwirtschaft bezogenen Wettbewerbsbegriff bestimmt.

Im Gegensatz zum Wettbewerbsbegriff der Marktwirtschaft als eines "Ausscheidungskampfes" selbständiger, in eigener Verantwortung wirtschaftender Unternehmer, ist der Wettbewerb in der Planwirtschaft ein Wettkampf von Menschen und Gruppen, die innerhalb des vorgegebenen Planes bestimmte Funktionen zu erfüllen haben.

365) Vgl. IV Nr. 33 der Satzung des FDGB; Mampel, Beiträge zum Arbeitsrecht in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands S. 79.

Typisch für die Verhältnisse in der Planwirtschaft ist dabei, daß die im Wettkampf an einer Stelle bei der Planerfüllung erzielten Bestleistungen im Interesse einer organischen und gleichmäßig proportionierten Erfüllung des Zentralplanes das allgemeine Leistungsniveau bestimmen müssen. Diese Wiederholung der Bestleistungen im Massenumfang wird durch das Prinzip der gegenseitigen Hilfe gesichert.

Diesem Wettbewerbsbegriff entsprechend bedeutet daher die Beteiligung der AN gemäß § 12 ACP Ausübung des Wettkampfes um die Beste Erfüllung des Planes und Realisierung der Formen und Methoden der gegenseitigen Hilfe für die bei der Planerfüllung Zurückgebliebenen. Die Beteiligung der AN vollzieht sich daher unmittelbar in Zusammenhang mit der täglichen Arbeit im Produktionsbereich. Sie ist somit ihrer Struktur nach als eine wesentliche Produktionsinitiative zu kennzeichnen.

Diesem Wettbewerbsbegriff entspricht die Bindung des AN an eine vergleichbare AN-Beteiligung. Die Bindung kann der AN vollzogen werden im Teilbereich der Zielumsetzung und der Einflusses im Bereich der unmittelbaren Arbeit, der dem Stadium unmittelbarer Durchföhrung der Maßnahmen und Beschlüssen vorgelegt ist.

Die Beteiligungs- der AN-Mitwirkung im Wettbewerbsbegriff mit der Beteiligung in der Plandiskussion und bei der Ausarbeitung der AN wird durch die sog. Wettbewerbsverpflichtung, die von der AN zur Realisierung des Wettkampfes eingegangen wird, sichtbar. Durch sie werden die bereits im ANV niedergelegten Mahnahmen zur Planerfüllung, die als Ergebnis umfassender Beratungen mit den AN in der Plandiskussion und beim Abschluß des ANV darstellen, wieder aufgenommen und nunmehr der Produktionsinitiative des Wettbewerbers zugrunde gelegt.

Rechtlich ist die Beteiligung der AN im sozialistischen Wettbewerb als Mitwirkungspflicht zu qualifizieren.

Da es dem Betriebsleiter obliegt, die Wettbewerbsinitiative zu fördern und sich bei seinen Entscheidungen auf die Erfahrungen und Vorschläge der AN zu stützen, bedeutet die Realisierung der so verstandenen Beteiligung der AN zugleich eine Verpflichtung des Betriebsleiters. Gegensätze zwischen der AN-Beteiligung und dem Prinzip der Einzellertung und persönlichen Verantwortung des Betriebsleiters sollen durch diese rechtliche Konstruktion von vornherein vermieden werden.

C. DIE SOZIALISTISCHE GEMEINSCHAFTSARBEIT

I. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit als Form der Beteiligung der AN im Betrieb

1. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit als Höherentwicklung des sozialistischen Wettbewerbs

Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit ist eine besonders qualifizierte Erscheinungsform des sozialistischen Wettbewerbs. ³⁶⁶⁾

Ein Vergleich der Regelung des § 15 AGB mit der Bestimmung des § 16 AGB, die die sozialistische Gemeinschaftsarbeit betrifft, macht deutlich, daß die sozialistische Gemeinschaftsarbeit den Wettbewerbsgedanken vor allem in zwei Richtungen weiterentwickelt; Ziel der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit ist einmal - über die Aufgabenstellung des sozialistischen Wettbewerbs hinaus - die "maximale" Steigerung der Arbeitsproduktivität vor allem durch "Entwicklung und Anwendung der fortgeschrittensten Technik", sowie durch die "Vervollkommnung der kameradschaftlichen Zusammenarbeit und gegenseitigen Hilfe. ³⁶⁷⁾

Die andere Aufgabe der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit ist die "Vereinigung von Arbeitern, Angestellten und Angehörigen der Intelligenz mit dem Ziel, in kürzester Zeit den wissenschaftlich-technischen Höchststand auf ihrem Gebiet zu erreichen und mitzubestimmen". ³⁶⁸⁾

Die erste Richtung ist somit im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß die bereits entwickelten Wettbewerbsmethoden und Beteiligungsformen der gegenseitigen Hilfe vervollkommen und mit größerer Wirksamkeit angewendet werden. ³⁶⁹⁾

Der eigentlich neue Gesichtspunkt der Höherentwicklung des sozialistischen Wettbewerbs durch die Gemeinschaftsarbeit ist daher die Schaffung von Mitwirkungsformen für die Zusammenarbeit zwischen den Arbeitern und den Angehörigen der

366) Vgl. Kröber, Sozialistische Gemeinschaftsarbeit und demokratischer Zentralismus, S. 41; G. Tietze, Leistungsvergleich und Vergleichbarkeit im innerbetrieblichen Wettbewerb, S. 31; Otte, Kranke, Reeck, Kennst Du das Gesetzbuch der Arbeit, S. 32.

367) Vgl. § 16 Abs. 1 AGB.

368) Vgl. § 16 Abs. 2 AGB.

369) Vgl. Jecht, Leitungsprinzipien in der Industrie und sozialistische Gemeinschaftsarbeit, S. 41.

wissenschaftlich-technischen Intelligenz und ihre Einbeziehung in den Wettbewerb.

2. Funktion und Struktur der AN-Mitwirkung im Rahmen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit

Als besondere Qualifikationsform des sozialistischen Wettbewerbs tritt auch die Beteiligung der AN in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit als unmittelbare Produktionsinitiative in Erscheinung.

Mitwirkung der AN bedeutet daher Ausübung des besonders ausgestalteten Wettkampfs um die Planerfüllung. Die Beteiligungsform der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit ist somit wie die des sozialistischen Wettbewerbs eine Frage des "wie" der täglichen Produktionsarbeit. Ihr Inhalt besteht darin, die AN auf eine besondere, den Erfordernissen der Planwirtschaft angepaßten Weise in den täglichen Arbeitsprozeß einzugliedern.

Damit handelt es sich auch bei der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit um die Mitwirkung der AN in einem Bereich, in dem für eine Beteiligung der AN in einer auf der Freiheit des einzelnen basierenden Wirtschaftsordnung kein Raum ist. Entscheidet man sich, wie in der Bundesrepublik, für die Freiheit des einzelnen und anerkennt man, daß seine freien Entscheidungen auch in den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Unternehmer und den durch ein Arbeitsverhältnis an ihn gebundenen AN maßgebend sind, hat die Mitwirkung und Mitbestimmung der AN dort ihren Ort, wo die wirtschaftlichen Dispositionen getroffen und die maßgebenden Entscheidungen gefällt werden. Eine Beteiligung der AN lediglich im Rahmen der Durchführung der täglichen Arbeit und bei der Ausführung der allein vom Unternehmer getroffenen Entscheidungen wäre daher fehl am Platze.

In einer Wirtschaftsordnung dagegen, deren Funktionsweise von der umfassenden Erfüllung eines zentral vorgegebenen Planes abhängt, kommt es demgegenüber darauf an, die AN an der Plandurchführung und Planerfüllung zu beteiligen. Je unmittelbarer das geschieht, um so besser kann dieses wirtschaftliche Ziel der AN-Beteiligung erreicht werden.

Als unmittelbare Produktionsinitiative ist daher die Beteiligungsform der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit ebenso wie die des sozialistischen Wettbewerbs besonders geeignet, dieser von der Wirtschaftsordnung zugewiesenen Funktion zu entsprechen.

II. Die inhaltliche Ausgestaltung der Beteiligung der AN in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit entsprechend den Erfordernissen der Planwirtschaft

1. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit der "Brigaden der sozialistischen Arbeit" (§ 16 Abs. 1 AGB)

Die in § 16 Abs. 1 AGB umschriebene Form der AN-Mitwirkung wird durch das Wettstreben der Kollektive um den Ehrentitel "Brigade der sozialistischen Arbeit" 370) verwirklicht.

Die Wettbewerbskollektive, die nach diesem Titel streben, führen nicht etwa einen besonderen Wettbewerb unter sich aus, sondern nehmen an der allgemeinen Wettbewerbsbewegung im Produktionsprozeß teil. Sie sind jedoch die "tragenden Pfeiler im Wettbewerb und damit der Hauptfaktor im Kampf um die Planerfüllung". 371)

Die Erfüllung der Wirtschaftspläne auf lange Sicht, insbesondere die Verwirklichung der Perspektivpläne für die technische und wirtschaftliche Entwicklung der Betriebe ist nur dann gesichert, wenn die im Plan Neue Technik, Planenteil II (Plan TOM), enthaltenen Maßnahmen zur Rationalisierung der Betriebe mit dem geringsten Aufwand an Investitionsmitteln verwirklicht werden. Die "Brigaden der sozialistischen Arbeit" und die Kollektive, die diesen Titel erringen wollen, sind daher in besonderem Maße zur Durchführung der "betrieblichen Rationalisierung ohne Kapital" 372) berufen. Zu diesem Zweck werden die aus dem Plan der technisch-organisatorischen Maßnahmen (Plan TOM) erwachenden Aufgaben bevorzugt auf diese Kollektive aufgeschlüsselt. 373)

Die Besonderheiten der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit im Wettstreben um den Titel "Brigade der sozialistischen Arbeit" finden ihren Ausdruck vor allem in den Wettbewerbsverpflichtungen dieser Kollektive.

370) Ausgelöst wurde diese Bewegung im Jahre 1959 durch den Wettbewerbsaufruf der Jugendbrigade "Nikolai Mamai" aus dem elektrochemischen Kombinat Bitterfeld.

371) Vgl. Jecht, aaO. S. 19.

372) Vgl. z.B. Wamke, Die Bewegung der Gemeinschaften und Brigaden der sozialistischen Arbeit, S. 18, 19; vgl. ferner: § 2 der VO über die Stiftung des Ehrentitels "Kollektiv der sozialistischen Arbeit" vom 15. März 1962 (GBI. II S. 167).

373) Vgl. Schaus, Der Meister und die Brigaden der sozialistischen Arbeit, S. 10; Jecht, S. 13.

Entsprechend der Losung "Sozialistisch arbeiten, lernen und leben" ³⁷⁴⁾ werden die Verpflichtungen in drei Gruppen eingeteilt:

Im ersten Abschnitt der Kollektivverpflichtung, "sozialistisch arbeiten", nehmen die Aufgaben bei der Rationalisierung der Betriebe sowie die Verpflichtungen zur gegenseitigen Hilfe für die in der Planerfüllung zurückgebliebenen Wettbewerbskollektive einen großen Raum ein. ³⁷⁵⁾ Im Vordergrund stehen hier die gegenseitigen Hilfeleistungen nach der Irmgard-Richter-Methode und dem Vorbild der Brigade "Fritz Weineck". ³⁷⁶⁾

Der zweite Abschnitt der Kollektivverpflichtung, "sozialistisch lernen", enthält Verpflichtungen zur beruflichen und fachlichen Qualifizierung der Brigademitglieder. Sie sind insbesondere auf folgende Ziele gerichtet: Erwerb des Facharbeiterbriefs; Qualifizierung für mehrere Arbeitsplätze; Qualifizierung für mehrere Berufe und Qualifizierung zur Übernahme von Aufgaben leitender Tätigkeit. ³⁷⁷⁾

Im Mittelpunkt des dritten Abschnitts, "sozialistisch leben", stehen insbesondere Verpflichtungen zur Verbesserung der Arbeitsdisziplin, wie z.B. "Kampf gegen alle Überreste der Arbeitsbummelei", ³⁷⁸⁾ Enthaltung vom Alkoholgenuß während der Arbeitszeit, Ausnutzung der vollen Arbeitszeit etc.

Die Kollektivverpflichtungen der am Wettbewerb um den Titel "Brigade der sozialistischen Arbeit" teilnehmenden Kollektive bezwecken daher insgesamt sowohl eine quantitative als auch eine qualitative Verbesserung der bislang prakti-

374) So § 16 Abs. 1 Satz 2 AGB; Schaus aaO. S. 12, 13.

375) Vgl. Kallabis, Gutzmann, Durch sozialistische Gemeinschaftsarbeit zum Sieg des Sozialismus, S. 32; Eichhorn, Griep, Sozialistische Brigaden und Gemeinschaften werfen neue Fragen auf, Arb 1959 Nr. 9 S. 10.

376) Vgl. Entschließung des 5. FDGB-Kongresses, Tribüne vom 3. November 1959, S. 8. Eine große Rolle spielen in diesem Abschnitt der Wettbewerbsverpflichtung ferner die Verpflichtungen zur Förderung der Normenarbeit. Sie haben z.B. folgenden Inhalt: Mitarbeit einzelner Brigademitglieder im Normenaktiv; Mitarbeit aller Mitglieder bei der Ausarbeitung technisch begründeter Arbeitsnormen (TAN); Herstellung der richtigen Verbindung zwischen der "Seifert-Methode" und der Normenarbeit. (Die Beispiele sind der Kollektivverpflichtung der Revolverdreherei des VEB "Viktoria" Heidenau zur Teilnahme am Kampf um den Titel "Brigade der sozialistischen Arbeit" für das Jahr 1962 entnommen, abgedruckt bei Schaus, Der Meister und die Brigaden der sozialistischen Arbeit, Anhang S. 57 ff).

377) Vgl. Schaus aaO. S. 29, 30.

378) So Warnke aaO. S. 41.

zierten Wettbewerbsmethoden. Als Verbesserung des Wettbewerbsprinzips bedeutet diese Form der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit somit zugleich eine Weiterentwicklung im Interesse der gleichmäßigen Erfüllung aller Planaufgaben.

Eine Besonderheit gegenüber dem sozialistischen Wettbewerb bedeutet schließlich auch die Arbeit mit den Siebenjahrplankonten. Die um den Titel "Brigade der sozialistischen Arbeit" kämpfenden Kollektive bilden einen Fonds, in dem alle erzielten Einsparungen erfasst werden, die sie durch ihre Tätigkeit im Wettbewerb erwirtschaften.³⁷⁹⁾ Die Verwendung dieses Fonds ist so geregelt, daß ein Teil der eingesparten Mittel im Betrieb verbleibt und für Maßnahmen der betrieblichen Rationalisierung und Kleinmechanisierung vor allem zur Erleichterung schwerer körperlicher Arbeit verwendet wird.³⁸¹⁾

4. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit der Arbeits- und Forschungsgemeinschaften, § 16 Abs. 1 AGB

Die in § 16 Abs. 1 AGB definierte Mitwirkungsform der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit erfordert die Bildung sog. sozialistischer Arbeits- und Forschungsgemeinschaften. Dabei handelt es sich um Kollektive von Arbeitern verschiedener Spezialisierung und Angehörigen der Intelligenz verschiedenster Fachrichtung, die eine geplante, in hohem Maße komplexe und schwierige Aufgabe zur schöpferischen Weiterentwicklung der Technik, Technologie und Produktionsorganisation lösen, verwirklichen und optimal anwenden.³⁸²⁾ 383) Entscheidend

379) Vgl. im Ergebnis Schaus, aaO. S. 35.

380) So Beschluß der staatlichen Plankommission vom 14. September 1960 über die Bildung eines Fonds des siebenjahrplanes in den volkseigenen Betrieben, in: Verfügungen und Mitteilungen der Staatlichen Plankommission 1960 Nr. 17.

381) Vgl. Schaus, aaO. S. 24, 25.

382) So Gerisch, Grundfragen der Entwicklung und Leitung der Neuererbewegung in der Industrie der DDR, Diss. S. 183.

383) Kennzeichnend für die Arbeitsweise der sozialistischen Arbeitsgemeinschaften ist folgendes instruktive Beispiel aus den Leuna-Works in Merseburg (vgl. Fleck, Diskussionsbeitrag auf der Konferenz über Probleme der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit am 16. und 27. März 1960 in Ballenstedt, in: Erfahrungen der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit S. 108).

Sieben Wissenschaftler, insbesondere Chemiker und Biologen bildeten zusammen mit fünf Produktionsarbeitern die sozialistische Arbeitsgemeinschaft "Vitamin B 12". Die komplizierte Aufgabe, zu deren Lösung sich das Kollektiv verpflichtete, war die Entwicklung eines neuen Verfahrens zur synthetischen Herstellung des Vitamins B 12. Nach ca. sechs monatiger

für die Wirkungsweise der sozialistischen Arbeitsgemeinschaft ist somit die Vereinigung der praktischen Erfahrungen der Arbeiter mit den Kenntnissen der wissenschaftlich-technischen Intelligenz zu einer "höheren Einheit von Wissenschaft und Praxis".³⁸⁴⁾ In der gemeinsamen Arbeit soll die Tätigkeit der wissenschaftlichen Intelligenz durch die Erfahrungen der Produktionsarbeiter bereichert werden, die ihrerseits im Laufe der Zusammenarbeit ihre technischen Kenntnisse weiter ausbauen.³⁸⁵⁾

Die sozialistischen Arbeitsgemeinschaften, in denen unmittelbar die Elemente der Forschung, Konstruktion und Produktion zusammenwirken, und die somit Wissenschaft und Produktion miteinander verbinden.³⁸⁶⁾ sind daher das geeignete Instrument zur Verwirklichung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts im Produktionsprozeß.³⁸⁷⁾ Es kann daher nicht übertrieben sein, wenn die Arbeits- und Forschungsgemeinschaften in den Dienst der Rationalisierung der Betriebe und damit der Erfüllung der Pläne Neue Technik gestellt werden.

Die Bedeutung der sozialistischen Arbeitsgemeinschaften für die Erfüllung der Pläne Neue Technik wird dadurch erhöht, daß sie in diesen Kollektive untereinander in einem Wettbewerb befinden.³⁸⁸⁾ Die Prinzipien des sozialistischen Wettbewerbs, wie die gegenseitige Hilfe, die Übermittlung der Erfahrungen der

Fortsetzung der Fußnote 383) von Seite 115:

Arbeit ist es der Arbeitsgemeinschaft gelungen, das sog. Propioni-Verfahren zu erarbeiten. Mit Hilfe dieser Neuentwicklung konnte die Jahresausbeute an Vitamin B 12 ohne Investitionen mit den alten Anlagen auf das Zwanzigfache gesteigert werden.

Dieses Ziel war nur durch die enge Zusammenarbeit zwischen den Technikern, Wissenschaftlern und Produktionsarbeitern zu erreichen.

384) So Kallabis, Referat auf der Konferenz über Probleme der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, aaO. S. 23; Warnke, Die Bewegung der Gemeinschaften und Brigaden der sozialistischen Arbeit, S. 6; Jecht, aaO. S. 19; Gabler, Geit, Wettbewerb und Leistungsvergleich, S. 11; Winklbauer, Die höhere Qualität der sozialistischen Neubewegung auf der Grundlage der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und die Grundfragen ihrer staatlichen Neuorganisation, Diss. S. 74.

385) Vgl. Warnke, aaO. S. 20.

386) So Entschließung des 6. FDGB-Kongresses, Arb 1964 Nr. 1 S. 49.

387) Vgl. Gnielka, Rex, Wie soll die Betriebsgewerkschaftsleitung mit dem Plan Neue Technik arbeiten, S. 61.

388) Vgl. Rubbel, Voigtländer, Gnielka, Lehren des sozialistischen Wettbewerbs, Arb 1960, Nr. 3, S. 36.

Besten, die öffentliche Auswertung der Ergebnisse, sind daher auch auf das Wett-eifern der Arbeitsgemeinschaften um den technischen Fortschritt anzuwenden. Der Maßstab für die Teilnahme der Arbeitsgemeinschaften am Wettbewerb ist, "wie mit den geringsten Mitteln in kürzester Frist der wissenschaftlich-technische Höchststand bei den Haupterzeugnissen und in der Fertigungstechnik erreicht wird". 389)

Auch in den Betrieben der Marktwirtschaft besteht das Bedürfnis, die Produktionsmethoden und Produktionseinrichtungen zu verbessern und der Entwicklung anzupassen. Die laufende technische Verbesserung und Rationalisierung wird hier zu einer Frage der Selbsterhaltung. Denn im Preiskampf der Konkurrenten um Auf-trage kann nur der Fortschrittlichste und daher Leistungsfähigste zum Zuge kom-men.

Die praktische Durchführung und unmittelbare Realisierung der technischen Ent-wicklung in den Betrieben ist dabei jedoch keine Aufgabe der AN-Beteiligung im Sinne des Betriebsverfassungsrechts. In einer von der persönlichen Entfaltung des einzelnen ausgehenden Wirtschaftsordnung wäre es wenig sinnvoll, die AN ledig-lich bei der Ausföhrung von Rationalisierungsmaßnahmen zu beteiligen, die ohne ihre mitgestaltende Einflunahme allein vom Unternehmer beschlossen worden sind.

Dieser Wirtschaftsordnung entspricht es vielmehr, die AN bereits bei der Beschluß-fassung über betriebliche Rationalisierungsmaßnahmen einzuschalten. Nur in die-sem Bereich ist eine eigenverantwortliche persönliche Entfaltung des einzelnen AN denkbar.

Bestätigt wird diese Auffassung durch die in §§ 67, 68 BVG getroffene Regelung des Gesetzgebers. Gemäß § 67 Abs. 2 BVG hat nämlich der Wirtschaftsausschuß, der sich zur Hälfte aus AN-Vertretern zusammensetzt (§ 67 Abs. 2 Satz 1 BVG), Anspruch auf Unterrichtung über die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Unter-nehmers an Hand der Unterlagen. Wie § 68 Abs. 3 Buchstabe a BVG näher be-stimmt, gehören zu diesen Angelegenheiten insbesondere alle Fragen der Ratio-nalisierung und Automation des Betriebes. 390)

Die Ausführung der unter Mitwirkung der AN auf diesem Gebiet gefaßte Beschlüs-se ist nach § 52 Abs. 1 Satz 1 BVG allein Sache des Unternehmers. Ihm bleibt es überlassen, durch den Abschluß von Arbeitsverträgen mit entsprechend qualifi-zierten Wissenschaftlern und zweckdienlicher Ausübung seines Direktionsrechts

389) So Warnke, Referat auf der 16. Tagung des Bundesvorstandes des FDGB, Informationsblatt des FDGB 1963, Nr. 5, S. 12.

390) So Galperin-Siebert, A 35 zu § 67; Neumann-Duesberg, aaO. S. 589.

die Produktionserfahrungen derjenigen Arbeiter zufließen, die ihnen unmittelbar als Mitglieder angehören, sondern die des gesamten Produktionskollektivs. 391) Umgekehrt haben die Arbeiter aus den Brigaden der sozialistischen Arbeit die Möglichkeit, durch die unmittelbare Zusammenarbeit mit Meistern, Ingenieuren und Ökonomen in den Arbeitsgemeinschaften ihr theoretisches Wissen und die Kenntnisse über alle Zusammenhänge des Produktionsprozesses zu verbessern. 392)

Häufig können die Arbeitsgemeinschaften ihre erarbeiteten theoretischen Kenntnisse und Lösungswege nur in enger Verbindung mit den Grundkollektiven in die Praxis umsetzen. 393) So ist z. B. die Einführung moderner Produktionsverfahren nur dann in kürzester Zeit möglich, wenn die mit der Lösung der jeweiligen technischen Aufgabe betraute Arbeitsgemeinschaft mit den Brigaden zusammenarbeitet, die dann die laufende Produktion übernehmen. Die Praxis in den Betrieben zeigt mehr und mehr, daß die in den Plänen Neue Technik festgelegte technische und wirtschaftliche Entwicklung nur dann zu realisieren ist, wenn jede in der Produktion stehende Brigade der sozialistischen Arbeit zugleich durch ihre Mitglieder mit einer Arbeitsgemeinschaft verbunden ist. 394)

4. Die Wirkungsbreite der Beteiligung der AN in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit

In der Marktwirtschaft ist der einzelne Unternehmer unter dem Druck der Konkurrenz nur insoweit an der technischen Entwicklung und Modernisierung interessiert, als diese Maßnahmen dazu geeignet sind, dem eigenen Unternehmen auf dem Markte einen Vorsprung zu verschaffen bzw. zu sichern. Das teamwork muß daher, soll es diesen Bedingungen gerecht werden, notwendig auf die am Markte in Erscheinung tretende Wirtschaftseinheit, also in der Regel das Einzelunternehmen beschränkt bleiben. 395)

In der durch zentrale Jahres- und Perspektivpläne gelenkten Volkswirtschaft Mitedeutschlands ist die Tätigkeit der sozialistischen Arbeitsgemeinschaften und "Brigaden der sozialistischen Arbeit" darauf gerichtet, zentral geplante Entwick-

391) Vgl. im Ergebnis Kallabis, Gutzmann S. 39, 40.

392) Vgl. Jecht, Leistungsprinzipien in der Industrie und sozialistische Gemeinschaftsarbeit, S. 19.

393) Vgl. Jecht ebenda.

394) Vgl. insbesondere Warnke, Die Bewegung der Gemeinschaften und Brigaden der sozialistischen Arbeit, S. 21.

395) Vgl. Kallabis, Referat auf der Konferenz über Probleme der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit aaO. S. 27; Winklbauer, Diss. S. 73, Forgbert, Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit fällt nicht vom Himmel, Arb 1960 Nr. 5, S. 25.

lungsaufgaben zu realisieren. Es ist daher nicht erstaunlich, daß die sozialistische Gemeinschaftsarbeit auch im überbetrieblichen Bereich anzutreffen ist, auf einem Gebiet also, von dem das marktwirtschaftlich geprägte teamwork typischerweise ausgeschlossen ist.

Die sozialistischen Arbeitsgemeinschaften umfassen hier nicht nur die Betriebe innerhalb eines Wirtschaftszweiges im Rahmen der VVE, sondern erstrecken sich auch auf Betriebe, die unterschiedlichen Wirtschaftszweigen angehören. (296)

Auf der Grundlage der Koordinierung der Wirtschaftsplane im Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (297) sind darüber hinaus auch Arbeitsgemeinschaften zur technisch-schöpferischen Zusammenarbeit zwischen mehreren Staaten des Ostblocks anzutreffen. (298)

III. Die rechtliche Ausgestaltung der AN-Beteiligung in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit

Wie die Untersuchung des Inhalts und der Struktur der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit gezeigt hat, handelt es sich hier um eine Beteiligung der AN auf dem Gebiete des technischen und wirtschaftlichen Fortschritts in den Betrieben.

(296) Aufgaben der überbetrieblichen Gemeinschaftsarbeit sind etwa Maßnahmen der Standardisierung und Spezialisierung, sowie die schnelle Einführung von Forschungsergebnissen in die Produktion. Sie erfordern wegen ihres komplizierten Charakters die Zusammenarbeit zwischen Arbeitern und Angehörigen der Intelligenz mehrerer Betriebe bzw. Wirtschaftszweige.

(297) Vgl. Artikel III Abs. 1 des Statuts des RGW vom 14. Dezember 1959 (GBI, 1960 I Nr. 29).

(298) Als Beispiel aus der Praxis der internationalen Arbeit ist etwa die Arbeitsgemeinschaft im VEB Roburwerke Zittau anzusehen, die sich mit der Veränderung und Verbesserung der Produktion durch die Einführung von Platten und pneumatischen Meß- und Spannelementen befaßt. Diese Arbeitsgemeinschaft arbeitet eng mit je einer anderen des Minsker Automobilwerkes und der tschechoslowakischen Tatra-Werke zusammen (vgl. Gerisch, Grundfragen der Entwicklung und Leitung der Neuererbewegung in der Industrie der DDR, Diss. S. 228).

1. Die Beteiligung der AN an der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung in den Betrieben der Bundesrepublik gemäß § 67 Abs. 2 und 3 BVG

Aus § 67 Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 3 Buchstabe a BVG ist zu entnehmen, daß auch der Gesetzgeber der Bundesrepublik die AN an allen Fragen der Rationalisierung und Automation im Betrieb teilnehmen läßt. Entscheidet man sich, wie in der Bundesrepublik, für die freie Entfaltung des einzelnen auch auf dem Gebiete der Wirtschaft, so entspricht es dieser Konzeption, die Beteiligung der AN rechtlich als Anspruch der AN gegenüber dem Unternehmer auszugestalten (§ 67 Abs. 2 BVG). Die AN (Wirtschaftsausschuß) haben danach das Recht, vom Unternehmer ein bestimmtes Verhalten zu verlangen (§ 194 Abs. 1 BGB), nämlich über alle Vorhaben der Rationalisierung und Automation im Betriebe unterrichtet zu werden. Die Befugnisse des Unternehmers werden insoweit durch die Beteiligung der AN gebunden. Maßgebend für die Entscheidungen in diesem Bereich ist daher nicht mehr die allein durch den Unternehmer vollzogene Willensbildung, sondern der wechselseitige Gedankenaustausch und die gemeinsame Beratung durch Unternehmer und die AN (Wirtschaftsausschuß).³⁹⁹⁾

Der rechtlichen Qualifikation der AN-Beteiligung auf diesem Gebiet als Rechtsanspruch entspricht auch ihre Durchsetzbarkeit mit rechtlichen Mitteln. Verweigert der Unternehmer der AN das Recht, wie in der gesetzlich vorgesehenen Weise zu beteiligen, so kann er sich dem Voraussetzungen des § 70 Abs. 1 BVG die Einstellung des Betriebes⁴⁰⁰⁾ entgegenrechnen. Ferner verleiht die Beteiligung d. z. B. die Rechtsgültigkeit der Beschlüsse des Wirtschaftsausschusses, die die Rechte und Pflichten der AN betreffen, und auch den Umfang der Auskunftspflicht des Unternehmers feststellen.⁴⁰¹⁾ Dieser Beschluß ermächtigt den Betriebsrat dazu, gemäß § 71 Abs. 1 Buchstabe 1 BVG bei dem Arbeitsgericht zu beantragen, dem Unternehmer die Verpflichtung zur Anfertigung von Aufzeichnungen aufzuerlegen, aus der nach § 85 ArbGG in Verbindung mit §§ 888 ff ZPO die Zwangsvollstreckung betrieben werden kann.⁴⁰¹⁾

2. Die rechtliche Tragweite der Mitbestimmung der AN gemäß § 70 Abs. 1 BVG

Orientiert man dagegen, wie der Gesetzgeber, Mittel und Wege, die der Wirtschaftsbetrieb an einem im Interesse der Allgemeinheit kuppelbefreiten Zentralrat handeln werden auch für die rechtliche Gestaltung der AN-Beteiligung auf dem Gebiete der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung auf die Gesichtspunkte hinweisend sein müssen.

399) Vgl. Neumann-Duesberg, Betriebsverfassungsrecht S. 584.

400) Vgl. Galperin-Siebert, Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz, 4. Aufl., A 18 c zu § 50 BVG.

401) Vgl. Galperin-Siebert, A 20 zu § 50 BVG.

Da die wirtschaftliche und technische Fortentwicklung der Produktionsprozesse den Betrieben Mitteldeutschlands in einem besonderen Teil des Zentralplans, dem Plan Neue Technik, vorgezeichnet ist, bedeutet auch die sozialistische Gemeinschaftsarbeit Mitwirkung bei der Planumsetzung in einem bestimmten Teilbereich.

Aus dem der AN-Beteiligung in der Wirtschaftsordnung zugewiesenen Funktion ergibt sich auch ihre rechtliche Ausgestaltung und Tragweite.

Als Instrument der Planexekution kommt es hier darauf an, auch mit rechtlichen Mitteln sicherzustellen, daß das Erfordernis der Mitwirkung der AN besteht, daß also die Produktionsmitarbeiter in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zur Entwicklung des wirtschaftlichen und technischen Fortschritts in den Betrieben stattfindet. Diesen Erfordernissen der Wirtschaftsordnung trägt § 2 Abs. 2 AGB und § 15 Abs. 1 Satz 2 AGB - der auf die sozialistische Gemeinschaftsarbeit als eine besondere Erscheinungsform des sozialistischen Wettbewerbs hinweisend entsprechend anzuwenden ist - Rechnung. Auch die Mitwirkung der AN in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit ist der AN-Beteiligungspflicht der AN verbindlich vorgeschrieben.

Wie beim sozialistischen Wettbewerb wird auch bei der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit auf die Durchsetzung der Pflicht zur Mitwirkung nicht mit rechtlichen Mitteln, wohl aber durch entsprechende Mobilisierung der öffentlichen Meinung Einfluß genommen.

Im Verhältnis der AN-Beteiligung in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zur Stellung des Betriebsleiters als persönlich für die Planerfüllung im Betrieb Verantwortlicher kann auf die Ausführungen bei der Mitwirkung der AN im sozialistischen Wettbewerb verwiesen werden. (402)

Es steht damit nun hier der Gesichtspunkt, daß der Betriebsleiter durch die Mitwirkung der AN in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit in die Lage versetzt werden soll, sich bei seinen zusehends gegen die Realisierung des geplanten technischen Fortschritts auf die Kenntnisse und das Wissen der AN zu stützen. (403)

Die Mitwirkung der AN bedeutet dabei auch hier Stützungsmittel bei der Realisierung des Planes Neue Technik durch den Betriebsleiter.

402) Vgl. oben § 3 B III 2.

403) Vgl. §§ 9 Abs. 1 Satz 2, 16 Abs. 3 Satz 2 AGB.

IV. Zusammenfassung

Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit ist eine Form der Mitwirkung der AN in den Betrieben Mitteldeutschlands.

Inhalt und Funktion dieser AN-Beteiligung werden durch § 16 AGB näher bestimmt. Danach handelt es sich um eine besondere Erscheinungsform des sozialistischen Wettbewerbs zur Verwirklichung der in den Plänen Neue Technik vorgegebenen Ziele der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung der Betriebe.

Der Durchführung dieser Aufgabe dient im besonderen Maße die Gemeinschaftsarbeit in den sozialistischen Arbeitsgemeinschaften. Ihre Wirkungsweise beruht darauf, daß sich durch ihre Zusammensetzung die wissenschaftlich-technischen Kenntnisse von Ingenieuren und Wissenschaftlern der verschiedensten Fachrichtungen mit den Erfahrungen der entsprechenden Produktionsarbeiter zu einer Einheit verbinden.

Die Beteiligung der AN in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit vollzieht sich unmittelbar in Zusammenhang mit der täglichen Arbeit im Produktionsprozeß. Sie ist somit ihrer Struktur nach - wie der sozialistische Wettbewerb - eine unmittelbare Produktionsinitiative zur Erfüllung des Zentralplanes Neue Technik. In ihrer Anwendung ist die sozialistische Gemeinschaftsarbeit nicht auf den einzelnen Betrieb beschränkt. Das reibungslose Zusammenspiel der Pläne Neue Technik der Betriebe, der VVB und der Wirtschaftszweige mit dem Zentralplan Neue Technik erfordert vielmehr, daß die sozialistische Gemeinschaftsarbeit auch im überbetrieblichen Bereich und zwischen den Wirtschaftszweigen verwirklicht wird.

Der von der Wirtschaftsordnung zugewiesenen Funktion entspricht auch die rechtliche Bedeutung der Mitwirkung der AN in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit. Sie ist im Hinblick auf die §§ 2 Abs. 2, 15 Abs. 1 Satz 2 AGB als Beteiligungspflicht zu kennzeichnen, deren Durchsetzung - wie im sozialistischen Wettbewerb - nicht mit rechtlichen Mitteln, sondern mit Hilfe des Druckes der entsprechend gelenkten öffentlichen Meinung angestrebt wird.

Im Betriebsverfassungsrecht der Bundesrepublik ist die Beteiligung der AN auf dem Gebiete der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung in den §§ 67 Abs. 2 und Abs. 3 BVG geregelt. Es handelt sich dabei um einen notfalls im Wege der Zwangsvollstreckung erzwingbaren Rechtsanspruch der AN gegenüber dem Unternehmer, an der Willensbildung im Unternehmen auf dem Gebiet der Rationalisierung und Automation beteiligt zu werden. Der Durchführung der unter Mitwirkung der AN in diesem Bereich gefaßten Beschlüsse dient das sog. teamwork, es ist dies daher keine Erscheinungsform der AN-Beteiligung im Betrieb, sondern erfolgt aufgrund der dem Unternehmer zustehenden Durchführungsbefugnis gemäß § 52 Abs. 2 BVG.

Das Verhältnis der Mitwirkung der AN in der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zur Stellung des Betriebsleiters gemäß § 8 Abs. 1 AGB ist dadurch gekennzeichnet, daß die Beteiligung der AN lediglich eine Unterstützung und Förderung des Betriebsleiters bei der Wahrnehmung seiner Aufgaben auf dem Gebiet der wirtschaftlichen und technischen Entwicklung des Betriebes bezweckt.

Sich die Hilfsquelle der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit für seine Leitungsbefugnisse auf diesem Gebiet zu erschließen, ist konsequenterweise als Aufgabe des Betriebsleiters ausgestaltet worden.

D. DIE NEUERERBEWEGUNG

I. Die Neuererbewegung als Form der Beteiligung der AN in den Betrieben der Planwirtschaft

Eine weitere Beteiligungsform der AN Mitteldeutsche Lands ist ihre Mitwirkung in der sog. Neuererbewegung.

Wie sich aus § 17 Abs. 1 und 2 AGB ergibt, ist der Hauptzweck der Neuererbewegung die Entwicklung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Steigerung der Arbeitsproduktivität durch die Initiative, das Schöpfer_tum und Auswertung der Erfahrungen der Arbeiter. 404)

1. Abgrenzung zwischen Arbeitsrecht und Erfinderrech_t im Rahmen der Neuererbewegung

Die Neuererbewegung spricht somit die schöpferischen und erfinderischen Kräfte der AN an, so daß sich in ihrem Bereich arbeitsrechtliche und erfinderrech_tliche Beziehungen überschneiden. 405)

Da der Gesetzgeber erfinderrech_tliche Beziehungen erst mit der Existenz des neuen Erfindungs in der ihm vom Urheber gegebenen Form entstehen läßt, 406)

404) Vgl. auch VO über staatliche Auszeichnungen vom 2. Oktober 1958 (GBl. I S. 771); Ökonomik der Arbeit in der DDR, 2. Aufl., S. 275.

405) Entsprechend der vom Thema hergehobenen Begrenzung ist die nachfolgende Untersuchung auf den Bereich der Neuererbewegung beschränkt, der sich als Gegenstand des Arbeitsrechts darstellt.

406) Vgl. insbesondere den 1. Abschnitt der VO über die Förderung und Lenkung der Neuererbewegung - Neuererverordnung - vom 31. Juli 1963 (GBl. II S. 453, §§ 24 ff.).

wird die gesamte Tätigkeit der AN, die der Schaffung eines solchen Vorschlags notwendig vorangehen muß, nicht durch das Erfinderrecht, sondern das Arbeitsrecht bestimmt. ⁴⁰⁷⁾ Der dem Arbeitsrecht zuzurechnende Bereich der Neuererbewegung als Gegenstand der vorliegenden Untersuchung ist daher im wesentlichen durch die "vorerfinderrechtlichen" ⁴⁰⁸⁾ Verhältnisse gekennzeichnet. Diese umfassen insbesondere den gesamten Prozeß der Planung, Forderung und Lenkung der Neuererbewegung. ⁴⁰⁹⁾

2. Funktion und Struktur der AN-Mitwirkung in der Neuererbewegung

Vollzieht sich die Beschaffung der wissenschaftlichen Güter auf der Grundlage eines zentralen Volkswirtschaftsplanes, in dem durch eine "oberste planende Instanz" festgelegt ist, was, wieviel und wie produziert wird, so überrascht es nicht, daß auch die Aufgaben und Maßnahmen der wissenschaftlich-technischen Fortentwicklung des Produktionsprozesses geplant und in die zentrale Wirtschaftsplanung einbezogen sind.

Im Bereich der planwirtschaftlichen Ordnung kann es daher nicht darauf ankommen, daß die AN durch ihre Mitwirkung in der Neuererbewegung überhaupt schlichterisch tätig sind und "irgendetwas" erfinden und entwickeln. Entscheidend ist vielmehr, daß sie das erforschen und fördern, was der Erfüllung der Volkswirtschaftsplanung am meisten dient. ⁴¹⁰⁾ Kalinin faßt dieses Ergebnis schon auf dem ersten Unionskongreß der Erfinder in der Sozialisation folgendermaßen zusammen: "Man soll nicht das erfinden, was man gerne möchte, sondern das, was unser sozialistischer Aufbau erfordert." ⁴¹¹⁾

Das technische Hilfsmittel zur Erfüllung dieser von der Wirtschaftsentwicklung gestellten Forderung nach zentraler Lenkung der Erfindertätigkeit in den Betrieben ist der sog. "Plan der Aufgaben für die Neuerer". Er enthält als Bestandteil des Planes Neue Technik die thematische Aufgabengliederung für die Neuerer des Betriebes.

407) Vgl. Antimonow, Fleischitz, Füllebrecht, Vosselle-Beyerling, S. 140.

408) Antimonow, Fleischitz aaO.

409) Vgl. insbesondere den 3. und 4. Abschnitt der Neuererverordnung aaO.; Antimonow, Fleischitz, S. 140.

410) Vgl. Apel, Neue Fragen der Planung, S. 37; Albrecht-Koster, Die Fortentwicklung des Betriebes und die Mitwirkung der Werktätigen, ArbR 1961 S. 133 (141); Becker, Das betriebliche Vorschlagswesen in den kapitalistischen Ländern als besonderer Teil der kapitalistischen Rationalisierung, Wirtschaftswissenschaft 1960 S. 692 ff.

411) Zitiert nach: Herzog, Storch, Der Meister und das Vorschlags- und Vorschlagswesen, S. 27.

Diese Aufgabenthemen sind so ausgewählt und auf die Erfordernisse des Betriebsplanes abgestimmt, daß ihre Realisierung unmittelbar zur Gesamtplanerfüllung beiträgt.⁴¹²⁾ Auf diese Weise organisiert der Plan der Aufgaben für die Neuerer* die Erarbeitung künftiger, schwersummarisierbarer Verbesserungsorschläge⁴¹³⁾ als Voraussetzung und zur Verbesserung der Planerfüllung. Um die Lösung der am Plan orientierten Entwicklungsaufgaben möglichst zu erleichtern und die Richtung der gewünschten Zustände anzugeben, enthält der Plan der Aufgaben für die Neuerer neben der exakten Zielvorgabe eine vergleichende Gegenüberstellung des gegenwärtigen Zustandes mit dem höchsten derzeitigen Erkenntnisstand in Theorie und Praxis auf dem jeweilig betroffenen Gebiet der Technik.⁴¹⁴⁾ Durch diese Dokumentation und Information über vorhandene Lösungswege werden bereits Ansatzpunkte für die Realisierung der technischen Probleme sichtbar.⁴¹⁵⁾

Die Plangebundenheit der Aufgabenstellung für die Mitwirkung der AN in der Neuererbewegung kommt besonders dadurch zum Ausdruck, daß die einzelnen Aufgaben mit konkreten End- und Etappenterminen versehen sind.⁴¹⁶⁾ Hierdurch soll gewährleistet werden, daß die anstehenden Probleme so rechtzeitig gelöst werden, daß die bereits eingeplanten Lösungswege im entscheidenden Zeitpunkt, in dem die weitere Planerfüllung sie erfordert, zur Verfügung stehen.⁴¹⁷⁾

412) Vgl. § 8 Abs. 1 der Neuererverordnung; Hofmeister, Ausarbeitung, Durchführung und Kontrolle des Planes der Neuerer, Arb u. ArbR 1968 S. 221.

413) Vgl. Such, Zur Weiterentwicklung der staatlichen Leitung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, StuR 1962, S. 430; vgl. auch oben § 2 A V 2.

414) Vgl. § 8 Abs. 2 Nr. 3 der Neuererverordnung.

415) Gerisch, Grundfragen der Entwicklung und Leitung der Neuererbewegung in der Industrie der DDR, Diss. S. 135.

416) Vgl. § 8 Abs. 2 Nr. 2 der Neuererverordnung.

417) Einen Eindruck von der praktischen Handhabung des Planes der Aufgaben für die Neuerer vermittelt das folgende Beispiel (vgl. Grundsätze für die Erarbeitung des Planes der Aufgaben für die Neuerer, EuV 1962 Nr. 9 S. 386 f):

Ausgangspunkt: Die Erfüllung der Plankennziffern für die Versorgung der Landwirtschaft mit mineralischem Dünger erfordert eine raschere, mechanisierte und staubfreie Be- und Entladung der Düngemittel.

Aufgabe: Es ist ein leicht transportables Fördergerät mit niedrigstem Eigengewicht zu entwickeln, das diese Arbeiten ohne geringste Staubeentwicklung mechanisch gewährleistet. Das Gerät muß so beschaffen sein, daß auch der Dünger in den Ecken des Waggonen aufgenommen und befördert

Die Beteiligung der AN in der Neuererbewegung bedeutet somit - wie die übrigen untersuchten Beteiligungsformen - Mitwirkung bei der Plandurchführung. Im Unterschied zur Beteiligung im sozialistischen Wettbewerb vollzieht sich die Mitwirkung in der Neuererbewegung jedoch nicht als unmittelbare Initiative zur Realisierung des im Wirtschaftsplan vorgegebenen Produktionsprogramms. Sie ist die planmäßige Vollerfüllung einer am Wirtschaftsplan orientierten und durch die Erfordernisse des Planes begrenzte Erfindertätigkeit.

Der äußeren Erscheinungsform der Neuererbewegung entspricht im Arbeitsrecht der Bundesrepublik das betriebliche Vorschlagswesen. Auch hier handelt es sich zunächst darum, die Ideen der AN zu erfassen, auszuwerten und sie für die "kleine Rationalisierung" ⁴¹⁸ der betrieblichen Produktionsorganisation und Produktionsmethoden nutzbar zu machen. ⁴¹⁹

Entsprechend dem Grundprinzip der marktwirtschaftlich orientierten Wirtschaftsordnung steht jedoch ein anderer Gesichtspunkt weitans im Vordergrund des betrieblichen Vorschlagswesens. Die für die freie Entfaltung der Einzelpersonlichkeit ausbauende Ordnung der wirtschaftlichen Beziehungen erfordert, daß der AN auch im Rahmen des Arbeitsverhältnisses Raum zu seiner freien Entfaltung findet und sich auch hier als Mensch und Einzelperson bestätigt sieht.

Einer der Wege, die zu diesem Ziel führen, ist das betriebliche Vorschlagswesen. Durch die Möglichkeit, je nach Belieben Verbesserungsvorschläge einzureichen.

Fortsetzung der Fußnote 417) von Seite 126:

wird. Die Bedienung des Gerätes muß einfach und gefahrlos sein. Zur Vermeidung von Korrosionsschäden sind nicht-metallische Werkstoffe zu benutzen.

Derzeitiger Stand: Das Bel- und Entladen der Fahrzeuge von mineralischem Dünger erfolgt gegenwärtig immer noch mit der Hand. Diese Arbeiten, die besonders durch Staubentwicklung erschwert sind, nehmen zuviel Zeit in Anspruch und bringen gesundheitliche Schäden mit sich.

Termin: Die Aufgabe ist bis zum 30. Juni 1963 zu lösen und in der Praxis zu verwirklichen.

Auskunft: Über den internationalen Stand der Technik und über Literaturhinweise erteilen auf Anfrage die notwendigen Auskünfte:

1. das Institut für Landmaschinen- und Traktorenbau, Leipzig, Am Lausner Weg,
2. das Institut für Arbeitsökonomik und Arbeitsschutzforschung, Dresden Gerhart-Hauptmann-Straße 1.

⁴¹⁸) So R. H. Krauss, Das betriebliche Vorschlagswesen als Mittel zur Rationalisierung und zur sozialen Betriebsgestaltung, Diss. S. 43.

⁴¹⁹) Vgl. Volmer, Das betriebliche Vorschlagswesen, Arbeitsrecht-Blätter, "Vorschlagswesen I", Bl. 1; "Osram-Nachrichten" 1954 Nr. 5 S. 67.

wird der AN aus dem oft eintönig mechanischen Produktionsprozeß herausgehoben und zum Mitarbeiter und Mitgestalter des Produktionsablaufs gemacht. ⁴²⁰⁾

Das betriebliche Vorschlagswesen ist daher vor allem ein Weg zur Förderung der mitmenschlichen Beziehungen und der Zusammenarbeit zwischen Unternehmer und AN. Sein letztes Ziel ist es, aus den AN aktiv mitdenkende Mitarbeiter und Partner zu machen. ⁴²¹⁾

Auf dieser Grundlage ist es daher nicht so sehr entscheidend, was der AN zur Verbesserung des Produktionsablaufes im einzelnen vorschlägt. Entscheidend ist vielmehr, daß er vorschlägt. "Es ist nicht wichtig, was das für eine Idee ist, sondern daß es eine Idee ist." ⁴²²⁾

Die Neuererbewegung im planwirtschaftlichen System Mitteldeutschlands steht demgegenüber unter dem entgegengesetzten Aspekt. Hier kann dem Umstand, daß der AN entsprechend seinen persönlichen Neigungen Verbesserungen entwickelt, keine Bedeutung zukommen. Entscheidend ist, daß eine geplante und thematisch im Plan der Aufgaben für die Neuerer festgelegte Aufgabe gelöst und realisiert wird. Nur unter dieser Voraussetzung ist der Arbeitnehmersvorschlag für die Volkswirtschaft Mitteldeutschlands von Interesse.

II. Die inhaltliche Ausgestaltung der Mitwirkung der AN in der Neuererbewegung entsprechend den Erfordernissen des planwirtschaftlichen Systems

Ihrer Aufgabenstellung entsprechend setzt die Beteiligung der AN in der Neuererbewegung zunächst voraus, daß die im Plan der Aufgaben für die Neuerer festgelegten Entwicklungsthemen zu ihrer Lösung an die AN herangetragen werden. Der im Sinne der planwirtschaftlichen Ordnung dabei angestrebte Idealfall ist die Herstellung einer lückenlosen Einheit zwischen der Planung der Neuererauf-

⁴²⁰⁾ Vgl. Geldmacher, Das betriebliche Vorschlagswesen, in: "Hüttenzeitung der Gußstahlwerke Bochumer Verein AG, 1953 Nr. 9, S. 12; Hohmann, Produktionssteigerung durch leistungsfördernde Lohngestaltung und betriebliches Vorschlagswesen, S. 58.

⁴²¹⁾ Vgl. Winter, Die Hand an der Tür des Chefs, in: "Die Zeit" Nr. 39 vom 27. September 1963 S. 36; Volmer, aaO, S. 1; Geldmacher, aaO.; Lill, Das betriebliche Vorschlagswesen, S. 7.

⁴²²⁾ So R.H. Krauss, Diss, aaO, S. 45.

gaben und ihrer Realisierung. 423)

Vergleichbar den verschiedenen Methoden der gegenseitigen Hilfe im sozialistischen Wettbewerb ist auch hinsichtlich der Maßnahmen, die AN für die Bearbeitung von Neuererthemen zu mobilisieren, eine Entwicklung festzustellen, die in ihrem Verlauf in zunehmendem Maße auf die Verwirklichung dieses wirtschaftlichen Idealfalles ausgerichtet ist.

1. Anonyme Werbung für die Aufgabenstellung

Ursprünglich wurden die Aufgabenthemen durch die Methode der anonymen Werbung an die AN herangetragen. Hierbei werden die AN durch eine Vielzahl von Plakaten, Aushängen am schwarzen Brett, Lohnlisten, Betrieben und die Verteilung aufgerufen, Verbesserungsvorschläge einzureichen. Folge dieser Anonymität der Werbung ist oft unpolare Doppelarbeit, Zersplitterung der technischen Lösung von Aufgaben, Bearbeitung von Lehrlingsideen statt der für die Betriebe geeigneten Themen. 424)

Während diese Werbemethoden nur das betriebliche Vorschlagswesen in der Bundesrepublik als die Regel gelten konnten, 425) sind sie für die Meisterei-Organisation unzureichend. Dort, wo es auf dem Boden der marktwirtschaftlichen Ordnung im wesentlichen darum geht, die AN schlechthin zur Mitarbeit und Mitgestaltung anzuregen, genügt es, die Betriebe allgemein zu appellieren, wie z. B. 1984 etc. Nicht ausreichend ist diese Methode jedoch dann, wenn es sich darum handelt, konkrete planmäßige techn. Vorschläge zu erhalten. Hier ist es notwendig, nicht übersehen, daß bei der Organisation der AN-Beteiligung in der Meisterei-Bewegung andere Wege beschritten worden sind.

423) Vgl. Gerisch, Diss. aaO. S. 59; Winklbauer, Die höhere Qualität der sozialistischen Neuererbewegung auf der Grundlage der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und die Grundfragen ihrer staatlichen Neuorganisation, Diss. S. 100; Tannert, Herzog, Der Meister, sozialistischer Wettbewerb, Gemeinschaftsarbeit und Neuererbewegung S. 56.

424) Vgl. Gerisch, Diss. aaO. S. 269.

425) Vgl. R.H. Krauss, Diss. aaO. S. 119.

2. Veröffentlichung von Themenplänen

Eine Verbesserung bedeutet hier bereits die Methode, die auf die einzelnen Abteilungen und Meisterbereiche ausgeschlüsselten Aufgabenthemen des Planes der Aufgaben für die Neuerer zu veröffentlichen. 426)

Aber auch diese Methode wird den Anforderungen des planwirtschaftlichen Systems noch nicht in vollem Umfang gerecht. Abgesehen von den Zeitverlusten, die zwischen der Aufgabenstellung und ihrer Übernahme durch die AN auftreten, hängt es auch hier vom Zufall ab, ob, welche und wieviele AN sich einem veröffentlichten Thema zuwenden. 427)

Darüber hinaus bleibt auch die Frage offen, wie das Thema bearbeitet werden wird, d. h., ob die betreffenden AN über die erforderliche Qualifikation verfügen, gerade dieses Thema unter Zugrundelegung der fortschrittlichsten Technik zu lösen. Auch der Zeitpunkt, zu dem mit der Lösung der Aufgabe zu rechnen ist, bleibt hier im ungewissen.

3. Die Neuerervereinbarung

Die "papierne Verbindung" 428) von Aufgabe und Lösung mit ihren für die Erfüllung zentraler Pläne untragbaren Zeitverlusten, Zufälligkeiten und ihrer Doppelarbeit soll durch die sog. Neuerervereinbarung überwunden werden. Sie ist die gegenwärtig wichtigste Form der Heranführung der AN an die Lösung zentral geplanter Entwicklungsthemen. 429)

Die Wirkungsweise der Neuerervereinbarung beruht darauf, daß zwischen dem Betriebsleiter und einzelnen AN oder Kollektiven ein Vertrag abgeschlossen wird mit dem Inhalt, eine im Plan der Aufgaben für die Neuerer festgelegte Aufgabe zu lösen. 430)

Der entscheidende Bestandteil dieser Vereinbarung ist daher die Verpflichtung der AN, eine thematisch festgelegte Neuereraufgabe bis zu einem festgesetzten

426) Vgl. Klampfl, Gerisch, Wege zur Verwirklichung der sozialistischen Leitungsprinzipien im Industriebetrieb, 2. Aufl., S. 110.

427) So gingen in einem Berliner Chemiewerk zu einem veröffentlichten Thema 26 Vorschläge ein, von denen nur einer angenommen wurde (vgl. Klampfl, Gerisch aaO.).

428) So Klampfl, Gerisch, aaO. S. 110.

429) Vgl. Herzog, Storch, Der Meister und das Erfindungs- und Vorschlagswesen, aaO. S. 110; Tannert, Herzog, aaO. S. 56.

430) Vgl. § 9 Abs. 1 der Neuererverordnung (vom 31. Juli 1963 GBl. II S. 453).

Termin zu lösen, und bei der Realisierung der Neuerungen mitzuwirken, ohne daß dadurch die Erfüllung der sonstigen Planaufgaben und Arbeitspflichten beeinträchtigt wird. 431) Die Verpflichtung des Betriebsleiters besteht darin, den AN jeder erforderliche Unterstützung und Hilfe bei der Lösung der übernommenen Aufgaben zu gewähren. 432)

Die dem Plan der Aufgaben für die Neuerer entsprechende Zahl von Neuerereinsparungen kommt in der Betriebspraxis dadurch zustande, daß Beauftragte des Betriebsleiters die zur Lösung bestimmter Aufgaben geeignet erscheinende AN zu ihrem Arbeitsplatz persönlich aufsuchen und durch entsprechende Aussprachen für den Abschluß von Neuerervereinbarungen gewinnen. 433)

Im überbetrieblichen Bereich werden zur Lösung der im "Plan der überbetrieblichen Neuererbewegung" festgelegten Aufgaben überbetriebliche Neuerervereinbarungen zwischen den Generaldirektoren der VVB und den AN der verschiedenen Betriebe abgeschlossen. 434)

Um die im Interesse der Planerfüllung gebotene Einheit zwischen der Planung der Neuereraufgaben und ihrer Lösung zu gewährleisten, wird angestrebt, daß neben im "Plan der Aufgaben für die Neuerer" die erforderlichen Festlegungen darüber enthalten sind, welche Themen nur durch einzelne AN oder nur durch sozialistische Arbeitsgemeinschaften zu lösen sind und wer für ihre Bildung verantwortlich ist. 435)

431) Vgl. § 9 Abs. 3 Nr. 1 und 2 der Neuererverordnung (Herzog, Neuerereinsparbarung und Realisierungsvereinbarung - wann und wie?, Arb u. ArbR 1963 S. 157.

432) Vgl. § 9 Abs. 3 Nr. 3 der Neuererverordnung.

433) Vgl. Herzog, Storch, aaO. S. 30.

434) Vgl. § 20 Nr. 1 Satz 2 der Neuererverordnung.

435) Vgl. Gregor, Kollektive Neuerertätigkeit beschleunigt den technischen Fortschritt, Arb 1964 Nr. 2 S. 11 ff (14); Gerisch, Grundfragen der Entwicklung und Leitung der Neuererbewegung in der Industrie der DDR, Diss. S. 135.

III. Die rechtliche Regelung der AN-Beteiligung im Rahmen der betrieblichen Erfindungs- und Vorschlagstätigkeit

L. Die rechtliche Ausgestaltung der AN-Mitwirkung im betrieblichen Vorschlagswesen der Bundesrepublik

Ist auf die freie Mitwirkung der Einzelpersonen im aufbauenden Wirtschaftsleben der Bundesrepublik einzugehen, so muß die Einführung des Vorschlagswesens in den Betrieben von Fall zu Fall einer Prüfung aus Sicht des Unternehmens und des Gesellschafts vorzuziehen bleiben.⁴³⁶⁾ Das Vorschlagswesen ist zwar im Betriebsverfassungsgesetz nicht ausdrücklich erwähnt, seine Einführung betrifft aber eine Frage der Regelung der materiellen Arbeitsbedingungen und ist daher eine soziale Angelegenheit im Sinne der §§ 50 ff. BVG.⁴³⁷⁾ Da jedoch der normierte Tatbestand des § 50 BVG auftritt,⁴³⁸⁾ so folgt die Einführung des betrieblichen Vorschlagswesens sowie im Rahmen der Betriebsratungsbeziehung der Betriebspartner gemäß § 57 BVG, also durch eine freiwillige Betriebsvereinbarung.

Ist das Vorschlagswesen einmal in den Betrieb eingeführt, so bleibt es auch weiterhin den freien Entscheidungen jedes einzelnen AN überlassen, ob und in welcher Weise er daran teilnehmen will.

Innerhalb des betrieblichen Vorschlagswesens entstehen nun für den Arbeitnehmer, und zwar dann, wenn ein AN einen Verbesserungsvorschlag eingebracht hat, dann mit der Annahme des Vorschlags nimmt der betreffende AN das allen Betriebsangehörigen gerichtlich angegebene Angebot des Unternehmens an, solche Vorschläge einzugehen.⁴³⁹⁾ Dadurch entsteht zwischen dem AN und dem Unternehmen eine vertragliche Beziehung besonderer Art, §§ 145 ff.

436) Vgl. § 20 Abs. 2 des Gesetzes über Arbeitnehmererfindungen vom 25. Juli 1957, BGBl. I S. 756; Volmer, Das betriebliche Vorschlagswesen, in: Arbeitsrecht-Blattei "Vorschlagswesen" Blatt 3; derselbe, Arbeitnehmererfindungsgesetz, Kommentar, 1. Aufl., A 45 zu § 20. - Etwas anderes gilt für technische Verbesserungsvorschläge, die patentfähig sind, sowie für die gebrauchsmusterfähigen Erfindungen. Sie unterliegen dem Gesetz über Arbeitnehmererfindungen.

437) Vgl. Galperin-Siebert, 4. Aufl., A 6 und 7 zu § 57 BVG.

438) Auch § 56 Abs. 1 Buchstabe h BVG findet keine Anwendung, da eine Prämienzahlung für eingeleichte Vorschläge keine Lohnzahlung darstellt.

439) Vgl. Volmer, Das betriebliche Vorschlagswesen, aaO. Blatt 2; derselbe, Arbeitnehmererfindungsgesetz aaO. A 59 zu § 20.

305 BGB), die den Unternehmer zur Prüfung des Vorschlags und gegebenenfalls zur Zahlung einer Prämie verpflichtet.

2. Die rechtliche Tragweite der Mitwirkung der AN in der Neuererbewegung

Diese von der Persönlichkeit des einzelnen AN ausgehende rechtliche Konzeption bei der Mitgestaltung des Produktionsablaufes ist mit den Erfordernissen einer Planwirtschaft östlicher Prägung nicht in Einklang zu bringen. Ausgangspunkt ist hier nicht die persönliche Entfaltung des einzelnen AN, sondern der im Interesse der Allgemeinheit ausgearbeitete zentrale Volkswirtschaftsplan, den es zu verwirklichen gilt. Die rechtliche Regelung der AN-Beteiligung in der Neuererbewegung wird daher an diesem Tatbestand zu messen sein.

Wie die Untersuchung der äußeren Erscheinungsform der Mitwirkung der AN in der Neuererbewegung gezeigt hat, handelt es sich dabei um eine schöpferische Initiative der AN mit dem Ziel, die im Plan der Aufgaben für die Neuerer niedergelegten Entwicklungsaufgaben zu erfüllen.

Da in den Plan der Aufgaben für die Neuerer nur solche Themen der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung aufgenommen werden, die für die Erfüllung der laufenden, vor allem aber für die Verwirklichung der Perspektivpläne von Bedeutung sind, kann es nicht dem Zufall überlassen bleiben, ob diese Aufgaben gelöst werden oder nicht.

Aus dieser wirtschaftlichen Situation ergibt sich für die rechtliche Ausgestaltung der Beteiligung der AN in der Neuererbewegung zweierlei:

Zunächst muß dafür gesorgt werden, daß die AN überhaupt in der Neuererbewegung mitwirken, und zum anderen gilt es sicherzustellen, daß die in den Themenplänen enthaltenen Aufgaben planmäßig, d.h. unter Vermeidung von Doppelarbeit und zur rechten Zeit gelöst werden.

Die erste Frage hat der Gesetzgeber Mitteldeutschlands in dem Sinne gelöst, daß er die "schöpferische Mitwirkung der AN an der Erfüllung der Pläne" als eine "Pflicht jedes arbeitsfähigen Bürgers" ausgestaltet hat. ⁴⁴⁰⁾

Durch die bloße Verpflichtung zur Beteiligung in der Neuererbewegung ist jedoch noch nicht gesichert, daß die Entwicklungsaufgaben auch termin- und sachgerecht, d.h. von den geeigneten AN und in vollem Umfang realisiert werden.

440) So § 2 Abs. 2 AGB. - Auf den Verpflichtungscharakter der Mitwirkung in der Neuererbewegung weist auch der Wortlaut des § 19 Abs. 1 AGB hin, wo es heißt: In der Neuererbewegung entwickeln die Werktätigen ... den wissenschaftlich-technischen Fortschritt.

Eine weitere Aufgabe des Betriebsleiters auf dem Gebiet der Neuererbewegung folgt aus § 19 Abs. 2 Satz 2 AGB. Danach hat der Betriebsleiter dafür zu sorgen, daß geeignete Vorschläge und Erfindungen schnell und umfassend eingeführt werden.

Zur Unterstützung und Förderung des Betriebsleiters bei der Wahrnehmung dieser komplizierten Aufgabe haben sich in der Betriebspraxis besondere Beteiligungsformen der AN herausgebildet. So fördern die sog. Neuererbrigaden in den Meisterbereichen und Abteilungen die schnelle Bearbeitung der eingereichten Vorschläge.⁴⁴²⁾ In den Neuereraktivs der Betriebe,⁴⁴³⁾ den Neuererräten der VVB⁴⁴⁴⁾ und den Neuererzentren⁴⁴⁵⁾ beraten die AN den Betriebsleiter und die Generaldirektoren der VVB bei der allgemeinen und überbetrieblichen Einführung und Anwendung der besten Verbesserungsvorschläge.

Charakteristisch auch für diese speziellen Formen der AN-Mitwirkung in der Neuererbewegung ist, daß diese Beratungs- und Hilfgremien keinerlei Entscheidungsbefugnisse besitzen. Allein verantwortlich und zu Entscheidungen befugt ist nach dem Prinzip der Einzelleitung und persönlichen Verantwortung, das für den vorliegenden Bereich in § 19 Abs. 2 Satz 2 AGB sowie § 4 Abs. 3 Nr. 3 der Neuererverordnung konkretisiert worden ist, der Betriebsleiter.

IV. Zusammenfassung

Die Neuererbewegung ist eine Form der Mitwirkung der AN in den Betrieben Mitteleuropas.

Inhalt und Funktion dieser AN-Beteiligung wird durch § 19 AGB näher bestimmt. Danach handelt es sich um eine schöpferische Initiative der AN zur Lösung der in den Plänen der Aufgaben für die Neuerer vorgegebenen Aufgabenthemen zur technischen und wirtschaftlichen Höherentwicklung des Produktionsprozesses.

Da die in den betrieblichen und überbetrieblichen Plänen der Aufgaben für die Neuerer festgelegte Themenstellung insbesondere auf den Perspektivaufgaben des Betriebes beruht, dient die Verwirklichung der auf dieser Grundlage erarbeiteten Lösungsvorschläge der laufenden und künftigen Planerfüllung.

442) Vgl. § 6 Abs. 1 Nr. 2 der Neuererverordnung aaO.

443) Grundlage der Bildung von Neuereraktivs ist der Beschluß des Bundesvorstandes des FDGB vom 26. Mai 1961 (Informationsblatt des FDGB 1961 Nr. 9 S. 2).

444) Vgl. § 21 Abs. 1 Nr. 2 der Neuererverordnung.

445) Vgl. § 22 Abs. 1 der Neuererverordnung.

Die plan-, termin- und sachgemäße Lösung der vorgegebenen Entwicklungsaufgaben soll dabei durch den Abschluß sog. Neuerervereinbarungen gewährleistet werden.

Der von der Wirtschaftsordnung zugewiesenen Funktion entspricht auch die rechtliche Tragweite der Mitwirkung der AN in der Neuererbewegung.

Sie ist gemäß §§ 19 Abs. 1, 2 Abs. 2 AGB als Verpflichtung der AN ausgestaltet, sich schöpferisch an der Verwirklichung der geplanten technischen Entwicklung zu beteiligen.

Die Durchsetzung dieser Pflichten erfolgt - wie bei der Mitwirkung der AN im zentralisierten Wettbewerb und der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit - nicht mit rechtlichen Mitteln. Maßgebend für die Erfüllung der Beteiligungspflicht ist vielmehr der psychologisch wirkende Druck der entsprechend gelenkten öffentlichen Meinung, im Falle der Nichtbeteiligung als unehrenhaft zu gelten.

Eine Verpflichtung der AN zur planmäßigen und schöpferischen Mitwirkung bei der Lösung vorgeschriebener Aufgabenthemen ist der freiheitlich ausgerichteten Wirtschaftsordnung fremd. Der hier maßgebende Gedanke der freien Entfaltung und Initiative des einzelnen erfordert, daß sowohl die Teilnahme am betrieblichen Vorschlagswesen als auch der Gegenstand und die Art und Weise der schöpferischen Betätigung der Neigung und freien Entscheidung des einzelnen AN überlassen bleiben. Entsprechend dieser freiheitlichen Konzeption ist bereits die Einführung des Vorschlagswesens im Betrieb eine Angelegenheit der autonomen Rechtsetzungsbefugnis der Betriebspartner gemäß § 57 BVG.

E. DIE STÄNDIGEN PRODUKTIONSBERATUNGEN

I. Die Ständigen Produktionsberatungen als Form der AN-Beteiligung in den Betrieben der Planwirtschaft

Die Ständigen Produktionsberatungen (StPB) sind eine wichtige Form der Mitwirkung der AN in den zentral geplanten Betrieben Mitteldeutschlands.

Dies ergibt sich bereits aus der Aufzählung der in § 17 Abs. 2 AGB umschriebenen Aufgabenbereiche der StPB. Sie umfaßt das gesamte Produktionsgeschehen des unter den Bedingungen der Planwirtschaft arbeitenden Betriebes von der Ausarbeitung der Pläne über die Planerfüllung bis zur Plankontrolle.

1. Die Entwicklungsstufen der AN-Mitwirkung in der Produktionsberatung

Diese Bedeutung erlangten die StGB jedoch erst im Laufe einer längeren Entwicklung, die - wie die Herausbildung der beteiligungsformel - der gegenseitigen Hilfe im sozialistischen Wettbewerb - durch ständige Verbesserungen in der Anpassung an die Bedürfnisse des planwirtschaftlichen Systems gekennzeichnet ist.

a) Die Produktionszellen und Produktionszirkel in der UdSSR

Ausgangspunkt dieser Entwicklung sind die während der Oktoberrevolution in den Betrieben der Sowjetunion gebildeten Produktionszellen und Produktionszirkel. In diesen Vorläufern der StPB deckten die Arbeiter die im Produktionsprozeß vorhandenen Lücken auf und gaben insbesondere den Ratschlag, die unter den damaligen schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Rohstoffe, das Material und die Industrieausrüstungen besser genutzt werden konnten. ⁴⁴⁶⁾

b) Die Produktionsberatungen in den Meisterbereichen und Brigaden

Die Tagungen der Zirkel und Zellen verwandelten sich allmählich in periodisch einberufene Beratungen, die nun vor allem als Forum des Erfahrungsaustausches für die ~~komparativen und die Wettbewerbsberatung~~ ⁴⁴⁷⁾ dienten. Als spontan zur Überwindung einmaliger prekärer wirtschaftlicher Situationen geschaffenen Einrichtung der Produktionszellen wurde somit eine dauernde Institution.

In Mitteldeutschland entstanden die ersten Produktionsberatungen in den VEB im Jahre 1948. Ihre rechtliche Sanktion erhielten sie bereits im Gesetz der Arbeit vom 19. April 1950. ⁴⁴⁸⁾ Dem Vorbild in der UdSSR entsprechend, entwickelten sich auch hier die Wettbewerbsbewegung und die Produktionsberatungen in engen wechselseitigen Beziehungen miteinander. ⁴⁴⁹⁾ Als organisatorische Basis für die Vermittlung und Verbreitung der Erfahrungen der Besten im sozialistischen Wettbewerb waren diese Beratungen somit auf den eigenen Arbeitsbereich der Brigaden und Meisterbereiche beschränkt.

Die Rationalisierung der Betriebe, die Anstrengungen zur Erreichung des technischen Höchststandes in der Produktion stellten jedoch Aufgaben, deren Bedeutung

⁴⁴⁶⁾ Vgl. Schtylko, in: Die Ständigen Produktionsberatungen in den Betrieben der UdSSR, Deutsche Übersetzung, S. 255.

⁴⁴⁷⁾ Vgl. Schtylko, aaO. S. 257.

⁴⁴⁸⁾ GB1. 1950 S. 349, § 7 Abs. 3.

⁴⁴⁹⁾ Vgl. Tappmann, Ullrich, Pogoda, Zu dem Wesen, der rechtlichen Stellung und Arbeitsweise der Ständigen Produktionsberatungen, StuR 1961 S. 1271 ff (1278).

über den Rahmen der Wettbewerbskollektive hinausgingen, und deren Lösung nur auf den Ebenen der Betriebsabteilung oder des Gesamtbetriebes möglich ist. Diese Aufgaben erfordern eine kontinuierliche Beratung durch die qualifiziertesten AN aller Arbeitsbereiche. Die periodisch bei 10 bis 15 gewählten Produktionsberatungen in den Brigaden und Meisterbereichen können diesen Anforderungen nicht nachgerecht werden, es lag daher nahe, ein ganzes AN-Maß der Mitwirkung der AN in den Produktionsberatungen dieser Betriebe zu verordnen, um das planwirtschaftlichen Systems anzupassen.

c) Die StPB der Abteilungen und des Gesamtbetriebes

Die allgemeine Weitergestaltung kommt in dem Beschlusse des Ministerrates über die Umgestaltung der ständigen Produktionsberatungen in den sozialistischen Betrieben durch die Betriebsleitung und die Organe der staatlichen Verwaltung vom 9. April 1959 (450) zum Ausdruck. Mit diesem Ministerratsbeschlusse wurde der Beschlusse der 1. Tagung des Bundesverbandes der TDJ vom 8. März 1959 als Anlage rechtsverbindlich verkündet. Die Anlage enthält auch nach der Verabschiedung des Gesetzbuches der Arbeit volle Gültigkeit behalten und enthält in Verbindung mit § 17 AGB die Rechtsgrundlage für die Errichtung von StPB in den Betrieben. (451)

Bezieht durch die neue Bezeichnung "Ständige Produktionsberatung" mit sich, daß eine fortwährende, d.h. tagtägliche Mitwirkung der AN im Gegensatz zu der bisher sporadischen Tätigkeit der Produktionsberatungen gewährleistet werden soll.

Die angestrebte Kontinuität in der Arbeit der StPB soll insbesondere durch die Wahl eines aus 5 bis 10 Mitgliedern bestehenden Ausschusses der StPB gesichert werden. Er dient dem Zweck, die laufenden Arbeiten zwischen den Beratungen wahrzunehmen, die mindestens alle sechs Wochen für den Gesamtbetrieb und einmal im Monat in den Betriebsabteilungen stattfinden müssen. (452) Der ständige Ausschuss der StPB legt ferner die Tagesordnung der StPB fest und bereitet die Sitzungen des Plenums der StPB vor. (453)

450) GB1, 1959 I S. 329.

451) Vgl. Tippmann, Die Ständigen Produktionsberatungen - wichtigste rechtliche Form der Verwirklichung der unmittelbaren Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Produktion in den sozialistischen Betrieben der DDR, Diss. S. 37.

452) Vgl. Abschnitt III Abs. 1 des Beschlusses des Ministerrates über die StPB vom 9. April 1959 (GB1, I S. 329).

453) Vgl. Abschnitt I Abs. 5 und 6 des Beschlusses über die StPB aaO.

Die wohl wichtigste Weiterentwicklung bei der Mitwirkung der AN liegt darin, daß StPB in den Betrieben mit mehr als hundert Belegschaftsmitgliedern sowohl für den Gesamtbetrieb als auch für die einzelnen Betriebsabteilungen gebildet werden.⁴⁵⁴⁾ Der Blick der AN soll dadurch auch auf die umfassenderen Planaufgaben und Probleme der Abteilung und des Gesamtbetriebes sowie auf das Zusammenwirken aller voneinander abhängigen Arbeitsbereiche gerichtet werden.⁴⁵⁵⁾ Sie sollen auf diese Weise in die Lage versetzt werden, "noch besser und zielbewußter mit ihren Erfahrungen, Vorschlägen und kritischen Auseinandersetzungen mit Mängeln und Hemmnissen zur Verbesserung der Produktionsleitung und der bestmöglichen Erfüllung der Betriebspläne beizutragen".⁴⁵⁶⁾

Die Produktionsberatungen in den Brigaden und Meisterbereichen bestehen daneben weiter. Ihre Aufgabe ist es, kurzfristige Produktionsprobleme und Produktionsstockungen in ihrem Einflußbereich durch sofortige Beratungen zu beseitigen.⁴⁵⁷⁾

Für die Abgrenzung der Aufgaben zwischen der zentralen StPB des Gesamtbetriebes und den StPB der größeren Fertigungsbereiche und Abteilungen ist bislang keine verbindliche Regelung getroffen worden. Nach einer in der Literatur verbreiteten Ansicht hat es sich jedoch bewährt, zentrale Fragen, wie die Verbesserung der Kooperation zwischen den Fertigungsbereichen eines Betriebes, die überbetriebliche Zusammenarbeit zwischen Endherstellern und Zulieferbetrieben sowie gemeinsame Schwerpunktprobleme in den StPB des Gesamtbetriebes zu beraten.⁴⁵⁸⁾

In der Betriebspraxis waren zum Teil Bestrebungen zu erkennen, die StPB als kleine Organe von Experten zu organisieren, "die die erforderliche Qualifikation haben und wirkliche Arbeit leisten können, während die zahlreichen Mitglieder der StPB doch nichts von den Problemen verstünden".⁴⁵⁹⁾

Diese Versuche sind jedoch nicht mit den Anforderungen einer Planwirtschaft zu vereinbaren und wurden daher mit Recht zurückgewiesen. Die vielfältigen Auf-

454) Vgl. Abschnitt I Abs. 2 und 4 des Beschlusses über die StPB aaO.

455) Vgl. Hoffmann, Erste Erfahrungen mit den Ständigen Produktionsberatungen, S. 18.

456) So Tippmann, Diss. aaO. S. 70.

457) Vgl. Warnke, in: Tribüne vom 12. August 1959 S. 7.

458) So Tippmann, Diss. aaO. S. 129, 130. - Vgl. für das Verhältnis der zentralen StPB zu den im Entstehen begriffenen Produktionskomitees unten G.

459) So Bericht der Kommission Arbeit und Löhne an die 6. Bezirksvorstandssitzung des FDGB von Groß-Berlin vom 25. August 1960 (unveröffentlicht), zitiert nach Tippmann, Diss. aaO. S. 89.

gaben der laufenden Jahrespläne, vor allem die komplizierten Rationalisierungs- und Entwicklungsaufgaben der Perspektivpläne können mit einiger Aussicht auf Erfolg letztlich nur durch die Mobilisierung der Kraft und des Ideenreichtums aller AN bewältigt werden. Die zur Erfüllung der Wirtschaftspläne erforderliche Gründlichkeit in der Beratung der Produktionsprobleme, die umfassende Nutzbar-
machung der Produktionserfahrungen der AN erfordert daher auch rein zahlen-
mäßig eine bestimmte Stärke der Mitwirkungsorgane.

Es kommt nicht so sehr darauf an, daß von 50 oder 100 Mitgliedern eines Bera-
tungsorgans jeder einzelne alle Seiten und Zusammenhänge der Produktion über-
sieht, sondern darauf, daß "die breite Masse der Werktätigen" zur aktiven Mitar-
beit an der Leitung der Produktion herangezogen wird. 460)

Diesen Anforderungen entspricht es, wenn sich die StPB je nach der Stärke der
Betriebsgesellschaft zahlenmäßig aus 50 bis 100 Teilnehmern zusammensetzt. 461)

2. Funktion und Struktur der AN-Mitwirkung in den StPB im Vergleich zur Beteiligung der AN im Wirtschaftsausschuß gemäß § 67 EVG

Wie § 17 Abs. 2 Satz 1 AGB ausdrücklich feststellt, ist es die Aufgabe der
Beteiligung der AN in den StPB, bei der Ausarbeitung, Ausführung und Kontrolle
der betrieblichen Pläne mitzuwirken. Dies soll dadurch geschehen, daß die AN
sich in den StPB kritisch mit der Organisation der Produktion auseinandersetzen,
Mängel aufdecken und Vorschläge unterbreiten mit dem Ziel, die Mängel zu
beseitigen und höchste Ergebnisse bei der Planerfüllung zu erreichen (so § 17
Abs. 2 Satz 2 AGB). Die Ergebnisse der gemeinsamen Beratung werden in Be-
schlüssen zusammengefaßt und zur Verwirklichung an den Betriebsleiter weiterge-
leitet (§ 17 Abs. 3 Satz 2 AGB).

Im Unterschied zur Beteiligung der AN im sozialistischen Wettbewerb, der sozia-
listischen Gemeinschaftsarbeit und Neuererbewegung vollzieht sich die Mitwir-
kung in den StPB nicht unmittelbar als Produktions- oder Forschungsinitiative.
Sie tritt nicht als besondere Organisation der taglichen Produktionsarbeit in Er-
scheinung, sondern bedeutet Beratungstätigkeit der AN, die neben der eigentli-
chen Produktionsarbeit ausgeübt wird. Die StPB tragen daher den Charakter kol-
lektiv beratender Mitwirkungsorgane. 462)

460) Vgl. Produktionsmassenarbeit der Gewerkschaften S. 172.

461) Vgl. Abschnitt I Abs. 4 des Beschlusses des Ministerrates über die StPB
aaO. Vgl. zur Organisation und Arbeitsweise der StPB auch Hamel, Das
sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus, S. 154
bis 158.

462) Vgl. Tippmann, Diss. aaO. S. 76.

Ein der äußeren Form nach der StPB vergleichbares Organ findet sich auch in den Betrieben der Bundesrepublik.

Nach § 67 Abs. 1 BVG wird in allen Unternehmen mit mehr als hundert AN ein Wirtschaftsausschuß gebildet. Er ist, wie die StPB, ein ständiges Organ und hat Anspruch auf Unterrichtung über die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Unternehmens anhand der entsprechenden Unterlagen (§ 67 Abs. 2 BVG).

Aus der Pflicht zur vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Unternehmer folgt, daß auch der Wirtschaftsausschuß den Unternehmer zu informieren hat, z.B. über die Einstellung der Belegschaft zu geplanten unternehmerischen Maßnahmen etc.⁴⁶³⁾ Er kann dem Unternehmer auch von sich aus Anregungen und Hinweise für eine zweckdienliche Unternehmensführung geben. Der Wirtschaftsausschuß wird daher seiner Aufgabe erst dann gerecht, "wenn zur gegenseitigen Unterrichtung (auf die der Gesetzeswortlaut sich beschränkt) eine gemeinsame Beratung hinzukommt".⁴⁶⁴⁾

Wie der StPB kommt daher auch dem Wirtschaftsausschuß die Bedeutung eines Beratungsorganes zu.⁴⁶⁵⁾

Sobald man freilich über den rein formalen Begriff beider Institute als Beratungsorgane hinaus konkrete Untersuchungen über das Wesen und die Funktion dieser Organe innerhalb der jeweiligen Wirtschaftsordnung anstellt, ergeben sich grundlegende Unterschiede.

Die Beteiligung der AN in den StPB bezweckt, die Erfahrungen und Erkenntnisse der AN in den Dienst der plangemäßen Durchführung des betrieblichen Produktionsprozesses zu stellen. Mitwirkung bedeutet daher Realisierung einer vom Willen und der Einflußnahme der AN unabhängigen Entscheidung der Staatführung, die im Plangesetz verbindlich vorgegeben ist.

Beteiligung der AN im Rahmen des Wirtschaftsausschusses nach dem Betriebsverfassungsgesetz dagegen bedeutet Mitwirkung bei der Vorbereitung und Beratung der unternehmerischen Entscheidung.⁴⁶⁶⁾ Sie soll die AN durch die Beteiligung bei der Willensbildung im Unternehmen an die Mitverantwortung für die gemeinsame Arbeit heranzuführen.⁴⁶⁷⁾

463) Vgl. Neumann-Duesberg, Betriebsverfassungsrecht, S. 584.

464) So Neumann-Duesberg aaO.

465) Vgl. Fitting-Kraegeloh, Betriebsverfassungsgesetz, Kommentar, A 2 und 7 zu § 67 BVG; Neumann-Duesberg aaO. spricht hier von einem "beratendem Gremium".

466) Vgl. Galperin-Siebert, Kommentar zum Betriebsverfassungsgesetz, 4. Aufl., A 37 vor § 49 BVG.

467) So Galperin-Siebert aaO. A 11 zu § 67 BVG.

Diese Zielrichtung der AN-Beteiligung rechtfertigt sich aus der Grundentscheidung für das Prinzip der freien Entfaltung des einzelnen auch im wirtschaftlichen Bereich. Denn im Rahmen der auf das Arbeitsverhältnis beschränkten wirtschaftlichen Einflußsphäre ist eine freie persönliche Entfaltung auch des einzelnen AN nur denkbar durch die Teilhabe an der Willensbildung und Verantwortung für das Wohlergehen des gemeinsamen Betriebes. Die Unterschiede im Wesen und der wirtschaftlichen Funktion beider Beteiligungsorgane finden ihre letzte Erklärung daher in den differierenden Wirtschaftsordnungen.

II. Die inhaltliche Ausgestaltung der AN-Beteiligung in den StPB entsprechend den Erfordernissen der Planwirtschaft

1. Inhalt und Aufgabe der AN-Mitwirkung im Wirtschaftsausschuß auf der Grundlage der marktwirtschaftlichen Ordnung

Man kann annehmen, daß neben dem Unternehmer auch die AN im Rahmen der Möglichkeiten des Arbeitsverhältnisses zur freien und persönlichen Entfaltung berufen sind, so ist denkbar, daß beide Teile die ihnen eingeräumte Freiheit unabhängig voneinander verwirklichen und auseinanderstreben. Dies müßte sich nachteilig auf die Leistungsfähigkeit des Betriebes auswirken mit der Folge, daß er sich auf dem Markte nicht mehr behaupten könnte.

Die von der Einheit des einzelnen ausgehende marktwirtschaftliche Ordnung muß daher zugeben gewährleisten, daß die Betriebspartner im Interesse der Funktionsfähigkeit des Betriebes zusammenarbeiten.

Dieser Anforderung der Wirtschaftsordnung entspricht die rechtliche Regelung des § 6 Abs. 1 BVG, der die Generalklausel des § 19 Abs. 1 BVG für die Mitwirkung der AN im Wirtschaftsausschuß konkretisiert. Aufgabe der AN-Mitwirkung im Wirtschaftsausschuß der Betriebe ist danach auch die Förderung einer vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Betriebsrat und Unternehmer. Ihr Inhalt ist daher der Ausgleich unterschiedlicher Interessen von Unternehmer und Belegschaft mit dem Ziel der Einigung und Vorbereitung einer gemeinsamen Willensbildung im Unternehmen. Die Beteiligung der AN im Wirtschaftsausschuß bedeutet daher Integration von Unternehmer und Belegschaft im Interesse des gemeinsam verfolgten wirtschaftlichen Zweckes. ⁽⁴⁶⁸⁾

468) Vgl. im Ergebnis, Galperin-Siebert, aaO., A 12, 14 zu § 67 BVG.

Dieser Aufgabe der AN-Beteiligung entspricht auch die Zusammensetzung des Wirtschaftsausschusses nach dem sog. Einheitsprinzip, denn die Hälfte der über bis acht Mitglieder wird vom Betriebsrat, die andere Hälfte vom Unternehmer bestimmt (§ 68 BVG).

2. Die Aufgabenbereiche der StPB

Auf der Grundlage des planwirtschaftlichen Systems werden für die Beteiligung der AN in den StPB dagegen Gesichtspunkte maßgebend sein müssen, die dieser Wirtschaftsordnung angemessen sind.

Gemäß § 17 Abs. 2 Satz 1 ACB befassen sich die StPB mit folgenden Aufgabenbereichen:

- a) Planaufstellung
- b) Planerfüllung
- c) Plankontrolle.

Der Tätigkeitsbereich der StPB und damit die Beteiligung der AN erstreckt sich daher praktisch auf alle Seiten des planwirtschaftlichen Produktionsprozesses.

"Es gibt kein Problem der staatlichen Leitung der Produktion, zu dem die StPB nicht das Recht besitzt zu beraten, zu kontrollieren, ihre Vorschläge, Empfehlungen und Kritik ... zu unterbreiten." 469)

a) Planaufstellung

Auf dem Gebiete der Planausarbeitung sind die StPB in den Abteilungen sowie die Produktionsberatungen in den Meisterbereichen und Brigaden die organisatorische Grundlage für die Durchführung der Plandiskussion.

In diesen Gremien wird der Planvorschlag der Einzelbetriebe zum Volkswirtschaftsplan (Betriebsprojektplan) mit der Belegschaft diskutiert. Die Plandiskussion mit den AN ist die wichtigste Etappe der betrieblichen Planung. 470)

469) So Tippmann, Die Ständigen Produktionsberatungen - wichtigste rechtliche Form der Verwirklichung der unmittelbaren Teilnahme der Werktätigen an der Leitung der Produktion in den sozialistischen Betrieben der DDR, Diss. S. 125.

470) Vgl. oben § 2 A II, III. -

Die Wirkungsweise der StPB in diesem Bereich wird an folgendem Beispiel aus dem VEB Waggonbau Ammendorf deutlich (vgl. Brückner, Sperling, Eine breite Teilnahme an der Leitung der Produktion sichern, Arb 1960 Nr. 11, S. 44, 45). In diesem Betrieb wurde die Diskussion des Betriebsplanes durch eine Tagung der zentralen StPB eingeleitet. Der Betriebsleiter gab einen Bericht über den von der Planungsabteilung aufgrund der Orien-

b) Planerfüllung

Auf dem Gebiet der Planerfüllung erweist sich die StPB vor allem als Instrument zur Förderung und Unterstützung der Beteiligungsformen des sozialistischen Wettbewerbs, der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und der Neuererbewegung.⁴⁷¹⁾

So erarbeiten die StPB z.B. Schwerpunkte für die Tätigkeit der AN im sozialistischen Wettbewerb. Sie tragen Sorge dafür, daß der Betriebsleiter regelmäßig Bericht darüber erstattet, wie die von ihm im BKV übernommenen Verpflichtungen zur Unterstützung des sozialistischen Wettbewerbs eingeleistet werden. Darüber hinaus setzen sich die StPB dafür ein, daß die Bereichsleiter, insbesondere die Meister, die Pläne bis auf den letzten Arbeitsplatz aufschlüsseln und den Fertigungsablauf reibungslos organisieren. Auf diese Weise tragen sie dazu bei,

Fortsetzung der Fußnote 470) von Seite 143:

tierungsziffern ausgearbeiteten Projektplanentwurf und erläuterte die wichtigsten Kennziffern. Das Ziel dieser Beratung war, alle Mitglieder der StPB mit dem Entwurf und seinen Schwerpunkten vertraut zu machen. Danach erfolgte innerhalb von zwei Wochen die Plandiskussion in den StPB der Abteilungen und Bereiche, in deren Mittelpunkt die Rationalisierungsmaßnahmen des Planes Neue Technik, Planteil II (TOM), standen. Hier berichteten die Bereichsleiter unter Hervorhebung der besonderen Aufgaben ihres Bereiches. In der Diskussion wurden bereits zahlreiche Vorschläge zum TOM-Plan von den Mitgliedern der StPB abgegeben. Der nächste Schritt bestand darin, daß die Mitglieder der StPB in ihren Gewerkschaftsgruppen den Projektplan erläuterten und über den Stand der bisherigen Beratungen berichteten. Das Ergebnis der Diskussionen in den Gewerkschaftsgruppen bestand in einer Vielzahl weiterer Vorschläge. Zu den 60 ursprünglich von der Betriebsleitung vorgesehenen Rationalisierungsmaßnahmen konnten auf diese Weise noch 50 neue Vorschläge der AN in den TOM-Plan zusätzlich aufgenommen werden. Anschließend traten die StPB der Abteilungen erneut zusammen, berieten über die von den Arbeitern in den Gewerkschaftsgruppen vorgebrachten Vorschläge, faßten sie zusammen und leiteten sie der zentralen StPB zu. Alle im laufenden Planjahr zu realisierenden Vorschläge wurden nun in den zweiten Entwurf des TOM-Planes aufgenommen, der von der zentralen StPB abschließend beraten wurde.

471) Vgl. Speter, Klampfl, Herrmann, Endler, Die Aufgaben des Betriebes und die Grundfragen seiner Leitung, S. 62; Thiel, Pogoda, Aufgaben und Arbeitsweise der Ständigen Produktionsberatungen in Verwirklichung des Gesetzbuches der Arbeit, ArbR 1961 S. 211.

die Voraussetzungen für die erfolgreiche Durchführung der Wettbewerbe zu schaffen und die Brigaden bei der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen zu unterstützen. 472)

Den entscheidenden Beitrag im Dienste des sozialistischen Wettbewerbs leisten die Produktionsberatungen jedoch als organisatorische Basis für die Vermittlung und Verallgemeinerung der Erfahrungen der Besten. 473)

Die Förderung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit durch die StPB erfolgt einmal dadurch, daß sie sich in der Praxis für die Bildung sozialistischer Arbeitsgemeinschaften einsetzen. 474) Entscheidend ist jedoch ihre Bedeutung als "Forum eines wissenschaftlichen Erfahrungsaustausches und Meinungsstreites". 475)

Die im großen Kollektiv der StPB vorhandenen reichen Erfahrungen der besten Facharbeiter, Meister und Ingenieure sollen den sozialistischen Arbeitsgemeinschaften helfen, die technisch und wirtschaftlich nutzvollste Lösung ihrer Aufgabenthemen zu finden.

Auf dem Gebiet der Neuererbewegung setzen sich die StPB für eine Verkürzung der Bearbeitungs- und Realisierungsdauer von Verbesserungsvorschlägen ein. Als gute Methode hat sich in der Betriebspraxis ferner erwiesen, von Zeit zu Zeit alle abgelehnten Verbesserungsvorschläge in enger Zusammenarbeit mit dem Neuerer aktiv nochmals zu überprüfen. 476) Die Arbeit der StPB soll sich hier als zusätzliches Sicherungsmittel auswirken mit dem Ziel, auch den letzten Verbesserungsvorschlag für die Erfüllung des Planes und damit für die Volkswirtschaft nutzbar zu machen. 477)

c) Plankontrolle

Nach der Bestätigung des Betriebsplanes tritt die Aufgabe der StPB in den Vordergrund, die Planerfüllung systematisch zu kontrollieren.

Im Mittelpunkt der Kontrolltätigkeit der StPB steht - als Schlüssel und Garant für die Erfüllung des Betriebsplanes - der Plan Neue Technik. Entscheidend für die

472) Vgl. Thiel, Pogoda ebenda.

473) Vgl. Günzel, Fragen der Einzelleitung der VVB, StJR 1962, S. 630.

474) Vgl. Tippmann, Diss. aaO. S. 167.

475) So Tippmann ebenda.

476) Vgl. Otte, Kranke, Reeck, Kennst Du das Gesetzbuch der Arbeit? S. 44; Tippmann, Diss. aaO. S. 156.

477) So ist es im Reichsbahnausbesserungswerk Schonewende der StPB z. B. gelungen, durch eingehende Prüfung von 15 abgelehnten Vorschlägen noch neun mit einer Einsparung von ca. DM 60.000, -- zu realisieren (vgl. Gedde, in: Gedanken über die Arbeit der Ständigen Produktionsberatungen, S. 29).

Funktion der Kontrolle in der Planwirtschaft und damit auch für die Tätigkeit der StPB in diesem Bereich ist, daß die AN aktiv und positiv verändernd Einfluß auf die Produktionsentwicklung nehmen und sich nicht auf eine passive Registrierung der Vorgänge beschränken. ⁴⁷⁸⁾

3. Die Wirkungsweise der AN-Beteiligung in den StPB

Diese umfassenden und komplizierten Aufgaben sind von den AN in den StPB nur zu bewältigen, wenn sie auf die zur Beratung anstehenden Probleme entsprechend vorbereitet werden und wenn es gelingt, nicht nur die Mitglieder der StPB, sondern möglichst alle AN im Betrieb für die Lösung dieser Aufgaben zu mobilisieren.

Zu diesem Zweck wird angestrebt, die Sitzungen der StPB so vorzubereiten, daß die Diskussion der zur Tagesordnung anstehenden Fragen die ganze Belegschaft erfaßt und die eigentliche Beratung der StPB nur ihren Höhepunkt und Abschluß bildet. ⁴⁷⁹⁾

Erreicht werden soll dieses Ziel einmal durch eine entsprechende Propaganda mittels Betriebszeitung, Betriebsfunk, Flugblätter etc. Zum anderen aber auch durch eine auf dieses Ziel ausgerichtete Gestaltung der Wirkungsweise der AN-Mitwirkung in den StPB.

a) Die zeitweiligen Kommissionen der StPB

Ein wichtiges Mittel, die Sitzungen der StPB vorzubereiten, besteht darin, daß der Ausschuß der StPB aus den Mitgliedern zeitweilige Kommissionen bzw. Arbeitsgruppen bildet, die bestimmte Probleme untersuchen und über das Ergebnis in der Beratung berichten. ⁴⁸⁰⁾

Die Hauptaufgabe dieser Kommissionen ist wohl darin zu sehen, daß sie die AN zu einer besonders intensiven Mitwirkung an der Lösung der Aufgaben der StPB führen. "Es ist eine Methode, die Aktivität der Mitglieder zu organisieren, ihre Initiative, Fähigkeiten und Talente an der Erfüllung konkreter Aufträge wachsen und entfalten zu lassen". ⁴⁸¹⁾

478) Vgl. Tippmann, Diss. aaO. S. 151. - Für die Mitwirkung der AN bei der Plankontrolle und ihre Funktion in der planwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung vgl. unten § 4.

479) Vgl. Tippmann, Diss. aaO. S. 254.

480) Vgl. Abschnitt I Abs. 6 des Beschlusses über die StPB (GBI. 1959 S. 329).

481) So Tippmann, Diss. aaO. S. 257.

- b) Die Mitglieder der StPB als Mittler der Erfahrungen und Kenntnisse der Belegschaft für die Aufgaben der StPB

Von großer Bedeutung für die Wirkungsbreite der StPB ist schließlich die Bestimmung des Abschnitts II Abs. 8 des Beschlusses über die StPB.

Danach sind die Mitglieder der StPB verpflichtet, aktiven Anteil an der Erläuterung der Beschlüsse unter der Belegschaft zu nehmen und die AN für die Durchführung dieser Beschlüsse zu mobilisieren. Dem dienen insbesondere individuelle Aussprachen der Mitglieder der StPB mit ihren Arbeitskollegen in den Meisterbereichen und Brigaden sowie ihre Teilnahme an den Gewerkschaftsversammlungen. Gefördert werden diese Aussprachen dadurch, daß jede Gewerkschaftsgruppe und in der Regel jede Brigade und sozialistische Arbeitsgemeinschaft mindestens einen Vertreter in der StPB hat. Diese Mitglieder sind daher die wichtigsten vermittelnden Glieder, über die die StPB mit allen AN in den einzelnen Arbeitsbereichen verbunden sind. ⁴⁸²⁾ Über sie haben alle AN die Möglichkeit, ihre Meinung und Vorschläge zu den Beratungsthemen darzulegen, neue Fragen aufzuwerfen, mit denen sich die StPB dann zu befassen haben. Die AN können den Mitgliedern der StPB auch konkrete Aufträge erteilen, über deren Erfüllung diese dann in der Brigade zu berichten haben. ⁴⁸³⁾

Auf diese Weise sollen alle Betriebsangehörigen unmittelbar in die Produktionsberatungen einbezogen werden. Man erhofft, hierdurch die Wirksamkeit dieser Beratungsorgane zu erhöhen, da die Beschlüsse der StPB in diesem Falle von den Erfahrungen, Kenntnissen und Fähigkeiten des gesamten Betriebskollektivs getragen würden. Die so erarbeiteten kollektiven Empfehlungen waren in besonderem Maße geeignet, die allseitige Erfüllung der betrieblichen Pläne und damit die Realisierung des zentralen Volkswirtschaftsplanes zu fördern.

III. Die rechtliche Ausgestaltung der Beteiligung der AN in den StPB

1. Das Mitwirkungsrecht der AN im Wirtschaftsausschuß gemäß § 67 Abs. 2 BVG

Die rechtliche Ausgestaltung der AN-Mitwirkung im Wirtschaftsausschuß, dem vergleichbaren Mitwirkungsorgan in den Betrieben der Bundesrepublik, ist durch § 67 Abs. 2 BVG gekennzeichnet.

482) Vgl. Tippmann, Diss. S. 266.

483) Vgl. Tippmann, Diss. S. 267.

Nach dieser Vorschrift hat der Wirtschaftsausschuß Anspruch auf Unterrichtung über alle wirtschaftlichen Angelegenheiten des Unternehmens anhand der Unterlagen. Die Befreiung der Arbeiter stellt hier und typischerweise als das Recht der AN, vom Unternehmen ein bestimmtes Tun (Anforderungen) (§ 104 Abs. 1 BGG), freizustellen (Produktions- und Arbeitsmethoden, das Produktionsprogramm, die wirtschaftliche Lage des Unternehmens, die Produktions- und Absatzlage und unter sonstige Vorgänge, welche die Interessen der AN wesentlich berühren, unterrichtet zu werden.

Nach der vom Gesetzgeber getroffenen Meinung besteht die AN im Bereich der wirtschaftlichen Angelegenheiten daher keine Mitbestimmungsrechte, denn die unternehmerischen Entscheidungen sind in ihrer Rechtswirksamkeit von einem Mitwirkungsakt der AN unabhängig. (485)

Durch die Verpflichtung des Unternehmens, den Wirtschaftsausschuß anhand der Unterlagen über Unternehmensfragen zu unterrichten, wird der AN in die Lage versetzt, um das erforderliche Material und damit die Voraussetzungen für eine eigene Meinungsbildung in allen anstehenden, allgemein wirtschaftlichen, Diskussionen und Beratung der Probleme mit Wirtschaftsausschuß mit gleichberechtigter und Unternehmen wiederum darüber informiert, welche Einstellung die wirtschaftlich geplanten unternehmerischen Absichten einnimmt. Darüber hinaus kann der Wirtschaftsausschuß dem Unternehmer Hinweise und Anregungen geben, wie die geplanten Maßnahmen im Interesse beider Partner weiter verbessert werden können. Das Ziel der Befreiung der AN ist daher die gegenseitige Unterrichtung und der wechselseitige Gedankenaustausch in Form einer gemeinsamen Beratung der anstehenden Probleme. (486) Die Mitwirkung der AN wird somit in dem der eigentlichen Entscheidung vorgelagerten Stadium der unternehmerischen Willensbildung wirksam.

484) So § 67 Abs. 3 BVG.

485) Es ist nicht Aufgabe dieser Untersuchung aufzuzeigen, ob die vom Bundesgesetzgeber hier getroffene Bewertung im einzelnen den Anforderungen des freiheitlichen Wirtschaftssystems in vollem Umfang entspricht. Es ist festzustellen, daß die Landesgesetzgeber zum Teil abweichende Bewertungen getroffen hatten. Vgl. z.B. Artikel 37 Abs. 2 der Verfassung des Landes Hessen (GVBl. 1946 S. 229) und das darauf beruhende Betriebsrätegesetz des Landes Hessen vom 31. Mai 1948 (GVBl. 1948 S. 117). Danach waren die Betriebsvertretungen dazu berufen, gleichberechtigt mit dem Unternehmer in sozialen, persönlichen und auch wirtschaftlichen Fragen des Betriebes mitzubestimmen (vgl. §§ 36, 52 bis 55 des Betriebsrätegesetzes aaO.).

486) Vgl. Neumann-Duesberg, Betriebsverfassungsrecht, S. 584; Calperin-Siebert, aaO. A 12 zu § 67 BVG.

Dies ändert jedoch nichts daran, daß die AN auch hier in einem Bereich eingeschaltet werden, der für die Führung des Unternehmens von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Im Gegensatz dazu haben die AN in den StPB der zentral geplanten Betriebe Mitteldeutschlands an der Betriebsführung keinen Anteil. Sie bestimmen sich im wesentlichen nach dem vom Willen der AN unabhängigen Wirtschaftsplan. Aufgabe der AN in den StPB ist es vielmehr, den Betriebsleiter bei der Beseitigung von Schwierigkeiten, die der Durchführung der im Plangesetz beschlossenen wirtschaftlichen Entscheidungen im Wege stehen, zu beraten. Kennzeichnend für diese Funktion der AN-Beteiligung ist die in § 2 Abs. 2 AGB normierte Pflicht der AN, auch in den StPB bei der Planrealisierung mitzuwirken.

Wenn auch die Beteiligung der AN im Wirtschaftsausschuß nach dem Betriebsverfassungsrecht der Bundesrepublik nicht als Mitbestimmungsrecht ausgestaltet ist, so kann doch im Unterschied zur Regelung in den Betrieben Mitteldeutschlands an der Qualifikation dieser Mitwirkung als Mitwirkungsrecht⁴⁸⁷ kein Zweifel bestehen.

Verweigert nämlich der Unternehmer den AN die Erfüllung des ihnen nach § 67 Abs. 2 BVG zustehenden Anspruchs auf Unterrichtung und kommt es zwischen Unternehmer und Betriebsrat nicht zu einer Einigung, dann entscheidet die Einigungsstelle verbindlich (§ 77 Abs. 2 BVG). Der Spruch der Einigungsstelle stellt rechtsverbindlich fest, ob das Auskunftsverlangen der AN berechtigt ist oder nicht.⁴⁸⁷⁾ Ist es berechtigt, so kann der Betriebsrat aufgrund dieses Beschlusses der Einigungsstelle gemäß § 92 Abs. 1 Buchstabe i BVG beantragen, daß dem Unternehmer seitens des Arbeitsgerichts die Verpflichtung zur Auskunfterteilung auferlegt wird. Aus den rechtskräftigen Beschlüssen des Arbeitsgerichts kann gemäß § 85 ArbGG in Verbindung mit § 888 ZPO die Zwangsvollstreckung betrieben werden.

Daneben ist ferner eine Geldstrafe oder Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten vorgesehen, falls der Unternehmer durch die Verweigerung der Auskunft vorsätzlich die Tätigkeit des Wirtschaftsausschusses hindert oder stört (§ 78 Abs. 1 Buchstabe b BVG).

Diese rechtliche Ausgestaltung der Mitwirkung der AN im Wirtschaftsausschuß zeigt, daß der Gesetzgeber den AN hier im Rahmen der unternehmerischen Willensbildung einen Bereich zu ihrer freien Entfaltung zuerkannt hat, in dem sie ihre Interessen und Auffassungen mit rechtlichen Mitteln auch gegen den Willen des Unternehmers verwirklichen können.

⁴⁸⁷⁾ Vgl. Galperin-Siebert, A 18 c zu § 50 BVG.

Sie erklärt sich damit letztlich aus der Grundentscheidung der Staatsführung für die freie Entfaltung der Einzelpersonlichkeit. Dieses Grundprinzip muß - soll es alle Lebensbereiche des Menschen erfassen - auch das gesamte Wirtschaftsleben beherrschen. Im Rahmen des auf das Arbeitsverhältnis begrenzten wirtschaftlichen Einflußbereichs der AN äußert es sich hier als Teilhabe an der Willensbildung im Unternehmen und damit an der Verantwortung für das Wohl des gemeinsamen Unternehmens.

2. Die rechtliche Tragweite der AN-Mitwirkung in den StPB im Verhältnis zum Prinzip der Einzelleitung und persönlichen Verantwortung des Betriebsleiters

Die rechtliche Tragweite der Mitwirkung der AN in den StPB ist dadurch gekennzeichnet, daß die StPB als Organ der Betriebsgewerkschaftsorganisation ⁴⁸⁸ "nicht vom Standpunkt der Verantwortung der staatlichen Leiter, sondern vom Standpunkt der Verwirklichung der spezifischen gewerkschaftlichen Aufgaben" ⁴⁸⁹ an der Leitung der Betriebe teilnimmt.

Art und Charakter der gewerkschaftlichen Aufgaben im Betrieb lassen sich anhand der Enumeration des § 12 AGB bestimmen. Danach steht im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Tätigkeit in den Betrieben die "Organisation der schöpferischen Mitwirkung aller Werktätigen an der Ausarbeitung und Erfüllung der Pläne und an der Leitung des Betriebes ..." § 12 Abs. 1 AGB⁴⁹⁰. Die gewerkschaftliche Arbeit schafft daher, wie aus § 9 Abs. 1 AGB zu entnehmen ist, lediglich die Voraussetzungen und Hilfsmittel dafür, daß der Betriebsleiter der ihm allein obliegenden Verantwortung für die Erfüllung der Betriebsaufgaben ^{490a} nachkommen kann.

Diese Funktion der gewerkschaftlichen Tätigkeit muß daher auch in der Aufgabenstellung der StPB als Organ der Betriebsgewerkschaftsorganisation den entsprechenden Niederschlag finden.

Die Steuerung aller wirtschaftlichen Vorgänge in einem zentralen Volkswirtschaftsplan erfordert innerhalb der dem Plan unterworfenen Betriebe auch eine zentrale Lokalisierung der Verantwortlichkeit für die exakte "Vollstreckung" der

488, Nach § 17 Abs. 1 Satz 1 AGB sind die StPB gewählte Organe der Betriebsgewerkschaftsorganisation. Die Mitglieder der StPB sowohl des Gesamtbetriebs wie der Abteilungen werden von Belegschaftsversammlungen der entsprechenden Betriebe gewählt (vgl. Abschnitt I Abs. 3 des Beschlusses über die StPB - BGBl. 1959 I S. 329 -).

489) So Tippmann, Diss. S. 127.

490) Vgl. § 8 Abs. 1 Satz 2 AGB.

vorgegebenen Planaufgaben. ⁴⁹¹⁾ Die Mitwirkung der AN darf daher nicht dazu führen, daß neben dem Betriebsleiter auch die AN an der Verantwortung für die Plandurchführung beteiligt werden.

Dem entspricht es, wenn nach § 17 Abs. 2 Satz 2 AGB die Aufgabe der StPB darin besteht, sich kritisch mit der Organisation der Produktion auseinanderzusetzen, Mängel aufzudecken, zu helfen, sie zu überwinden und Vorschläge zu unterbreiten mit dem Ziel, die höchsten Ergebnisse in der Arbeit zu erreichen. Diese beratende Tätigkeit der AN in den StPB ist somit darauf gerichtet, die staatlichen Leiter der Betriebe durch die Erschließung und Nutzung der Produktionserfahrungen, die Initiative des gesamten Betriebskollektivs, und die Hinlenkung der AN auf die Lösung der betrieblichen Planaufgaben zu unterstützen. ⁴⁹²⁾

Die so verstandene Mitwirkung der AN ermöglicht es der staatlichen Betriebsleitung, "ihre verantwortliche Funktion gestützt auf die Weisheit und Energie des Kollektivs auszuüben und sichert, daß alle wichtigen Probleme der Planung und Durchführung der Produktion tiefgründig, alle Zusammenhänge und Auswirkungen berücksichtigend, untersucht und komplex gelöst werden". ⁴⁹³⁾

Kennzeichnend für die Mitwirkung der AN in den StPB ist daher die rechtliche Stellung dieser Gewerkschaftsorgane als "Vollstreckungsgehilfen des staatlichen Arbeitgebers". ⁴⁹⁴⁾

3. Die rechtliche Bedeutung der Beschlüsse der StPB

Die rechtliche Tragweite der AN-Beteiligung in den StPB wird besonders sichtbar bei der Untersuchung der von der StPB gefaßten Beschlüsse.

Gemäß § 17 Abs. 1 Satz 2 AGB fassen die StPB auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen und des Betriebsplanes die Ergebnisse ihrer Beratungen in Beschlüssen zusammen.

491) Vgl. insbesondere Thamm, Die sozialistische Leitung der Industrie in der DDR, 2. Aufl., S. 70, 97.

492) Vgl. Tippmann, Diss. S. 201; Thiel, Pogoda, Aufgabe und Arbeitsweise der Ständigen Produktionsberatungen in Verwirklichung des Gesetzbuches der Arbeit aaO. S. 211. Vgl. auch Bulla, Die Entwicklung des Arbeitsrechts in der SBZ S. 172.

493) So Tippmann, Diss. S. 202; vgl. auch Tippmann, Thiel, Pogoda, Zu dem Wesen, der rechtlichen Stellung und Arbeitsweise der Ständigen Produktionsberatungen, StuR 1961 S. 1271 ff (1288).

494) So Mampel, Sozialpolitik in Mitteldeutschland, S. 18.

In diesen Beschlüssen betriebsleitende Entscheidungen oder Weisungen sehen zu wollen, steht im Widerspruch zum Prinzip der Einzelleitung des § 8 Abs. 1 Satz 2 AGB sowie dem in § 8 Abs. 1 Satz 1 AGB festgelegten Weisungsrecht des Betriebsleiters und seiner leitenden Mitarbeiter.

Auch aus § 17 Abs. 3 Satz 2 AGB ist nichts anderes zu entnehmen. Nach dieser Vorschrift sind die Betriebsleiter verpflichtet, "wenn diese Beschlüsse der StPB zu verwirklichen".

In der Praxis wird diese Regelung zum Teil noch mißverstanden. So erhält z. B. der Betriebsleiter der Elektrotechnik (Ean. 1961) vom StPB den Auftrag, bestimmte Sparsätze zu beschaffen (495). In VmdB 1961 (1960) 10000 wird beispielhaft die unvollständige Betriebsleitung, die Materialanforderung planmäßig zu organisieren (496). Aus diesen Beispielen ist zu erkennen, daß verschiedene StPB den gewissermaßen kollektiven Leitung des Betriebs betrachten, die dem Betriebsleiter beigegeben ist. Dem Betriebsleiter wird dabei die Rolle eines ausführenden Organs der StPB beigemessen.

Leitungskollektive an der Spitze der Betriebe sind aber im planwirtschaftlich gelenkten Produktionsprozeß nicht tragend. Die strikte Ausführung des vom zentralen Volkswirtschaftsplan ausgehenden Befehls wird durch die Befehle eines Leitungskollektivs nur unnötigerweise in Frage gestellt. Damit wird deutlich, daß diese Auffassungen in § 17 Abs. 3 Satz 2 AGB keine Stütze finden können.

Diese Vorschrift ist vielmehr in Zusammenhang mit § 17 Abs. 1 Satz 2 AGB zu sehen, wonach die StPB ihre Beschlüsse auf der Grundlage der gesetzlichen Bestimmungen zu fassen haben. Zu diesen von der StPB zu beachtenden gesetzlichen Vorschriften gehört aber auch die Bestimmung des § 8 Abs. 1 Satz 2 und 3 AGB, also das Prinzip der Einzelleitung und persönlichen Verantwortung des Betriebsleiters. Gemäß den Statuten der volkseigenen Betriebe besitzen die Betriebsleiter im Rahmen der bestätigten Betriebspläne und der allgemeinen gesetzlichen Bestimmungen auch die umfassende und alleinige Entscheidungsbefugnis in allen Betriebsangelegenheiten. (497)

Daraus folgt, daß die Beschlüsse der StPB keinesfalls in die Einzelleitung des Betriebsleiters eingreifen dürfen. Aus der Pflicht der Betriebsleiter, die Beschlüsse der StPB zu verwirklichen, kann daher keine Unterordnung dieser staatlichen Leiter unter die StPB hergeleitet werden. (498) Die Beschlüsse der StPB drücken

495) Vgl. Arb 1960 Nr. 9 S. 52.

496) Vgl. Arb 1961 Nr. 3 S. 23.

497) Vgl. § 1 des Statutes der zentral geleiteten Betriebe der Volkseigenen Industrie in der DDR vom 7. August 1952 (MinBl. 1952 Nr. 38 S. 137).

498) Vgl. Tippmann, Diss. S. 200.

vielmehr den Willen und die Meinung der Kollektive des Gesamtbetriebs oder der Abteilungen zu bestimmten Fragen der Produktion aus. Demnach der Aufgabenstellung der StPB werden dem Betriebsleiter dann diejenigen Maßnahmen zur Durchführung empfohlen, die die StPB zur Lösung anstehender Probleme und zur Verbesserung der Produktionsverhältnisse im zweckmäßig und notwendig erachteten. Die Durchführung dieser Vorschläge liegt jedoch im alleinigen Hand des Betriebsleiters.

§ 17 Abs. 3 in Verbindung mit Abs. 1 AGB ist somit dahin auszulegen, daß den Beschlüssen der StPB auch rechtlich der Charakter von kollektiven Empfehlungen zukommt. ⁴⁹⁹⁾

Auf der anderen Seite besitzen die Beschlüsse der StPB jedoch gemäß § 17 Abs. 3 Satz 2 AGB sowie Abschnitt III Abs. 5 des Beschlusses über die StPB ⁵⁰⁰⁾ die rechtliche Eigenart, daß sie die Verpflichtung des Betriebsleiters begründen, auf den in ihnen enthaltenen Vorschlägen Stellung zu nehmen.

Die Betriebsleiter sind somit in ihren Entscheidungsbefugnissen nicht uneingeschränkt; sie sind aber auch nicht berechtigt, die Beschlüsse der StPB nach eigenem Belieben durchzuführen oder nicht, sondern haben die darin enthaltenen Vorschläge oder Kritikpunkte auf Lösungsweg geprüft zu empfangen. ⁵⁰¹⁾

Für die Erfüllung dieser Pflicht sind die Betriebsleiter wiederum gegenüber dem jeweils übergeordneten staatlichen Leitungsorgan persönlich verantwortlich. Die StPB besitzen hier das Recht, die Betriebsleiter vor dem zuständigen Wirtschaftsfunktionäre den zuständigen übergeordneten staatlichen Stellen zur Bestrafung vorzuschlagen, die die Beschlüsse der Beratung ignorieren. ⁵⁰²⁾

Aus alledem ist die Schlussfolgerung zu ziehen, daß die Beschlüsse der StPB weder irgendwelche Empfehlungen sondern rechtlich rechtliche Bedeutung nach "kollektive rechenschaftspflichtige Empfehlungen" darstellen. ⁵⁰³⁾

499) Vgl. Tippmann, Diss. S. 17; Axtell, Kollektiv, Die Leitung des Betriebes und die Mitwirkung der Werktätigen, ArbR 1961 S. 133 ff (139); Tippmann, Thiel, Pogoda, aaO. S. 1288; Otte, Kranke, Reeck, Kennst Du das Gesetzbuch der Arbeit, S. 43; Hoffmann, Erste Erfahrungen mit den Ständigen Produktionsberatungen, S. 36; Warnke, Tribüne vom 13. August 1959, Sonderbeilage.

500) Vgl. GBl. 1959 I S. 329 (Anlage).

501) Vgl. Tippmann, Thiel, Pogoda, Zu den Beschlüssen der Ständigen Produktionsberatungen und Arbeitsweise der Ständigen Produktionsberatungen, StuR 1961 S. 1288.

502) Vgl. Abschnitt III Abs. 6 des Beschlusses über die StPB aaO.

503) So Tippmann, Diss. S. 218.

Diese rechtliche Konstruktion wird den Bedürfnissen des zentral gelenkten Produktionsprozesses gerecht. Sie gewährleistet, daß die Produktionserfahrungen und Kenntnisse der gesamten Betriebsbelegschaft für die ständige Erhöhung und Verbesserung der Planerfüllung nutzbar werden, ohne gleichzeitig dem Betriebsleiter die persönliche Verantwortung für die Durchführung der dem Betrieb gestellten Planaufgaben abzunehmen und seine alleinige Entscheidungsbefugnis einzuschränken. 504)

In der Praxis hat sich für die Durchführung der Beschlüsse der StPB folgendes Verfahren bewährt: Der Betriebsleiter, an den sich die konkreten Empfehlungen wenden, bestimmt den für die Realisierung der vorgeschlagenen Maßnahmen Verantwortlichen und legt die entsprechenden Ausführungstermine fest. Auf diese Weise werden die Beschlüsse der StPB in Form detaillierter Arbeitsanweisungen als nunmehr betriebsleitende Entscheidungen des Betriebsleiters in Kraft gesetzt. 505)

IV. Zusammenfassung

Die Mitwirkung der AN in den StPB ist eine wichtige Form der AN-Beteiligung in den zentral geplanten Betrieben Mitteldeutschlands.

Ihr Aufgabenbereich umfaßt den gesamten von zentralen Planungsinstanzen gesteuerten Produktionsprozeß von der Ausarbeitung des betrieblichen Planvorschlags zum Volkswirtschaftsplan über die Durchführung der betrieblichen Pläne bis zu ihrer Kontrolle. Die StPB sind daher sowohl organisatorische Grundlage für die Plandiskussion als auch Instrumente für die Unterstützung und Förderung der Beteiligungsformen des sozialistischen Wettbewerbs, der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und der Neuererbewegung. Die den Erfordernissen der Planwirtschaft angepaßte Wirkungsweise der AN-Mitwirkung in den StPB beruht darauf, daß die StPB als kollektive Beratungsorgane, die Produktionserfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten einer über die Zahl der gewählten Mitglieder hinausgehenden Vielzahl von AN in sich vereinigen.

Diese "kollektive Weisheit" der AN manifestiert sich insbesondere in den Beschlüssen der StPB, die die Ergebnisse der Beratungssitzungen zusammenfassen und dem Betriebsleiter im Interesse der Verbesserung der Produktion konkrete Maßnahmen zur Durchführung empfehlen.

504) Vgl. im Ergebnis Tippmann, Diss. S. 218.

505) Otte, Kranke, Reeck, S. 43; Autorenkollektiv aaO. S. 139.

Der wirtschaftlichen Funktion einer "Vollstreckungshilfe" für den staatlichen Betriebsleiter entspricht auch die rechtliche Ausgestaltung der Beratungsbeschlüsse als "kollektive rechenschaftspflichtige Empfehlungen". Durch diese rechtliche Konstruktion soll gewährleistet werden, daß die durch die Mitwirkung der AN vermittelten Erfahrungen und Fähigkeiten der Belegschaft für die ständige Verbesserung und Erhöhung der betrieblichen Planung und Planerfüllung nutzbar werden, ohne daß durch die Beteiligung der AN die für die Realisierung zentral geplanter Betriebsaufgaben notwendige Alleinverantwortung und alleinige Entscheidungsbezugnis der staatlichen Leiter angetastet wird.

Die Mitwirkung der AN in den Wirtschaftsausschüssen, den vergleichbaren Instituten im Betriebsverfassungsrecht der Bundesrepublik, ist dagegen gerade dadurch gekennzeichnet, daß die Arbeitnehmenschaft an die Mitverantwortung für das Wohl des gemeinsamen Betriebes herangeführt werden soll. Diese Bestrebungen beruhen auf dem marktwirtschaftlichen Grundprinzip der freien Entfaltung des einzelnen, das auch für den AN in den Grenzen des Arbeitsverhältnisses seine Gültigkeit besitzt.

Dieser Bedeutung entspricht die rechtliche Tragweite der AN-Mitwirkung in den Wirtschaftsausschüssen der Betriebe in der Bundesrepublik. Sie ist im Gegensatz zu den Verhältnissen in den zentral geplanten Betrieben Mitteldeutschlands dadurch gekennzeichnet, daß den AN im Rahmen der unternehmerischen Willensbildung ein Bereich eingeräumt ist, in dem sie sich frei entfalten und ihre Interessen und Meinungen mit rechtlichen Mitteln auch gegen den Unternehmer zur Geltung bringen können.

F. DIE ÖKONOMISCHEN KONFERENZEN

I. Die ökonomische Konferenz als Form der Beteiligung der AN in den Betrieben Mitteldeutschlands

Im Gegensatz zu den StPB spielen die ökonomischen Konferenzen in der Praxis nur eine unbedeutende Rolle.

Es handelt sich hierbei im Prinzip um eine mindestens zweimal jährlich stattfindende, "den Gesamtbetrieb umfassende Produktionsberatung" ⁵⁰⁶⁾, an der außer der Betriebsgewerkschaftsleitung und dem Betriebsleiter auch die Leitung der Be-

506) So Schmutzler, Der Betriebskollektivvertrag als staatlich-rechtliches Leitungsinstrument im sozialistischen Betrieb, Diss. S. 375.

etriebsparteiorganisation der SED teilnimmt (§ 18 Abs. 1 Satz 1 AGB).

Diese kraft Gesetzes eingesetzten Träger der ökonomischen Konferenz bestimmen die übrigen Teilnehmer, wie z.B. ausgezeichnete Aktivisten, Neuerer und Brigadiere. Außerdem sind zur Teilnahme auch die Mitglieder der Ausschüsse der StPB in den Abteilungen und die StPB des Gesamtbetriebes berufen, so daß sich auch die ökonomischen Konferenzen als eine Form der Beteiligung der AN in den Betrieben Mitteldeutschlands darstellen. 507)

II. Die Aufgabenbereiche der AN-Mitwirkung in den ökonomischen Konferenzen

Anhand der Vorschriften des Arbeitsgesetzbuches lassen sich zwei Aufgabenbereiche unterscheiden.

Einnmal darf der Betrieb seinen Planvorschlag nur dann an die übergeordneten Planungsorgane weiterleiten, wenn zu diesem die Stellungnahme einer Gewerkschaftsmitgliederversammlung, Vertrauensleute-Vollversammlung oder einer ökonomischen Konferenz vorliegt (§ 10 Abs. 2 AGB).

Zum anderen werden auf den ökonomischen Konferenzen die entscheidenden wirtschaftspolitischen Aufgaben zur Erfüllung des Betriebsplanes beraten und festgelegt (§ 18 Abs. 1 AGB).

1. Die Aufgaben gemäß § 10 Abs. 2 AGB

Nach dem in § 10 Abs. 2 AGB zum Ausdruck gebrachten Willen des Gesetzgebers sollen die betrieblichen Planvorschläge zum Volkswirtschaftsplan als Resultat des kollektiven Handelns und Denkens und damit unter Ausschöpfung der Produktionserfahrungen der AN entstehen. 508)

Die zur Erfüllung dieses Erfordernisses der Planwirtschaft bereitgestellte AN-Beteiligungsform ist die Plandiskussion. Daß der Gesetzgeber neben der Gewerkschaftsmitgliederversammlung alternativ auch die ökonomische Konferenz bei der Verabschiedung des Planvorschlags eingeschaltet hat, ist gewissermaßen als eine Garantie für die angestrebte kollektive Erarbeitung des Planvorschlags zu

507) Vgl. Abschnitt IV Abs. 1 des Beschlusses über die Ständigen Produktionsberatungen in den sozialistischen Betrieben der DDR vom 8. März 1959 (GBI. I S. 329); Hamel, Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus, S. 158.

508) Vgl. Klampfl, Brödel, Richter, Grundfragen der betrieblichen Planung und die Planung des Produktionsprogramms, S. 39; vgl. auch oben § 2 A III 3 b.

werten. Denn für den Fall, daß die Plandiskussion ihre Aufgabe nicht im erforderlichen Umfang erfüllt hat, ist durch die in den ökonomischen Konferenzen beteiligten AN dafür gesorgt, daß die Fähigkeiten und Kenntnisse der AN in den Planvorschlag Eingang finden können.

Die Besonderheit der ökonomischen Konferenz beruht daneben freilich darauf, daß auch die Betriebsparteiorganisation der SED im Rahmen dieses Gremiums Einfluß auf die Ausgestaltung des Planvorschlags gewinnt. Als Glieder der Parteiorganisation sind die Betriebsparteileitungen den Weisungen des Zentralkomitees und Politbüros der SED unmittelbar unterworfen. Dies bedeutet, daß durch die Mitwirkung der Betriebsparteiorganisation bei der Ausarbeitung und Verabschiedung des betrieblichen Planvorschlags die jeweilige politische Zielsetzung der SED im Betriebsplan ihren Niederschlag findet und damit die Schwerpunkte des Planes auch von hierher bestimmt.

2. Die Aufgaben gemäß § 18 Abs. 1 AGB

Im Mittelpunkt der Arbeit der ökonomischen Konferenz steht der Aufgabenbereich aus § 18 Abs. 1 AGB.

Danach werden auf den ökonomischen Konferenzen die entscheidenden wirtschaftspolitischen Aufgaben zur Erfüllung des Betriebsplanes beraten und festgelegt. Die Mitwirkung der AN in diesem Aufgabenbereich ist - wie ihre Beteiligung in den StPB - als kollektiv beratende Tätigkeit ausgestaltet.

Der Unterschied zur Mitwirkung in den StPB beruht im wesentlichen darauf, daß die Beratungstätigkeit der AN in den ökonomischen Konferenzen auf wenige Schwerpunkte, nämlich die entscheidenden wirtschaftspolitischen Aufgaben, konzentriert ist. Als Beispiel für solche Schwerpunktaufgaben nennt § 18 Abs. 1 AGB die Erfüllung des Planes Neue Technik mit dem Ziel der Erreichung und Mitbestimmung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes.

Der nach den Gesetzen der Marktwirtschaft ausgerichteten Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik ist ein der ökonomischen Konferenz vergleichbares Rechtsinstitut schon wegen der damit verbundenen Betätigung politischer Parteien im Betrieb fremd.

Erfahrungsgemäß führt auf der Grundlage des Mehrparteiensystems eine Politisierung des Betriebes leicht zu Spaltungen und Gegensätzen innerhalb der Arbeitnehmerschaft, wodurch das Betriebsklima und das Arbeitsergebnis in Mitleidenenschaft gezogen werden kann.⁵⁰⁹⁾ Es liegt daher im Interesse der Erhaltung leistungsfähiger Betriebe, als den Bauelementen der Marktwirtschaft, wenn gemäß

⁵⁰⁹⁾ So Galperin-Siebert, A 8 zu § 51 BVG; Neumann-Duesberg, S. 448.

§ 51 Satz 2 BVG Arbeitgeber und Betriebsrat jede parteipolitische Betätigung im Betrieb zu unterlassen haben.

III. Die rechtliche Bedeutung der Mitwirkung der AN in den ökonomischen Konferenzen

1. Die rechtliche Tragweite der AN-Beteiligung im Verhältnis zu den Leitungsbefugnissen des Betriebsleiters im Rahmen der ökonomischen Konferenz

Wie aus dem Wortlaut des § 18 Abs. 1 Satz 1 hervorgeht, werden auf den ökonomischen Konferenzen die entscheidenden wirtschaftspolitischen Aufgaben zur Erfüllung des Betriebsplanes "beraten" und "festgelegt".

Danach ist die ökonomische Konferenz keine reine Beratungsorg. Sie nimmt vielmehr auch auf die Durchführung der in den Beratungen erzielten Ergebnisse unmittelbar selbst Einfluss, indem sie die Beschlüsse in Maßnahmen "festlegt". Die Beschlüsse der ökonomischen Konferenz haben daher nicht - wie die der StPB - den rechtlichen Charakter von kollektiven Verbindungen, sondern sind konkrete für den Gesamtbetrieb verbindliche Weisungen. Dies bedeutet freilich nicht, daß auch der Mitwirkung der AN im Rahmen der ökonomischen Konferenz eine andere rechtliche Bedeutung zumessen wäre als ihrer Beteiligung in der StPB.

Die rechtliche Ausgestaltung der Beschlüsse der ökonomischen Konferenz als unmittelbar verbindliche Arbeitsanweisungen erklärt sich daraus, daß der in allen Angelegenheiten der betrieblichen Planerfüllung verantwortliche und zu Weisungen berechnigte Betriebsleiter (§ 8 Abs. 2 Satz 1 AGB) neben der Betriebsparteioorganisation und der Betriebsgewerkschaftsleitung Träger der ökonomischen Konferenz ist. Das bedeutet, daß er bei den Beratungen nicht nur persönlich anwesend ist, sondern daß die Beschlüsse der ökonomischen Konferenz zugleich auch als unmittelbare Willensäußerungen des Betriebsleiters selbst in Erscheinung treten.

Obwohl die Beratungsergebnisse der ökonomischen Konferenz wegen der unmittelbaren Einbeziehung des Betriebsleiters nach außen als einheitliche verbindliche Weisungen in Erscheinung treten, ist bei ihrem Zustandekommen im "Innenverhältnis" dennoch die rechtliche Tragweite der Mitwirkung der AN von der des Betriebsleiters zu unterscheiden. Auch in seiner Eigenschaft als Teilnehmer der ökonomischen Konferenz besitzt der Betriebsleiter die Befugnisse als Einzelleiter gem. § 8 Abs. 1 Satz 2 und Abs. 2 Satz 2 AGB. Die AN und der Betriebsleiter sind daher keine gleichberechtigten Konferenzteilnehmer.

Die in der ökonomischen Konferenz beteiligten AN beraten zwar gemeinsam mit dem Betriebsleiter der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Betriebsparteiorganisation die anstehenden Schwerpunktaufgaben. Rechtlich sind die von den AN im Rahmen der gemeinsamen Beratungen vorgeschlagenen Maßnahmen zur Lösung der Aufgaben jedoch auch hier als kollektive Empfehlungen an den Betriebsleiter zu qualifizieren.

Der Unterschied zu den Empfehlungen der AN in den StPB besteht darin, daß der Betriebsleiter den Beratungsergebnissen der AN auf der ökonomischen Konferenz - falls er damit einverstanden ist - unmittelbar seine Sanktion erteilt und ihnen damit den Charakter verbindlicher betriebleitender Weisungen verleiht.

Die Besonderheit liegt hier somit lediglich darin, daß beide Akte, also Empfehlung der AN an den Betriebsleiter und Übernahme der Empfehlungen als verbindliche Weisungen durch den Betriebsleiter nicht mehr räumlich und zeitlich auseinanderfallen, wie dies für die Beschlüsse der StPB charakteristisch ist. Beide Vorgänge erfolgen im Rahmen der ökonomischen Konferenz gewissermaßen uno actu, so daß nach außen die Beschlüsse von vornherein als verbindliche Weisungen in Erscheinung treten können. Dies ändert jedoch nichts daran, daß bei ihrem Zustandekommen die rechtliche Tragweite der AN-Mitwirkung von den Befugnissen des Betriebsleiters zu unterscheiden ist.

Es kann daher auch keine Rede davon sein, daß etwa der Betriebsleiter in der ökonomischen Konferenz von den AN-Vertretern überstimmt werden kann.

Den Bedürfnissen der Planwirtschaft kommt diese rechtliche Ausgestaltung der Beschlüsse der ökonomischen Konferenz entgegen. Denn die durch die Mitwirkung der AN aufgedeckten Mängel können auf diese Weise unmittelbar abgestellt und die Verbesserung der Arbeit kann direkt organisiert werden. ⁵¹⁰⁾

2. Die Beschlüsse der ökonomischen Konferenz als Ergänzungen des BKV

Wie die rechtliche Untersuchung ergeben hat, sollen durch die kollektive Beratungstätigkeit der AN im Rahmen der ökonomischen Konferenz konkrete Maßnahmen und Methoden zur Erfüllung der "entscheidenden wirtschaftspolitischen Aufgaben" des Betriebsplanes aufgezeigt und dem Betriebsleiter zur Durchführung empfohlen werden. Die rasche Realisierung der von den AN vorgeschlagenen planverwirklichenden Maßnahmen soll durch entsprechende Festlegungen in den rechtsverbindlichen Beschlüssen der ökonomischen Konferenz sichergestellt werden.

510) Vgl. Ziller, die Anwendung der fortgeschrittenen Wirtschaft und die Herstellung der Rentabilität der Industrie. Rede auf der 23. Tagung des ZK der SED, in: Die Wirtschaft 1955, Nr. 16, S. 5.

Damit verbindet sich in den Beschlüssender ökonomischen Konferenz die kollektive Empfehlung der StPB mit der verbindlichen Festlegung konkreter Verpflichtungen zur Planerfüllung, wie sie auch der BKV enthält. Es ist daher folgerichtig, daß die Beschlüsse der ökonomischen Konferenz dieser rechtlichen Ausgestaltung entsprechend in den BKV aufgenommen werden⁵¹¹⁾ der auf diese Weise somit laufend nachträglich ergänzt wird.⁵¹²⁾

G. DIE PRODUKTIONSKOMITEES

Angesichts der zahlreichen und vielfgestaltigen Organisationsformen für die Mitwirkung der AN in den Betrieben besteht die Gefahr, daß bei der Aufgabenstellung Überschneidungen eintreten. Sie können - in der Praxis der Betriebe ist dies wiederholt geschehen - gleiche Aufgaben von verschiedenen Mitwirkungsinstanzen und damit unabhängig voneinander in Angriff genommen werden mit der Folge, daß unnütze Doppelarbeit geleistet wird und die Kräfte zersplittern werden.

Zur Überwindung dieser Schwierigkeiten sind in der Praxis verschiedene Maßnahmen ergriffen worden, um ein zentrales Organ zu schaffen, das in der Lage ist, das Zusammenwirken sämtlicher Mitwirkungsformen zu ordnen, abzuordnen, abzustimmen und auf die Grundprobleme der Planerfüllung zu konzentrieren.

In diesem Zweck werden gegenwärtig in einigen Großbetrieben der DDR, wie z. B. im Kunstseidenwerk "Siegfried Radel" in Pina, nach sowjetischem Vorbild⁵¹³⁾ versuchsweise sog. Produktionskomitees eingesetzt.⁵¹⁴⁾

Wie aus der provisorischen Arbeitsgrundlage dieser Versuche zu entnehmen ist,⁵¹⁵⁾ handelt es sich bei den Produktionskomitees um "das in einer Vertretung

511) Vgl. § 18 Abs. 2 AGB.

512) Vgl. Abschnitt IV Abs. 2 des Beschlusses über die StPB aaO.; Schmutzler, Diss. aaO. S. 375; vgl. für die Aufgaben und Wirkungsweise der ökonomischen Konferenz auch Hamel, Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus, S. 158, 159.

513) Vgl. Keijserow, Über einige Erfahrungen der Organisation und Tätigkeit der Produktionskomitees, Sowjetstaat und Sowjetrecht 1963, Nr. 95, S. 91.

514) Entschließung des 6. FDGB-Kongresses, Arb 1964, Nr. 1, S. 50; Tippmann, Die Bildung der Produktionskomitees in Großbetrieben - ein wichtiger Bestandteil der Entwicklung der sozialistischen Demokratie, StUR 1964, S. 477 ff (479).

515) Vgl. Beschluß des Politbüros des ZK der SED vom 29. Oktober 1963 betreffend "Grundsätze über die Aufgaben und Arbeitsweise der Produktionskomitees in Volkseigenen Großbetrieben", zitiert bei Tippmann, aaO. S. 476,

ensleute-Vollversammlung der Gewerkschaftsorganisation gewählte und ihr rechnungspflichtige Organ der Belegschaft, das ... die schöpferische Teilnahme der Werktätigen ... auf die Lösung der Hauptaufgaben lenkt und die gesellschaftlichen Kräfte koordiniert". 516)

Mit dieser Zielsetzung sind die Produktionskomitees daher keine weitere Mitwirkungsform neben den bereits vorhandenen. Sie dienen vielmehr durch die Zusammenfassung und Koordinierung aller Kräfte dazu, daß die vorhandenen Mitwirkungsformen wie insbesondere der sozialistische Wettbewerb, die sozialistische Gemeinschaftsarbeit und die Neuerbelegung der ihnen zukommenden Funktionen bei der Verwirklichung der wirtschaftsplanmäßigen, zentralen, rationalen und damit wirksamer erfüllen können. 517)

Um das einheitliche Zusammenwirken zu gewährleisten, werden in die Produktionskomitees neben den besten Arbeitern, Meistern, Ingenieuren und Ökonomen auch die qualifiziertesten Mitglieder der Betriebsparteiorganisationen, der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Leiter der Betriebskommissionen für Arbeiter- und -Bauern-Inspektion 518) gewählt. Die Arbeitsfähigkeit dieser Organe soll durch die Beschränkung auf höchstens 25 Mitglieder gesichert werden. 519)

Wie in einer Planwirtschaft nicht anders zu erwarten, stellen sich die Meinungsäußerungen der Produktionskomitees rechtlich - den Beschlüssen der StPB entsprechend - als kollektive rechnungspflichtige Empfehlungen dar, die der Betriebsleiter seiner in persönlicher Verantwortung zu treffenden Entscheidungen zugrunde legt. 520)

Die Mitwirkung der AN in den Produktionskomitees bezweckt somit die Unterstützung des Betriebsleiters bei der einheitlichen Lenkung und Koordination der einzelnen Beteiligungsformen nach den Erfordernissen der Wirtschaftslagen.

Da das Nebeneinanderbestehen von Produktionskomitee und der zentralen StPB in den Betrieben zu vielfältigen Überschneidungen in der Arbeit beider Organe führen müßte, wurde auf den 1. FDGB-Kongreß daraus die Konsequenz gezogen und beschlossen, daß in den Betrieben, in denen Produktionskomitees gebildet wurden, die zentrale StPB und ihr Ausschuß die Tätigkeit einstellen. 521)

516) So Bericht des Politbüros an die 4. Tagung des ZK der SED - Berichterstatter: A. Norden, ND vom 2. November 1963 S. 5.

517) So auch Tippmann, S. 480, 481.

518) Vgl. unten § 4 D.

519) Vgl. Tippmann, S. 480; Hamel, aaO. S. 159.

520) Vgl. Tippmann, S. 484; oben § 3 E III 3.

521) Vgl. Entschließung des 6. FDGB-Kongresses, Arb 1964, Nr. 1, S. 46 ff (50); Hamel, Das sowjetische Herrschaftsprinzip des demokratischen Zentralismus, S. 159.

Die zunächst nur versuchsweise eingeführten Produktionskomitees entsprechen in ihrer Zielsetzung und Wirkungsweise einem Bedürfnis der planwirtschaftlichen Ordnung. Durch ihre Ausrichtung auf die Zusammenfassung und Abstimmung aller vorhandenen Mitwirkungsformen schließen die Produktionskomitees im System der AN-Beteiligung bei der Planerfüllung eine noch vorhandene Lücke.⁵²² Es ist daher damit zu rechnen, daß diese gegenwärtig noch im Stadium der Erprobung befindliche Organisationform durch einen Normativakt des Gesetzgebers, etwa im Wege einer Novelle zum Gesetzbuch der Arbeit, die entsprechende endgültige rechtliche Ausgestaltung erfahren wird.

§ 4

DIE MITWIRKUNG DER AN BEI DER PLANKONTROLLE

A. DIE KONTROLLE ALS KORREKTIV DER PLANUNG

Ein Grundproblem der planwirtschaftlichen Wirtschaftsförderung besteht darin, die wegen ihrer zentralen Festlegung weitgehend starren staatlichen Wirtschaftspläne laufend mit der tatsächlichen wirtschaftlichen Entwicklung der Produktion in Einklang zu halten bzw. zu bringen, falls bereits Abweichungen eingetreten sind.

Es liegt in der Natur der zentralen Wirtschaftsplanung begründet, daß die zu einem bestimmten Zeitpunkt aufgestellten Pläne der wirtschaftlichen Entwicklung, die nach diesem Zeitpunkt einsetzt, nicht in genügendem Maße Rechnung tragen können. Trotz gewissenhafter Arbeit der Planungsorgane und umfassender Teilnahme der AN an der Planaufstellung u. der Plandiskussion, kann kein Plan alle diejenigen Möglichkeiten vorausschauend erfassen, die sich erst im Prozeß der Plandurchführung ergeben.⁵²³

Mit der Aufstellung der Pläne und ihrer Bestätigung kann daher die Planung nicht beendeter sein. Es bedarf vielmehr einer ständigen Überprüfung, "ob die Planziele den realen, objektiv bestehenden, maximalen Möglichkeiten und der vollen Ausnutzung der Reserven unter breiter Mitarbeit der Werktätigen entsprechen".⁵²⁴ "Welche Pläne", die nicht nur die vollständige Ausnutzung der tatsächlich vor-

522. Vgl. Ogródowicz, Kuciak, Müller, Die komplexe Kontrolle der Planerfüllung im sozialistischen Industriebetrieb, S. 9.

523. "o Tomuscheit, Die Organisation der komplexen Plankontrolle im sozialistischen Großbetrieb der Industrie, S. 17.

handenen Produktionsmöglichkeiten orientieren, aber auch offensichtlich durch die Praxis überholte Pläne, müssen daher laufend korrigiert werden. Diese Aufgabe eines Korrektivs, das im nachhinein die ursprünglich aufgestellten Wirtschaftspläne an die sich im Laufe des Planzeitraumes ergebenden Veränderungen anpaßt, erfüllt die Plankontrolle. Planung und Plankontrolle bilden daher eine organische Einheit. Sie sind voneinander in ihrer Aufgabenstellung abhängig und beeinflussen sich gegenseitig.

Neben dieser "erweiterten Planungsfunktion" ⁵²⁴⁾ als logischer Fortsetzung der Planung nimmt die Plankontrolle aber auch eigentliche Kontrollfunktionen wahr. ⁵²⁵⁾ Gehört zur ersten Funktion die Kontrolle der Zielsetzung der Pläne und die Vorbereitung der Wirtschaftsplanung, so wird die zweite Kontrollaufgabe durch das Vorhandensein bestätigter und durchzuführender laufender Pläne bestimmt. In diesem Bereich geht es somit darum, alle auftretenden Schwierigkeiten in der Erfüllung des Produktionsplanes sofort zu entdecken und zu beseitigen. Für die praktische Kontrolltätigkeit hat diese Unterscheidung jedoch keine besondere Bedeutung, da jedes Kontrollergebnis gleichzeitig beiden Funktionen dient. ⁵²⁶⁾

Im Lehrbuch Politische Ökonomie wird die Plankontrolle wie folgt definiert:

"Die Plankontrolle ermöglicht (es) festzustellen, in welchem Maße der Plan die Erfordernisse des Gesetzes der planmäßigen Entwicklung der Volkswirtschaft richtig widerspiegelt und wie die Erfüllung des Planes verläuft. Sie ermöglicht es, vorhandene Disproportionen rechtzeitig aufzudecken, der Entstehung neuer Disproportionen in der Wirtschaft vorzubeugen, neue Produktionsreserven zu erschließen und die notwendigen Korrekturen an den Volkswirtschaftsplänen vorzunehmen." ⁵²⁷⁾

I. Die staatliche Kontrolle "von oben" durch den Betriebsleiter und seine Hilfsorgane

Gemäß § 8 Abs. 1 Satz 3 AGB ist der Betriebsleiter für die Erfüllung aller Aufgaben des Betriebes persönlich verantwortlich. Zu den entscheidenden Aufgaben des Betriebes im zentral geplanten Produktionsprozeß gehört aber die ständige Gegenüberstellung und Überprüfung der in der Praxis tatsächlich erreichten Produktionsergebnisse mit den gesetzlich im Volkswirtschaftsplan vorgeschriebenen Zielen.

⁵²⁴⁾ Vgl. Tomuscheit, aaO. S. 18.

⁵²⁵⁾ Vgl. Tomuscheit, ebenda.

⁵²⁶⁾ Vgl. Tomuscheit, ebenda.

⁵²⁷⁾ Vgl. Lehrbuch Politische Ökonomie, 2. Ausgabe, Berlin 1959, S. 551.

Im Rahmen des § 8 Abs. 1 AGB bedeutet dies, daß der Betriebsleiter nach dem Prinzip der Einzelleitung auch für die Wahrnehmung aller Aufgaben der Plankontrolle in den Betrieben persönlich verantwortlich ist. 528)

Zur Erfüllung seiner Leitungsbefugnisse bei der Plankontrolle bedient sich der Betriebsleiter verschiedener ihm unterstellter Hilfs-Organen, wie z.B. der Abteilung für Planung, 529) der Abteilung Hauptbuchhaltung 530) und der Abteilung Technische Kontrollorganisation. 531)

II. Ergänzung der staatlichen Kontrolle durch die Mitwirkung der AN bei der Kontrolle "von unten"

Eine Kontrolle der Durchführung zentraler Wirtschaftsplane kann jedoch nicht "vom Schreibtisch aus" erfolgen, sondern nur an Ort und Stelle unter dem Eindruck der unmittelbaren Produktionsvorgänge. Die Plankontrolle, die sich lediglich auf die formellen Rechenschaftsberichte der dem Betriebsleiter untergeordneten Hilfsorgane stützt, wird notwendig formal, bürokratisch und kann ihre Funktion innerhalb des planwirtschaftlichen Systems nicht erfüllen. 532)

-
- 528) Vgl. Thamm, Die sozialistische Leitung in der Industrie der DDR, 2. Aufl., S. 102; Ogradowicz, Kuciak, Müller, aaO. S. 12; Tomuscheit, S. 20; Otte, Kranke, Reeck, Kennst Du das Gesetzbuch der Arbeit, S. 16; Arnold, Borchert, Schmidt, Ökonomik der sozialistischen Industrie in der DDR, 7. Aufl., S. 166.
- 529) Die Abteilung für Planung erarbeitet den Entwurf des Betriebsprojektplanes, den endgültigen Produktionsplan und kontrolliert die Erfüllung der Hauptkennziffern des Planes in enger Zusammenarbeit mit der Hauptbuchhaltung.
- 530) Vgl. Hauptbuchhalter-VO vom 17. Februar 1955 (GBI. S. 327). Danach ist der Hauptbuchhalter der staatliche Wirtschaftskontrolleur für die Einhaltung der Pläne und der Finanzdisziplin. Er ist dem Betriebsleiter nur verwaltungsmäßig unterstellt, fachlich der übergeordneten Dienststelle.
- 531) Die Aufgaben dieser Abteilung sind gesetzlich durch eine VO vom 8. September 1960 (GBI. I S. 520) festgelegt. Ihre Kontrolltätigkeit erstreckt sich auf das Eingangsmaterial, die Ersatzteile sowie die Endkontrolle.
- 532) Vgl. Arnold, Borchert, Schmidt, Ökonomik der sozialistischen Industrie in der DDR, S. 167; Thamm, S. 106.

Der Schwerpunkt der Plankontrolle muß daher bei der Kontrolltätigkeit an Ort und Stelle der Planerfüllung, also am Arbeitsplatz selbst liegen.⁵³³⁾ Es erscheint daher geboten, die Produktionsarbeiter in die Kontrolltätigkeit einzubeziehen. Denn nur sie sind in der Lage, durch ihre unmittelbare Tätigkeit im Produktionsprozeß genaue, konkrete und schnelle Hinweise über aufgetretene Fehler und Schwächen zu geben. Nur durch ihre Mitwirkung ist zu gewährleisten, daß alle auftretenden Schwierigkeiten bei der Erfüllung des Produktionsplanes sofort entdeckt werden und eintretende Planabweichungen durch entsprechende Maßnahmen kurzfristig beseitigt werden können.⁵³⁴⁾

Die staatliche Kontrolle durch den Betriebsleiter und seine Hilfsorgane bedarf daher der Ergänzung durch die Kontrolltätigkeit der AN unmittelbar am Arbeitsplatz. Erst die Verbindung der staatlichen Kontrolle "von oben" mit der Kontrolle "von unten" durch die AN zu einer festen Einheit schafft die Voraussetzungen dafür, daß die Plankontrolle die ihr in der Planwirtschaft zugedachte Rolle erfüllen kann.⁵³⁵⁾

Diesen Erfordernissen der planwirtschaftlichen Ordnung entspricht es, wenn die in § 2 Abs. 2 AGB normierte allgemeine Verpflichtung der AN zur schöpferischen Mitwirkung an der Ausarbeitung und Erfüllung der Pläne die Pflicht der AN zur Mitwirkung bei der Plankontrolle notwendigerweise in sich einschließt.⁵³⁶⁾

Die Rechtsgrundlage für die Beteiligung der AN im Rahmen der Plankontrolle ist daher unmittelbar aus § 2 Abs. 1 und 2 AGB zu entnehmen.

Die Einbeziehung der AN in die Kontrolltätigkeit bedeutet somit Auswertung und Nutzbarmachung der unmittelbaren Produktionserfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten der AN für die Aufgaben der Plankontrolle. Diese Auswertung wird um so ergiebiger sein, je mehr AN an ihr beteiligt sind. Das wiederum hängt entscheidend von der Organisation der AN-Mitwirkung bei der Plankontrolle ab.

533) So Tomuscheit, S. 23, 24.

534) Vgl. Ogradowicz, Kuciak, Müller, S. 12; Tomuscheit, S. 16, 73; Stalin, Über Selbstkritik, deutsche Übersetzung, S. 15; Morgenthal, der Betriebsplan in der sozialistischen Industrie, 2. Aufl., S. 22.

535) Tomuscheit, S. 24; Günzel, Fragen der Einzelleitung der VVB, StuR 1962 S. 630 ff (638); Kontrolle der Plandurchführung, Lehrmaterial der innerbetrieblichen Schulung, für die Mitarbeiter in den Verwaltungen der DDR, Nr. 8 S. 9.

536) So z.B. Schmutzler, Der Betriebskollektivvertrag als staatlich-rechtliches Leitungsinstrument im sozialistischen Betrieb, Diss. S. 402; Ogradowicz, Kuciak, Müller, S. 12; Thamm, S. 106; Kontrolle der Durchführung - eine Hauptmethode der Leitung unseres Staates der Arbeiter und Bauern, Lehrmaterial, S. 25; Krüger, Was heißt gesellschaftliche Kontrolle?, Arb 1962 Nr. 3 S. 32.

B. DIE MITWIRKUNG DER AN BEI DER KONTROLLE DES BETRIEBSPLANES

Die Wahrnehmung und Organisation der Plankontrolle "von unten" mit Hilfe der AN ist den gesellschaftlichen Organisationen wie z.B. der Betriebsparteiorganisation der SED, der FDJ und insbesondere den Gewerkschaften übertragen worden.⁵³⁷⁾ Die Kontrolltätigkeit durch die AN wird daher vielfach auch als "Gesellschaftliche Kontrolle" bzw. "Massenkontrolle" bezeichnet.⁵³⁸⁾

1. Die Organisation und Durchführung der Plankontrolle durch die Betriebsparteiorganisation der SED

Die Aufgaben der Parteiorganisation bei der Plankontrolle ergeben sich aus dem Statut der SED.⁵³⁹⁾ Schwerpunkt in der Kontrolltätigkeit der Betriebsparteiorganisation ist die Verwirklichung der Besondere des langfristigen technischen Entwicklung der Betriebe.

1. Die Kommissionen der Parteikontrolle

Um die Parteikontrolle auf diesem Gebiet zu verstärken und die übrigen Organisationsformen der gesellschaftlichen Kontrolle zu fördern, werden in den betrieblichen Grundorganisationen der SED besondere "Kommissionen der Parteikontrolle" geschaffen.⁵⁴⁰⁾ Diese Kommissionen sind jedoch nicht berechtigt, administrative Weisungen und Anordnungen zu erlassen oder auszuführen. Vielmehr wirken sie über die jeweilige Parteileitung, daß die notwendigen Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit durch den Betriebsleiter eingeleitet werden.⁵⁴¹⁾ Da für die planwirtschaftliche Planung der Produktion und persönlichen Verantwortung wird somit durch die Tätigkeit der Kommissionen der Parteikontrolle nicht beeinträchtigt.

537) Vgl. Krüger, Was heißt gesellschaftliche Kontrolle?, Arb 1962, Nr. 3 S. 32; Schmutzler, Diss. S. 420; Chruščchow, Rechenschaftsbericht an den XXII. Parteitag der KPdSU, in: Der Triumph des Kommunismus ist gewiß, S. 139.

538) Vgl. z.B. Krüger aaO.; Schmutzler, Diss. S. 403, 406 ff.

539) Vgl. Statut der SED, in: Protokoll des IV. Parteitages der SED, Bd. II S. 100, 101.

540) Vgl. Arnold, Borchert, Schmidt, Ökonomik der sozialistischen Industrie in der DDR, S. 168.

541) Vgl. Arnold, Borchert, Schmidt aaO. S. 169; Ogrodowicz, Kuciak, Müller, S. 65.

2. Der "Rote Treff"

Eine weitere Organisationsform für die von der Betriebsparteiorganisation der SED getragene Massenkontrolle des Betriebsplanes sind die sog. "Roten Treffs". ⁵⁴²⁾

Diese in der Praxis gewachsene Form der Plankontrolle besteht im wesentlichen darin, daß sich die Belegschaft täglich an einem bestimmten Platz, dem "Roten Treff", vor Arbeitsbeginn versammelt. Dort nehmen jeden Tag entweder der Parteisekretar, der Betriebsleiter, der Vorsitzende der Betriebsgewerkschaftsleitung oder aber auch Wirtschaftsfunktionäre, Brigadiere und Arbeiter zu aktuellen Fragen der Planerfüllung und Plankontrolle Stellung. Die Redezeit ist auf jeweils höchstens zehn Minuten beschränkt. ⁵⁴³⁾ Die Wirksamkeit dieser Kontrollform beruht neben ihrer zeitlichen Konzentration darauf, daß hier die Wirtschaftsfunktionäre, wie Meister, Abteilungsleiter etc., der Kritik unmittelbar gegenüberstehen und sie gewissermaßen "zur Antwort über konkrete Fragen des Planes, der Arbeitsorganisation, der Anwendung von Verbesserungsvorschlägen u. a. gezwungen werden". ⁵⁴⁴⁾

Aufgetretene Produktionsmängel und insbesondere Planabweichungen können auf diese Weise sofort aufgeklärt und unmittelbar beseitigt werden. Um den AN die Möglichkeit zu geben, sich auf die Diskussion des "Roten Treffs" vorzubereiten, wird auf der Grundlage des Produktionsablaufes ein konkreter Wochenplan zusammengestellt und am Schwarzen Brett veröffentlicht. ⁵⁴⁵⁾

542) Vgl. Rasche, Der Rote Treff in den Mansfelder Schächten, in: Erfahrungen, Methoden, Arbeitsstil, Sammelband für den Parteiarbeiter S. 130; Schmutzler, Diss. S. 415.

543) Vgl. Rasche, aaO. S. 130.

544) So Sindermann, Diskussionsbeitrag auf der 14. Tagung des ZK der SED, in: Diskussion zum Bericht des Genossen Walter Ulbricht über den XXII. Parteitag der KPdSU und die Aufgaben in der DDR, S. 45.

545) Vgl. Rasche, aaO. S. 133. - Der Wochenplan für den Roten Treff des VEB Kupferbergbau Eisleben vom 25. bis 30. Januar 1960 enthielt z.B. folgende Themen (vgl. Rasche aaO.):

Montag, 25.1.: Wo stehen wir in der Planerfüllung? Der Betriebsleiter gibt eine Gesamteinschätzung.

Donnerstag, 28.1.: Was will der Obersteiger der Abteilung III tun, um endlich vom letzten Platz im sozialistischen Wettbewerb wegzukommen?

Sonnabend, 30.1.: Warum hat der Flügel 23 solche hohen Fehlbestände? Es berichtet das Flügelkollektiv.

II. Die Organisation und Durchführung der Plankontrolle durch die Betriebsorganisation der FDJ

Aufgabe der FDJ bei der Organisation der gesellschaftlichen Kontrolle ist die Einbeziehung der Jugendlichen in die Kontrolltätigkeit. ⁵⁴⁶⁾ Zu diesem Zweck haben die FDJ-Leitungen in den Betrieben und Verwaltungen sog. Jugend-Kontrollposten geschaffen, deren Aufgabe es ist, die Durchführung bestimmter Aufgaben zu kontrollieren. ⁵⁴⁷⁾

In der Praxis sind die Jugend-Kontrollposten bisher vorwiegend mit der Wahrnehmung von Einzelaktionen betraut worden. So wurden während der starken Frostperiode im Winter 1962/63 Jugend-Kontrollposten zur Aufdeckung von Brennstoffreserven in den Betrieben eingesetzt. Mit ihrer Hilfe war es möglich, die Kohlenlager einzelner Betriebe mit überschüssigem Brennmaterial aus anderen Betrieben aufzufüllen. Von wirtschaftlicher Bedeutung waren auch die Einsätze der Kontrollposten zur Nutzung der auf den Abfallhalden der Betriebe noch vorhandenen Materialreserven, die umfangreichen Schrottsammlungen und nicht zuletzt die Sondereinsätze zur Erntezeit in den LPG. ⁵⁴⁸⁾

Mit dem Inkrafttreten des Jugendgesetzes vom 4. Mai 1964 ⁵⁴⁹⁾ wurden die Jugendkontrollposten dem System der Arbeiter- und -Bauern-Inspektion eingegliedert ⁵⁵⁰⁾ und erfüllen jetzt - im Gegensatz zur bisherigen Praxis der Einsätze - unmittelbar am Betriebsplan orientierte Kontrollfunktionen. Im Mittelpunkt der Kontrolltätigkeit der Jugend-Kontrollposten stehen nunmehr die Aufgaben, "für die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Höchststandes, für neue Arbeitsmethoden und Verbesserungsvorschläge sowie gegen Gleichgültigkeit, Schlendrian, Bürokratismus, Formalismus (zu) kämpfen". ⁵⁵¹⁾

Die Stellungnahmen und Hinweise der Kontrollposten sind von den verantwortlichen Wirtschaftsfunktionären für die Verbesserung ihrer Leitungstätigkeit auszuwerten. ⁵⁵²⁾

546) Vgl. § 1 Abs. 2 des Jugendgesetzes der DDR vom 4. Mai 1964 (GBI. I S. 75 ff).

547) Vgl. Thamm, Die sozialistische Leitung in der Industrie der DDR, 2. Aufl., S. 107.

548) So mündliche Auskunft des zuständigen Sachbearbeiters beim Zentralrat der FDJ, Berlin, Unter den Linden.

549) GBI. 1964 I S. 75.

550) Vgl. unten § 4 D.

551) So § 43 Abs. 1 des Jugendgesetzes der DDR aaO.

552) Vgl. § 43 Abs. 2 Jugendgesetz der DDR.

III. Die Organisation und Durchführung der Plankontrolle durch die Betriebsgewerkschaftsleitung

Den entscheidenden und umfassendsten Beitrag bei der Organisation und Durchführung der betrieblichen Plankontrolle leisten die Gewerkschaften. ⁵⁵³⁾

Rechtsgrundlage für die den Gewerkschaften übertragene Kontrolltätigkeit in den Betrieben ist § 12 Abs. 2 Nr. 1 AGB. In Ausübung des hier verankerten Rechtes hat der Bundesvorstand des FDGB in mehreren Beschlüssen konkrete Anweisungen an die in den Betrieben bestehenden Gewerkschaftsleitungen erlassen, in denen die Grundzüge der durch die Gewerkschaft ausgeübten gesellschaftlichen Kontrolle, ihre Methoden und Organisationsformen dargelegt werden. Die jüngste zusammenfassende Darstellung auf diesem Gebiet enthält der Beschluss des Bundesvorstandes des FDGB vom 13. April 1962 betreffend die "Grundsätze zur strafferen und systematischeren Organisation der gewerkschaftlichen Kontrolltätigkeit im System der gesellschaftlichen Kontrolle für den voll entwickelten Aufbau des Sozialismus in der DDR". ⁵⁵⁴⁾

1. Die wirtschaftliche Bedeutung der unmittelbaren Kontrolltätigkeit der AN am Arbeitsplatz

Entsprechend dem Erfordernis der Planwirtschaft nach "Produktionsnähe" der Plankontrolle steht im Mittelpunkt dieser Regelung die Einbeziehung der AN in die tägliche Kontrolle aller Planaufgaben, die von den Arbeitskräften am Arbeitsplatz oder innerhalb ihres Verantwortungsbereichs unmittelbar beeinflusst werden können. ⁵⁵⁵⁾

Ergänzt wird diese unmittelbare Kontrolle am Arbeitsplatz durch die Beteiligung der AN an einem System kollektiv beratender Versammlungen sowie regelmäßiger Rechenschaftslegungen der staatlichen Leiter gegenüber den AN über die erreichten Ergebnisse. ⁵⁵⁶⁾

553) So zuletzt Entschließung des 6. FDGB-Kongresses, Arb 1964 Nr. 1 S. 46 ff (50).

554) Vgl. Informationsblatt des FDGB 1962 Nr. 6 S. 2 ff.

555) Vgl. Präambel des FDGB-Beschlusses vom 13. April 1962 aaO.

556) So Beschluß des FDGB vom 13. April 1962 aaO. S. 3; Tomuscheit, Die Organisation der komplexen Plankontrolle im sozialistischen Großbetrieb der Industrie S. 74; Ogirodowicz, Kuciak, Müller, Die komplexe Kontrolle der Planerfüllung im sozialistischen Industriebetrieb S. 12; Thamm, S. 106, 107.

Entscheidende Voraussetzung für die Kontrolle des Erfüllungsstandes der betrieblichen Pläne durch die AN am Arbeitsplatz ist die Planaufschlüsselung. Erst wenn die betrieblichen Pläne auf die Abteilungen, Meisterbereiche, Brigaden und schließlich den einzelnen Arbeitsplatz aufgeschlüsselt sind, besitzen die AN den erforderlichen Maßstab, mit dem der Erfüllungsstand der Pläne in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich gemessen werden kann.⁵⁵⁵⁾ Durch einen Vergleich des tatsächlichen Produktionsausstoßes mit dem sich aus der Aufschlüsselung des Planes ergebenden Produktions-Soll ist jeder AN in der Lage, die Ergebnisse und den Fortschritt seiner Arbeit zu kontrollieren.

In der Praxis wird dabei im einzelnen zwischen der täglichen und der dekadent- bzw. monatsweisen Kontrolle und Auswertung unterschieden. Die zeitlichen Intervalle der Plankontrolle am Arbeitsplatz hängen in erster Linie davon ab, wie weit der Betriebsplan auch hinsichtlich der Produktionszeiträume aufgeschlüsselt wird.⁵⁵⁶⁾ Die Exaktheit der Planaufschlüsselung schließlich ist entscheidend für die Qualität der Plankontrolle. Sind die durch die Aufschlüsselung der Plankennziffern gewonnenen Maßstäbe ungenau, so ist mit ihrer Hilfe auch keine zureichende Aussage über den tatsächlichen Erfüllungsstand der Pläne zu erzielen.

Die Organisation der unmittelbaren Plankontrolle durch die AN am Arbeitsplatz erfolgt in enger Verbindung mit der Durchführung des sozialistischen Wettbewerbs, der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und der Neuererbewegung.⁵⁵⁷⁾

2. Die Mitwirkung der AN bei der Auswertung der Kontrollergebnisse durch ein System kollektiv beratender Versammlungen

Da das Wirtschaftssystem der Planwirtschaft nur dann funktionieren kann, wenn die verschiedenen Einzelpläne auch erfüllt werden und ineinandergreifen, ist eine Kontrolltätigkeit, die sich in der bloßen Ermittlung und Registrierung der Fakten erschöpft, unzureichend. Es ist daher folgerichtig, wenn sich an die Feststellung der am Arbeitsplatz ermittelten Daten des kennzahlenmäßigen Erfüllungsstandes die Erforschung und Analyse der Ursachen für den Verlauf der

555) Vgl. Tomuschev S. 72; Emmrich, Sarodnik, Gesellschaftliche Kontrolle des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, Arb 1962 Nr. 5 S. 25; Krüger, Was heißt gesellschaftliche Kontrolle, Arb 1962 Nr. 3 S. 32; Schmutzler, Diss. S. 412.

556) Als besonders günstig und übersichtlich hat sich die 11-tägige Plankontrolle der Wettbewerbskollektive erwiesen.

557) Vgl. Beschluß des FDGB aaO., Präambel; Emmrich, Sarodnik, aaO.

Planerfüllung anschließt. ⁵⁶⁰⁾ Erst daran lassen sich konkrete Maßnahmen und Methoden zur Veränderung und Verbesserung der künftigen Entwicklung ablesen. Nur durch die umfassende Auswertung des unmittelbar am Arbeitsplatz erarbeiteten Kontrollmaterials werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, daß "Veränderungen in den Proportionen der Volkswirtschaftszweige rechtzeitig berücksichtigt werden; der Entstehung von Disproportionen in der Wirtschaft vorgebeugt wird; die eventuell entstandenen Disproportionen beseitigt werden; die Kräfte auf die richtigen Schwerpunkte gelenkt werden und die maximale Ausnutzung der vorhandenen Reserven ermöglicht wird". ⁵⁶¹⁾ Der Begriff der Plankontrolle muß daher notwendigerweise sowohl die Feststellung der Kontrolldaten als auch deren Auswertung für die Verbesserung der Planerfüllung umfassen.

Diesen Erfordernissen der Wirtschaftsordnung entspricht es, wenn die Mitwirkung der AN bei der Plankontrolle nicht auf das Zusammentragen und Zuliefern von Ergebnissen und Daten aus der unmittelbaren Produktion beschränkt bleibt, sondern sich auch auf die Auswertung dieses Materials erstreckt. In der Praxis der Betriebe haben sich verschiedene Formen zur Auswertung der Kontrolldaten mit den AN herausgebildet. Die wichtigsten Organisationsmethoden der Beteiligung der AN in diesem Bereich sind:

- a) die gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen auf den verschiedenen Betriebsebenen,
- b) die besonderen Kommissionen der Betriebsgewerkschaftsleitung,
- c) die Ständigen Produktionsberatungen. ⁵⁶²⁾

- a) Die Kontrollberatungen in den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen

In den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen setzen sich die AN mit den am Arbeitsplatz aufgedeckten Mängeln und Mißständen auseinander und unterbreiten Vorschläge zur besseren Erfüllung der Produktionsaufgaben, zum Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie zur weiteren Verbesserung der Arbeitsbedingungen. ⁵⁶³⁾

⁵⁶⁰⁾ Vgl. Tomuscheit S. 74; Ogradowicz, Kuciak, Müller, Die komplexe Kontrolle der Planerfüllung im sozialistischen Industriebetrieb, S. 8; Emmrich, Sarodnik aaO. S. 25.

⁵⁶¹⁾ So Ogradowicz, Kuciak, Müller, S. 10; vgl. auch: Die Kontrolle der Plandurchführung, Lehrmaterial der innerbetrieblichen Schulung für die Mitarbeiter in den Verwaltungen der DDR, aaO. S. 12.

⁵⁶²⁾ Vgl. Beschluß des Bundesvorstandes des FDGB vom 13. April 1962, Informationsblatt des FDGB 1962 Nr. 6 S. 2.

⁵⁶³⁾ Vgl. Beschluß aaO. S. 3; Schmutzler, Diss. S. 411.

Die Diskussion und Beschlußfassung über die dem Betriebsleiter zu empfehlenden Verbesserungsmaßnahmen setzt somit voraus, daß zuvor unmittelbar am Arbeitsplatz der tatsächliche Erfüllungsstand der Pläne ermittelt worden ist. ⁵⁶⁴⁾

Die gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen finden sowohl auf der Ebene des Gesamtbetriebes wie der Abteilungen, Auftragsbereiche und Arbeitsgruppen statt. ⁵⁶⁵⁾ Sie bilden somit ein besonders wichtiges Forum der Plankontrolle des Betriebsplanes. Dies soll gewährleisten, daß möglichst die Erfahrungen, Kenntnisse und schöpferischen Fähigkeiten aller AN für die Aufgaben der Plankontrolle auszuwerten werden. Durch die Organisation der AN in "Vermittlungsberatungen" auch in den kleineren und damit überschaubaren Produktionsbereichen wird die Mitwirkungsmöglichkeit jedes einzelnen AN bei der Plankontrolle wesentlich erweitert, denn in seinen eigenen Bereich vermag der AN die Produktion bis ins Detail zu übersehen. Hier ist er weit besser in der Lage, Ansatzpunkte für notwendige Veränderungen zu entdecken und seine Erfahrungen und Kenntnisse für die Verbesserung der Plandurchführung zu nutzen.

Damit wird auch auf dem Gebiet der Plankontrolle ein schon bei der Plandiskussion und Ausarbeitung des BKV erfolgreich eingesetztes Organisationsprinzip angewandt. ⁵⁶⁶⁾

In der Praxis hat sich als zweckmäßig erwiesen, daß die verantwortlichen Leiter an den gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen teilnehmen. Auf diese Weise können die Beratungsergebnisse der Versammlungen unmittelbar in konkrete und rechtsverbindliche Arbeitsanweisungen der zu Entscheidenden befugten staatlichen Leiter umgewandelt werden.

In ihrer Eigenschaft als höchstes Organ der gewerkschaftlichen Tätigkeit sind die Mitgliederversammlungen auch die Grundlage für alle übrigen gewerkschaftlich organisierten Mitwirkungsformen der AN bei der Plankontrolle.

b) Die Kontrollberatungen in den Kommissionen der Betriebsgewerkschaftsleitung

Bei den gewerkschaftlichen Kommissionen handelt es sich um Hilfsorgane der Betriebsgewerkschaftsleitung für Teilgebiete der gewerkschaftlichen Tätigkeit im Betrieb. ⁵⁶⁷⁾ Wegen ihrer abgegrenzten konkreten Aufgabenstellung sind

564) Vgl. Tomuscheit, S. 74.

565) Vgl. Schmutzler, Diss. S. 411.

566) Vgl. oben § 2 A III 3 und § 3 A V.

567) So bestehen z.B. in den Betrieben regelmäßig Wettbewerbskommissionen, Kommissionen für das Rationalisatoren- und Erfinderwesen, für den Arbeits- und Gesundheitsschutz, für Arbeitsrecht und für die Löhne.

diese speziellen Kommissionen besonders befähigt, über die ihren Bereich betreffenden Planaufgaben eine wirksame Massenkontrolle zu entfalten.⁵⁶⁸⁾ Sie überprüfen im Auftrag der Betriebsgewerkschaftsleitung die Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Tätigkeit und wachen darüber, wie die Aufgaben des Volkswirtschaftsplanes, insbesondere des Planes Neue Technik, verwirklicht werden.⁵⁶⁹⁾ Dabei werden die Kommissionen bevorzugt dort eingesetzt, wo sich Schwerpunkte und Engpässe in der Produktion und ein Zurückbleiben der Arbeit auf speziellen Gebieten bereits gezeigt haben. Durch die Arbeit dieser Hilfsorgane soll die Betriebsgewerkschaftsleitung in die Lage versetzt werden, dem Betriebsleiter konkrete Maßnahmen zur sofortigen Veränderung und Überwindung der aufgetretenen Mängel vorzuschlagen.⁵⁷⁰⁾

c) Die Kontrollberatungen in den StPB

Die Kontrolltätigkeit der StPB als Organe der Betriebsgewerkschaftsorganisation erstreckt sich vor allem auf die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, besonders auf die Verwirklichung der Pläne Neue Technik, die Verwirklichung der Verbesserungsvorschläge der Werk tätigen, die planmäßige Verwendung der Investitionsmittel und eine termingemäße Inbetriebnahme neuer Produktionsanlagen sowie die volle Ausnutzung der Maschinenkapazitäten.⁵⁷¹⁾

Die Kontinuität der Kontrolltätigkeit soll durch den Ausschuß der StPB sichergestellt werden. Seine Aufgabe besteht insbesondere auch darin, die umfassende Durchführung der Beschlüsse der StPB zu gewährleisten, damit die Ergebnisse der Kontrollberatungen rasch verwirklicht werden können.⁵⁷²⁾ Dies geschieht durch die verstärkte Bildung zeitweiliger Kommissionen der StPB⁵⁷³⁾ und insbesondere durch die Erteilung sog. Kontrollaufträge an die Mitglieder der StPB. Hierbei erhält jedes Mitglied zur Vorbereitung einer Vollsitzung vom Ausschuß der StPB einen schriftlichen Kontrollauftrag ausgehändigt. Dieser enthält die auf die Gewerkschaftsgruppe des betreffenden Mitgliedes, von der es gewählt wurde, aufgeschlüsselten Maßnahmen aus dem Plan Neue Technik, Planteil II (TOM) sowie die entsprechenden Anweisungen des Betriebsleiters zu vorangegangenen Empfehlungen der StPB. Anhand dieser Unterlagen überprüft das Mitglied der StPB nun mit dem Meister, den Brigadiern und den Mitgliedern der Gewerkschaftsgruppe, wie diese Punkte erfüllt worden sind und untersucht die Ursachen für die Nicht-

568) Vgl. Schmutzler, Diss. S. 417.

569) Vgl. Beschluß des FDGB vom 13. April 1962 aaO. S. 4.

570) Vgl. Beschluß des FDGB aaO.; Schmutzler, Diss. S. 417.

571) So Beschluß des FDGB vom 13. April 1962, aaO. S. 4.

572) Vgl. Tippmann, Diss. aaO. S. 259.

573) Vgl. Beschluß des FDGB aaO. und oben § 3 E VI 3.

erfüllung. Die Ergebnisse teilt das Mitglied der StPB dem Ausschuß mit, der der nächsten Beratung einen zusammenfassenden Bericht mit entsprechenden neuen Empfehlungen vorlegt. ⁵⁷⁴⁾

C. DIE MITWIRKUNG DER AN BEI DER KONTROLLE DES BKV

I. Die wirtschaftliche Notwendigkeit der ständigen Kontrolle des BKV

Entsprechend der wirtschaftlichen Einheit von Betriebsplan und BKV als den "zwei Seiten einer Sache" ⁵⁷⁵⁾ kann es nicht verwundern, daß auch die Erfüllung der Verpflichtungen des BKV einer ständigen Überprüfung bedarf. ⁵⁷⁶⁾ Werden nämlich die Maßnahmen und Methoden des BKV nicht oder nur unvollständig durchgeführt oder werden an ihrer Stelle andere, nicht im BKV niedergelegte Maßnahmen ergriffen, so ist die Realisierung der Planziele in Frage gestellt. Der richtige Weg zur Planerfüllung wäre somit verlassen.

Darüber hinaus erfordert auch die ständige Anpassung der im BKV fixierten Maßnahmen an ursprünglich noch nicht vorhersehbare Betriebssituationen die laufende Überprüfung der Verpflichtungen. Auf diese Weise soll auch das starre System der plandurchführenden Maßnahmen flexibel gestaltet werden, indem z. B. eine laufende Kontrolltätigkeit diejenigen Maßnahmen und Methoden ausscheidet, die inzwischen durch die laufende Entwicklung und Veränderungen in der Situation der Planerfüllung überholt sind. An ihre Stelle können dann auf der Grundlage der Kontrollergebnisse neue Maßnahmen und Methoden treten, die der fortgeschrittenen Entwicklung besser gerecht werden und den Inhalt des BKV somit laufend an die veränderten Verhältnisse anpassen.

Es entspricht folglich dem Bedürfnis der Planwirtschaft nach einer laufenden Überwachung des BKV, wenn § 12 Abs. 1 Nr. 1 AGB bestimmt, daß die Betriebsge-

574) Vgl. z.B. Arb 1962 Nr. 5 S. 30 für den VEB Großdrehmaschinenbau "8. Mai" Karl-Marx-Stadt; Tippmann, Diss. S. 259.

575) Vgl. Lehrbuch des FDGB für die Betriebsabendschulen der Gewerkschaften, zitiert nach: "Ausschnitte", Zeitschrift der Publikationsstelle des Bundesministeriums für Gesamtdeutsche Fragen, 1958 S. 4.

576) Vgl. Ogrodowicz, Kuciak, Müller, S. 64; Tomuscheit, S. 24; Thamm, S. 107; Beschluß des FDGB vom 13. April 1962 aaO. S. 3; Schmutzler, Diss. S. 413.

werkschaftsleitungen die Verwirklichung des BKV und der Abteilungskollektivverträge kontrollieren.

II. Die organisatorische Verbindung von Plankontrolle und Kontrolle des BKV

Der engen wirtschaftlichen Bindung zwischen Betriebsplan und BKV entsprechend erfolgt die Kontrolle des BKV gemeinsam mit der Plankontrolle. Die wichtigsten Formen der Plankontrolle, wie die gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen, die Kommissionen der Betriebsgewerkschaftsleitung und die StPB sind daher zugleich auch Organisationsformen der Kontrolle des BKV ⁵⁷⁷⁾.

1. Die Rechenschaftslegungen der Betriebsleiter vor der Belegschaftsversammlung

Im Mittelpunkt der Massenkontrolle des BKV stehen die regelmäßig in jedem Quartal stattfindenden Rechenschaftslegungen des Betriebsleiters vor den Belegschaftsversammlungen, ⁵⁷⁸⁾ Da an den Rechenschaftslegungen alle AN des Betriebes beteiligt sind, handelt es sich hier um die umfassendste Mitwirkungsform der AN im Rahmen ihrer Kontrolltätigkeit, also um eine "Massenüberprüfung" der Erfüllung des BKV und damit des Betriebsplanes. Die Rechenschaftslegungen verwerten darüber hinaus die Erfahrungen und Ergebnisse aller anderen Formen der Massenkontrolle, fassen sie zusammen und erlangen so die Bedeutung einer "Generalabrechnung" über das gesamte Betriebsergebnis. ⁵⁷⁹⁾

Soll diese breite Kontrollform der AN zu einem wirklichen "Forum der Ergänzung und Vervollkommnung des BKV" ⁵⁸⁰⁾ werden, ist ihre Arbeit umfassend vorzubereiten. Die Praxis in den Betrieben hat gezeigt, daß diese Vorbereitung am wirksamsten durch Massenüberprüfungen der Abteilungskollektivverträge in den Betriebsabteilungen und Meisterbereichen sowie durch die Selbstkontrolle der AN bezüglich ihrer Wettbewerbsverpflichtungen erreicht werden kann. ⁵⁸¹⁾

577) Vgl. Direktive zum Abschluß der BKV 1966 für die Betriebe im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie (unveröffentlicht) S. 18; Tomuscheit S. 24; Schmutzler, Diss. S. 413.

578) Vgl. § 14 Abs. 2 AGB; Beschluß des FDGB vom 13. April 1962, aaO. S. 3.

579) Vgl. Schmutzler, Diss. S. 430, 439.

580) So Schmutzler, Diss. S. 434.

581) Vgl. Schmutzler, Diss. S. 431; Direktive zum Abschluß der BKV 1966 für die Betriebe im Bereich des Ministeriums für Leichtindustrie S. 18.

Das Ergebnis der Rechenschaftslegungen wird als Ergänzung zum BKV in Form eines Beschlusses der Belegschaftsversammlung festgelegt. Dieser Beschluß faßt die aus den Beratungen und Diskussionen hervorgegangenen Vorschläge, Hinweise und Schlußfolgerungen der AN zusammen.

Auf diese Weise soll der zu Beginn des Planjahres abgeschlossene BKV - ähnlich wie durch die Beschlüsse der ökonomischen Konferenzen - ständig vervollkommen und an die sich im Prozeß der Plandurchführung entwickelnden Veränderungen angepaßt werden.

D. DIE BETRIEBLICHEN KOMMISSIONEN DER ARBEITER- UND -BAUERN-INSPEKTION

Eine wesentliche Erweiterung der AN-Mitwirkung bei der Kontrolle der betrieblichen Pläne und Kollektivverträge bedeuten die Beschlüsse des ZK der SED vom 19. Februar 1963 und des Ministerrates vom 28. Februar 1963 über die Bildung der Arbeiter- und -Bauern-Inspektion der DDR.

Durch die in den Betrieben zu errichtenden Kommissionen der Arbeiter- und -Bauern-Inspektion⁵⁸⁴⁾ soll die von den verschiedenen staatlichen und gewerkschaftlichen Organisationen wie z. B. der SED, des FDGB, der FDJ in den Betrieben ausgeübte Kontrolltätigkeit zu einer "straffen, einheitlichen und umfassenden Kontrolle"⁵⁸⁵⁾ vereint und zusammengefaßt werden.

Dies bedeutet aber nicht, daß die bisher von der Betriebsparteileitung der SED, den Betriebsorganisationen der FDJ und den Betriebsgewerkschaftsleitungen organisierten Mitwirkungsformen der AN bei der Kontrolle der Plandurchführung nunmehr überholt sind und abgeschafft werden. Für die gewerkschaftliche Kontrolltätigkeit wird dies in einem Beschluß des Präsidiums des Bundesvorstandes des FDGB vom 20. Juni 1963 betreffend die Grundsätze für die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Arbeiter- und -Bauern-Inspektion⁵⁸⁶⁾ ausdrücklich klargestellt. Danach bleibt der maßgebende Beschluß des Bundesvorstandes des FDGB vom 13. April 1962 über die Grundsätze der straffen und systematischen

582) Vgl. Schmutzler, Diss. S. 442; Direktive des Bundesvorstandes des FDGB zum Abschluß des BKV 1964, Tribüne Nr. 255 vom 2. November 1963, Sonderbeilage S. 4.

583) GBl. 1963 II S. 262.

584) Vgl. Abschnitt II des Beschlusses aaO.

585) So Abschnitt I des Beschlusses aaO.; vgl. auch Lang, Ökonomie und Technik, Berlin 1963 S. 105.

586) Informationsblatt des FDGB 1963 Nr. 14 S. 4.

ren Organisation der gewerkschaftlichen Kontrolltätigkeit im System der gesellschaftlichen Kontrolle weiter in Kraft.

Durch die Neuregelung wird lediglich sichergestellt, daß die Betriebsgewerkschaftsleitung künftig eng mit den neu errichteten Kommissionen der Arbeiter- und -Bauern-Inspektion in den Betrieben zusammenarbeitet. Zu diesem Zweck sind die StPB und die Kommissionen der Betriebsgewerkschaftsleitung gehalten, die betrieblichen Kommissionen der Arbeiter- und -Bauern-Inspektion zu unterstützen und Mitglieder der StPB zeitweilig für die Lösung spezieller Kontrollaufgaben in die Kommissionen der Arbeiter- und -Bauern-Inspektion zu delegieren. ⁵⁸⁷⁾

Das mit Hilfe dieser Kommissionen erstrebte Ziel ist die Verbesserung der gesamten betrieblichen Plankontrolle, "um die wachsenden Aufgaben erfolgreich zu verwirklichen, vorbeugend Mängel und Fehler zu vermeiden, sie rechtzeitig zu erkennen und zu korrigieren." ⁵⁸⁸⁾

Die Wirtschaftskontrolle mit Hilfe der betrieblichen Kommissionen der Arbeiter- und -Bauern-Inspektion soll also so gestaltet werden, daß Mängel und Fehler bereits vorbeugend vermieden werden. Damit wird der für eine Planwirtschaft ideale Fall angestrebt, daß Unstimmigkeiten, Mängel und Fehler bei der Planerfüllung sowie Planabweichungen erst gar nicht eintreten. Die Plandurchführung könnte dann reibungslos und ohne die Verzögerungen abgewickelt werden, die notwendigerweise mit der Korrektur und Ausgleichung bereits eingetretener Abweichungen verbunden sind.

E. DIE RECHTLICHE TRAGWEITE DER AN-BETEILIGUNG BEI DER PLANKONTROLLE IM VERHÄLTNIS ZUR EINZELLEITUNG UND PERSÖNLICHEN VERANTWORTUNG DES BETRIEBSLEITERS

Hinsichtlich ihrer rechtlichen Tragweite ist für die Beteiligung der AN im Rahmen der betrieblichen Kontrolle folgendes festzustellen:

Weder aus den durch die Betriebsparteiorganisation der SED noch der Betriebsgewerkschaftsleitung organisierten Kontrollformen ergeben sich unmittelbar verbindliche Leitungsanweisungen. ⁵⁸⁹⁾ Das gleiche gilt auch für die Maßnahmen

587) Vgl. Beschluß über die Grundsätze für die Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Arbeiter- und -Bauern-Inspektion vom 20. Juni 1963 aaO. S. 4.

588) Vgl. Beschluß vom 20. Juni 1963, Präambel aaO. S. 1.

589) Vgl. Speter, Klampfl, Herrmann, Endler, Die Aufgaben des Betriebes und die Grundfragen seiner Leitung, S. 68.

der betrieblichen Kommissionen der Arbeiter- und -Bauern-Inspektion. 590)

Die Ergebnisse der Kontrollberatungen in den verschiedenen Gremien können nur über die staatliche Leitung realisiert werden. Sie bedürfen zu ihrer rechtlichen Verbindlichkeit der Übernahme durch den Betriebsleiter als konkrete Arbeitsanweisungen. Nur soweit die Ergebnisse der kollektiven Beratungen in den Organisationsformen der Arbeiterkontrolle vom Betriebsleiter übernommen und von ihm in Kraft gesetzt werden, ist ihre Durchführung mit rechtlichen Mitteln gesichert. Daraus ist zu entnehmen, daß auch im Bereich der Kontrolltätigkeit die Mitwirkung der AN nur insoweit von Interesse ist, als der "unschätzbare Reichtum an Erkenntnissen und Erfahrungen der gesellschaftlichen Kontrolle für die Leitung... des wirtschaftlichen Lebens in vollem Umfang genutzt wird". 591)

Grundlage ist somit auch hier das Prinzip der Einzelverantwortung und persönlichen Verantwortung des Betriebsleiters. 592) Die Mitwirkung der AN dient im Rahmen der Plankontrolle wie in den übrigen Bereichen des zentral geplanten Produktionsprozesses dazu, den Betriebsleiter in die Lage zu versetzen, seiner allgemeinen Verantwortung für die Kontrolle der Plandurchführung nachzukommen. 593) Ist die Mitwirkung der AN befähigt den staatlichen Leiter, auch die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um den BKA zu ergänzen und die Erfüllung des Betriebsplanes zu verbessern. 594)

Die AN selbst haben keinen Einfluß auf die Durchsetzung ihrer Empfehlungen. Die Mitwirkung der AN im Rahmen der Plankontrolle führt somit nicht zu einer Erhöhung und Einschränkung der Befugnisse des Betriebsleiters aufgrund der AN-Beteiligung. Sie beinhaltet daher keine Mitwirkungsrechte im Sinne der Beteiligungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz der Bundesrepublik.

Eine solche rechtliche Ausgestaltung wäre auch nicht mit der wirtschaftlichen Funktion der AN-Mitwirkung bei der Plankontrolle in Einklang zu bringen. Den Erfordernissen der koordinierten Durchführung der Wirtschaftspläne ist nicht dann gedient, daß die AN bei der Plankontrolle mitwirken. 595) Entschei-

590) So ausdrücklich die Beschlüsse des ZK der SED und des Ministerrates über die Bildung der Arbeiter- und -Bauern-Inspektion (GBI, 1963 II S. 263).

591) So Jendretzky, Zur Entwicklung der Tätigkeit der staatlichen Kontrolle, StUR 1962 S. 1489 ff (1501). Für die betrieblichen Kommissionen der Arbeiter- und -Bauern-Inspektion vgl. insbesondere die Beschlüsse aaO. - GBI, 1963 II S. 264 -.

592) Vgl. § 8 Abs. 1 Satz 2 und 3 AGB.

593) Vgl. Beschluß des FDGB vom 13. April 1962 betreffend die Grundsätze zur strafferen und systematischeren Organisation der gewerkschaftlichen Kontrolltätigkeit im System der gesellschaftlichen Kontrolle aaO. S. 3; Tomuscheit S. 74; Schmutzler, Diss. S. 403; Arnold, Borchert, Schmidt, Ökonomik der sozialistischen Industrie in der DDR, aaO. S. 167.

dend ist vielmehr, daß sie mitwirken "sollen".

Diesen Bedürfnissen der planwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung entspricht es daher, wenn der Pflichtencharakter der Beteiligung der AN auch bei der Plankontrolle in einer Weise betont wird, daß von einem Recht kaum noch gesprochen werden kann (vgl. § 2 Abs. 2 AGB).

F. ZUSAMMENFASSUNG

Die ständige Kontrolle der Durchführung des Betriebsplanes dient der laufenden Anpassung der zentralen Wirtschaftspläne an die im Zeitpunkt der Planaufstellung noch nicht vorhersehbaren, sondern erst im Prozeß der Plandurchführung entstandenen Veränderungen der realen Produktionsverhältnisse. Die Kontrolltätigkeit soll dabei vor allem dazu beitragen, sog. weiche Pläne zu überwinden, deren Planziel den realen, objektiv bestehenden maximalen Möglichkeiten der Produktionsanlagen unter voller Ausnutzung der vorhandenen Reserven nicht entsprechen. "Weiche" Pläne, aber auch offensichtlich durch die Praxis überholte Pläne, werden im Ergebnis der Kontrolle korrigiert und an die objektiv bestehenden Produktionsmöglichkeiten angepaßt.

Um die dazu erforderliche "Produktionsnähe" der Kontrolle sicherzustellen, werden die AN in die Kontrolltätigkeit einbezogen. Diese Kontrolle "von unten" durch die AN wird in zwei Richtungen wirksam. Einmal ermitteln die AN durch ihre Kontrolltätigkeit unmittelbar am Arbeitsplatz die konkreten Daten des tatsächlichen Erfüllungsstandes, indem sie die Produktionsergebnisse anhand der entsprechend aufgeschlüsselten Plankennziffern messen. Neben dieser Beteiligung als "Zulieferer" konkreter Kontrollergebnisse wirken die AN auch bei der Auswertung dieses Zahlenmaterials für die Verbesserung der Planerfüllung mit. Diese "Auswertungsberatungen" der AN finden in besonderen Gremien (Kommissionen der Parteikontrolle, "Roter Treff", Kommissionen der Betriebsgewerkschaftsleitung, StPB), gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen und Belegschaftsversammlungen statt.

Entsprechend der wirtschaftlichen Bedeutung des BKV für die Erfüllung des Betriebsplanes werden auch die planverwirklichenden Maßnahmen des BKV laufend überprüft und ergänzt. Die Kontrolle des BKV wird organisatorisch mit der Plankontrolle verbunden.

Durch die Tätigkeit der betrieblichen Kommissionen der Arbeiter- und -Bauern-Inspektion soll die Mitwirkung der AN bei der Kontrolle weiter ausgebaut und zu einer straffen einheitlichen und umfassenden Kontrolltätigkeit zusammengefaßt werden. Der Akzent in der Tätigkeit der betrieblichen Kommissionen der Arbeiter- und -Bauern-Inspektion liegt in besonderem Maße auf der Durchführung der vorbeugenden Kontrolle.

Die rechtliche Ausgestaltung der AN-Mitwirkung bei der Plankontrolle ist notwendig darauf ausgerichtet, den Betriebsleiter bei der Wahrnehmung der ihm nach dem Prinzip der Einzeleitung und persönlichen Verantwortung auch auf dem Gebiet der Kontrolle allein obliegenden Entscheidungsbefugnisse zu unterstützen. Die von den AN als Ergebnis der kollektiven Beratungen beschlossenen Verbesserungs- und Ergänzungsmaßnahmen erlangen rechtliche Verbindlichkeit nur dadurch, daß sie vom Betriebsleiter in entsprechende Arbeitsanweisungen übernommen und so in Kraft gesetzt werden.

Die AN selbst haben daher keinen Einfluß auf die Durchsetzung ihrer Empfehlungen. Die Mitwirkung der AN im Rahmen der Plankontrolle führt somit nicht zu einer Bindung und Einschränkung der Befugnisse des Betriebsleiters zugunsten der AN-Beteiligung. Sie bedeutet daher kein Mitwirkungsrecht im Sinne der Beteiligungsrechte nach dem Betriebsverfassungsgesetz der Bundesrepublik. Angesichts der wirtschaftlichen Funktion der AN-Beteiligung bei der Plankontrolle steht vielmehr die Pflicht zur Mitwirkung im Vordergrund.

§ 5

DAS ERGEBNIS DER UNTERSUCHUNG

1. Das Wirtschaftssystem weist der AN-Beteiligung ihre Funktionen im Rahmen der gesamten Rechts- und Wirtschaftsordnung zu und entscheidet damit auch über ihren Inhalt und ihre rechtliche Ausgestaltung.
2. Die Grundentscheidung der Staatsführung über das Wirtschaftssystem determiniert daher weitgehend die Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte der AN, und zwar nicht nur die grundlegenden Bestimmungen, sondern auch zahlreiche Details.
3. Entscheidet man sich, wie die Staatsführung der Bundesrepublik, für das Prinzip der individuellen Freiheit in allen Bereichen der Wirtschaft, dann muß dieses Wirtschaftsprinzip auch in die zwischen Unternehmer und AN bestehenden wirtschaftlichen Beziehungen hineinwirken.
4. Das Wirtschaftsprinzip der individuellen Freiheit äußert sich im Rahmen der auf das Arbeitsverhältnis beschränkten wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Unternehmer und AN als Beteiligung der AN an der unternehmerischen Willensbildung und Entscheidung.
5. Die Beteiligung der AN als Ausdruck der freien und persönlichen Entfaltung des einzelnen in den Grenzen des Arbeitsverhältnisses ist nur denkbar, wenn

die AN über eine rechtliche Handhabe verfügen, sich in die Willensbildung und bei der Beschlußfassung des Unternehmers einzuschalten. Die Grundentscheidung für das freie Wirtschaftsprinzip erfordert daher, die AN-Beteiligung als eine dem Unternehmer gegenüber durchsetzbare rechtliche Befugnis auszugestalten.

6. Diesem Erfordernis der Wirtschaftsordnung entsprechen die Beteiligungsrechte der AN nach dem Betriebsverfassungsgesetz.

In den Beteiligungsrechten verfügen die AN über ein rechtliches Instrument, das ihnen nicht nur ermöglicht, die eigene Initiative zu entfalten, ihre persönlichen Fähigkeiten und Kenntnisse auch im Bereich der täglichen Arbeit zu entwickeln und zu betätigen. Sie gestatten ihnen darüber hinaus, ihre eigenen wirtschaftlichen Vorstellungen und Interessen unter den gesetzlichen Voraussetzungen notfalls mit gerichtlichem Zwang gegen eine abweichende Auffassung des Unternehmers bei der unternehmerischen Willensbildung bzw. Entscheidung durchzusetzen.

7. Die Wahrnehmung der Beteiligungsrechte der AN obliegt dem Vertretungsorgan der Belegschaft, dem Betriebsrat.
8. Die den Unternehmer in seiner Willensbildung und Entscheidungsfreiheit bindende Wirkung der Beteiligungsrechte ist nach ihrer rechtlichen Intensität verschieden abgestuft. Man unterscheidet Mitwirkungs- und Mitbestimmungsrechte.

Mitwirkungsrechte sind diejenige Form der AN-Beteiligung, die für die Rechtswirksamkeit der vom Unternehmer allein getroffenen Maßnahme nicht unmittelbar erheblich ist. Der Unternehmer bleibt hier allein zur Entscheidung berechtigt. Den AN ist nur die Möglichkeit eingeräumt, Einfluß auf die Willensbildung des Unternehmers zu nehmen.

Bei den Mitbestimmungsrechten geht die wirtschaftliche Bindung des Unternehmers so weit, daß die Unternehmer-Maßnahme ohne die Mitwirkung der AN nicht rechtswirksam getroffen werden kann.

9. Diese auf der Grundentscheidung für das freie Wirtschaftssystem beruhende rechtliche Ausgestaltung der AN-Beteiligung befindet sich im Einklang mit der Eigentumsgarantie des Art. 14 GG.

Als konkrete Erscheinungsformen des Sozialstaatsprinzips sind die gesetzlichen Beteiligungsrechte der AN Teil der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik. Sie bestimmen damit erst Inhalt und Schranken des Eigentums am Unternehmen.

10. Entscheidet man sich, wie in Mitteldeutschland, für das Wirtschaftsprinzip der kollektivistischen Gebundenheit, wird der Inhalt und die rechtliche Ausgestaltung

rung der AN-Beteiligung durch die hier maßgebenden wirtschaftlichen Kriterien bestimmt.

Ausgangspunkt ist hier nicht die freie und persönliche Entfaltung des einzelnen, sondern die Erfüllung eines im Interesse der Allgemeinheit ausgearbeiteten zentralen Wirtschaftsplanes.

Bereits die vom Gesetzgeber in § 2 Abs. 1 AGB getroffene äußerliche Unterscheidung einzelner Beteiligungsbereiche, wie z.B. die Mitwirkung der AN bei der Ausarbeitung und Erfüllung der Pläne, zeigt, daß diese Regelung an die Grundlagen des planwirtschaftlichen Systems anknüpft.

In ihrer ganzen Bedeutung und Tragweite wird die Grundentscheidung für das planwirtschaftliche System aus dem hier untersuchten Rechtsgebiet jedoch erst bei der Analyse der wirtschaftlichen Funktion und rechtlichen Struktur der einzelnen Mitwirkungsformen sichtbar.

11. In der Plandiskussion und im Planungsaktiv tragen die AN entscheidend dazu bei, den zentralen staatlichen Planungsorganen das erforderliche, den technischen und wirtschaftlichen Verhältnissen der einzelnen Betriebe angepasste Planungsmaterial zu liefern. Nur mit Hilfe dieses an der Wirklichkeit der "Planperipherie" gemessenen Ausgangsmaterials ist die Planzentrale in der Lage, realitätsnahe Zentralpläne aufzustellen.

Darüber hinaus sollen durch die Beteiligung der AN in der Plandiskussion die im Produktionsprozeß noch verborgenen Reserven für die laufenden Pläne nutzbar gemacht werden. Unter dieser Voraussetzung können die wirtschaftlichen Ziele des Planes von vornherein weitergesteckt werden.

12. Diese wirtschaftliche Funktion der Mitwirkung der AN setzt sich bei der Ausarbeitung von TAN fort.

Hier geht es insbesondere darum, in den Arbeitsnormen kleinste Planeinheiten zu schaffen, die eine exakte und objektive Berechnung des für die Produktion erforderlichen Arbeitsaufwandes ermöglichen. Durch die Mitwirkung der AN erhält die zentrale Planungsstelle die unmittelbar an der Produktionswirklichkeit gemessenen Rechnungseinheiten, aus denen sie einen die tatsächlichen Verhältnisse berücksichtigenden Zentralplan des Arbeitskräftebedarfs und der Arbeitskräfteverteilung für die gesamte Volkswirtschaft aufbauen kann.

Durch die Ausrichtung der Arbeitsnormen auf die fortschrittlichsten und produktivsten Arbeitsverfahren soll außerdem gewährleistet werden, daß für den Aufbau der Pläne nur solche Bausteine benutzt werden, die die bisher noch ungenutzten Reserven berücksichtigen. Damit handelt es sich bei der Ausarbeitung von TAN im Grunde um eine systematisch bis in die letzten Plandetails vertiefte Plandiskussion.

13. Liefert die Plandiskussion mit den AN der Planzentrale ein aufbereitetes Planungsmaterial, so bedeutet die Mitwirkung der AN bei der Ausarbeitung des BKV eine weitere Stufe zur Erschließung ihrer Produktionserfahrungen. Bei der Ausarbeitung des BKV geht es entscheidend darum, die abstrakten Plankennziffern in konkrete und auf die besonderen Betriebsverhältnisse zugeschnittene Maßnahmen und Methoden umzusetzen, die geeignet sind, alle Positionen des Plangesetzes zu verwirklichen.

Um der Realisierung des BKV den erforderlichen Nachdruck zu verleihen, werden die planverwirklichenden Maßnahmen rechtlich in die Form von Verpflichtungen sowohl des Betriebsleiters als auch der Betriebsgewerkschaftsleitung gegenüber der Staatsmacht gekleidet, die zur Planerfüllung erforderlichen konkreten Maßnahmen durchzuführen.

Aufbauend auf die Ergebnisse der Plandiskussion bedeutet die Ausarbeitung der planverwirklichenden Maßnahmen und Methoden im BKV somit bereits den ersten Schritt zur Erfüllung der abstrakten staatlichen Plankennziffern.

14. Die für die kontinuierliche und umfassende Erfüllung der Pläne entscheidende Beteiligungsform der AN ist der sozialistische Wettbewerb.

Die Wirkungsweise des sozialistischen Wettbewerbs wird in erster Linie durch das rechtliche Institut der Wettbewerbsverpflichtung bestimmt. Sie beruht darauf, daß die Wettbewerbsverpflichtungen der einzelnen am Wettbewerb beteiligten Kollektive die Verpflichtungen des BKV zum Ausgangspunkt nehmen. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, daß die planverwirklichenden Maßnahmen und Methoden des BKV mit den besonderen Mitteln des sozialistischen Wettbewerbs durchgeführt werden und so zur Realisierung der abstrakten Kennziffern des Plangesetzes führen.

Durch das für den sozialistischen Wettbewerb typische Prinzip der gegenseitigen Hilfe - im Gegensatz zum Konkurrenzprinzip des marktwirtschaftlich geprägten Wettbewerbsbegriffs - soll gewährleistet werden, daß die Wirtschaftspläne nicht nur an einzelnen Abschnitten, sondern kontinuierlich und koordiniert in allen Bereichen der arbeitsteilig aufeinander angewiesenen Produktion erfüllt werden.

Ein weitverzweigtes System von Formen der gegenseitigen Hilfe, die in ihrer Wirkungsweise aufeinander abgestimmt sind, soll dafür sorgen, daß die besten Leistungen auch wirklich in allen Bereichen des Produktionsprozesses im Massenumfang wiederholt werden können.

15. In der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit sollen sich die wissenschaftlich-technischen Kenntnisse der Ingenieure und Wissenschaftler verschiedenster Fachrichtungen mit den Produktionserfahrungen der Facharbeiter auf den ent-

sprechenden Gebieten zu einer "Einheit von Wissenschaft und Praxis" verbinden. Ihre Aufgabe ist es vor allem, die in den Plänen Neue Technik projektierte Rationalisierung und Modernisierung der Betriebe zu verwirklichen.

Da die Kollektive der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit antereinander im Wettbewerb stehen, werden die im Interesse der koordinierten Planerfüllung geschaffenen Prinzipien des sozialistischen Wettbewerbs auch im Bereiche der Planung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wirksam.

16. Der Schwerpunkt der AN-Mitwirkung in der Neuererbewegung liegt darin, daß der Ideenreichtum und die Erfindungsgabe der AN für die Ausarbeitung und Verwirklichung solcher Rationalisierungsmaßnahmen genutzt wird, die eine Modernisierung der Betriebe ohne zusätzliche Investitionsmittel ermöglichen. Es geht hier also weniger darum, innerhalb des verbindlich festgelegten Produktionsprozesses verborgene Produktionsreserven auszuschöpfen, als vielmehr darum, darüber hinaus die "Reserven in den Köpfen" der AN für eine Verbesserung und Erweiterung der vorhandenen Produktionskapazitäten - und zwar ohne Kapitalkaufwendungen - zu mobilisieren.
17. Interessanterweise bedient sich der Gesetzgeber für die Planung und Realisierung der wissenschaftlich-technischen Entwicklung und Rationalisierung der Betriebe ähnlicher Organisationsprinzipien wie für die Planung und Durchführung der laufenden Güterproduktion.

Der aufeinander abgestimmten Wirkungsweise von Betriebsplan, BKV, Wettbewerbsverpflichtung und Arbeitsbrigade entspricht im Bereich der wissenschaftlich-technischen Entwicklung das Wirkungsprinzip "Plan Neue Technik", "Plan der Aufgaben für die Neuerer", Neuerervereinbarung und sozialistische Arbeitsgemeinschaft.

Wie auf der Grundlage des Betriebsplanes der BKV bereits die konkreten Maßnahmen und Methoden zu seiner Erfüllung enthält, so weist auch der Plan der Aufgaben für die Neuerer diejenigen Aufgabenthemen aus, die im Falle ihrer Lösung zur Erfüllung des Planes Neue Technik führen sollen. Daß die Pläne der Aufgaben für die Neuerer im Gegensatz zu den BKV nur Ansätze für die Lösung und keine fertigen Maßnahmen und Methoden zur Planerfüllung enthalten, ergibt sich aus ihrer Natur als Entwicklungsaufgaben. Dies ändert jedoch nichts daran, daß sie im Verhältnis zum Plan Neue Technik als Ausgangspunkt bereits "wie der BKV" - ein erster Schritt in Richtung auf die Planerfüllung bedeuten.

Die parallele Wirkungsweise von Wettbewerbsverpflichtung und Neuerervereinbarung ist unverkennbar. In beiden Fällen handelt es sich darum, eine zwar schonbar gekannte Möglichkeit zur Erfüllung der Pläne, die aber bislang nur "auf dem Papier" existent ist, an die AN heranzutragen und zu realisieren.

18. Aus dieser Gegenüberstellung läßt sich entnehmen, daß die Vielfalt der von der planwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung im Interesse der allseitigen Erfüllung zentraler Wirtschaftspläne hervorgebrachten Systematik arbeitsrechtlicher Rechtsinstitute auf einige wenige Grundformen zurückgeführt werden kann.

Solche abstrakten Grundformen, die sowohl der "Reihe" Betriebsplan, BKV, Wettbewerbsverpflichtung als auch den Instituten "Plan Neue Technik", "Plan der Aufgaben für die Neuerer", Neuerervereinbarung zugrunde liegen, wären etwa:

1. Betriebsplan (Aufgabenstellung)
2. Erarbeitung der theoretischen Voraussetzungen und Möglichkeiten zur Erfüllung des Betriebsplans
3. Übertragung der theoretisch erkannten Möglichkeiten und Voraussetzungen der Planerfüllung in die Praxis des Produktionsprozesses.

19. Die Wirksamkeit der StPB für das reibungslose Funktionieren der Planwirtschaft beruht darauf, daß sie als kollektive Beratungsorgane die Produktionserfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten einer breiten Masse von AN in sich vereinen.

Diese "kollektive Weisheit" der AN soll sich insbesondere in den Beschlüssen der StPB manifestieren, die die Ergebnisse der Beratungssitzungen zusammenfassen. Sie enthalten konkrete Maßnahmen und Methoden, die dem Betriebsleiter im Interesse von Produktionssteigerungen und der Verbesserung der Planerfüllung zur Durchführung empfohlen werden.

Die "Planmäßigkeit" der Arbeit der StPB wird durch die Ausarbeitung eines Arbeitsplanes verwirklicht, der unmittelbar auf den betrieblichen Plänen und den planverwirklichenden Maßnahmen und Verpflichtungen des BKV aufbaut.

Die StPB sind in ihrer Tätigkeit nicht auf bestimmte Aufgabengebiete festgelegt. Sie sind sowohl organisatorische Basis der Plandiskussion, der Ausarbeitung des BKV und der Massenkontrolle als auch Instrumente zur Unterstützung und Förderung des sozialistischen Wettbewerbs, der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit und der Neuererbewegung. Die StPB können daher alle im Rahmen des zentral geplanten Produktionsprozesses anfallenden Aufgaben und Probleme mit ihren Mitteln in Angriff nehmen und einer sachdienlichen Lösung zuführen.

Im System der übrigen Beteiligungsformen spielen die StPB auch die Rolle eines "Auffangbeckens", mit dessen Hilfe die Mitwirkung der AN bei der Lösung aller Schwierigkeiten im Betrieb gesichert werden soll. Bereits damit wird sichtbar, daß der Gesetzgeber mit den von ihm zur Verfügung gestellten Organisationsformen für die Mitwirkung der AN ein in sich geschlossenes und lückenloses System anstrebt. Die durch die Beteiligung der AN vermittelten Pro-

duktionserfahrungen und Fähigkeiten sollen somit nach dem Willen des Gesetzgebers bei der Lösung aller Aufgaben in den zentral geplanten Betrieben berücksichtigt werden.

20. In den ökonomischen Konferenzen beraten die AN gemeinsam mit dem Betriebsleiter, der Betriebsgewerkschaftsleitung und der Betriebsparteiorganisation der SED die entscheidenden wirtschaftspolitischen Aufgaben zur Erfüllung des Betriebsplans. Da der Betriebsleiter in diese Beratungen einbezogen ist, besitzen die Beschlüsse der ökonomischen Konferenz - im Gegensatz zu denen der StPB - nicht lediglich den Charakter von Empfehlungen. Sie enthalten die unmittelbar rechtsverbindliche Festlegung der Maßnahmen und Methoden, die zur Erfüllung der wirtschaftspolitischen Schwerpunktaufgaben des Betriebes durchzuführen sind.

In den ökonomischen Konferenzen verbindet sich somit die rein beratende Tätigkeit der Produktionsberatung mit der verbindlichen Festlegung und Übernahme von konkreten Verpflichtungen zur Planerfüllung entsprechend dem BKV.

Den Bedürfnissen der Planwirtschaft kommt diese Wirkungsweise entgegen. Neben der Ausarbeitung und Beratung konkreter Maßnahmen für die Realisierung der wichtigsten Planaufgaben und zur Beseitigung aufgetretener Mängel wird gleichzeitig für ihre verbindliche Durchführung Sorge getragen. Auf diese Weise können die erforderlichen Verbesserungen der Planerfüllung beschleunigt und ohne Umwege eingeleitet werden.

21. Die Mitwirkung der AN bei der Plankontrolle dient dem Zweck, die erforderliche "Produktionsnähe" der Kontrolltätigkeit zu gewährleisten.

Die Kontrolle "von unten" durch die AN ist ein wichtiger Faktor im Gesamtsystem der Wirtschaftskontrolle, da sie die staatliche Kontrolle "von oben" wirksam ergänzen und sich mit ihr zu einer Einheit verbinden soll. Die Kontrolltätigkeit der AN erstreckt sich insbesondere in zwei Richtungen. Einmal ermitteln die AN unmittelbar an ihrem Arbeitsplatz die konkreten Daten des tatsächlichen Erfüllungsstandes der Pläne, indem sie die erzielten Produktionsergebnisse mit den entsprechend aufgeschlüsselten Plankennziffern messen. Neben dieser Beteiligung als "Zulieferer" von Kontrollergebnissen tragen die AN auch dazu bei, dieses Zahlenmaterial für die Verbesserung der Planerfüllung auszuwerten. Dies geschieht in besonderen Kontrollgremien (Kommissionen der Parteikontrolle, "Roter Treff", Kommissionen der Betriebsgewerkschaftsleitung, StPB), gewerkschaftlichen Mitgliederversammlungen und Belegschaftsversammlungen.

Von besonderer Bedeutung sind die neu geschaffenen betrieblichen Kommissionen der Arbeiter- und -Bauern-Inspektion. Durch sie will man die Viel-

zahl der AN-Mitwirkungsformen bei der Plankontrolle zu einer straffen, einheitlichen und umfassenden Kontrolle zusammenfassen.

Entsprechend der wirtschaftlichen Einheit von Betriebsplan und BKV werden auch die planverwirklichenden Maßnahmen des BKV ständig überprüft. Die Kontrolle des BKV wird in der Praxis mit der Plankontrolle verbunden.

Auch im Bereich der Wirtschaftskontrolle ist somit das Bestreben des Gesetzgebers zu erkennen, durch entsprechende Organisationsformen für die AN-Mitwirkung die Fähigkeiten, Kenntnisse und Erfahrungen der AN auf diesem Gebiet umfassend und systematisch zu nutzen.

22. Eine Lücke im System der AN-Beteiligungsformen wird durch die Produktionskomitees geschlossen. Ihre Aufgabe ist es, die Fülle der Organisationsformen zu koordinieren, das Zusammenwirken sämtlicher Mitwirkungsformen zu ordnen, aufeinander abzustimmen und auf die Grundprobleme der Planerfüllung zu konzentrieren. Auf diese Weise sollen Überschneidungen und unnütze Doppelarbeit bei der Tätigkeit der verschiedenen Formen vermieden werden. Da ein entsprechendes zentrales Koordinierungsorgan in den Betrieben bisher noch fehlt, ist damit zu rechnen, daß der Gesetzgeber die gegenwärtig noch im Stadium der Erprobung befindlichen Produktionskomitees in absehbarer Zeit in das Arbeitsgesetzbuch aufnehmen wird.
23. Insgesamt lassen sich die Organisationsformen der AN-Mitwirkung ihrer äußeren Erscheinung nach in folgende Gruppen einteilen:
 - a) Kollektive Verträge
z. B. BKV, AKV
 - b) Kollektiv beratende Mitwirkungsorgane
z. B. StPB, ökonomische Konferenzen, Planungsaktiv
 - c) Unmittelbare Produktionsinitiativen
z. B. sozialistischer Wettbewerb, sozialistische Gemeinschaftsarbeit, Neuererbewegung
 - d) Versammlungen verschiedenster Art,
z. B. Belegschaftsversammlungen zur Rechenschaftslegung der Betriebsleiter, Mitgliederversammlungen der Gewerkschaften bei der Plankontrolle.

Das gemeinsame Merkmal der AN-Beteiligung in den zentral geplanten Betrieben Mitteldeutschlands kann daher nicht in ihrer äußeren Erscheinungsform gesehen werden. Es liegt vielmehr in der rechtlichen Ausgestaltung der einzelnen Mitwirkungsformen und in ihrer rechtlichen Tragweite im Hinblick auf die Leitungsbefugnisse des Betriebsleiters.

24. Mit der Grundentscheidung für das planwirtschaftliche System ist die Wirtschaft im gesamten Staatsgebiet auf die Erfüllung und Übererfüllung des zentralen Volkswirtschaftsplanes ausgerichtet. Die Verwirklichung der Ziele des Plangesetzes entscheidet über das Funktionieren der Wirtschaft. Diese Ziele sind aber nur zu erreichen, wenn die Planerfüllung uneingeschränkt das oberste Gebot jeder rechtlichen Ausgestaltung des Produktionsprozesses darstellt.

Das bedeutet, daß auch die rechtliche Regelung der AN-Beteiligung in den Betrieben darauf gerichtet sein muß, die Mitwirkung der AN den wirtschaftlichen Interessen des Zentralplanes unterzuordnen. Das Beteiligungsrecht der AN ist daher - wie die Untersuchung aller Mitwirkungsformen gezeigt hat - im System der Planwirtschaft zugleich auch "Planerfüllungsrecht".

25. Was die rechtliche Tragweite der AN-Beteiligung im Hinblick auf die Leitungsbefugnisse des Betriebsleiters betrifft, gilt folgendes:

Das für die Zentralverwaltungswirtschaft typische Prinzip der Einzelleitung und persönlichen Verantwortung des Betriebsleiters läßt sich angesichts der komplizierten modernen Wirtschaft ohne die Initiative der breiten Massen nicht verwirklichen. Der Betriebsleiter ist weder als Einzelperson noch mit Unterstützung der leitenden Mitarbeiter und der entsprechenden Fachabteilungen in der Lage, alle Aufgaben des Betriebes auf dem Gebiete der Planaufstellung, der Plandurchführung und der Plankontrolle mit der erforderlichen Gründlichkeit wahrzunehmen. Dazu bedarf er der Hilfe möglichst aller AN des Betriebes. Diesem Zweck dient die vom Gesetzgeber normierte Beteiligung der AN.

Wie die Untersuchung der im einzelnen hier bereitgestellten Mitwirkungsformen eindeutig ergeben hat, sind sie zwar in ihrer äußeren Erscheinungsform und in ihrer Wirkungsweise auf das jeweilige spezielle wirtschaftliche Aufgabengebiet zugeschnitten. Ihrer rechtlichen Natur nach sind sie jedoch ohne Ausnahme als Organisationsformen für die Mobilisierung der AN zur Unterstützung des Betriebsleiters ausgestaltet.

26. Die rechtliche Regelung der AN-Beteiligung in den Betrieben Mitteldeutschlands bestimmt sich daher nach folgenden Kriterien:

1. Die Mitwirkung der AN darf nicht die persönliche Verantwortung des staatlich beauftragten Betriebsleiters gegenüber dem Staat für die Erfüllung des Betriebsplans beeinträchtigen. 594)

594) Vgl. § 8 Abs. 1 Satz 3 AGB.

2. Sie darf ferner nicht in die alleinige Befugnis des Betriebsleiters zu Entscheidungen in allen betrieblichen Angelegenheiten eingreifen. ⁵⁹⁵⁾

27. Diese Grundvoraussetzungen für eine rechtliche Regelung der AN-Beteiligung ergeben sich unmittelbar aus den Anforderungen der zugrunde liegenden Wirtschaftsordnung.

Eine Teilung der Verantwortung für die Verwirklichung der Wirtschaftspläne zwischen dem Betriebsleiter und den zahlreichen Mitwirkungsorganen der AN müßte notwendig zu einer "Aufweichung" der Verantwortlichkeit gegenüber der Staatsführung führen. Der Betriebsleiter könnte in diesem Falle - auch wenn eine Abgrenzung der beiderseitigen Kompetenzen von Gesetzes wegen geschaffen würde - in der Praxis doch die Verantwortung auf die Beteiligungsorganen und diese wiederum ihre Verantwortlichkeit auf den Betriebsleiter abwälzen. Dies hätte zur Folge, daß im Falle auftretender Mängel und Disproportionen in der Planerfüllung von den übergeordneten staatlichen Stellen im Ergebnis niemand zur Verantwortung gezogen werden könnte.

Auch die Ausstattung der Mitwirkungsformen mit eigenen Entscheidungsbefugnissen bei der Leitung der Betriebe müßte sich nachteilig auswirken. Dies würde bedeuten, daß für jede der vielfältigen Organisationsformen die rechtliche Möglichkeit eröffnet wäre, unmittelbar aufgrund der eigenen Entscheidungskompetenzen in die Leitungsbefugnisse des Betriebsleiters einzugreifen. Die damit verbundene Gefahr des "Gegeneinander-Arbeitens" wäre der Erfüllung des vorgegebenen Betriebsplans sicher nur hinderlich.

Einer wirtschaftlichen Konzeption, bei der Art und Ausmaß der zu erfüllenden Produktionsaufgaben den Betrieben in einem Plangesetz von außen verbindlich vorgeschrieben werden, ist eine derartige rechtliche Ausgestaltung der AN-Beteiligung daher notwendig fremd.

Da die Entscheidungsbefugnisse des Betriebsleiters ohnehin darauf beschränkt sind, den vorgegebenen Plan durchzuführen, könnte die Aufteilung der Leitungsbefugnisse auf mehrere Träger nur dazu führen, die einheitliche, dem Zentralplan gemäße Verwirklichung der Betriebsaufgaben in Frage zu stellen. Den Wirtschaftsbedingungen in der Zentralverwaltungswirtschaft entspricht es daher weit besser, wenn sie auch in den einzelnen Betrieben in der Person des Betriebsleiters über eine zentrale Instanz für die "Vollstreckung" der staatlichen Wirtschaftspläne verfügt.

⁵⁹⁵⁾ Vgl. § 4 des Statutes der zentral geleiteten Betriebe der volkseigenen Industrie (MinBl. 1952 Nr. 38 S. 137).

28. Es kann folglich nicht überraschen, daß die Mitwirkung der AN in den Betrieben Mitteldeutschlands, sei es in Form ihrer Beteiligung in der Plandiskussion, im sozialistischen Wettbewerb, der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit, der Neuererbewegung oder durch ihre Mitwirkung in den StPB, ökonomischen Konferenzen, in den Organisationsformen der Massenkontrolle, bei der Ausarbeitung des BKV, der TAN etc. in keiner Weise in die Verantwortlichkeit und alleinige Entscheidungsbefugnis des Betriebsleiters für die Erfüllung der staatlichen Planaufgaben eingreift.

29. Die rechtliche Konstruktion, mit der dieses von der Wirtschaftsordnung gebotene Ziel durch die kollektiv beratenden Mitwirkungsorgane⁵⁹⁶⁾ erreicht wird, ist das Prinzip der "kollektiven, echenschaftspflichtigen Empfehlung"⁵⁹⁷⁾.

Danach sind die staatlichen Leiter zwar gehalten, die in den Beschlüssen dieser Gremien enthaltenen Vorschläge und Maßnahmen bei ihrer Leitungstätigkeit zu berücksichtigen. Die unbedingte Entscheidung über ihre Vornahme bleibt aber uneingeschränkt dem betrieblichen Vorbehalt. Denn die Beschlüsse der Beratungsgremien werden nur dadurch rechtsverbindlich, daß der Betriebsleiter sie als konkrete Arbeitsanweisungen an die Belegschaft übermittelt.

30. Eine Ausnahme bilden die kollektiven Verträge⁵⁹⁸⁾ sowie die Beschlüsse der ökonomischen Konferenzen.

Da beim Zustandekommen dieser Verträge und Beschlüsse der Betriebsleiter selbst unmittelbar mitwirken muß, sind sie auch als konkrete Willensäußerungen des Betriebsleiters anzusehen, so daß sich eine zusätzliche Übernahme durch den Betriebsleiter in diesen Fällen erübrigt.

31. Bei den Mitwirkungsformen, die als unmittelbare Produktionsinitiativen in Erscheinung treten⁵⁹⁹⁾, wird dem Betrieb der planwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung nach einer zentralen Instanz für die Verantwortung bei der Planerfüllung und die damit verbundenen Einsparungen auf folgende Weise Rechnung getragen:

Gemäß § 9 Abs. 1 Satz 2 AGB ist der Betriebsleiter verpflichtet, die Masseninitiative zu fördern und sich auf die Vorschläge und Erfahrungen der AN zu stützen, die in diesen Beteiligungsformen in Erscheinung treten. Auf diesem

596) Vgl. z.B. StPB, Planungsaktiv, Kommissionen der Betriebsgewerkschaftsleitung, Belegschaftsversammlungen.

597) Vgl. § 17 Abs. 3 Satz 2 AGB.

598) Vgl. z.B. BKV, AKV.

599) So der sozialistische Wettbewerb und die sozialistische Gemeinschaftsarbeit.

Wege wird die Beteiligung der AN zu einer zusätzlichen Aufgabe des Betriebsleiters selbst, so daß von vornherein jede die Planerfüllung beeinträchtigende Bipolarität zwischen dem Betriebsleiter und den Beteiligungsformen der AN ausgeschaltet werden soll.

32. Das gemeinsame Merkmal aller Beteiligungsformen der AN in den Betrieben Mitteldeutschlands ist nach dem Ergebnis der Untersuchung somit darin zu sehen, daß es sich um eine Mitgestaltung der Betriebe ohne Teilhabe an der Verantwortung und den Entscheidungen handelt.

Damit ist gleichzeitig auch der entscheidende Unterschied zu den Beteiligungsrechten der AN in den Betrieben der Bundesrepublik gekennzeichnet. Hier ist es das erklärte Anliegen der AN-Beteiligung, die Arbeiter und Angestellten zu tatsächlicher Mitverantwortung und über die Mitverantwortung zur partnerschaftlichen Mitbestimmung in den Betrieben zu führen.

33. Die Mitgestaltung des Produktionsprozesses in den Betrieben durch die AN ohne Teilhabe an der Verantwortung und den betriebsleitenden Entscheidungen vollzieht sich dadurch, daß die Fülle der Produktionserfahrungen, die technischen Kenntnisse und Fähigkeiten sowie die Initiative der Menschen, die unmittelbar im Produktionsprozeß tätig sind, für die Leitung der Betriebe und somit für die Erfüllung der Wirtschaftspläne nutzbar gemacht werden.

Der Schlüssel, der diese wichtigen Produktivkräfte und die in den Betrieben noch vorhandenen Reservequellen erschließen soll, sind die vom Gesetzgeber im Arbeitsgesetzbuch bereitgestellten Organisationsformen der AN-Mitwirkung bei der Leitung der Betriebe.

34. Damit die Beteiligung der AN die ihr in der planwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung zufallende Aufgabe als Instrument zur Erschließung der Produktionserfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten der AN wirksam erfüllen kann, ist erforderlich, daß möglichst alle AN in die so verstandene Mitgestaltung der Betriebe einbezogen werden.

Zu diesem Zweck liegt der Akzent der rechtlichen Ausgestaltung der AN-Beteiligung - im Gegensatz zu den Verhältnissen der Bundesrepublik - nicht auf der Einräumung einer rechtlichen Befugnis zur Mitwirkung, sondern auf der Verpflichtung aller AN, in den vom Gesetzgeber geschaffenen Organisationsformen mitzuwirken. An die Stelle des Beteiligungs"rechts" tritt die Beteiligungs"pflicht".⁶⁰⁰⁾

600) Vgl. § 2 Abs. 2 AGB.

35. Wie die vorliegende Untersuchung aufzuzeigen versucht, hat der Gesetzgeber Mitteldeutschlands es verstanden, ein ideenreiches und aufeinander abgestimmtes System von Beteiligungsformen zu entwickeln. Durch die Vielfalt der äußeren Erscheinungsformen und ihre ausgeklügelte Funktionsweise sind die Organisationsformen der AN-Beteiligung dazu bestimmt, als feinmaschiges Netz alle vorhandenen Produktivkräfte lückenlos zu erfassen.
36. Inwieweit es gelingt, mit Hilfe dieses Systems die in den Produktionserfahrungen und praktischen Kenntnissen der AN verborgenen Produktivkräfte in der täglichen Praxis für die Planwirtschaft nutzbar zu machen, ist freilich eine andere Frage. Sie wird weitgehend davon abhängen, in welchem Maße der vom Gesetzgeber geschaffene Mechanismus der AN-Beteiligung durch die in der Produktion tätigen Menschen mit Leben erfüllt werden kann.

Die entscheidende, außerhalb des Systems liegende Voraussetzung für seine Wirksamkeit besteht somit darin, ob der AN lückenlos in den vom Gesetzgeber vorgefertigten Apparat einzuplanen ist, ob er als Mensch so "funktionierte", wie dies die Beteiligungssystematik der planwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung von ihm verlangt.

Dies darf im Hinblick auf die Erfahrungen der Praxis auch heute noch bezweifelt werden.

L E B E N S L A U F

Am 21. Januar 1935 wurde ich als Sohn des Bankangestellten Heinrich Brandenbusch und dessen Ehefrau Maria, geb. Quahs, in Essen geboren. Die Grundschule besuchte ich in Essen und in Pliezhausen, Kreis Tübingen.

Nach Kriegsende übersiedelten wir nach Eltville/Rheingau. Dort besuchte ich zwei Jahre die städtische Mittelschule. 1948 wurde ich in die Quarta des Staatlichen Realgymnasiums Geisenheim-Rüdesheim in Geisenheim aufgenommen, wo ich am 3. März 1955 die Reifeprüfung bestand.

Von 1955 bis 1959 studierte ich an den Universitäten in Mainz, Marburg und Tübingen Rechtswissenschaft und bestand am 29. März 1960 vor dem Justizprüfungsamt des Landes Rheinland-Pfalz die erste juristische Staatsprüfung.

Im Verlaufe meines Vorbereitungsdienstes absolvierte ich die Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer.

Am 29. Juli 1965 legte ich vor dem Justizprüfungsamt des Landes Rheinland-Pfalz die große juristische Staatsprüfung ab.

Seit Anfang 1966 bin ich als Regierungsassessor im rheinland-pfälzischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr tätig.

Die mündliche Doktorprüfung fand am 27. Juli 1966 statt.

